



Landtag von Baden-Württemberg

72. Sitzung

10. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 3. Juli 1991 · Haus des Landtags

Beginn: 10.04 Uhr

Schluß: 20.29 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	5751	plan des Landes für die Jahre 1991 bis 1995 – Drucksache 10/5500	5771
Überweisung von Teil B des Antrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 10/4468, an den Aus- schuß für Wissenschaft und Kunst	5751	Anträge Drucksachen 10/5516-1 bis 10/5516-13	
1. Aktuelle Debatte – Wirtschaftsstandort Baden- Württemberg und Unternehmenssteuerreform – beantragt von der Fraktion der SPD	5751	Abg. Dr. Wetter CDU	5772, 5796
Abg. Dr. Spöri SPD	5751, 5759, 5770	Abg. Dr. Puchta SPD	5775
Abg. Oettinger CDU	5753, 5764	Abg. Bütikofer GRÜNE	5778
Abg. Jacobi GRÜNE	5754	Abg. Vollmer FDP/DVP	5781
Abg. Dr. Scharf FDP/DVP	5755	Minister Mayer-Vorfelder	5785
Ministerpräsident Teufel	5756, 5766	Abg. Brechtken SPD	5790, 5794
Abg. Schlauch GRÜNE	5762	Abg. Helga Solinger SPD (zur Abstim- mung)	5797
Abg. Dr. Döring FDP/DVP	5763	Abg. Oettinger CDU (zur Abstimmung)	5797
2. a) Zweite und Dritte Beratung des Gesetzent- wurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1991 und 1992 – Drucksache 10/5409		Abg. Bütikofer GRÜNE (zur Geschäfts- ordnung)	5801, 5805, 5808
Beschlüßempfehlungen und Berichte des Fin- anzausschusses – Drucksachen 10/5492, 10/5493		Abg. Dr. Wetter CDU (zur Abstimmung)	5801
b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Lan- desregierung – Gesetz zur Änderung des Ge- setzes über den kommunalen Finanzausgleich – Drucksache 10/5368		Abg. Birgitt Bender GRÜNE (zur Abstim- mung)	5801
Beschlüßempfehlung und Bericht des Finanz- ausschusses – Drucksache 10/5494		Abg. Bütikofer GRÜNE (zur Abstimmung)	5803, 5804, 5806, 5807
c) Beschlüßempfehlung und Bericht des Finanz- ausschusses zu dem Mittelfristigen Finanz-		Abg. Dr. Puchta SPD (zur Abstimmung)	5807
		Beschluß	5810
		3. Zustimmung zur Ernennung des Präsidenten des Rechnungshofs Baden-Württemberg	5811, 5822
		4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landes- regierung – Gesetz zur Änderung des Natur- schutzgesetzes (Biotopschutzgesetz) – Drucksache 10/5340	5812
		Minister Dr. Vetter	5812, 5821
		Abg. Wendt CDU	5815
		Abg. Dr. Caroli SPD	5816
		Abg. Kretschmann GRÜNE	5818
		Abg. Albrecht FDP/DVP	5820
		Beschluß	5822

5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung des Landesamtes für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg – Drucksache 10/5451	5822	Abg. Kretschmann GRÜNE	5838
Beschluß	5822	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	5839
6. a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern – Drucksache 10/5366		Abg. Kretschmann GRÜNE (zur Geschäftsordnung)	5840
Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 10/5481		Beschluß	5840
b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern – Drucksache 10/4654		8. Große Anfrage der Fraktion der CDU mit der Antwort der Landesregierung – Entwicklung des Dienstleistungssektors in Baden-Württemberg – Drucksachen 10/2226, 10/2720	5840
Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 10/5367	5822	Abg. Kurz CDU	5840
Abg. Haasis CDU	5822	Abg. Wettstein SPD	5842
Abg. Birzele SPD	5824, 5832	Abg. Jacobi GRÜNE	5845
Abg. Jacobi GRÜNE	5825	Abg. Albrecht FDP/DVP	5846
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	5826, 5835	Staatssekretär Dr. Leibing	5846
Minister Schlee	5829, 5834	Abg. Dr. Scharf FDP/DVP (zu Protokoll)	5848
Abg. Bütikofer GRÜNE	5836	9. Beschlußempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 20. Juni 1991 – Information über die Entwürfe des	
Beschluß	5837	– Rundfunkstaatsvertrags	
7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 10/5398		– Rundfunkgebührenstaatsvertrags	
Beschlußempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 10/5497	5837	– ZDF-Staatsvertrags	
Abg. Longin CDU	5838	– ARD-Staatsvertrags	
Abg. Birzele SPD	5838	– Btx-Staatsvertrags	
		– Drucksachen 10/5471, 10/5498	5849
		Minister von Trotha	5850
		Abg. Straub CDU	5853
		Abg. Birgit Kipfer SPD	5853
		Abg. Jacobi GRÜNE	5854
		Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	5856
		Beschluß	5856
		Abg. Straub CDU (zu Protokoll)	5856
		Nächste Sitzung	5857

Protokoll

über die 72. Sitzung vom 3. Juli 1991

Beginn: 10.04 Uhr

Präsident Erich Schneider: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 72. Sitzung des 10. Landtags von Baden-Württemberg.

U r l a u b für heute habe ich den Herren Abg. Teßmer und Weyrosta erteilt.

K r a n k gemeldet sind Frau Abg. Rosemarie Glaser sowie die Herren Abg. Arnegger und Drexler.

Dienstlich verhindert ist der Herr Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie.

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie eine Liste der **E i n g ä n g e**. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 20. Juni 1991 – Information über die Entwürfe des Rundfunkstaatsvertrags, des Rundfunkgebührenstaatsvertrags, des ZDF-Staatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags und des Btx-Staatsvertrags – Drucksache 10/5471

Überweisung an den Ständigen Ausschuß

2. Mitteilung des Rechnungshofs vom 21. Juni 1991 – Energiesparen und Umweltschutz beim Neubau, im Gebäudebestand und beim Betrieb landeseigener Gebäude – Drucksache 10/5457

Überweisung an den Finanzausschuß

*

In der 68. Plenarsitzung am 15. Mai 1991 hat der Landtag den Antrag der FDP/DVP-Fraktion, Drucksache 10/4468, an den Ausschuß für Schule, Jugend und Sport überwiesen. Der Schulausschuß hat sich mit dem Antrag in seiner Sitzung vom 26. Juni 1991 befaßt. Er ist zu dem Ergebnis gekommen, daß er nur für den Teil A des Antrags, in dem es um die Verkürzung der Ausbildungszeit im Gymnasium geht, zuständig ist. Der Teil B, der die Verkürzung der Ausbildungszeit in der Hochschule betrifft, sollte nach Auffassung des Schulausschusses an den Ausschuß für Wissenschaft und Kunst überwiesen werden. Wenn sich

dagegen kein Widerspruch erhebt, stelle ich fest, daß das Haus der Überweisung von Teil B des Antrags der FDP/DVP-Fraktion, Drucksache 10/4468, an den Ausschuß für Wissenschaft und Kunst zustimmt.

Wir treten jetzt in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und Unternehmenssteuerreform – beantragt von der Fraktion der SPD

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtdauer von 45 Minuten festgelegt. Die Redezeit der Landesregierung wird darauf nicht angerechnet. Die Fraktionen sollen für die einleitenden Erklärungen jeweils 5 Minuten Redezeit zur Verfügung haben. Im übrigen beträgt die Redezeit 5 Minuten je Sprecher. Ich bitte auch die Mitglieder der Landesregierung, sich daran zu halten, zumal die Gesamtdauer der Aussprache im Regelfall eine Stunde nicht überschreiten soll.

Ich erteile jetzt Herrn Abg. Dr. Spöri das Wort.

Abg. Dr. Spöri SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die internationale Attraktivität des Investitionsstandorts Baden-Württemberg bei Eintritt in den Europäischen Binnenmarkt entscheidet über unsere wirtschaftliche Zukunft in Baden-Württemberg. Unter mehreren wichtigen Standortfaktoren ist die Reform der Unternehmensbesteuerung in den letzten Wochen zum Gegenstand einer kontroversen wirtschaftspolitischen Debatte in Baden-Württemberg geworden, die bis in das Landeskabinett hineinreicht.

(Abg. Oettinger CDU: Oje!)

Nachdem ich aus der Sicht des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg einige Vorschläge zu einer aufkommensneutralen und standortstärkenden Reform der Unternehmensbesteuerung gemacht habe, gab es innerhalb der Landesregierung völlig unterschiedliche Positionen zu diesem Thema. Auf der einen Seite hat der Herr Finanzminister Mayer-Vorfelder gesagt, diese Unternehmenssteuerreform müsse unbedingt auf der Zeitachse verschoben werden, auf der anderen Seite hat Wirtschaftsminister Schaufler die Gegenposition bezogen. Er hat davon gesprochen, daß diese Unternehmenssteuerreform dringender denn je sei. Der Ministerpräsident hat sich schließlich abwechselnd

(Dr. Spöri)

beiden Positionen angeschlossen, die miteinander unvereinbar sind.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Flexibilität! – Abg. Brechtken SPD: Das macht er häufiger! – Abg. Weimer SPD: Immer gut! – Abg. Ulrich Maurer SPD: Ein Mann, ein Wort! – Abg. Oettinger CDU: Ihr habt Sorgen!)

Meine Damen und Herren, ich halte die haushaltspolitische und die verteilungspolitische Begründung für eine Verschiebung dieser Reform für falsch, weil die entscheidenden Schwächen der gegenwärtigen Unternehmensbesteuerung im Rahmen einer aufkommensneutralen Steuerreform gelöst werden können und müssen.

Unser Problem an unserem Industriestandort und Investitionsstandort ist nicht etwa die zu hohe effektive Gesamtsteuerbelastung der Unternehmen, sondern unser Problem sind Strukturfehler in unserem Steuersystem. Ich muß darauf hinweisen, daß alle überzeugenden Steuerreformen in unserem internationalen Umfeld keine platten Steuerensenkungen im Unternehmensbereich gebracht haben, sondern aufkommensneutrale Strukturreformen waren, ob das in Frankreich, in Österreich oder in Schweden der Fall gewesen ist. Das heißt, meine Damen und Herren, eine platte Unternehmenssteuersenkung ist weder heute noch morgen wirtschaftspolitisch notwendig, noch haushaltspolitisch möglich oder gerechtfertigt. In einigen Jahren wird die haushaltspolitische Situation genauso schwierig sein, weil die Probleme der deutschen Einheit auch von der Kostenseite her gesehen noch nicht gelöst sein werden. Insofern nutzt es nichts, auf der Zeitachse zu schieben. Ich sehe da einige Probleme, Herr Mayer-Vorfelder, mit Ihrer Argumentation.

Ich bekräftige daher unsere Forderung, daß die Landesregierung umgehend eine Bundesratsinitiative für eine standortstärkende Reform der Unternehmensbesteuerung mit fünf Eckwerten einbringt.

Erstens: Der Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne, die investiv im Betrieb arbeiten, wird von 50 auf 40 % gesenkt.

Zweitens: Die Einkommensbesteuerung, insbesondere der Spitzensteuersatz von 53 % für persönliche, außerhalb der Unternehmen verfügbare Einkommen, also Vorstandsgehälter, bleibt gleich.

Drittens: Die steuerliche Bemessungsgrundlage im Rahmen der unternehmenssteuerrechtlichen Regelungen wird erweitert. Die bestehenden, im internationalen Vergleich deutlich überdurchschnittlichen Rückstellungs- und Abschreibungsregelungen werden abgebaut, damit die Strukturreform der Unternehmensbesteuerung über die öffentlichen Haushalte aufkommensneutral finanzierbar ist.

Viertens: Die bisher dem Einkommensteuerrecht unterliegenden Einzelunternehmen und Personengesellschaften, das heißt offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften, sollen künftig die Möglichkeit haben, wahlweise wie eine Aktiengesellschaft nach dem Körperschaftsteuersystem besteuert zu werden, wenn dies für sie gün-

stiger wäre – also eine Option für das Körperschaftsteuersystem.

Fünftens: Für mittlere und kleine Unternehmen wird eine steuerfreie Investitionsrücklage in Höhe von 100 000 DM im Jahr eingeführt. Diese Veränderung wird ebenfalls aus der Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlage finanziert.

Meine Damen und Herren, es geht also nicht um ein Steuergeschenk für eine wohlhabende Klientel, sondern um die Beseitigung von Strukturfehlern in unserem Unternehmenssteuerrecht. Diese Strukturreform der Unternehmensbesteuerung ist aus zwei Gründen, die in Baden-Württemberg besonders stark durchschlagen, für dieses Bundesland wichtig.

Erstens: Der Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne, die das Unternehmen stärken, dort investiv arbeiten und Arbeitsplätze sichern können, liegt mit 50 % weit über dem internationalen Durchschnitt. Das heißt, dies gefährdet den von internationalen Investitionsentscheidungen besonders abhängigen Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg, auch wenn man natürlich bei Berücksichtigung aller Abschreibungsvergünstigungen und Rückstellungsregelungen in der Gesamtrechnung im Unternehmensbereich eigentlich nur auf eine Steuerbelastung von 34 % kommt. Aber wenn Sie mit den Vorstandsvertretern von international operierenden Unternehmen reden, dann sagen die: Unsere Konzernzentralen entscheiden nach den nominalen Steuersätzen im Körperschaftsteuerrecht, wenn es um Standortentscheidungen geht. Und dieses Problem müssen wir angehen.

(Abg. Köder SPD: So ist es!)

Zweitens: Die Wirtschaft Baden-Württembergs ist geprägt durch die Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen. Diese mittelständischen Unternehmen haben eben nicht wie die Großunternehmen die Möglichkeit, über fortlaufende Abschreibungen, Sonderabschreibungen, aber auch über fortlaufende Rückstellungsmöglichkeiten permanent Investitionskapital anzusparen. Sie haben insofern kapitalmäßig einen Nachteil. Deswegen unsere Forderung nach einer Investitionsrücklage, meine Damen und Herren.

Beide Gesichtspunkte, die ich für Baden-Württemberg genannt habe, sprechen dafür, daß die Landesregierung jetzt mit einer Position, das heißt mit einer Stimme im Kabinett, im Bundesrat initiativ wird. Das heißt, nicht die jetzt modern gewordene politische Kommentierung von irgendwelchen Tarifabschlüssen im Rahmen der verfassungsrechtlich gewährten Tarifautonomie,

(Zuruf des Abg. Keitel CDU)

sondern eine Reform unseres Unternehmenssteuerrechts, eine Reform der steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen in Baden-Württemberg ist aktive Standortpolitik und Wirtschaftspolitik für dieses Land.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall des Abg. Jacobi GRÜNE – Zurufe von der CDU)

Präsident Erich Schneider: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es war nicht so falsch, was der Kollege Dr. Spöri hier heute morgen vorgeschlagen hat.

(Abg. Köder SPD: Es war sogar völlig richtig!)

Die Unternehmenssteuerreform spielt in der CDU-Fraktion dieses Hauses und in der CDU Deutschlands eine hervorragende Rolle.

(Abg. Ulrich Maurer SPD: Das wissen wir!)

Sie werden sehen, daß wir rechtzeitig vor dem Eintritt in den offenen europäischen Markt, vor dem 1. Januar 1993, über die Steuerkulisse für Unternehmen und Unternehmende in Deutschland und Europa Klarheit haben. Ich möchte trotzdem für die CDU-Fraktion betonen, daß der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg für uns nicht wie die Fixierung des Kaninchens auf die Schlange allein von der Steuer abhängt, sondern weitere wichtige Faktoren in der täglichen Arbeit eine Rolle spielen.

Ich nenne erstens hochwertige Ausbildungsplätze. Nach allen Umfragen bei Unternehmern in Baden-Württemberg ist die Standortgunst Baden-Württembergs davon geprägt, daß wir hier eine breite und hochwertige Kulisse an Angeboten haben, von den Berufsschulen über die Fachhochschulen bis hin zu den Universitäten. Dies muß auch in Zukunft ein Schwerpunkt der Landespolitik bleiben.

(Abg. Dreier CDU: Sehr gut!)

Zweitens: Der Nachholbedarf in der Verkehrsinfrastruktur – er wurde von der Regierung erkannt und ist ein Schwerpunkt des Nachtragshaushalts – muß dazu führen, daß wir die notwendige Mobilität behalten und auch in Zukunft moderne Verkehrsmittel auf- und ausbauen, wie es ein moderner Wirtschaftsstandort nötig hat.

(Beifall bei der CDU)

Drittens: Ich wünsche mir von allen Seiten etwas mehr Mut in der Frage der Lebensarbeitszeit und etwas mehr Mut in der Frage der Jahresarbeitszeit. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Derjenige, der in den letzten Jahren morgens um 7 Uhr seine Hauptaufgabe in der Verkürzung der Wochenarbeitszeit gesehen hat, der sollte jetzt auch einmal bereit sein zu sagen: „Die 35-Stunden-Woche ist ein hohes Wagnis. Wer darüber hinausgeht, der schadet dem Standort Baden-Württemberg elementar.“

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Brigitte Wimmer SPD: Wie heißt es beim Aufsatz?: Thema verfehlt!)

Denn, Frau Kollegin Wimmer, bei durchschnittlich 1 600 Arbeitsstunden pro Jahr in Baden-Württemberg, 1 900 Stunden in den USA und 2 170 Stunden in Japan und bei einer Verkürzung der Jahresarbeitszeit vom Index 100 im Jahr 1984 auf heute 93 – in Japan eine Steigerung von 100 im Jahr 1984 auf heute 101,3 –

(Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE)

wird doch deutlich, daß wir über Steuerreformen noch so lange reden können:

(Abg. Zeller SPD: Kommen Sie einmal zur Sache, Herr Oettinger!)

wenn aber die Umfeldbedingungen der Arbeitszeit und der Ausbildungsplätze nicht stimmen oder sich fehlentwickeln, kann die Steuer allein dies nicht korrigieren.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Haag FDP/DVP)

Lassen Sie mich trotzdem auch wenige klare Sätze zur Steuerreform sagen. Steuerumbau und Verbesserung der Steuerstrukturen einerseits schließen Steuersenkungen, sofern diese notwendig sind, nicht aus. Ich zitiere die neue Hoffnung Ihrer Partei, Ihren Bundesvorsitzenden Engholm. Engholm wörtlich:

Wenn wir als Industriestandort Bundesrepublik im Europäischen Binnenmarkt attraktiv bleiben wollen, muß die Unternehmensbesteuerung dringend abgesenkt werden.

– Ein krasser Gegensatz zu Spöri.

(Lachen bei der SPD – Abg. Köder SPD: Was?
– Abg. Ulrich Maurer SPD: Jetzt hat er wieder zugeschlagen!)

Engholm, die zweite:

Wir müssen die Unternehmen so entlasten, daß sie sich für die Zukunft rüsten können, ihre Kapitalbasis stärken, die Innovationsfähigkeit erhöhen. Dies heißt, wir brauchen eine komplette Wende in der Unternehmensbesteuerung

(Abg. Köder SPD: Richtig, ja!)

und müssen die Steuer absenken.

(Abg. Köder SPD: Ja! Das hat er Ihnen doch gerade erläutert!)

Auch dies ist ein krasser Gegensatz zu den Aussagen der SPD-Fraktion.

Wir tragen Ihre Gedanken eines Umbaus der Unternehmensstruktur und deren Steuer mit. Wir sagen aber ein Zweites: Wenn es sich nicht mehr lohnt, in Risikokapital zu gehen, das arbeitet, sondern wenn die Anreize auf dem Festgeldmarkt, in den Öl- und Dollargeschäften, besser sind, dann werden wir Kapital nicht auf Dauer in der Unternehmung, in der Investition für Anlagen oder in der Investition für neue Gewerbebauten halten, sondern es wird herauswachsen. Und ein Weiteres: Wenn wir nicht stärker spreizen – hier teile ich Ihre Meinung, Herr Kollege Spöri – zwischen thesaurierten und entnommenen Gewinnen,

(Oettinger)

(Abg. Dr. Spöri SPD: Also!)

wenn wir nicht in der Körperschaftsteuer wie in der Einkommensteuer die im Betrieb belassenen und reinvestierten Gewinne stärker als bisher entlasten, dann werden wir den Trend, daß die Eigenkapitalquote der deutschen Unternehmungen auf unter 17 % abgesunken ist, nicht stoppen, sondern ihn sich weiterentwickeln sehen.

Die CDU-Fraktion unterstützt die Landesregierung, indem sie fordert,

(Abg. Köder SPD: Was?)

daß vor dem 31. Dezember 1992 Klarheit über die Steuerkulisse für die neunziger Jahre besteht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Ulrich Maurer SPD: Das war ein Satz!)

Diese Klarheit soll so aussehen, daß im Rahmen und nach Maßgabe der Finanzierbarkeit – unter Beachtung der Solidität der Bundes- und Länderhaushalte – die Entlastungsschritte im Jahr 1993 und den darauffolgenden Jahren, also auch in den Jahren 1994 und 1995, einsetzen werden. Ich sehe eigentlich keinen Grund für Irritationen. Ich sehe überhaupt keinen Grund für die Behauptung, daß Mayer-Vorfelder und Schaufler unterschiedlich redeten.

(Abg. Ulrich Maurer SPD: Was?)

Sie haben dieselbe Grundlage. Sie sind sich einig, daß Stabilität das erste ist, daß Unternehmenssteuerumbau das zweite ist und daß Unternehmenssteuersenkung das dritte ist. Wir werden diese Schritte auf Bundes- und Landesebene mit der Maßgabe und in dem Zeitrahmen machen, wie wir ihn uns leisten können. Dazu brauchen wir keine Belehrungen der SPD. Für konkrete steuerpolitische Vorschläge sind wir dankbar. Sie decken sich in weitem Umfang mit denen, die wir seit Jahren haben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Erich Schneider: Das Wort erhält Herr Abg. Jacobi.

(Abg. Ulrich Maurer SPD: „Wir tragen die Landesregierung, wenn sie weiß, was sie will“! Das war eine Botschaft!)

Abg. Jacobi GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben in Baden-Württemberg immer deutlichere Anzeichen für eine Strukturkrise in den industriellen Kernbereichen. Das sind strukturelle Umbrüche, von denen sogar konservative Ökonomen sagen, daß sie nicht mehr einfach nur durch ein paar Steuergeschenke zu bewältigen sind. Ich will es ganz ohne Polemik sagen: In den Schlüsselbereichen unserer Industriestruktur knistert es im Gebäck. Sie kennen alle die Zahlen der Auftragsgänge beim Maschinenbau. Die Kurzarbeit steigt. Oder ein anderer Punkt aus dem Bereich der Automobilindustrie, die ja immer ein wichtiger Indikator für uns ist: Der Absatz zum Beispiel von Daimler-Benz in die USA ist um 25 % zurückgegangen, der von Porsche sogar um noch mehr.

Es geht also überhaupt nicht darum, eine Krise herbeizureden, sondern es geht darum, daß wir uns Gedanken machen über die zukünftige Industriestruktur, über die zukünftige Struktur unseres Wirtschaftsraums. Und, meine Damen und Herren, es geht darum, daß wir unsere Förderpolitik und unsere Industriepolitik überdenken.

Ich habe jetzt im Rahmen der Aktuellen Debatte nur wenig Zeit, möchte aber auf zwei Fehlentwicklungen hinweisen, die wir vermeiden sollten.

Erstens: Bei der Autoindustrie haben wir es nicht zu tun mit einer Krise des Autos „Made in Baden-Württemberg“, weil die Kosten zu hoch wären, sondern es ist eine Krise des europäischen Autos, es ist sowieso eine Krise des amerikanischen Autos. Dort hat die Krise des Autos in Detroit bereits zum Fiasko geführt. Bei Jaguar in England sind ähnlich schlechte Exportzahlen wie bei Daimler festzustellen.

Herr Delors war vor drei Wochen in Japan. Bei seiner Rückkehr hat er verkündet, er sehe die Wettbewerbsfähigkeit der EG im Vergleich zu Japan gar nicht so düster. Es wäre aber besser, wenn wir in zwei Bereichen keine weiteren Milliarden investierten, nämlich im Autobereich und im Bereich der Mikroelektronik. Meine Damen und Herren, das sollte uns nachdenklich machen. Es sollte uns veranlassen, über die Frage unserer Wirtschaftsstruktur und über den Tellerrand der Tagespolitik hinaus zu diskutieren.

Zwei Beispiele dafür. Herr Steinkühler hat neulich einmal völlig zu Recht gesagt, wir könnten heute zwar Autos bauen, die schneller als 250 km/h führen, aber wir seien nicht in der Lage, unsere durchschnittliche Reisegeschwindigkeit im Ballungsraum auf über 25 km/h zu erhöhen. Das heißt doch, das Produkt der Zukunft sind gar nicht mehr die Autos, sondern sind Verkehrssysteme. Wir sollten uns deswegen hier in Baden-Württemberg in Zukunft als Region zukunftsweisender Verkehrssysteme verstehen. Daß neue, umweltfreundliche Verkehrssysteme überall in Europa und in der Welt, von London bis Tokio, verkäuflich sind, das ist überhaupt keine Frage.

Meine Damen und Herren, die Nahverkehrsabgabe hätte es ermöglicht, tatsächlich zukunftsweisende Nahverkehrssysteme aufzubauen und vorzuführen. Deshalb muß man sagen: Der Rückzieher der Landesregierung bei der Nahverkehrsabgabe ist nicht nur eine vertane umweltpolitische Chance, sondern auch eine vertane industriepolitische Chance.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiteres Beispiel: Abfallwirtschaft. Paribas, eine der größten europäischen Banken, hat in einer Studie prognostiziert, daß der Sektor Abfallwirtschaft in Europa von derzeit zirka 50 Milliarden DM auf 90 Milliarden DM im Jahre 2000 anwachsen werde. Von den 20 Firmen aber, die Paribas in diesem Bereich seinen Kunden zur Anlage empfiehlt, sind nur ganze zwei in Deutschland und ist überhaupt keine in Baden-Württemberg. Das heißt, wir müssen bei der Wirtschaftsförderung und bei unserer Technologiepolitik in Zukunft stärker Firmen in den Blick

(Jacobi)

nehmen, die europaweit und weltweit nicht irgendwelche beliebigen Einzelprodukte auf den Markt bringen, sondern solche, die gesellschaftliche Problemlösungen, insbesondere ökologische Problemlösungen voranbringen. Meine Damen und Herren, da geht es nicht um grüne Mülltonnen, sondern es geht zum Beispiel um Recycling von Verbundkunststoffen, von Verbundwerkstoffen, und das ist ein High-Tech-Thema par excellence.

Einen zweiten Fehler sollten wir nicht machen, nämlich den Fehler, zu glauben, daß jetzt allgemeine Kostenentlastungen im steuerlichen Bereich automatisch zu neuen Wirtschaftsstrukturen führen.

Meine Damen und Herren, das wohlfeile Gerede von den überzogenen Steuerbelastungen der deutschen Industrie ist ein Märchen. Die Bundesregierung hat beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, DIW, eine umfangreiche Studie in Auftrag gegeben, die heißt: Die Besteuerung der Unternehmensgewinne – sieben Industrieländer im Vergleich. Das Institut weist eindeutig nach, daß dann, wenn man bei den Berechnungen der tatsächlichen Steuerlast eben nicht nur die nominalen Steuersätze, sondern die im internationalen Vergleich wesentlich höheren Abschreibungsmöglichkeiten einbezieht, keinesfalls von überzogenen Belastungen in der Bundesrepublik gesprochen werden kann. Das Institut kommt zu dem Schluß – ich zitiere die Seite 137 –:

Insgesamt kann nicht der Schluß gezogen werden, die Bundesrepublik müsse im Bereich der auf den Unternehmensgewinnen lastenden Körperschaft- und Einkommensteuer für allgemeine Erleichterungen sorgen.

Die Bundesregierung hat diese Empfehlung in den Wind geschlagen.

Nur die angespannte Finanzlage wegen der Finanzierung der deutschen Einheit hat die gravierenden Fehlentscheidungen bei der Unternehmensbesteuerung verhindert. Die Finanzlage der Unternehmen ist überhaupt nicht das Problem. Sie müssen sich einmal die Geschäftsberichte und die Statistiken der Bundesbank anschauen. Fast 90 % aller Investitionen werden aus Eigenmitteln finanziert.

Meine Damen und Herren, wer heute einer allgemeinen Steuersenkung, einer allgemeinen Senkung der Unternehmenssteuern das Wort redet, betreibt keine vorausschauende Industriepolitik,

(Abg. Dr. Scharf FDP/DVP: Herr Jacobi!)

sondern betreibt Lobbypolitik ohne wirtschaftliches Konzept.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Erich Schneider: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Scharf.

Abg. Dr. Scharf FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine kritische Vorbemerkung. Es ist für mich nicht sehr einleuchtend, daß es bei der heutigen Aktuellen Debatte wirklich um ein aktuelles

Thema geht. Das Thema „Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg“ und die Diskussion um die Unternehmenssteuerreform würde ich eher als Dauerbrenner bezeichnen. Aber vielleicht habe ich da eine zu enge Vorstellung von dem Begriff „aktuell“. Sicherlich läßt sich zu diesem Thema immer etwas sagen.

(Zuruf von der SPD: Sie können nichts dazu sagen!)

Meine Damen und Herren, für ein Land wie Baden-Württemberg, das nicht gerade mit natürlichen Reichtümern gesegnet ist, sondern das seinen Wohlstand und seine Wirtschaftskraft in hohem Maße der besonderen Leistungsbereitschaft und dem Erfindungs- und Innovationsgeist seiner Unternehmen verdankt, sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, bei denen die Besteuerung eine ganz wichtige Rolle spielt, von großer Bedeutung. Eine weitere Reform der Unternehmensbesteuerung wird deshalb auch für das Wirtschaftsleben in Baden-Württemberg eine positive Auswirkung haben. Denn gerade für die in Baden-Württemberg stark ausgeprägte mittelständische Wirtschaftsstruktur bietet die Reform der Unternehmenssteuer zusätzliche Anreize und stärkt natürlich auch die Investitionsbereitschaft. Nicht zuletzt wird dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Unternehmen im EG-weiten Wettbewerb verbessert.

Unabhängig von oder trotz der durch den deutschen Einigungsprozeß erforderlichen temporären Solidaritätsabgabe, der die FDP nur notgedrungen und mit wenig Begeisterung zugestimmt hat, bleibt die Forderung meiner Partei nach einer Reform der Unternehmensbesteuerung und daneben natürlich auch nach einer Verbesserung bei der Besteuerung der Familien bestehen.

Im Gegensatz zu der Verbesserung der Familienbesteuerung soll sich die Unternehmensbesteuerung zunächst weitgehend selbst finanzieren, weil deutliche Einschränkungen bei den Abschreibungsbedingungen als Gegenfinanzierung vorgesehen sind. Konkret geht es bei der vorgesehenen weiteren Reform der Unternehmensbesteuerung in erster Linie darum, die ökonomisch unvernünftigen ertragsunabhängigen Steuern, also die betriebliche Vermögensteuer und die Gewerbesteuer, abzubauen, um dadurch die Wettbewerbsfähigkeit von deutschen Unternehmen global, aber auch ganz speziell im Binnenmarkt zu verbessern. Es geht schlicht um die Verbesserung der steuerlichen Bedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze und nicht, wie teilweise von der SPD in polemischer Weise behauptet wurde, um Steuergeschenke für Superreiche.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Oh!)

Nebenbei: Die FDP hatte die Abschaffung der privaten Vermögensteuer nicht gefordert. Dies wurde vom Parteivorsitzenden der CSU und Bundesfinanzminister, Herrn Waigel, in die Koalitionsvereinbarungen eingebracht. Wir hatten nur von der betrieblichen Vermögensteuer gesprochen.

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Das kann man ja auch in unserem Programm nachlesen.

(Dr. Scharf)

(Abg. Zeller SPD: Das lesen wir aber nicht!)

In der Praxis ist ja zunächst lediglich die Nichteinführung dieser Steuern in den neuen Bundesländern vorgesehen, weil dort die finanztechnischen Voraussetzungen dafür gar nicht gegeben sind. Jeder, der die Finanzverwaltung in den neuen Bundesländern kennt, weiß, daß es der Finanzverwaltung dort auf Jahre nicht möglich sein wird, die Einheitsbewertung und damit die Grundlage für eine Besteuerung zu schaffen.

Längerfristig wollen wir als FDP aber die Befreiung von der Gewerbekapitalsteuer und eine weitgehende Entlastung von der betrieblichen Vermögensteuer auf Gesamtdeutschland ausdehnen,

(Abg. Schlauch GRÜNE: Ihr von der FDP wollt doch die Steuern für Unternehmer ganz streichen!)

wobei ich noch einmal betone, daß dies in der ersten Stufe durch den Abbau von Abschreibungsvergünstigungen aufkommensneutral gestaltet werden soll.

Meine Damen und Herren, die Erfahrungen mit der bisherigen Steuerreform haben uns doch gelehrt, daß Steuer-senkungen durchaus die Wirtschaft beleben. Das Ergebnis der Steuerpolitik der letzten Jahre kann sich doch durchaus sehen lassen. Neun Jahre Aufschwung, stabile Preise, nahezu zwei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze

(Abg. Dr. Puchta SPD: Das ist jetzt vorbei!)

und derzeit mehr Ausbildungsplätze als Bewerber, das ist doch sicher eine respektable Bilanz, die sich sehen lassen kann. Warum soll eigentlich das, was in den achtziger Jahren zu soviel Erfolg geführt hat, jetzt nicht mehr gelten?

(Beifall des Abg. Dr. Döring FDP/DVP – Abg. Schlauch GRÜNE: Weil die neunziger Jahre anders aussehen als die achtziger Jahre!)

Für uns bleibt die Unternehmenssteuerreform auf der Tagesordnung. Wir streben an, daß sie noch in dieser Legislaturperiode realisiert wird. Ziel ist, die Substanzsteuern, also die Gewerbekapital- und die Vermögensteuer, abzubauen und die Ertragsteuern weiter zu senken. Die Fortsetzung der erfolgreichen Steuerpolitik ist im Hinblick auf ein gesundes Wachstum unserer Volkswirtschaft im Europäischen Binnenmarkt unverzichtbar.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Erich Schneider: Das Wort erhält der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn eine Debatte über den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg geführt wird, dann gilt es zunächst einmal festzuhalten, daß unsere wirtschaftliche Lage derzeit denkbar gut ist. Sie war nicht nur gut in all den letzten neun Jahren der Hochkonjunktur und auch noch im letzten Jahr mit einem Wachstum von

4,5 %, sondern sie ist entgegen allen Prognosen, die es auch teilweise heute wieder gegeben hat und die in den letzten Monaten in diesem Hause oft verbreitet worden sind, in diesem Jahr außerordentlich gut. Denn wir hatten im ersten Vierteljahr dieses Jahres im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres ein Wachstum von 4,2 %.

Die Arbeitslosigkeit ist in unserem Land weitgehend beseitigt. Wir sind inzwischen bei 3,5 %, während der Bundesdurchschnitt bei 6 % liegt, und unser Land hat im letzten Jahr noch ein Wirtschaftswachstum von 4,7 % gehabt.

Die Wirtschaft unseres Landes hat im Jahre 1990 ein Exportvolumen von fast 112 Milliarden DM erreicht. Die Exportquote des verarbeitenden Gewerbes liegt bei 31,4 %. Die 1990 zu verzeichnende Abschwächung des Exports, vor allem in Teilen des Maschinenbaus, auch in einzelnen Regionen, was die Automobilexporte anlangt – das ist vorhin gesagt worden –, erscheint zu einem beachtlichen Teil heute schon wieder überwunden. Wir stehen auch 1991 vergleichsweise gut da. Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe haben in den ersten vier Monaten des Jahres 1991 um 5,5 % zugenommen. Dabei war die Nachfrage des Auslands im Schnitt nur noch um 4 % rückläufig, im April gar nur noch um 2 %. Alle diese Exporteinbrüche in Teilbereichen sind kompensiert worden durch eine wesentliche Steigerung der Binnennachfrage um über 11 %.

Meine Damen und Herren, es besteht also die Aussicht, daß der Abschwung in den Industrieländern, der für die Exporteinbußen unserer Unternehmen verantwortlich war, bald beendet sein wird. Auch der Vorsitzende des Landesverbands der Industrie, Herr Freiländer, kommentiert das Ende der Exportschwäche lapidar mit der Aussage: Wir sind wieder da!

Meine Damen und Herren, wenn Sie heute die Zeitung lesen, sehen Sie aus der jüngsten Umfrage des DIHT bei allen seinen Mitgliedsfirmen, daß deren Beurteilung mit dem, was ich gerade gesagt habe, völlig übereinstimmt.

Seit 1983 haben wir in der Bundesrepublik wieder wirtschaftliches Wachstum, und in all den Jahren seit 1983 war das wirtschaftliche Wachstum in Baden-Württemberg noch höher als auf Bundesebene.

(Beifall der Abg. Kurz und Longin CDU)

In der Summe macht das in den achtziger Jahren fast 20 % mehr Wachstum aus. Dies alles, meine Damen und Herren, spricht doch für die Qualität des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU)

Das muß man doch einmal festhalten, bevor man an Analysen über Mängel oder an Notwendigkeiten von Standortverbesserungen denkt.

Wie beurteilt der von der Landesregierung eingesetzte EG-Beraterkreis die Lage Baden-Württembergs vor den Herausforderungen des Binnenmarkts? Er weist darauf hin, daß es eher die peripheren Regionen sind, eher die alten Industriestandorte, deren Strukturanpassungsprobleme

(Ministerpräsident Teufel)

sich verschärfen werden, sofern sie ihren Strukturwandel nicht beschleunigen. Für Baden-Württemberg aber sieht dieser Beirat wegen unseres hohen technologischen Niveaus, wegen der Qualifizierung unserer Arbeitskräfte und wegen unserer Infrastruktur in den Bereichen Kommunikation, Hochschulen und Forschungseinrichtungen große Chancen.

Allerdings sollen, so meine ich, in einer solchen Debatte die Risiken und Engpässe, die sich aus den hohen Arbeitskosten, den extremen Immobilienpreisen und auch durch Verkehrsengpässe ergeben, nicht verharmlost werden.

Was tun wir, um den Standort Baden-Württemberg zu sichern? Die Landesregierung hat frühzeitig eine ihrer zentralen Aufgaben darin gesehen, Baden-Württemberg für den Europäischen Binnenmarkt fit zu machen. Ich habe auch in meiner Regierungserklärung dieser wichtigen Aufgabe hohe Priorität eingeräumt. Wir sind auf der europäischen Ebene präsent, um die Anliegen der Bürger und der Wirtschaft des Landes nachhaltig zu vertreten. In Baden-Württemberg wurde ein flächendeckendes EG-Informationsnetz aufgebaut.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat eine beispielhafte Technologiepolitik begonnen und ständig weiterentwickelt, die in vielen Teilen der Welt und der Bundesrepublik kopiert worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: So ist es!)

Wir haben Technologietransfersysteme entwickelt und flächendeckend ausgebaut. Wir sorgen dafür, daß auch der Mittelstand in den Genuß von Fördermitteln der EG im Bereich der Forschungstechnologieförderung kommt.

Wenn man über den Standort Baden-Württemberg redet – und das tun Sie beim Thema dieser Debatte –, dann kann man nicht nur über die Steuersituation reden, sondern dann muß man auch darüber reden, was wir im Bereich von Bildung und Hochschulpolitik machen, was wir für Berufsakademien, Fachhochschulen und Universitäten und was wir im Bereich der Forschung tun. Meine Damen und Herren, in Baden-Württemberg arbeiten 8 000 Menschen in der Forschung. Das sind 23 % aller Forscher der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben allein im Doppelhaushalt 1991/92 für den Bereich von Wissenschaft und Forschung 875 neue Stellen geschaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich möchte darauf hinweisen, welchen Schwerpunkt wir in den letzten Monaten im Bereich der Verkehrspolitik als eine entscheidende Infrastrukturvoraussetzung für eine gute Entwicklung unserer Wirtschaft und für eine Verbesserung des Standorts Baden-Württemberg gesetzt haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte auf unsere konsequente Umweltpolitik verweisen;

(Abg. Köder SPD: Na, na!)

nur scheinbar und vordergründig betrachtet eine Belastung unserer Wirtschaft, mittel- und langfristig gesehen, meine Damen und Herren, aber ein Beitrag zu einer guten Standortgunst unseres Landes.

(Beifall des Abg. Kurz CDU)

Arbeiten zur Stärkung des Finanzplatzes Baden-Württemberg sind ebenso im Gange wie zur weiteren Stärkung des Dienstleistungssektors. Die Landesregierung hat also die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft in unserem Land in denkbar guter Weise geordnet. Unsere Unternehmen sind auf den Europäischen Binnenmarkt sehr gut vorbereitet, und sie sind auch der globalen Herausforderung gut gewachsen. Trotz der hohen Kosten am Unternehmensstandort Baden-Württemberg sind unsere Unternehmen konkurrenzfähig.

Meine Damen und Herren, gleichwohl bestehen auch Gefahren, daß unser Standort beeinträchtigt werden könnte. Anderenorts mehren sich die Anstrengungen, die eigene Attraktivität zu verbessern, nicht nur innerhalb der Staaten der Europäischen Gemeinschaft. Japanische Unternehmen beherrschen zunehmend Schlüsseltechnologien, was mich sehr besorgt macht, und sie verbünden sich in globalen Unternehmensallianzen.

Wir müssen deshalb Vorsorge treffen, um unsere Position zu halten. Unternehmenssteuern sind ein wesentlicher Standortfaktor. Die Steuerbelastung unserer Unternehmen ist im internationalen Vergleich zu hoch.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Es geht doch nicht bloß ums Geld! Die Steuer war noch nie der einzig wichtige Punkt!)

– Das ist wahr. – Das, was Sie gesagt haben, Herr Kollege, ist nicht richtig. Dies bestätigen – Sie können es nachlesen – alle Sachverständigen, die sich mit dem Thema in den letzten Jahren befaßt haben.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Zum Beispiel schlägt DIW genau das Gegenteil von Ihrer Reform vor!)

Die Senkung der Unternehmenssteuern ist deshalb nicht nur wünschenswert, sie ist mittelfristig zwingend geboten, um die Attraktivität des Unternehmensstandorts Bundesrepublik Deutschland zu steigern und den Unternehmen das Bestehen im international härter werdenden Wettbewerb zu erleichtern. Meine Damen und Herren, wenn wir in normalen Zeiten wären, wäre eine Unternehmenssteuerreform sofort durchzuführen.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Ich möchte aber genauso klar, wie ich mich zu einer Unternehmenssteuerreform bekenne, sagen, daß sie zur langfristigen Arbeitsplatzsicherung notwendig ist und deshalb auch eine soziale Komponente beinhaltet. Ich möchte dennoch auch klar sagen, daß wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Festlegung auf die Dimension einer Unternehmenssteuerreform und auf das Datum einer Unternehmenssteuerreform, wenn wir verantwortlich handeln wollen, beim besten Willen nicht treffen können.

(Ministerpräsident Teufel)

(Abg. Köder SPD: Aber vielleicht auf den Inhalt!)

Diese Aussage mag manche in der Wirtschaft enttäuschen; sie ist aber ehrlich. Eine verantwortungsbewußte Steuerpolitik muß in die allgemeine Finanz- und Haushaltspolitik eingebettet sein.

Meine Damen und Herren, wegen der Bedeutung einer Unternehmenssteuerreform muß sie zum frühestmöglichen Zeitpunkt angegangen werden. Voraussetzung ist, daß dann die weiteren finanziellen Belastungen, die aus den Aufgaben in den neuen Ländern resultieren, besser abgeschätzt werden können. Aktuell würde eine Unternehmenssteuerreform die öffentlichen Haushalte überfordern. Die Unternehmenssteuerreform darf nicht auf Pump finanziert werden.

Zum 1. Juli 1991 ist das Solidaritätsgesetz in Kraft getreten, das insbesondere dem Bund in den Jahren 1991 und 1992 rund 35 Milliarden DM zusätzliche Einnahmen verschafft. Der Bund benötigt die Mittel, um die aus dem Ziel der Angleichung der Lebensbedingungen im vereinigten Deutschland resultierenden finanzpolitischen Herausforderungen bewältigen zu können. Hinzu kommen die unvorhersehbar eingetretenen internationalen Verpflichtungen, vor allem jetzt auch die gegenüber Osteuropa. Die im Haushalt der Bundesrepublik vorgesehene Nettokreditaufnahme von fast 70 Milliarden DM darf aus unserer Sicht nicht weiter gesteigert werden. 150 Milliarden DM beträgt die öffentliche Neuverschuldung in diesem Jahr. Damit ist ganz gewiß eine kritische Grenze erreicht, die nicht überschritten werden darf, wenn wir nicht die Zinshöhe erneut nach oben treiben wollen oder wenn wir vermeiden wollen, daß unsere Währung in ihrer Stabilität gefährdet wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Finanzpolitik der öffentlichen Hand werden durch die Geldpolitik der Bundesbank enge Zügel angelegt werden, wenn sie sich nicht selbst beschränkt. Die Signale aus Frankfurt sind eindeutig. Es ist in einer solchen Debatte auch einmal festzuhalten, daß eine weitere Zinssteigerung von einem Prozentpunkt die Wirtschaft erheblich mehr belasten würde, als bei jeder Unternehmenssteuerreform an positiver Wirkung herauskäme.

(Abg. Wieser CDU: So ist es!)

Man muß auch sagen, daß ein Prozentpunkt eines zu hohen Tarifabschlusses die Unternehmenssteuerreform in ihrer ganzen Dimension wieder korrigieren und konterkarieren würde. Die massive Kritik an den Lohnabschlüssen dieses Jahres sollte uns zu denken geben.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird eine solide Finanzpolitik gewährleisten, und sie wird sich für eine sozial ausgewogene Steuerpolitik einsetzen. Es ist für sie eindeutig, daß nicht gleichzeitig über deutliche Steuererhöhungen einerseits und pauschale Entlastungen für die Unternehmen andererseits geredet werden kann. Wir wollen – das möchte ich klar festhalten – keine Abschaffung der Vermögensteuer, sondern eine Reform, die den Unternehmen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze dient.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen im übrigen eine Unternehmenssteuerreform und keine Unternehmersteuerreform.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Na ja!)

Es gilt, die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft gezielt zu stärken und die Eigenvorsorge zu verbessern, anstatt pauschal zu entlasten. Die Landesregierung wird sich Vorschlägen nicht verschließen, wenn dadurch betriebliche Investitionen gezielt gefördert und zusätzliche wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden können. Sie hat aber erhebliche Vorbehalte, soweit eine pauschale Reduzierung der Gewerbekapital- und der Vermögensteuer vorgeschlagen wird. Sicher sind die ertragsunabhängigen Steuern im internationalen Vergleich deutlich zu hoch. Allerdings würde der Wegfall der Gewerbekapitalsteuer im Ergebnis Ausfälle von rund 2,5 Milliarden DM bedeuten. Das können wir den Gemeinden derzeit nicht zumuten, Gemeinden, die sich in außerordentlicher Weise auch für die Finanzierung der deutschen Einheit engagieren.

Auch der andere Vorschlag mit einem Entlastungsvolumen von rund 3,5 Milliarden DM, der im Referentenentwurf der Bundesregierung ab 1993 für die Vermögensteuer enthalten ist, ist nicht der beste Ansatz. Solange durch den dringend gebotenen Subventionsabbau nicht entsprechende Finanzvolumina zur Verfügung stehen, können wir uns steuerpolitisch zugunsten der Unternehmen nur auf gezielte Einzelmaßnahmen einlassen. Ich möchte solche konkreten Einzelmaßnahmen ansprechen.

Erstens: Wir sollten gezielt die Eigenvorsorge stärken und die steuerlichen Regelungen der Altersvorsorge für die Selbständigen verbessern.

(Beifall des Abg. Longin CDU)

Denn, meine Damen und Herren, während Arbeitnehmer die Arbeitgeberleistungen zur Sozialversicherung steuerfrei beziehen, müssen Selbständige den entsprechenden Vorsorgebetrag zu einem guten Teil aus versteuertem Einkommen leisten. Diese Schlechterstellung ist sachlich nicht gerechtfertigt.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Wir sollten auch das im Betrieb investierte und dadurch langfristig gebundene Kapital steuerlich entlasten.

(Beifall des Abg. Kurz CDU)

Die derzeit mit einem Erbfall verbundene Liquiditätsbelastung der Betriebe ist zu hoch. Die Erben kommen häufig in eine Situation, daß sie aus Liquiditätsgründen dazu gedrängt werden, einen Betrieb zu veräußern. Dies begünstigt die Tendenz der Unternehmenskonzentration, der wir begegnen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Ministerpräsident Teufel)

Drittens: Wir brauchen im Einvernehmen mit den Kommunen eine Strukturreform der Gewerbesteuer. Ihre Rechtsformabhängigkeit wurde von der Sachverständigenkommission zur Verbesserung der steuerlichen Bedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze heftig und zu Recht kritisiert. Eine Strukturreform der Gewerbesteuer, die das voll haftende Kapital und den tätigen, voll haftenden Unternehmer besserstellt, würde von Baden-Württemberg mitgetragen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Jacobi GRÜNE:
Darüber wird seit 20 Jahren diskutiert!)

Meine Damen und Herren, die wirtschaftliche Situation in Baden-Württemberg ist auch das Ergebnis der Politik der früheren Landesregierungen und dieser Landesregierung. Wir haben mit einer zukunftsorientierten Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik die strukturellen Bedingungen dafür geschaffen. Wir haben durchgesetzt, daß nun auch die Verkehrsinfrastruktur ausgebaut werden kann. Wir werden gemeinsam mit der Bundesregierung auch die steuerlichen Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen verbessern, sobald dies finanziell verkraftbar ist.

Nun haben Sie, Herr Kollege Spöri, Anfang Mai und heute in dieser Debatte eine Initiative für eine aufkommensneutrale Strukturreform der Unternehmensbesteuerung angekündigt, um Baden-Württemberg speziell auch für ausländische Unternehmen attraktiver zu machen, wie Sie gesagt haben. Es klingt beachtlich gut, wenn sich die SPD zum Anwalt der Unternehmen macht.

Aber, meine Damen und Herren und Herr Kollege Spöri, Sie werden nicht umhinkönnen, auch in dieser Debatte – ich fordere Sie auf, noch einmal zu reden – im Detail zu sagen, wie Sie die Unternehmen spürbar entlasten wollen, ohne sie auf der anderen Seite deutlich zu belasten.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind mit Ihren Vorschlägen ganz im Allgemeinen geblieben; ich war auf Details vorbereitet. Ich möchte nicht im Detail auf die Umsetzungsprobleme und die enormen Verwaltungskosten, die entstehen würden, wenn man Ihre Vorschläge realisieren würde, eingehen. Ich sage vielmehr nur: Eine auch nur überschlägige Berechnung ergibt, daß die von Ihnen vorgeschlagenen Entlastungen wenigstens 15 Milliarden DM kosten. Sie sollten jetzt konkret sagen, wo Sie diese 15 Milliarden DM konkret erbringen und einsparen wollen.

(Beifall des Abg. Kurz CDU – Abg. Oettinger
CDU: Sehr richtig!)

Denn sonst kann man Ihren Vorschlag nicht als seriös bezeichnen. Sie schlagen Entlastungen vor, ohne sie zu quantifizieren. Sie haben bei keinem einzigen Punkt, den Sie genannt haben, gesagt, was die Maßnahme kosten würde. Sie haben die Gesamtsumme nicht genannt, und Sie haben hinsichtlich der Finanzierung nichts anderes getan, als den völlig allgemeinen Hinweis zu geben, Sie wollten Abschreibungs- und Rückstellungsvergünstigungen abbauen. Nennen Sie doch bitte ganz konkret, welche. Sagen Sie uns, mit welcher Quantifizierung, damit uns eine Beurtei-

lung und eine Nachprüfung möglich sind. Aufkommensneutralität war doch Ihr Ziel. Dann, glaube ich, sollten Sie auch konkret sagen, wie Ihre Vorschläge aufkommensneutral verwirklicht werden können.

Ich möchte zu Ihren Vorschlägen also zwei Bitten äußern.

Die erste Bitte: Sagen Sie hier und heute, wenn Sie seriös sein wollen, welche konkreten Deckungsvorschläge Sie machen.

Die zweite Bitte – Sie haben ja nun eine Bundesratsmehrheit –: Wenn Ihre Vorschläge auch Ministerpräsidenten anderer Bundesländer überzeugen, würde ich vorschlagen, daß die SPD-geführten Bundesländer einmal eine Bundesratsinitiative in Ihrem Sinne ergreifen. Dort würden Sie Roß und Reiter und Zahlen nennen müssen, was Sie in dieser Debatte nicht getan haben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Erich Schneider: Meine Damen und Herren, nach § 82 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat sich der Herr Fraktionsvorsitzende Dr. Spöri zu Wort gemeldet. Auch die übrigen Fraktionsvorsitzenden haben sich bereits zu Wort gemeldet. Ich bitte Sie, sich möglichst kurz zu fassen. –

(Abg. Köder SPD: Er hat die gleiche Redezeit wie der Ministerpräsident!)

Bitte.

Abg. Dr. Spöri SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich nicht so ausführlich sein konnte, wie sich das Herr Ministerpräsident Teufel gerade gewünscht hat, dann liegt das daran, daß ich gegenwärtig noch nicht Ministerpräsident bin

(Heiterkeit des Abg. Ulrich Maurer SPD)

und am Anfang der Aktuellen Debatte nur 5 Minuten reden kann. Es ist ganz klar, daß ich Ihrer Aufforderung nach einer Konkretisierung jetzt gern dadurch nachkomme, daß ich im Anschluß an Sie spreche.

Meine Damen und Herren, es ist sicherlich richtig, daß der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und seine Zukunftssicherung im Europäischen Binnenmarkt ein viel weiteres Feld sind und nicht nur die Steuerpolitik tangieren. All das, was die Kollegen – zum Beispiel Sie, Herr Oettinger, oder Sie, Herr Jacobi – zur strukturellen Entwicklung auch in der Automobilbranche gesagt haben, ist sehr ernst zu nehmen: Qualifizierung, Verkehrspolitik, Produktionsstruktur. All dies müßte hier in einer viel umfassenderen wirtschaftspolitischen Debatte erläutert werden. Aber wir haben die Aktuelle Debatte aus einem konkreten punktuellen Anlaß beantragt, nämlich dem, daß gegenwärtig auf Bundes- und Landesebene eine Diskussion über die Unternehmenssteuerreform geführt wird.

Herr Teufel, Sie haben sich selbst zu diesem Punkt eingeschaltet, auch in einem Interview des „Handelsblatts“. Da die Meinungen im Landeskabinett auseinandergehen – ich werde gleich darauf eingehen –, schien es uns der Klärung

(Dr. Spöri)

wert, daß das Landeskabinett in dieser nicht unwichtigen Frage eine einheitliche Position bezieht, wenngleich möglicherweise die Steuerpolitik nicht einmal der wichtigste Standortfaktor ist; aber sie ist selbstverständlich ein wichtiger Standortfaktor.

Meine Damen und Herren, es wird immer auf andere Punkte eingegangen. Selbstverständlich wird jetzt wieder die gesamte Tarifrunde rezensiert. Ich bin der Auffassung, daß sich die verfassungsrechtlich garantierte Tarifautonomie in der Bundesrepublik durchaus bestätigt und bewährt hat. Ich kenne selbstverständlich das Lamento, das nach Tarifrunden immer wieder stattgefunden hat. Ich kenne seit über 20 Jahren die Klage, und zwar auch aus dem Unternehmensbereich, über zu hohe Lohnkosten und zu hohe Lohnnebenkosten in Baden-Württemberg. In diesen 20 Jahren hat sich die Konkurrenzposition – ich beziehe mich auf die Argumentation des Ministerpräsidenten; er hat gesagt, wir hätten gegenwärtig eine hervorragende Konkurrenzposition – trotzdem nicht verschlechtert.

Ich möchte auch darauf hinweisen, Herr Kollege Teufel, daß sich die Arbeitnehmerinnen und die Arbeitnehmer, die Beschäftigten in diesem Land dieses enorme Einkommensniveau, das im europäischen Rahmen überdurchschnittlich ist, durchaus auch durch eine überdurchschnittliche Leistung und Produktivität verdienen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Abg. Schlauch GRÜNE: Nicht nur Herr Merkle und Herr Eberspächer!)

Herr Kollege Teufel, weil die Millionen Menschen, die Facharbeiter, Techniker, Meister, Ingenieure überdurchschnittliches leisten, gibt es hier in diesem Land eine überdurchschnittliche Arbeitsproduktivität. Wenn man auf den Indikator der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit einer Region in Europa eingeht, darf man nicht nur die Lohnkosten und die Lohnnebenkosten betrachten, sondern muß man auch die Arbeitsproduktivität zugrunde legen. Wenn man beide Indikatoren zusammenfaßt, kommt man zu den Lohnstückkosten. Bei den Lohnstückkosten liegen wir im Mittelfeld. Da sind wir im internationalen Maßstab durchaus sehr konkurrenzfähig. Das muß hier einfach einmal festgehalten werden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE)

Sonst wäre gar nicht zu erklären, meine Damen und Herren, daß Baden-Württemberg Jahr für Jahr zu den in der Vergangenheit angewachsenen Exportüberschüssen der alten Bundesrepublik wegen seiner hohen Konkurrenzfähigkeit einen steigenden Beitrag geleistet hat.

Deswegen, Herr Kollege Teufel, gehe ich auf den Punkt ein, der sich in den letzten Jahren meiner Ansicht nach dramatisch verändert hat, nämlich auf die internationale Konkurrenzposition der Bundesrepublik und dieses Wirtschaftslandes. Es ist nicht der alte Gassenhauer, daß wir höhere Lohnkosten und höhere Lohnnebenkosten haben. Das ist ein Faktor.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Keitel CDU: „Gassenhauer“, das ist ja unerträglich! Sie verstehen gar nichts! – Zuruf des Abg. Bloemecke CDU)

– Hören Sie doch einmal zu. Darüber reden durchaus auch Wirtschaftspolitiker, die kompetent sind, auf Ihrer Seite.

(Abg. Wieser CDU: Gassenbuben sprechen über Gassenhauer! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Wenn Sie sich deswegen aufregen, kann ich Ihnen nicht helfen. Meine Damen und Herren, seien Sie nicht so aufgeregt.

Ich möchte auf das eingehen, was sich im internationalen Umfeld dramatisch geändert hat. Wenn Sie mit Vertretern der Wirtschaft aus Baden-Württemberg reden, die Ihr Parteibuch haben, werden die Ihnen sagen, daß sich das steuerpolitische Gefälle, daß sich die steuerpolitische Rahmenbedingung dramatisch geändert hat. Das gesamte Konkurrenzumfeld der Bundesrepublik Deutschland hat in hohem Maße steuerpolitische Strukturreformen durchgeführt. Überall in westlichen Industrieländern wurden die nominalen Steuersätze für die Unternehmen für das Geld, das im Betrieb arbeitet, gesenkt. Dies wurde durch den Abbau von Steuervergünstigungen im Unternehmensbereich finanziert, das heißt durch die Reduzierung von Abschreibungs- und Rückstellungsregelungen. Hier hat sich inzwischen ein Gefälle der Steuersätze ergeben, das den Ausschlag gibt. Kürzlich hat mir ein Firmenvertreter aus Baden-Württemberg gesagt, er könne hundertmal darauf hinweisen, wie gut unsere Abschreibungsregelungen und unsere Rückstellungsregelungen seien und daß wir effektiv gar nicht so hoch belastet seien. Das nütze ihm überhaupt nichts, wenn der Körperschaftsteuersatz in einem anderen Land, das mit uns im Europäischen Binnenmarkt konkurriert, 15 % niedriger sei. Über dieses Problem müssen wir hier diskutieren.

(Abg. Wieser CDU: Und wenn der Spitzensteuersatz gesenkt wird, machen Sie eine Neiddiskussion! – Zuruf des Abg. Bloemecke CDU)

Meine Damen und Herren, ich gehe gern auf die Fragen ein, die der Herr Ministerpräsident an mich gestellt hat, und bin sehr dankbar für diese Fragen. Wenn man den Körperschaftsteuersatz um 10 % absenken will, braucht man zumindest zirka 5 bis 6 Milliarden DM. Was ich zusätzlich, Herr Mayer-Vorfelder, zur Investitionsrücklage gesagt habe – 100 000 DM im Jahr steuerbegünstigt; es ist sicher richtig, daß das nur ein Zinsgewinn ist –, würde weitere 4,5 Milliarden DM kosten. Wenn wir alle überdurchschnittlichen Abschreibungsvergünstigungen und Rückstellungsmöglichkeiten, bei den Pensionsrückstellungen zum Beispiel, abbauen würden, wenn wir die degressiven Abschreibungshöchstsätze auf ein internationales Durchschnittsniveau vereinheitlichen würden, dann kämen wir nach unseren Berechnungen auf ein Einsparvolumen von zirka 10 Milliarden DM. Dies wäre leistbar.

(Ministerpräsident Teufel: Welche Abschreibungen?)

(Dr. Spöri)

Ich muß Ihnen sagen: Der Kronberger Kreis – das sind ja keine Sozialdemokraten – hat sich für eine so strukturierte aufkommensneutrale Reform im Unternehmenssteuerrecht ausgesprochen. Es ist ja durchaus auch so, daß man inzwischen auch in Unionskreisen auf Bundesebene über derartige aufkommensneutrale Reformen nachdenkt und darüber diskutiert. Man kann die Diskussion ja nicht irgendwie auf die SPD lokalisieren; sie reicht weit über die SPD hinaus.

(Abg. Dr. Wetter CDU: Roß und Reiter nennen!)

Lassen Sie mich jetzt zusätzlich eines sagen. Das Problem, Herr Teufel, liegt nicht in der zu hohen effektiven Gesamtbelastung. Da hat Herr Jacobi durchaus recht. Wenn wir nämlich alle Sondervergünstigungen, die wir haben, zusammenrechnen, zum Beispiel bei Sonderabschreibungen, bei Pensionsrückstellungen, dann kommen wir nicht auf ein effektives Belastungsniveau von 60, 70 %, wie es manchmal berechnet wird, sondern auf ein Belastungsniveau von 34 %. Das hat Konrad Littmann, der Finanzpapst der Bundesrepublik Deutschland, ausgerechnet.

Um was es jetzt geht, ist eigentlich das, was Herr Oettinger angesprochen hat. Es geht um eine Differenzierung in unserem Steuersystem. Das heißt, wir müssen die Steuersätze für die thesaurierten, investiv arbeitenden Gewinne senken und die Sondertatbestände abbauen und damit die steuerliche Bemessungsgrundlage so verbreitern, daß die Senkung der Steuersätze finanzierbar ist. Das ist ein –

(Abg. Oettinger CDU: Auch im Einkommensteuerbereich?)

– Darüber kann ich auch diskutieren.

(Abg. Oettinger CDU: Spitzensteuersatz? Wollen Sie den Spitzensteuersatz senken?)

– Das ist ein konzeptioneller Ansatz, den ich mit Ihnen über die Unternehmenssteuerreform hinaus diskutieren würde. Das sprengt zwar den Rahmen der heutigen Debatte, aber ich bin da durchaus diskussionsbereit.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Erich Schneider: Herr Abg. Dr. Spöri, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Longin?

Abg. Dr. Spöri SPD: Sicherlich.

Abg. Longin CDU: Herr Kollege Dr. Spöri, habe ich Sie recht verstanden – ich frage Sie wegen der Bedeutung dieses Themas –, daß Sie Pensionsrückstellungen streichen oder wesentlich reduzieren wollen, um die von Ihnen genannte Ergebnisneutralität zu erreichen?

Abg. Dr. Spöri SPD: Das ist nicht wahr. Sie wissen als Steuerfachmann ganz genau, Herr Longin, daß bei uns die Pensionsrückstellungen unter Zugrundelegung von Verzinsungen erfolgen, die enorm günstig sind, die gegenüber anderen Ländern überdurchschnittlich günstig konstruiert sind. Diese Zinsannahmen kann man realistischer gestalten;

(Zuruf des Abg. Rempfel CDU)

dann werden die Möglichkeiten zur Rückstellung etwas verringert. Das geht überhaupt nicht gegen die Pensionsrückstellungen, sondern gegen die günstigen Zinsannahmen, die hier zugrunde gelegt werden, die weit überdurchschnittlich ausfallen.

(Abg. Longin CDU: Prozentsatz? Den Prozentsatz?)

– Ich habe Ihre Frage beantwortet.

(Lachen des Abg. Longin CDU)

Der nächste Punkt. Herr Oettinger hat gesagt, er wolle Klarheit in der Steuerkulisse. Der Kollege Oettinger ist davon ausgegangen, daß es in dieser Landesregierung keine unterschiedlichen Positionen gibt. Das ist nicht der Fall. Das ist jetzt keine Polemik, aber sehen Sie sich einmal den „Südkurier“ an, den ich auf meiner Abgeordnetenbank liegen habe. Ich gebe ihn Ihnen nachher. Da steht genau das Gegenteil von dem drin, was der Finanzminister mit großer Verve vertreten hat. In einem Bericht von Herrn Reinhardt – so meine ich – vom „Südkurier“ steht nämlich, daß der Wirtschaftsminister in der Frage der Unternehmenssteuerreform diametral die Gegenposition vertritt. Das heißt, im Kabinett besteht keine Klarheit über diese durchaus relevante steuerpolitische Frage. Wenn Sie sagen, Sie erwarteten am 31. Dezember 1992 Klarheit über die Steuerkulisse, dann bedeutet dies juristisch im Umkehrschluß, daß im Kabinett gegenwärtig keine Klarheit über diese Frage besteht, Herr Oettinger.

(Abg. Köder SPD: So ist es!)

Nächster Punkt, meine Damen und Herren: Hier ist auch angesprochen worden, daß Herr Engholm eine andere Position beziehe. Herr Engholm hat genau dieselbe Position bezogen wie ich. Er ging aus von einer Belastung der thesaurierten Gewinne mit einem zu hohen Steuersatz. Herr Engholm hat überhaupt keine Veranlassung, eine platte Unternehmenssteuersenkung zu betreiben, weil das Land Schleswig-Holstein weit größere finanzpolitische und haushaltspolitische Probleme hat und weit stärker unter einer platten Unternehmenssteuersenkung leiden würde als das Land Baden-Württemberg. Das heißt, er hat genau meinen Ansatz vertreten.

Zum nächsten Punkt haben Sie, Herr Teufel, angesprochen, wir sollten nicht so tun, als ob zwischen Opposition und Regierung alles schwarzweiß wäre. Ich bin sehr froh, daß Herr Teufel – wie wir dies hier in zwei Anträgen gefordert hatten – die Abschaffung der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer auf Bundesebene nicht unterstützt hat. Ich bin dafür sehr dankbar. Das entspricht unseren Anträgen, die wir zuvor hier eingebracht hatten. Sie sind übrigens von der CDU-Fraktion in diesem Hause negativ kommentiert worden. Aber das macht nichts. Herr Teufel hat sich in dieser Frage entsprechend den Positionen in unseren Anträgen verhalten.

Ich muß sagen, wenn die FDP weiter auf diesem Roß reitet, die Gewerbesteuer und die Vermögensteuer abschaf-

(Dr. Spöri)

fen zu wollen, dann muß ich einmal ein bißchen an das mittelständische Herz dieser Partei appellieren.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Oh! Zuviel der Ehre!)

Sie haben bei den Unternehmen in Baden-Württemberg, zumindest früher einmal, eine unheimlich große Resonanz unter den Mittelständlern gehabt.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Das ist lange vorbei!)

Inzwischen haben sich aber die Wahlstrukturen verändert. Dennoch sollten Sie berücksichtigen, daß gerade eine Gewerbesteuerabschaffung und eine Vermögensteuerabschaffung extrem einseitig – auch wenn man die Vermögensteuerabschaffung im betrieblichen Bereich so konstruiert, wie Sie es gesagt haben – die größten Unternehmen wie Bosch, Daimler-Benz oder SEL mit den großen Kapital- und Vermögensmassen begünstigt, während die kleinen Unternehmen im Grunde genommen nur einige Brosamen von dieser Entlastungsoperation abbekommen.

Sie müssen auf der Gegenseite sehen, Herr Kollege, daß dies alles so finanziert wird, wie es Herr Mayer-Vorfelder immer befürchtet und auch angesprochen hat. Es wird durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert, die durch die Anhebung im europäischen Rahmen und die Binnenmarktharmonisierung unseres Steuersystems begründet wird. Diese verteilungspolitische Operation können Sie mittelstandspolitisch schlichtweg überhaupt nicht vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, auf der einen Seite mit einer Gewerbesteuer- und einer Vermögensteuersenkung die größten Betriebe und Unternehmen im Land zu entlasten und auf der anderen Seite mit der Mehrwertsteuererhöhung gerade die kleinen Unternehmen am stärksten zu belasten, weil diese die geringste Möglichkeit haben, eine Mehrwertsteuererhöhung abzuwälzen, etwa dadurch, daß sie zum Beispiel bei hohen Exportquoten die Mehrwertsteuererhöhung über die Umsatzsteuerrückvergütung wieder zurückvergütet bekommen, das ist eine verteilungspolitisch und mittelstandspolitisch gesehen unmögliche Operation.

Lassen Sie mich zum Abschluß zum Mittelstand in Baden-Württemberg noch folgendes sagen: Ich habe hier die steuerfreie Investitionsrücklage für die mittelständischen Betriebe gefordert, weil die Mittel für die Investitionen von den mittelständischen Betrieben einfach nicht in dem Umfang durch kontinuierliche Abschreibungen und durch mittelfristige Rückstellungspolitik angespart werden können wie von den Großunternehmen.

Wer sich das einmal ansieht – da gibt es ja einige mittelstandspolitische Sprecher, die oft Zahlen zitieren –, stellt fest: In Baden-Württemberg haben die Unternehmen mit mehr als 50 Millionen DM Umsatz eine Eigenkapitalausstattung von 27 %, während die kleinen und mittleren Unternehmen mit unter 5 Millionen DM weniger als 10 % Eigenkapitalanteil haben. Dies ist eine bedrohliche Situation, auf die der Herr Wirtschaftsminister ansonsten immer

hingewiesen hat, auch in seinen eigenen Veröffentlichungen.

Deswegen muß ich eines sagen: Der Mittelstand, die vielen kleinen und mittleren Unternehmen in diesem Land machen die konjunkturelle Flexibilität aus, auch in Zeiten, in denen die Konjunktur nicht so gut läuft. Sie sind das innovative Potential, sie sind das, was wir strukturell anderen Ländern voraushaben, die vorrangig Großunternehmenstrukturen haben und die riesige Schwierigkeiten mit Strukturkrisen haben. Aber wenn man für diese Unternehmen etwas tun und die schlechte Eigenkapitalausstattung verbessern will, dann darf man nicht nur Mittelstandslyrik bieten, sondern dann muß man konkret Nägel mit Köpfen machen. Das heißt, man muß eine Investitionsrücklage einführen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsident Erich Schneider: Das Wort erhält Herr Abg. Schlauch.

Abg. Schlauch GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenige Anmerkungen zu den Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten. Herr Ministerpräsident, mit Sicherheit haben Sie recht – da kann man ja nun nicht viel falsch machen –, wenn Sie Zahlen zitieren. Die Zahlen, die Sie zitiert haben und mit denen Sie den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg in einem guten Licht darstellen wollen, sind mit Sicherheit nicht wegzudiskutieren. Nur, ich habe die Befürchtung, daß Sie an diesem Punkt bei einer Bemäntelungspolitik stehenbleiben und das, was an Strukturkrisen derzeit schon sichtbar ist, und das, was noch unter der Oberfläche versteckt ist, ein Stück weit bewußt negieren und nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Ich glaube, es ist sehr notwendig, daß diese Krisen, die sich versteckt schon ankündigen,

(Abg. Wieser CDU: Nennen Sie die doch einmal!)

frühzeitig aufgespürt werden und von der Politik, auch von der Politik, einer CDU-Landesregierung angenommen werden.

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Wenn Sie in den letzten Wochen die Zeitung genau gelesen haben, wenn Sie zum Beispiel den Artikel über die Bilanzpressekonferenz des Daimler-Benz-Konzerns gelesen haben, dann haben Sie zur Kenntnis nehmen müssen, daß in allen Bereichen ein rapider Rückgang festzustellen ist. Nur in wenigen, eher nebensächlichen Bereichen sind positive Anzeichen vorhanden. Das heißt doch, daß unsere Strukturen nicht nur ein bißchen, sondern sehr stark in Gefahr sind. Die Frage ist, wie man dieser Entwicklung gegensteuert.

Da, kann ich nur sagen, reicht es für meine Begriffe nicht mehr aus, zu sagen, die Landesregierung habe eine phantastische Technologiepolitik betrieben, sie habe alle neuen

(Schlauch)

Technologien gefördert und gesponsert, sondern da wäre es dringend notwendig, vor allem wenn Sie Befürchtungen in Richtung Japan haben, eigene Schwerpunkte in der Technologiepolitik zu setzen und Schlüsseltechnologien, die möglicherweise anders aussehen als die japanischen, nach vorn zu bringen.

Es sind zwei Beispiele genannt worden; ich will sie wiederholen. Es wäre dringend notwendig, daß als Schlüsseltechnologie die Frage der Organisierung des Verkehrs wirklich auf die Tagesordnung gesetzt und daß an diesem Punkt wirklich eine Wende eingeläutet wird und man nicht nach dem Motto verfährt: „Das Auto kommt in die Krise; es lebe das Auto“. Es müssen in diesem Bereich sehr viel stärker als früher neue Verkehrssysteme entwickelt werden; das ist für meine Begriffe eine Chance. Hierfür wird von der Politik und insbesondere von dieser Landesregierung viel zuwenig vorgegeben und werden viel zuwenig Anreize geschaffen. Wenn ich mir das Trauerspiel bei der Nahverkehrsabgabe ansehe, bei der Sie ohne Notwendigkeit Schritt für Schritt zurückgegangen sind, bei der Sie an alten Strukturen gescheitert sind, bei der Sie nicht den Mut gehabt haben, diese Strukturen aufzuknacken, dann ist mir nicht sehr wohl, und dann habe ich keine große Hoffnung, daß Sie mit solchen alten Strukturen, die Innovationen und neue Strukturen verhindern, in Konflikt treten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt – auch das ist angesprochen worden – ist folgender. Eine wichtige Schlüsseltechnologie ist die Frage: Wie gehen wir in Zukunft mit Abfallwirtschaft um? Auch hier ist im Grunde genommen Gestaltungsstillstand, ist kein Gestaltungswillen dieser Landesregierung sichtbar.

Ich komme zu einem weiteren Punkt, den Sie angesprochen haben. Sie haben gesagt, die Senkung der Unternehmensbesteuerung habe eine soziale Komponente, nämlich die Sicherung des Arbeitsplatzes. Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident: Hat nicht die Senkung der Unternehmensbesteuerung sehr wohl eine soziale Komponente, aber eine negative? Die Mindereinnahmen nämlich müssen Sie den Arbeitnehmern wieder aus der Tasche ziehen.

Es ist ja die traurige Geschichte der Steuerpolitik der letzten Jahre der Bundesregierung, die die Landesregierung mitgetragen hat, daß man zuerst, vor wenigen Jahren, die Steuern gesenkt hat,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Und Steuermehreinnahmen hat!)

daß man dann, vor wenigen Monaten, die Steuern wieder erhöht hat mit der Komponente, die nun alles andere als sozial ist, weil man die Steuererhöhungen im Grunde genommen den unteren Einkommenschichten zugeschlagen hat, und die Steuersenkung jetzt, in der zweiten Runde, den hohen Einkommenschichten zugute kommen läßt. Das kann doch wohl nicht die soziale Komponente sein, die wir haben wollen. Die soziale Komponente muß doch vielmehr die sein, daß die unteren Einkommen entlastet werden und daß die oberen Einkommen entsprechend angemessen und gerecht mit zur Finanzierung der Auf-

gaben herangezogen werden, denen wir uns nun im Rahmen der Vereinigung zu stellen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An diesem Punkt wird es auch sehr verdächtig, wenn Sie sagen: Wir brauchen keine Unternehmersteuerreform, sondern eine Unternehmenssteuerreform.

(Abg. Dr. Wetter CDU: Sehr richtig!)

So weit, so gut! Wenn Sie aber gleichzeitig als einen wichtigen Punkt die steuerliche Bevorzugung der Altersversorgung der Unternehmer heranziehen, sind wir doch bei der Unternehmersteuerreform und nicht bei der Unternehmenssteuerreform.

(Abg. Bloemecke CDU: Was ist denn das Schlechtes, wenn ich etwas für die Unternehmer tue? Wer zieht denn den Karren? Sie doch nicht!)

– Man soll nur keinen Etikettenschwindel betreiben, wenn man „Unternehmenssteuerreform“ sagt und dann die natürlichen Personen in den Unternehmen bevorzugt.

(Abg. Bloemecke CDU: Wenn man die gleichstellt mit Arbeitnehmern, was ist denn das Schlechtes?)

Ein weiterer Punkt: Wir sind uns völlig darüber einig, daß eine Strukturreform der Gewerbesteuer überfällig ist, angesagt ist, in der Tat notwendig ist. Was ist passiert? Der Deutsche Städtetag hat eine mit Sicherheit diskutabile Konzeption vorgelegt, aber von der CDU haben wir diesbezüglich überhaupt keine Reaktion gesehen. Das heißt, Herr Ministerpräsident: Mir persönlich und uns Grünen sind Ihre Ausführungen zur Wirtschaftspolitik, zum Industriestandort Baden-Württemberg ein bißchen zu sehr von Selbstzufriedenheit geprägt, ein bißchen zu sehr auf dem Status quo verharrend, ein bißchen arg wenig in die Zukunft gerichtet, Perspektiven eröffnend. Es herrscht so eine wirtschaftspolitische Müdigkeit, ein wirtschaftspolitisches Gähnen. Es wäre dringend notwendig, wenn die Landesregierung – da sind ja eben Sie derjenige, der die Rahmenkompetenz hat – bei Punkten, bei denen die Notwendigkeit vorhanden ist, wie beispielsweise im Verkehrsbereich, in einen Konflikt mit alten Strukturen einträte. Da sehe ich bei Ihnen noch wenig Mut und wenig Gestaltungswillen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Erich Schneider: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Döring.

Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema der heutigen Debatte ist, wie Kollege Scharf vorhin schon ausgeführt hat, jeden Tag ein aktuelles Thema, weil es jeden Tag darum geht, sich um den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu bemühen. Aber es darf nicht sein, daß eine Debatte über den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg mit einer Selbstgefälligkeit geführt und dabei gesagt wird, eigentlich sei hier alles in Ordnung und es müßte keine weiteren Korrekturen geben.

(Dr. Döring)

Es geht auch nicht an, Warnungen zu übersehen, die in der jüngsten Vergangenheit deutlich ausgesprochen worden sind. Kollege Schlauch, Sie haben das in einem Nebensatz erwähnt, sind aber nicht weiter darauf eingegangen. Es muß uns doch wohl zu denken geben, was Edzard Reuter vor acht Tagen öffentlich erklärt hat: daß er sich bezüglich des Standorts Bundesrepublik und bezüglich des Standorts Baden-Württemberg Sorgen macht, und nicht nur das, sondern konkret auch an Verlagerungen denkt. Das muß doch für uns ein Alarmzeichen sein.

Es kann auch nicht angehen, daß wir sagen, so schlimm werde es schon nicht sein, wir hätten ja - wie der Kollege Spöri ausführte - diese überdurchschnittliche Arbeitsproduktivität. Genau diese überdurchschnittliche Arbeitsproduktivität wird in den Ausführungen von Herrn Reuter mittlerweile sehr stark relativiert und eben nicht mehr als ein vorzeigbarer, als ein durchgehender Vorteil gewertet. Hier wird vielmehr deutlich gemacht, daß längst andere an dieser Stelle deutlich aufgeholt haben.

Weil ein paar konkrete Punkte angesprochen worden sind, wie es mit der Steuerreform aussehen soll, wollen wir folgendes feststellen:

Erstens: Die Diskussion, die immer wieder um die Gewerbesteuer geht, wird für uns erst dann wieder aktuell werden, wenn es ein Gewerbesteuerreformmodell gibt, das klar und deutlich Ausgleichsleistungen für die Kommunen bringt. Wer ein Gewerbesteuerreformmodell bringt, ohne das zu berücksichtigen, kann es gleich zu Hause lassen. Deswegen wird darüber nicht weiter diskutiert, solange dies fehlt.

Zweitens: Bei der Gewerbesteuer sind wir völlig deckungsgleich. Die Gewerbesteuer kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abgeschafft werden.

(Abg. Oettinger CDU: Oi!)

Sie können das den Kommunen derzeit nicht zumuten.

(Abg. Kurz CDU: Das ist etwas ganz Neues!)

Es ist völlig klar, daß das derzeit - ich weiß das aus dem Gemeinderat, in dem ich bin -

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

den Kommunen aufgrund der Belastungen, die auch diese zur Finanzierung der neuen Bundesländer auf sich genommen haben, nicht zugemutet werden kann. Deswegen muß die Gewerbesteuer ausgesetzt werden und kann heute nicht auf der Tagesordnung stehen.

Drittens: Eine Unternehmenssteuerreform muß selbstverständlich durchgeführt werden. Sie ist heute notwendiger denn je. Wir haben die Wettbewerbssituation in der EG zum 1. Januar 1993 vor Augen. Wir haben auch die Notwendigkeit, Impulse für die Finanzierung der Aufgaben in den neuen Ländern zu setzen. Wir halten auch an dem Ziel fest - wie es vorhin Kollege Scharf ausgeführt hat -, einen einheitlichen Einkommen- und Körperschaftsteuersatz von 46 % anzustreben. Wir brauchen hier Entlastungen getreu dem Motto: Wenn wir wollen, daß der Stärkere in der Lage

ist, dem Schwachen zu helfen, muß die Stärke des Stärkeren erhalten oder aber noch weiter ausgebaut werden, weil er sonst nicht in die Lage versetzt werden kann, dem Schwachen die Hilfe zu geben, auf die dieser dringend angewiesen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Wir haben aber bei der Diskussion, was den Standort Baden-Württemberg angeht, nicht nur zu beachten, welche Aufgaben im Bereich der Steuerreform zu erledigen sind, sondern - das ist ja auch angesprochen - auch, wie es im Bereich der Ausbildungssituation aussieht. Da muß angemerkt werden: Wer den Standort stärken will, muß auch dafür sorgen, daß die Situation in den Berufsschulen tatsächlich so ist, daß man auch von einem günstigen Standort sprechen kann. Sie selbst kennen die Zahlen. Wenn Sie nur das erfüllen, was Sie selbst vorgegeben haben, brauchen Sie zusätzlich über 1 000 Berufsschullehrer.

Sie haben auch die Entsorgungproblematik im Umweltbereich. Sie haben die Überlast an den Hochschulen. Deswegen müssen Sie, wenn Sie den Standort Baden-Württemberg in der Diskussion haben, ein Gesamtpaket vorlegen und dürfen das nicht verengt auf die Steuerdiskussion sehen.

Natürlich muß man auch das ansprechen, was vorhin Kollege Oettinger gesagt hat. Wer insgesamt über den Standort Bundesrepublik und Baden-Württemberg spricht, muß auch im Auge haben, wie weit wir uns weitere Arbeitszeitverkürzungen noch leisten wollen. Ich meine auch, daß hier das Ende der Fahnenstange auf mehrere Jahre hinaus erreicht ist. Wer da weiter voranschreiten will, schwächt den Standort Baden-Württemberg und den Standort Bundesrepublik Deutschland.

Wir werden von unserer Seite aus eindeutig den Weg weiterbeschreiten: Die Jahre zuvor, die achtziger Jahre - Kollege Scharf hat das deutlich gemacht -, haben aufgrund von Steuersenkungen im Unternehmensbereich dafür gesorgt, daß wir zu Steuermehreinnahmen gekommen sind, die allen - Bund, Land und Kommunen - gutgetan haben. Wir wissen, daß diejenigen, die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen müssen, die wir nach wie vor dringend brauchen, die Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen müssen, auch über die Rahmenbedingungen verfügen müssen, die sie dazu in die Lage versetzen. Deswegen muß an dem Konzept der Unternehmenssteuerreform so, wie vorgetragen, festgehalten werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Erich Schneider: Das Wort erhält Herr Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es sind Gemeinsamkeiten und es ist Trennendes sichtbar geworden. Lassen Sie mich auf beides eingehen.

Zunächst Steuerumbau: Herr Kollege Spöri, wer vom Steuerumbau spricht, der muß wissen, daß wir in der

(Oettinger)

Relation der direkten Steuern und der indirekten Steuern eine Entwicklung gehabt haben, die es jetzt zu korrigieren gilt. Dies heißt, wenn wir noch in den sechziger Jahren etwa gleiche Steueraufkommen aus direkten und indirekten Steuern hatten, so ist jetzt die indirekte Steuer auf 40 % - mit sinkender Tendenz - abgesunken und die direkte Steuer auf über 60 % angewachsen.

Wer dagegen angehen will, muß einerseits sagen: Senkung Körperschaftsteuer, Senkung Einkommen- und Lohnsteuer - dies haben Sie in Ansätzen getan -, muß aber andererseits auch sagen, ob er die Erhöhung der anderen Steuerart, der indirekten Steuer, eine Erhöhung auf 15, 16 Punkte bei der Umsatzsteuer, mitträgt. Hier haben Sie eine Antwort nicht gegeben.

Zum zweiten, Gassenhauer: Bei vielem waren Sie ja auf einer vernünftigen Plattform durchaus sachlich. Wer aber hier von dem ständigen Gassenhauer Lohnkosten und Lohnnebenkosten spricht, der wird der Ernsthaftigkeit des Problems in keiner Weise gerecht. Ich zitiere nur den Sozialdemokraten Edzard Reuter aus der Hauptversammlung der Daimler-Benz AG. Edzard Reuter hat erstmals für einen deutschen Autobauer angekündigt, daß die Zulieferaufträge nicht mehr an Bosch und SWF, nicht mehr an den von Ihnen heute erstmals hochgehaltenen Mittelstand, sondern ans Ausland gehen sollen.

Wohin kommen wir, wenn sich der Schalter, wenn sich der elektrische Schaltkreis, wenn sich die Benzinpumpe, wenn sich die ABS-Anlage wegen der hohen Lohnstückkosten nicht mehr in Deutschland herstellen läßt, sondern wenn die Vergabe nach Frankreich, nach Portugal, nach Spanien, nach Übersee geschehen muß? Ich sage Ihnen: Die Zulieferindustrie in Baden-Württemberg ist die erste Branche, bei der sich die hohen Lohn- und Lohnnebenkosten und die falsche Verringerung der Arbeitszeit auf ein nicht mehr vertretbares Niveau zu einem elementaren Schaden auswirken.

Ein Weiteres: Die Verträge zwischen Mexiko und Daimler-Benz - sicherlich im Ansatz richtig. Sicher werden wir erleben, daß auch die deutsche Autoindustrie neue Standbeine in der Dritten Welt benötigt. Dies ist auch ein Teil einer fairen Partnerschaft. Aber wenn es stimmen sollte, daß bei VW darüber nachgedacht wird, die Produktion des Golf mittelfristig dort anzusiedeln, wo SEAT und Einfachstfahrzeuge produziert werden, wenn die Mehrzahl der deutschen Autos - ich spreche nicht von der S-Klasse -

(Abg. Schlauch GRÜNE: Vielleicht sollten Sie davon mal reden!)

mittelfristig in der Endproduktion eher nicht mehr in Deutschland, sondern eher in Portugal und Spanien gefertigt wird, dann können wir dieses nicht mehr als sinnvolle strukturelle Entwicklung hinnehmen. Deswegen wird meine Fraktion nicht nachlassen und wird Sie fordern in unseren beiden Zielen, nämlich erstens Ausbildungszeitverkürzung und damit längere Lebensarbeitszeit, zweitens kein weiterer Einstieg in die Jahres- und Wochenarbeitszeitverkürzung. Denn es kann nicht angehen, daß der von Ihnen beschriebene Mittelstand, Handwerk und Handel, in Ihrer Lyrik hier gelobt wird, aber 70 und 80 Stunden in

der Woche arbeitet, während die Wochenarbeitszeit der abhängig Beschäftigten auf unter 35 absinken soll.

Ein letzter Ansatz: Was die einzelnen Steuerarten anlangt, so bewegen Sie sich ja durchaus auf der Linie der Kommission, die Theo Waigel eingesetzt hat und die im Juni ihre Ergebnisse vorgelegt hat. Ich sage nur: Wir machen mit, wenn es darum geht, die Körperschaftsteuer für einbehaltene Gewinne zu senken. Wir stellen uns auch der Frage, ob man beim Spitzensteuersatz der Einkommensteuer parallelziehen muß.

(Abg. Köder SPD: Kann man entkoppeln!)

- Wenn Sie es koppeln,

(Abg. Köder SPD: Entkoppeln!)

müssen Sie hinnehmen, daß die Senkung des Spitzensteuersatzes in der Öffentlichkeit natürlich nicht populär ist. Wenn Sie ihn nicht senken, werden Sie exakt das, was Spöri auch nicht will, nämlich einen Trend zur GmbH, einen Trend zur AG, nicht aufhalten können. Deswegen glaube ich, daß sich all diejenigen, die für eine Senkung der Körperschaftsteuer im thesaurierten Bereich sind, auch der Frage des Spitzensteuersatzes und der Verstärkung der Anreize für Einzelunternehmer zur Einbehaltung von Gewinnen stellen müssen.

Wer, Kollege Schlauch, die soziale Komponente schlichtweg bestreitet, dem muß eines klargemacht werden: Diese Landesregierung hat als erste die Erhöhung des Kinderfreibetrags auf 6 000 DM gefordert. Es war Erwin Teufel gewesen, der Nägel mit Köpfen gemacht hat, um dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nachzukommen.

(Beifall bei der CDU - Abg. Schlauch GRÜNE:
Haben wir begrüßt!)

Er hat gleichzeitig gesagt: Für die CDU-Landesregierung kommt die Stärkung der Familie vor der Entlastung der Unternehmen, sowohl in der Priorität wie in der zeitlichen Reihenfolge. Deswegen soll hier niemand so tun, als ob wir nicht auch die soziale Symmetrie im Auge hätten.

Ein letzter Punkt: Wenn wir bei der degressiven AfA für bewegliche Wirtschaftsgüter, wenn wir bei den geringwertigen Wirtschaftsgütern in der Erhöhung der Freigrenze und wenn wir bei der degressiven AfA für Betriebsgebäude Steuervereinheitlichung wollen, kann man durchaus zu einheitlichen Sätzen kommen und dadurch einen Teil dessen, was man umbauen möchte, finanzieren.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Sehr gut! Ich habe ja gesagt, das wird in der CDU auch diskutiert!)

Exakt dies ist auch der Vorschlag der Kommission, die Herr Goerdeler in den letzten Wochen geleitet hat.

Deswegen sage ich: Einiges trennt uns, anderes wollen wir gemeinsam. Es besteht kein Grund zur Dramatik. Der Vorhalt, daß die Regierung mit unterschiedlichen Zungen spreche, stimmt nicht. Die Unternehmenssteuer ist ein wesentlicher Teil, aber eben nur ein Teil des Wirtschafts-

(Oettinger)

standorts Baden-Württemberg. Wer „Unternehmenssteuer“ in den Mund nimmt, muß auch „Arbeitszeit“ und „Lohnkosten“ in den Mund nehmen

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: So ist es!)

und darf diese beiden Punkte nicht verdrängen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sehr gut!)

Präsident Erich Schneider: Das Wort erhält der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann nur jeden Satz unterstreichen, den gerade Herr Kollege Oettinger zu diesem Thema gesagt hat.

Ich möchte mich Punkt für Punkt noch einmal mit den Einlassungen des Herrn Kollegen Spöri und auch des Herrn Kollegen Schlauch beschäftigen.

Erste Aussage: „Ich kenne das Lamento nach Tarifrunden.“ Herr Kollege Spöri, wenn Sie mit Unternehmern im Gespräch sind, wenn Sie sagen, es gebe Einbrüche im Export für unsere Wirtschaft, dann haben Sie doch sicher mit diesen Unternehmern auch über die Gründe gesprochen und über die ganz außerordentlichen Schwierigkeiten, bei den heutigen Produktionskosten in der Bundesrepublik Deutschland auf dem Binnenmarkt als Zulieferer oder auf den Märkten der Welt wettbewerbsfähig zu sein. Zu Recht ist hier mehrfach der Vorsitzende der Daimler-Benz AG, Herr Reuter, zitiert worden. Das muß uns doch eigentlich aufrütteln und zu denken geben. Wie viele mittelständische Arbeitsplätze von Zulieferbetrieben in unserem Land sind denn abhängig von den Großen in der Automobilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland? Wenn von diesen Firmen Arbeitsplätze inzwischen nicht nur nach Südeuropa, sondern in alle Welt verlagert werden,

(Abg. Dr. Wetter CDU: Mexiko!)

dann muß uns das doch zu denken geben. Man muß doch dann Sätze, wie sie von Herrn Reuter gesprochen worden sind, ernst nehmen. Ich kann Ihnen reihenweise Zitate ganz ähnlicher Art von mittelständischen und größeren Unternehmern in Baden-Württemberg bringen.

Das zweite: International seien Steuerstrukturreformen durchgeführt worden, und deswegen müßte auch bei uns etwas geschehen. Meine Damen und Herren, man kann sich nur wundern, wenn man daran denkt, wie Sie diejenigen mit Hohn und Spott überzogen haben, die international mit Unternehmenssteuerreformen begonnen haben: Herr Reagan in den USA, Frau Thatcher in Großbritannien. Sie haben ja erst Jahre später darüber nachzudenken begonnen, als der SPD-Bundeskanzler Vranitzky in Österreich und die SPD-Regierung in Schweden eine Unternehmenssteuerreform durchgeführt haben.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Können Sie da ein Zitat von mir finden?)

Erst da ist eine Unternehmenssteuerreform bei Ihnen salonfähig geworden.

Meine Damen und Herren, uns, die Union, brauchen Sie doch wahrlich nicht auf dieses Thema aufmerksam zu machen, auch nicht die Bundesregierung. Was haben wir denn gegen Ihren Widerstand in den letzten acht Jahren gemacht? Drei große Steuerentlastungen mit nachgewiesenermaßen netto 50 Milliarden DM Entlastung, die im übrigen auch den Unternehmen zugute gekommen sind. Auf einen Sitz ist der linear-progressive Tarif eingeführt worden. Der „Mittelstandsbauch“, dessen Beseitigung uns jahrelang auf jeder Versammlung mit Handwerkern und mittelständischen Unternehmern als Hauptanliegen vorgebracht worden ist, ist mit einem Strich beseitigt worden. 23,9 Milliarden DM hat allein die Einführung des linear-progressiven Tarifs gekostet, und sie hat damit eine Entlastung gebracht, vor allem für die mittelständischen Unternehmen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Scharf FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, der Körperschaftsteuersatz ist in unserem Land gegen Ihren erbitterten Widerstand von 56 auf 50 % gesenkt worden –

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Scharf FDP/DVP)

und da kommen Sie hierher und wollen uns Nachhilfeunterricht in Unternehmenssteuerreform erteilen.

(Abg. Köder SPD: Das klingt aber jetzt arg beleidigt!)

Meine Damen und Herren, ich habe vergebens auf Ihre Vorschläge gewartet. Herr Kollege Spöri, auch in der Rückrunde haben Sie keine Vorschläge gebracht. Ich habe noch zu keinem einzigen Punkt „undurchführbar“ gesagt, sondern ich habe gesagt, ich sei bereit, über jeden Punkt zu reden. Aber mir ist ein Urteil überhaupt nicht möglich, solange ich nicht weiß, was Ihre einzelnen Entlastungspunkte kosten und wie Sie sie finanzieren wollen.

(Abg. Köder SPD: Das hat er doch vorhin erklärt!)

Zwei Vorschläge haben Sie wieder ganz pauschal gemacht, auch in der zweiten Runde. Sie haben von „Abschreibungen“ und „Rückstellungen“ gesprochen, und die einzige Klarstellung in der zweiten Runde war, daß Sie bei den Rückstellungen als großes Detail gesagt haben: „Pensionsrückstellungen“. Ich möchte in aller Sachlichkeit darauf hinweisen, daß beide Vorschläge, nämlich Abschreibungen und Pensionsrückstellungen, eigentlich nur einen steuerstundenden Charakter haben.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Natürlich!)

– Ja, eben, und wie wollen Sie –

(Abg. Dr. Spöri SPD: Aber einen belastenden Effekt!)

(Ministerpräsident Teufel)

– Sehen Sie. Deswegen fordere ich Sie auf, Ihre Vorschläge vorzulegen, nicht weil ich polemisieren will, sondern weil ich mit Ihnen sachlich über Vorschläge diskutieren will. Aber ich kann darüber gar nicht diskutieren, bevor Sie nicht sagen, was das tatsächlich bringt, was denn da als Finanzierungsanteil übrigbleibt, wenn Sie auf der einen Seite entlasten wollen und auf der anderen Seite mit Rücklagen und Abschreibungen kommen, die im Grunde auch zur Steuerpflicht führen, nur eben mit einer Phasenverschiebung. Das müssen Sie doch sagen.

(Abg. Bloemecke CDU: Das ist nicht seriös!)

Es ist doch nicht seriös, was Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall bei der CDU)

Viertens sagen Sie, es sei keine Klarheit im Kabinett. Meine Damen und Herren, sowohl der Wirtschaftsminister wie auch der Finanzminister haben in den Grundzügen genau die Punkte vorgetragen – und im übrigen auch im Kabinett gebilligt –, die ich hier für die gesamte Landesregierung als unsere Vorstellungen für eine Unternehmenssteuerreform dargelegt habe. Aber im übrigen ist es doch wohl irgendwie selbstverständlich, daß ein Wirtschaftsminister, der tagtäglich mit der Wirtschaft unseres Landes zusammen ist, stärker auf eine schnelle Unternehmenssteuerreform drängt als ein Finanzminister, der sie finanzieren muß und der die Dinge zusammenhalten muß. Das ist doch wohl die natürlichste Sache der Welt.

Wir haben uns jedenfalls klipp und klar, und zwar nicht erst in der heutigen Dabatte, sondern rechtzeitig zu drei Dingen geäußert: erstens daß wir eine Unternehmenssteuerreform für dringend notwendig, aber zum jetzigen Zeitpunkt für nicht finanzierbar halten, zweitens daß wir den Ansatz der Bundesregierung mit Vermögensteuer und Gewerbesteuer nicht für den besten Ansatz halten und ihn nicht realisieren wollen

(Abg. Dr. Scharf FDP/DVP: Gar nicht?)

und drittens daß wir uns konkrete mittelstandspolitische Komponenten vorstellen. Die habe ich vorhin präzisiert.

Herr Kollege Spöri, Sie haben in der zweiten Runde gesagt, es gehe Ihnen um die Entlastung auch des Mittelstandes. Sie machen aber den Vorschlag, daß das BetriebssteuermodeLL mit einem Satz von 40 % auch von Einzelunternehmen und Personengesellschaften in Anspruch genommen werden können soll. Das ist, vom Verwaltungsaufwand abgesehen, ein innovativer Ansatz in Ihrem Modell. Aber wem kommt denn dieser Vorschlag zugute? Vor allem der Großindustrie.

(Abg. Oettinger CDU: Genau!)

Denn, meine Damen und Herren, ein verheirateter Einzelunternehmer, der ein zu versteuerndes Einkommen von 300 000 DM hat, hat noch gar nichts davon. Ihr Entlastungsvorschlag greift erst ab 350 000 DM. Da stellen Sie sich hierher und sagen, das sei ein Entlastungsvorschlag für die mittelständische Wirtschaft. Nein, das ist ein Entla-

stungsvorschlag für Großeinkommen, wie ich ihn beispielsweise niemals machen würde.

Herr Kollege Schlauch, Sie haben zunächst gesagt, ich hätte viele Zahlen genannt und diese könnten gar nicht bestritten werden. Meine Damen und Herren, ich diskutiere auch am liebsten über Zahlen und Fakten, weil diese bis zum heutigen Tag wenigstens nicht bestritten werden können. Wie würden Sie von der Opposition in Debatten in diesem Haus mit Zahlen operieren, wenn diese Zahlen gegen uns verwandt werden könnten, wenn wir eine rückläufige wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land hätten? Erfreulicherweise, meine Damen und Herren, sind die Zahlen und damit die Fakten bis zur Stunde gut. Wir bemängeln nichts, sondern wir versuchen mit ganzer Kraft, auch zu ergründen – in die Zukunft zu schauen ist immer schwierig –, wo mögliche Gefährdungen für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg liegen. Allerdings bin ich der Meinung, wir sollten zunächst einmal die Schwierigkeiten für den Standort Baden-Württemberg, die schon heute bestehen und die für jedermann sichtbar sind, lösen.

Im übrigen, wenn ich an alle Prognosen denke, die Sie in diesem Haus abgegeben haben: Da war von „Europessimismus“ die Rede, da sind Gutachten gebracht worden, die den totalen Zusammenbruch unserer Automobilindustrie und unseres Maschinenbaus prognostiziert haben, weil wir in den Steuerungen der Maschinen hoffnungslos zurückhängen würden.

(Zurufe der Abg. Dr. Puchta SPD und Schlauch GRÜNE)

Wir sind gerade in den letzten Jahren, was den Export angeht, wieder an die erste Stelle in der Welt gerückt. All Ihre Prognosen sind bis zur Stunde Lügen gestraft worden.

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Natürlich kann man zehn Jahre lang eine ungünstige Prognose über die konjunkturelle Entwicklung abgeben, und irgendwann wird diese Prognose sogar eintreffen. Davon bin ich überzeugt.

(Zuruf des Abg. Dr. Spöri SPD)

Aber wir befinden uns gegenwärtig in der längsten Periode einer guten wirtschaftlichen Entwicklung in der Nachkriegszeit. Durch die gute konjunkturelle Situation sind manche Strukturprobleme auch überdeckt worden; das ist nicht zu bestreiten. Ich bin sehr dafür, daß wir in Einzelheiten eintreten.

Herr Kollege Schlauch, Sie haben den Maschinenbau genannt. Warum hatte er in den letzten zwei, drei Jahren denn Probleme? Erstens weil unsere westlichen Nachbarländer

(Abg. Oettinger CDU: Ja!)

im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland nicht mehr die günstige Konjunktur hatten und es deshalb

(Ministerpräsident Teufel)

Absatzprobleme gegeben hat und zweitens weil in einem Zeitraum von eineinhalb Jahren die D-Mark gegenüber dem Dollar faktisch um 20 % aufgewertet worden ist. Das hat gerade auch Einbrüche beim Export der Automobilindustrie in die Vereinigten Staaten und beim Export von Maschinen in den Dollarraum gebracht. Ein Grund mehr dafür, daß wir so entschieden für den Europäischen Binnenmarkt und für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft eintreten, ist der, daß wir dort die Währungskursprobleme für unsere Wirtschaft nicht haben. Erfreulicherweise gehen ja bereits 50 % unseres Exports in Länder der Europäischen Gemeinschaft.

Auf die weitere Ursache Kostenstruktur habe ich vorhin bereits hingewiesen, indem ich Herrn Reuter zitiert habe.

Nun sprechen Sie zwei Innovationen, die Sie vorschlagen, an. Das ist also die Lösung der Strukturprobleme der Automobilindustrie und der Strukturprobleme des Maschinenbaus. Sie sind von Ihnen, Herr Schlauch, angesprochen worden. Sie kommen mit Verkehr und Abfall. Ich frage einmal: Hat sich in den letzten Jahren eine Landesregierung mehr um das Thema Verkehr gekümmert, als es diese Landesregierung in den letzten fünf Monaten getan hat, und zwar schlechthin in allen Bereichen?

(Beifall bei der CDU – Abg. Schlauch GRÜNE:
Was ist daraus geworden? – Zuruf des Abg. Dr.
Puchta SPD)

Das gilt auch für den von Ihnen als Innovation angesprochenen Bereich. Wir sind das erste – –

(Abg. Schlauch GRÜNE: Der Verkehrsinfarkt
wird immer stärker! – Weitere Zurufe von der
SPD und den GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

– Ja, das gefällt Ihnen. Ich komme mit größtem Vergnügen darauf zu sprechen.

(Abg. Weimer SPD: Nur Schlagzeilen! Staus!)

Aber zuerst spreche ich einmal darüber, was zwischen uns unumstritten sein sollte, nämlich daß wir die Schiene stärken wollen, den Verkehr auf die Schiene verlagern wollen, dafür aber zunächst einmal die Schiene ausbauen wollen. Wer hat denn ein Schienenverkehrskonzept erarbeitet und wird es in den nächsten Tagen vorstellen? Diese Landesregierung, die dies gestern im Kabinett beschlossen hat.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Sie sind auch an der
Regierung! Das ist das mindeste!)

Wer hat denn Mittel für den Nahverkehr eingestellt und damit zum ersten Mal die Möglichkeit geschaffen, den Nahverkehr auszubauen,

(Beifall bei der CDU – Abg. Oettinger CDU: So
ist es!)

und zwar im Verdichtungsraum und im ländlichen Raum, wenn nicht diese Landesregierung?

Meine Damen und Herren, das Komischste ist für mich, wenn von den Grünen kritisiert wird, wir würden unser Modell der Nahverkehrsabgabe, das Haltermodell, aufgeben, nachdem die Grünen die ganze Zeit gesagt haben, sie seien nicht für das Haltermodell bei der Nahverkehrsabgabe.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg.
Schlauch GRÜNE)

Wenn Sie nicht dafür sind und wir anhand eines Gutachtens erkennen, man sollte das vernünftigerweise nicht so machen, dann ist es trotzdem falsch, wenn wir zu dem Haltermodell das gleiche wie Sie sagen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Erich Schneider: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine – –

Ministerpräsident Teufel: Meine Damen und Herren, das ist doch Opposition um der Opposition willen und hat mit sachlicher Argumentation nichts mehr zu tun.

Präsident Erich Schneider: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bütikofer?

Ministerpräsident Teufel: Ja, mit Vergnügen.

Präsident Erich Schneider: Bitte schön.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Ministerpräsident, nach diesem etwas wirren Vorhalt: Sind Sie denn bereit, nachdem Sie – dafür möchte ich Sie ja loben – eingesehen haben, daß das Haltermodell umweltpolitisch unsinnig ist, jetzt auf unseren Vorschlag umzuschwenken und ein Nutzermodell einzuführen? Oder ist das alles nur ein Scheingefecht, das Sie führen, und verabschieden Sie sich aus der Umweltpolitik?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ministerpräsident Teufel: Das Haltermodell führen wir keineswegs deshalb nicht durch, weil es umweltpolitisch unsinnig wäre. Es ist verfassungsrechtlich möglich, wie das Gutachten eindeutig ergeben hat. Das Haltermodell führen wir aus zwei Gründen nicht ein:

Erstens: Wegen eines Betrags von 100 DM, den man jährlich erheben kann, wird niemand den privaten Pkw in der Garage lassen und auf das öffentliche Verkehrsmittel umsteigen.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Das haben wir schon
vor zwei Jahren gesagt! Das ist nichts Neues!
Dazu hätte man kein Gutachten gebraucht!)

Zweitens: Wenn jeder Einzelfahrschein von diesem Betrag abgerechnet werden muß, ergibt sich ein Verwaltungsaufwand, der ganz und gar unverträglich ist.

Aus diesen beiden Gründen ist das rechtlich zulässige Haltermodell nicht zu praktizieren.

(Ministerpräsident Teufel)

(Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

Aber, meine Damen und Herren, damit ist das Thema nicht gelöst.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Genau!)

Das ist selbstverständlich. Das Thema wollen wir auf folgende Art und Weise lösen:

Erstens durch Ausbau und stärkere Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs. Dafür hat diese Landesregierung die Voraussetzungen geschaffen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE)

Zweitens wollen wir es dadurch lösen, daß wir mit den Nahverkehrsträgern zusammen, und zwar mit denen im Verdichtungsraum und mit denen im ländlichen Raum, Kriterien erheben, wann eine befriedigende Infrastrukturausstattung und ein befriedigendes Angebot im Nahverkehr gegeben sind. Wenn die Bürger keine Alternative haben, können wir überhaupt nicht über irgendwelche Maßnahmen reden. Vielmehr müssen wir zuerst eine attraktive Alternative im öffentlichen Personennahverkehr haben.

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE – Abg. Bütikofer GRÜNE: So lange sind Sie doch gar nicht mehr da!)

Drittens: Dann kann und muß man im Gespräch mit den Betroffenen über Modelle, über Lenkungsmaßnahmen reden, die man auch modellhaft erproben muß. Das ist unser Konzept.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Das bleibt sehr nebulös!)

– Ein sehr vernünftiges Konzept, meine Damen und Herren.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE – Abg. Kretschmann GRÜNE: Sehr vernünftige Allgemeinplätze! – Heiterkeit bei den GRÜNEN)

– Nein, das sind Zielvorgaben für eine Lösung.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Im Jahr 2010! – Abg. Bütikofer GRÜNE: So lange sind Sie nicht mehr da!)

Meine Damen und Herren, es ist kritisiert worden, daß ich gesagt habe, die Senkung der Unternehmenssteuern hätte auch eine soziale Auswirkung. Die Senkung hat selbstverständlich eine soziale Auswirkung; denn die Senkung begünstigt Investitionen, und Investitionen sind die Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Arbeitsplätze sind die Voraussetzung für eine gute Entwicklung eines Landes. Arbeitsplätze sind nicht alles, aber ohne Arbeitsplätze ist alles andere nichts.

Wenn man gegen Unternehmer polemisiert, muß ich sagen: Was Baden-Württemberg heute darstellt, nämlich das erste Wirtschaftsland der Bundesrepublik und Europas, das sind wir zunächst einmal durch unternehmerische Initiative, durch unternehmerischen Wagemut geworden, dann durch die Innovationsleistung unserer Ingenieure, durch den Fleiß unserer Facharbeiter und Meister, durch eine hervorragende Produktivität. Dadurch haben wir diesen Rang erreicht. Deswegen möchte ich auch ein Wort der Anerkennung an alle Selbständigen in unserem Lande sagen, an alle mittelständischen Unternehmer, an alle Unternehmer in unserem Lande. Wenn wir für sie Politik machen, machen wir eine Politik für das Ganze und nicht für einen bestimmten Sektor in unserem Land.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen auch durch das Steuerrecht die Unternehmer begünstigen, die selbständig sind und ihre eigene Arbeitskraft und Leistung in Unternehmen einbringen.

Meine Damen und Herren, Herr Schlauch sagt, wir würden den wirtschaftspolitischen Status quo vertreten. Nein, vom Status quo, der hervorragend ist und von niemandem bestritten worden ist, ausgehend, wollen wir eine aktive Strukturpolitik betreiben, vor allem eine Infrastrukturpolitik, um die Standortgunst Baden-Württembergs zu erhalten und ständig zu verbessern. Darüber rede ich Tag für Tag im ganzen Land mit Bürgern, mit Arbeitnehmern und Unternehmern.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Davon hört man aber nicht viel!)

Wir tun dies erstens, indem wir die Forschung in unserem Land ausweiten. Wir haben im derzeitigen Haushalt gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um über 8%. Wir schaffen in diesem Doppelhaushalt über 800 Stellen in Wissenschaft und Forschung neu, indem wir eine eigene Forschungsabteilung im Wissenschaftsministerium ausbauen, indem wir eigene Leute nach Brüssel in unsere Landesvertretung setzen,

(Abg. Weimer SPD: 15 neue Stellen im Ministerium!)

um uns Finanzmittel aus den EG-Forschungsprogrammen für unsere Forschungsinstitute und Hochschulen zu erschließen.

Zweitens: indem wir unser Land vorbereiten und fit machen für Europa. Wir haben ein flächendeckendes Beratungsnetz in unserem Land aufgebaut.

(Zuruf des Abg. Dr. Spöri SPD)

Drittens: indem wir mehr als jedes andere Land die Bedeutung des Verkehrs für eine gute Entwicklung unserer Wirtschaft erkennen.

Viertens: indem wir bei der hohen Überlast, die unsere Universitäten und Hochschulen derzeit zu tragen haben, den Berufsakademien, den Fachhochschulen und Univer-

(Ministerpräsident Teufel)

sitäten helfen und dort einen absoluten Schwerpunkt setzen.

(Abg. Weimer SPD: Wie?)

Fünftens: indem wir unser gutes Bildungssystem erhalten.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Sechstens: indem wir nicht nachlassen in den Investitionen für den Umweltschutz, gerade auch um die Standortgunst Baden-Württembergs zu verbessern.

Siebtens: indem wir Überdurchschnittliches im Wohnungsbau tun, einem wirklichen Engpaß der Entwicklung im Augenblick.

Und achtens: indem wir uns auch verstärkt um Weiterbildung und Qualifizierung bemühen.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben ein sehr gutes Erbe zu verwalten. Wir haben eine wirklich günstige Ausgangssituation. Die wollen wir allerdings nicht nutzen, indem wir uns ausruhen, sondern indem wir Schwächen so früh wie möglich erkennen und, soweit die öffentliche Hand in einem System sozialer Marktwirtschaft überhaupt Einwirkungsmöglichkeiten hat, auch kraftvoll handeln.

(Beifall bei der CDU – Abg. Brigitte Wimmer SPD: Müder Beifall bei der CDU! – Gegenruf des Abg. Kurz CDU: Aber von Herzen kommend!)

Präsident Erich Schneider: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich erteile jetzt Herrn Abg. Dr. Spöri das Wort.

Abg. Dr. Spöri SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich nutze die Redezeit nicht aus. Aber eine Diskussion ist dazu da, daß man auf diejenigen antwortet, die einen angegriffen haben, die gefordert haben, ich solle eine Antwort geben.

Präsident Erich Schneider: Herr Abg. Dr. Spöri, wenn Sie mich das doch schnell erklären lassen würden, damit auch die übrigen Kollegen wissen, wie es weitergehen soll.

Wir sind aus dem Zeitrahmen geraten. Wenn Sie nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung das Wort ergreifen –

(Abg. Schlauch GRÜNE: Das ist der CDU gerade recht, daß sie ihren Nachtrag in den Mittag hineinpacken kann! – Gegenruf des Abg. Oettinger CDU: Das ist doch überhaupt nicht wahr!)

– Jetzt hören Sie mich doch einmal an, Herr Abg. Schlauch. Ich will Ihnen ja nur helfen, damit wir heute noch einigermassen über die Runden kommen. Selbstverständlich hat Herr Abg. Dr. Spöri das Recht, gemäß § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung zu entgegnen. Auch Sie haben das Recht.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Ich verzichte großzügig! – Vereinzelt Heiterkeit)

Trotzdem möchte ich Sie bitten, Herr Abg. Dr. Spöri, sich jetzt kurz zu fassen. Das wollten Sie auch. Die übrigen Kollegen müssen sich nicht unbedingt melden.

Bitte, Herr Abg. Dr. Spöri.

Abg. Dr. Spöri SPD: Ich werde nur auf das eingehen, was dringend erforderlich ist, weil es die Höflichkeit gebietet, daß man zum Beispiel dem Kollegen Oettinger

(Abg. Dr. Wetter CDU: Und dem Ministerpräsidenten!)

und Herrn Teufel auf eine gewisse Frage eine Antwort gibt. Sie beide haben meine Feststellung, daß die Lohnsteuerbelastung insgesamt schon länger ein Thema ist, angesprochen. Ich habe dabei den Begriff „Gassenhauer“ verwendet. Ich bedaure den Begriff und nehme ihn damit zurück. Ich habe damit nur gemeint, meine Damen und Herren

(Abg. Oettinger CDU: Okay!)

– ja, das kann man ruhig einmal zugeben; ich bin da vielleicht etwas zu flapsig gewesen –, daß das Thema der hohen Löhne und hohen Nebenkosten, Herr Kollege Teufel, ein Trendthema, ein Dauerthema ist, das wir schon seit langen Jahren aus dem Bereich der Wirtschaft vorgehalten bekommen, während die Unternehmenssteuerreform, die Sie vorhin auch zitiert haben, in den letzten sechs bis acht Jahren im internationalen Umfeld stattgefunden hat. Insofern hat sich hier etwas Neues getan. Das ist der Unterschied zu dem Thema, das hier mit den Lohnkosten bzw. Lohnnebenkosten angesprochen worden ist.

Herr Kollege Oettinger, zum Spitzensteuersatz von gegenwärtig 53 %: Es ist kein Problem, wenn wir den nicht gekoppelt absenken. Ich habe dafür jetzt vorgesehen, daß es, wenn die Körperschaftbesteuerungsmethode für den Einzelunternehmer, also für die Nichtkapitalgesellschaft, auch für die offene Handelsgesellschaft, günstiger ist, eine Optionsmöglichkeit nach der Betriebssteuermethode gibt. Herr Teufel ist darauf eingegangen. Darüber müssen wir diskutieren.

(Abg. Oettinger CDU: Erheblicher Aufwand!)

Nächster Punkt: Herr Kollege Teufel, wir sollten in wirtschaftspolitischen Debatten nicht so tun, als ob wir in diesem Punkt völlig auseinander wären. Das glaubt uns auch niemand. Im Grunde genommen sehe ich sehr viele Konsenspositionen – auch zu dem, was Herr Kollege Mayer-Vorfelder wahrscheinlich hier vertreten würde –, weil der Diskussionsansatz im Steuerrecht zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage nicht irgendwie isoliert von der Sozialdemokratie vertreten wird. Er ist doch in der Vergangenheit noch viel stärker in der Union vertreten worden. An Ihrer Stelle würde ich mich doch jetzt, wenn ich ihn hier anspreche, nicht deswegen von diesem Ansatz verabschieden, nur weil ihn SPD-Vertreter in diese Diskussion einführen.

(Abg. Brigitte Wimmer SPD: So ist es!)

(Dr. Spöri)

Lassen Sie mich ganz konkret sagen: Ich habe Ihnen hier keinen Gesetzentwurf vorgelegt, weil ich diesen nicht im Bundesrat einbringen kann. Aber ich kann Ihnen konkret die Fälle nennen, in denen Sie bei der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage sehr viel Finanzmasse zusammenbekommen.

(Ministerpräsident Teufel: Sagen Sie sie doch!)

Herr Kollege Teufel und Herr Mayer-Vorfelder, Sie müssen eines ganz klar sehen: Überdurchschnittliche und internationale Abschreibungen, unrealistische Zinssätze bei den Pensionsrückstellungen, die heute angesetzt werden können, überhöhte Wertberichtigungen auf Forderungen, die gegenwärtig gewährt werden, oder zum Beispiel die weit überdurchschnittlichen Rückstellungsmöglichkeiten für Versicherungsrisiken, all diese Punkte haben sicherlich, Herr Teufel, nur einen steuerstundenden Effekt, aber sie haben einen über die Zeitachse hinweg fortlaufenden, kontinuierlich steuerstundenden Effekt und damit einen einnahmesenkenden Effekt für die öffentlichen Haushalte, der nicht nur kurzfristig für ein Jahr gilt, sondern auch für die langfristige Betrachtung. Das müssen Sie einfach sehen. Darüber müssen wir konkret diskutieren bei der Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlage. Wenn wir konkret darüber diskutieren können, dann mache ich sehr gerne auch weitere, konkretere Vorschläge.

Lassen Sie mich zum Abschluß noch eines sagen. Ich habe das Gefühl, wir haben hier Diskussionsbedarf. Aber ich habe auch das Gefühl, hier gibt es eine gewisse Irritation in der Position der Regierung. Herr Kollege Teufel, Sie haben auf der einen Seite nach einem mir vorliegenden dpa-Artikel gesagt, Sie gingen davon aus, daß eine solche Unternehmenssteuerreform noch in der laufenden Legislaturperiode des Bundestags beschlossen werde. Sie haben hier jetzt zweitens das vertreten, was Sie am letzten Montag schon einmal im „Handelsblatt“ gesagt haben. Sie haben gesagt, diese Unternehmenssteuerreform könnten Sie nur versprechen, wenn - sinngemäß - wieder normale Zeiten gekommen seien, das heißt, wenn die Lasten aus der deutschen Einheit die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden nicht mehr so stark drückten.

Ich warne Sie vor einer Illusion über diesen Zusammenhang. Ich will hier eine Präzisierung. Wir müssen uns alle ganz klarmachen, was wir hier tatsächlich versprechen können und mit welchen Zeitdimensionen wir bei der Vereinheitlichung der Lebensbedingungen überhaupt zu rechnen haben.

Meine Damen und Herren, wer sagt: „Ich kann die Unternehmenssteuerreform, die eigentlich dringend notwendig ist, erst durchführen, wenn die öffentlichen Haushalte nicht mehr so sehr durch den Vorgang der Vereinheitlichung der Lebensbedingungen belastet sind“, der macht sich keine Vorstellungen darüber, wie lange es dauern wird - auch mit finanziellen Transfers aus den alten Bundesländern -, die ökonomische und ökologische Erneuerung in den neuen Bundesländern zu schaffen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kollege Teufel, wenn Sie dies auf den Zeitpunkt vertagen, an dem wir nicht mehr so in Anspruch genommen werden, dann sage ich Ihnen: Das ist keine Aufgabe, die in drei oder vier Jahren absolviert werden kann. Für die strukturelle Umsteuerung im Ruhrgebiet - damals ein Branchenkrisengebiet - haben wir zum Beispiel 15 Jahre Zeit gebraucht. Das heißt, wer davon ausgeht, die Lasten für den baden-württembergischen Landeshaushalt oder für den Bundeshaushalt aus dem Prozeß der Vereinheitlichung der Lebensbedingungen würden nach drei, vier oder fünf Jahren aufhören, der unterliegt Illusionen. Er vertagt die Unternehmenssteuerreform auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Deswegen sage ich Ihnen: Entweder Sie machen eine haushaltspolitisch verkräftbare, aufkommensneutrale Unternehmenssteuerreform oder überhaupt keine.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Döring
FDP/DVP)

Darüber müssen Sie Klarheit herstellen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Erich Schneider: Meine Damen und Herren, ich kann damit, nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, die Aktuelle Debatte abschließen.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

- a) **Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1991 und 1992 - Drucksache 10/5409**

Beschlußempfehlungen und Bericht des Finanzausschusses - Drucksachen 10/5492, 10/5493

Berichterstatter: Abg. Dr. Puchta

- b) **Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung - Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich - Drucksache 10/5368**

Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses - Drucksache 10/5494

Berichterstatter: Abg. Bütikofer

- c) **Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Mittelfristigen Finanzplan des Landes für die Jahre 1991 bis 1995 - Drucksache 10/5500**

Berichterstatter: Abg. Dr. Wetter

Ich frage zunächst die Herren Berichterstatter Dr. Puchta, Bütikofer und Dr. Wetter, ob sie mündlich berichten wollen. - Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache über die aufgerufenen Gesetzentwürfe und den Mittelfristigen Finanzplan des Landes für die Jahre 1991 bis 1995 sowie für die Einzelberatung einschließlich der Behandlung der vorliegenden Ände-

(Präsident Erich Schneider)

rungs- und Entschließungsanträge eine Gesamtredezeit von 20 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei wie üblich gestaffelte Redezeiten gelten.

Ich darf jetzt Herrn Abg. Dr. Wetter das Wort erteilen.

Abg. Dr. Wetter CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Der Nachtrag, den wir heute hier verabschieden, setzt die richtigen, ausgewogenen Schwerpunkte in der Finanzpolitik des Landes, verkraftet dabei erhebliche zusätzliche Belastungen ohne Ausweitung der Verschuldung und wahrt damit die erforderliche Solidität der Landesfinanzen. Angesichts der Herausforderungen, die Erwin Teufel mit seiner neuen Regierung in diesem Nachtrag zu bewältigen hatte, ist das eine hervorragende Leistung. Erwin Teufel hat zusammen mit seinem Finanzminister seine finanzpolitische Kompetenz, welche die CDU-Fraktion früher an ihrem Vorsitzenden so geschätzt hat, jetzt als Ministerpräsident eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

(Abg. Brechtken SPD: Er hört es gar nicht, Herr Kollege!)

Dies entspricht seiner Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit in der Politik. Die Landesfinanzen sind mit diesem Nachtrag auf einer sicheren Grundlage.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Der Gesamthaushalt wurde in der Finanzausschußberatung insgesamt nur wenig verändert. Das Haushaltsvolumen hat sich durch die im Finanzausschuß angenommenen Anträge 1991 um 7,3 Millionen DM und 1992 um 15,7 Millionen DM erhöht. Durch diese geringfügige Ausweitung haben sich, insbesondere aufgrund von Einsparungen, die Eckdaten nicht verändert. So ist auch im Finanzausschuß die Kreditaufnahme nicht erhöht worden. Die Gesamtstruktur des Haushalts stellt sich weiterhin als ausgewogen und solide dar.

Von den Anträgen der CDU-Fraktion möchte ich nur die wichtigsten hervorheben. Wir haben es für richtig gehalten, nicht nur Sparopfer von allen anderen zu verlangen, sondern auch beim Landtag einen Sparbeitrag zu erbringen. Er kann nicht hoch sein, weil der Landtag über keine große Finanzmasse verfügt. Aber wir wollen beim Landtag 300 000 DM einsparen.

Zur verstärkten Terrorismusbekämpfung haben wir 15 neue Personalstellen geschaffen und zusätzlich Mittel von insgesamt 1 Million DM bewilligt. Die Designerdrogen, künstlich chemisch hergestellte Drogen, werden zu einem immer ernsteren Problem bei der Drogenbekämpfung. Ergänzend zu unserem Drogenprogramm haben wir deshalb Mittel für das Institut für Pharmazeutische Chemie der Universität Tübingen bereitgestellt, damit die Erforschung und die Erkennung dieser Suchtmittel verbessert werden kann.

Die Kürzungen bei der Spielbankabgabe haben wir nun ganz zurückgenommen. Dies kommt vor allem den Fremdenverkehrsgemeinden zugute.

Die laufenden Landeszuschüsse für die privaten Kleinbühnen werden der für die kommunalen Theater geltenden Förderung angeglichen. Das Land gibt künftig ohne Obergrenze ein Drittel der Gesamtförderung. Dies ist eine Initiative unseres Fraktionsvorsitzenden Oettinger, die wir gern aufgegriffen haben. Voraussetzung bleibt, daß die Gemeinde das Theater für förderungswürdig hält. Nun appelliere ich eindringlich an die Kommunen, gewachsene Theaterstrukturen nicht kaputtzumachen. Die Verbesserung der Landesförderung ist als ein deutliches Signal gedacht. Ich hoffe, daß dies auch in Stuttgart verstanden wird.

Verbessern konnten wir auch die personelle und sachliche Ausstattung des Wilhelma-Theaters durch Umsetzung von zwei Stellen und zusätzliche Mittel. Die Möglichkeiten, die dem Bühnennachwuchs beim Wilhelma-Theater geboten werden, ferner der Nutzen für die Allgemeinheit aus einer intensiven Bespielung dieses Theaters können nicht hoch genug veranschlagt werden. Ich mache darauf aufmerksam, daß es nicht sinnvoll ist, ein solches Theater mit zig Millionen Mark zu restaurieren und es nachher der Öffentlichkeit überhaupt nicht mehr zugänglich zu machen.

Wir haben uns zur noch stärkeren Bekämpfung des Sektenunwesens entschlossen und dazu bereits jetzt konkrete Maßnahmen zur Beratung und Betreuung von Sektenopfern eingesetzt. Mit zusätzlich 140 000 DM jährlich wollen wir die Beratungsstelle bei der Aktion Bildungsinformation und eine weitere Einrichtung unterstützen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, interfraktionell haben wir Mittel in Höhe von 3 Millionen DM für die Sanierung des Landtagsgebäudes im Erdgeschoß, Schloßgartenseite, beschlossen. Bei der Sanierung des Landtagsgebäudes im Jahre 1987 wurde diese Maßnahme zurückgestellt. Ferner haben wir 2,4 Millionen DM für die notwendige Sanierung und einen zeitgerechten Umbau der Gaststätte eingesetzt.

Die SPD hat keinerlei eigene Vorschläge zu der wichtigen Aufgabe gemacht, den Landshaushalt in dieser Zeit zusätzlicher Belastungen auf Kurs zu halten. Sie hat sich auf Fensteranträge wie die Forderung, Länder und Kommunen an der Mineralölsteuer zu beteiligen, nachdem diese Sache im Vermittlungsausschuß längst zugunsten der Länder gelaufen war, kapriziert.

Zumindest was die Zahl der Anträge und den Papierausstoß anbelangt, waren die Grünen wesentlich produktiver. Die Anträge zum Straßenbau sind aber auch schon nicht mehr neu. Deshalb regt sich auch niemand mehr sonderlich darüber auf, daß die Grünen den Straßenbau faktisch auf den Straßenrückbau umtrimmen wollen und so die Probleme unseres Verkehrs lösen wollen. Im übrigen haben auch die Grünen viele Ausgabeanträge gestellt, darunter viele, die lediglich verlangt haben, Sparbeschlüsse wieder rückgängig zu machen.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Einige haben Sie sogar angenommen, wenn ich recht informiert bin, Herr Kollege! – Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Wie ist das nun mit der Frauenförderung?)

(Dr. Wetter)

– Auf die Frauenförderung komme ich noch eingehend zu sprechen. Das ist der CDU schon immer ein besonderes Anliegen gewesen.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN – Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Da sind wir aber froh, daß Sie unserem Antrag zugestimmt haben!)

Eine unverhältnismäßig große Rolle hat im Finanzausschuß die Förderung der Gründung einer Schule für Kinder japanischer Arbeitnehmer in Baden-Württemberg gespielt. Deshalb an dieser Stelle kurz drei Bemerkungen:

Erstens: Wir haben es hier leider wieder einmal mit einer typischen Neidsituation zu tun.

Zweitens: Die Vergleiche, die in dieser Sache angestellt werden, laufen alle nach dem Muster des Äpfel-Birnen-Vergleichs. Ich finde, wer gegen besseres Wissen Dinge, die man nicht vergleichen kann, vergleichen will, handelt nicht redlich und nicht sachlich.

Drittens: Die Förderung dieser Schule mit zusätzlichen Mitteln aus dem Etat des Wirtschaftsministeriums liegt im wohlverstandenen wirtschaftspolitischen Eigeninteresse des Landes. Japan ist eine der führenden Industrienationen der Welt. Das wird auch wohl der Grund sein,

(Zuruf von der SPD: Weshalb man besonders fördern muß!)

warum man die Situation ausnutzt und gegen diese japanische Schule polemisiert. Aber wenn wir den Austausch mit Japan auf wirtschaftlicher Ebene wollen, müssen wir ihn auch auf kultureller Ebene pflegen. Es stellt sich hier schlicht die Frage: Wollen wir uns bald aus dem Kreis der führenden Wirtschaftsregionen der Welt verabschieden?

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Schlauch GRÜNE: Zurück in die Steinzeit!)

– Sie lachen, weil Ihnen leider die wirtschaftspolitische Kompetenz fehlt, weil Sie sich leider in Ihren Ideologien völlig verirren.

(Zurufe, u. a. Abg. Bütikofer GRÜNE: Narhallamarsch!)

Wir haben wohl doch die größere Kompetenz, in Sachen Wirtschaftspolitik mitzusprechen. Das möchte ich an dieser Stelle vermerken dürfen.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Aber ganz unideologisch, gell?)

Zur gleichen Zeit übrigens fordert die SPD

(Zurufe – Glocke des Präsidenten)

die Einrichtung eines interdisziplinären islamisch-arabischen Forschungs- und Weiterbildungsinstituts. Wir stehen diesem Antrag offen gegenüber und werden ihn eingehend und verantwortungsbewußt prüfen. Das tun wir ohne

Neidgefühle, vielmehr sachlich und den Verhältnissen wirklich entsprechend.

Die Verstärkung der Frauenpolitik, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen,

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Jetzt aber!)

ist ein Schwerpunkt der Regierung Erwin Teufel. Im Sozialministerium wurde eine frauenpolitische Abteilung gebildet,

(Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

und außerdem wurden Mittel von insgesamt 1,5 Millionen DM zur Verfügung gestellt.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Die von den Grünen beantragte Aufstockung wird mit einem Antrag der CDU-Fraktion rückgängig gemacht.

(Lebhafte Zurufe von den GRÜNEN und des Abg. Birzele SPD)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, hier ist des Guten zuviel geschehen.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Sie haben doch dafür gestimmt! Oder? Sie sind doch dafür!)

Eine Verdreifachung der Mittel paßt nicht in den ausgewogenen

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

finanziellen Gesamtrahmen des Haushalts.

(Beifall bei der CDU – Lebhaftes Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

Präsident Erich Schneider: Herr Abg. Dr. Wetter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Dr. Wetter CDU: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir wollen diesen Ausrutscher

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung nehmen und

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

die 4,5 Millionen DM zur Reduzierung der Kreditaufnahme verwenden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Bitte, Herr Kollege.

Präsident Erich Schneider: Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Ruhe!

(Zurufe)

Abg. Schlauch GRÜNE: Herr Kollege, können Sie einmal erklären, wie es dann zu einem mehrheitlichen Beschluß im Ausschuß gekommen ist, insbesondere wie Sie abgestimmt haben?

Abg. Dr. Wetter CDU: Das kann ich Ihnen ohne Schwierigkeiten erklären: Es handelt sich hier um einen typischen Ausrutscher in der Parlamentsarbeit.

(Zurufe)

Einer der Kollegen der CDU-Fraktion im Finanzausschuß war im Untersuchungsausschuß.

(Abg. Birzele SPD: Das ist doch gar nicht wahr!
Sie war ja nur zur Hälfte da! – Weitere Zurufe)

– Das war der Kollege Steuer. Mein lieber Freund Birzele, ...

(Lebhafte Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Erich Schneider: Ich bitte, Herrn Dr. Wetter zu Wort kommen zu lassen!

Abg. Dr. Wetter CDU: ... wenn Sie mich hier der Lüge bezichtigen, finde ich das unerhört. Denn der Kollege Steuer war bei Ihnen im Untersuchungsausschuß. Sie können doch nicht einfach sagen: „Das ist nicht wahr!“

Und den anderen Kollegen, meine lieben Damen und Herren, den hat ein menschliches Rühren gepackt. Der war auf dem Lokus.

(Lebhafte Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Erich Schneider: Herr Abg. Dr. Wetter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

Abg. Dr. Wetter CDU: Bitte.

(Lebhafte Zurufe)

Abg. Birzele SPD: Herr Kollege Wetter, ich will Sie in keiner Weise der Unwahrheit bezichtigen. Nur: Räumen Sie ein, daß im Untersuchungsausschuß in der fraglichen Zeit die CDU-Fraktion nur mit der Hälfte ihrer Mitglieder, nämlich mit drei statt mit sechs, jeweils anwesend war,

(Abg. Straub CDU: Es geht nur um den Steuer!)

so daß nur durch die vollzählige Anwesenheit der SPD-Mitglieder die Beschlußfähigkeit des Ausschusses gesichert werden konnte, obwohl Anträge der CDU behandelt und von der CDU benannte Zeugen gehört wurden?

(Zurufe)

Abg. Dr. Wetter CDU: Lieber Kollege Birzele, ich kann mich dazu nicht äußern; denn, wie Sie wissen, ich war ja im Finanzausschuß. Deshalb kann ich mich dazu überhaupt nicht äußern. Das ist doch klar.

(Heiterkeit)

Aber der Kollege Steuer hätte bei uns sein müssen, und der saß im Untersuchungsausschuß und hat dort die CDU-Fraktion vertreten.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Herr Steuer hätte ohnehin zugestimmt! Der ist ja für Frauenförderung!)

Präsident Erich Schneider: Gestatten sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Schlauch?

Abg. Dr. Wetter CDU: Ja, bitte. Aber auf die Redezeit kann man das nicht mehr anrechnen. Das ist ja fast wie ein Verhör im Untersuchungsausschuß.

(Heiterkeit)

Abg. Schlauch GRÜNE: Noch sind Sie nicht als Zeuge im Untersuchungsausschuß benannt.

(Abg. Dr. Wetter CDU: Das kann noch kommen!)

– Das weiß man nicht.

Herr Kollege Wetter, trifft es eigentlich zu, daß in der CDU breit die Meinung vorhanden war, daß man das so läßt, wie es beschlossen war, und daß der Fraktionsvorstand mit dieser Position auch unterlegen ist?

Abg. Dr. Wetter CDU: Lieber Kollege Schlauch, die CDU ist eine hochdemokratisch angelegte Fraktion,

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

bei uns gilt die Mehrheit, und die Mehrheit hat die Korrektur beschlossen.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Die Mehrheit der CDU ist gegen Frauen!)

Weiter gibt es dazu nichts zu sagen. Ich bin nicht die Mehrheit in der CDU-Fraktion. Das möchte ich hiermit einmal ausdrücklich feststellen.

(Große Heiterkeit – Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Abg. Schlauch GRÜNE: Das wissen wir!)

Das mag die Opposition bedauern, aber mit den Fakten des Lebens muß sich auch die Opposition abfinden.

Meine Damen und Herren, ein Kraftakt für den Landeshaushalt ist vor allem die Belastung mit Leistungen für die anderen Länder. Die Hilfe für die neuen Bundesländer ist eine Last, die an dieser Stelle keiner weiteren Begründung mehr bedarf. Diese Last tragen die Kommunen gemeinsam mit uns. Kollege Haasis wird nachher hierzu sprechen.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Wo ist er? – Gegenruf des Abg. Straub CDU)

Um so stärker müssen wir uns des Problems des Länderfinanzausgleichs in seiner herkömmlichen Bedeutung an-

(Dr. Wetter)

nehmen, denn die Belastung, die wir hier zusätzlich zu tragen haben, ist weiterhin unerträglich hoch. Die Zahllast Baden-Württembergs im Länderfinanzausgleich einschließlich des Umsatzsteuerausgleichs, die von 2,87 Millionen DM im Jahr 1990 nach Steuerschätzungen auf 3,3 Millionen im Jahr 1991 und 3,4 Millionen DM im Jahr 1992 steigen soll, übertrifft damit bei weitem die Nettokreditaufnahme. Der Anteil des Landes am Gesamtvolumen beim Länderfinanzausgleich beträgt weiterhin 60 %.

Dieses Ungleichgewicht wird noch verstärkt durch die Strukturhilfe des Bundes. Meine Damen und Herren, ich glaube, in diesem Punkt sind wir uns alle einig:

(Abg. Brechtken SPD: So ist es!)

Die Neuordnung der bundesstaatlichen Finanzverfassung ist deshalb mehr als überfällig.

Unser wichtigstes finanzpolitisches Ziel muß in dieser Situation die Wahrung der Stabilität der Finanzmärkte sein. Deshalb ist die Begrenzung der Neuverschuldung des Landes so wichtig. Die mittelfristige Finanzplanung wird dem durch die Begrenzung des Ausgabenanteils und die Rückführung der Nettokreditaufnahme gerecht.

Dieser ausgewogene Nachtrag mit seinem auf Solidität gezielten Sparprogramm liegt genau richtig. Weniger sparen würde der gesamtpolitischen Aufgabe nicht gerecht, mehr sparen hieße den vernünftigen Mittelkurs einer sachgerechten Aufgabenerfüllung verlassen.

Herzlichen Dank, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Brechtken SPD: Die Minderheit der CDU ist sehr sympathisch, Herr Kollege Dr. Wetter!)

Präsident Erich Schneider: Das Wort erhält jetzt Herr Abg. Dr. Puchta.

Abg. Dr. Puchta SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Beratung erfolgt in einem Umfeld großer finanzpolitischer und wirtschaftspolitischer Verwerfungen. Es ist tragisch, daß in diesen Tagen in den neuen Bundesländern mehr als eine halbe Million Menschen ihre Arbeitsplätze verlieren und sich in manchen Regionen die Arbeitslosenzahlen verdoppeln.

Ursache hierfür ist sicherlich zum einen die Hinterlassenschaft der ineffizienten kommunistischen Zwangswirtschaft. Mindestens genauso schwerwiegend ist allerdings die verfehlte Finanz-, Währungs- und Eigentumpolitik der Bundesregierung, die von dieser Landesregierung von Anfang an voll umfänglich unterstützt wurde. Hierfür müssen nun nicht nur die Arbeitslosen in den neuen Bundesländern die Zeche zahlen – ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Zusage Helmut Kohls, keinem werde es nach der Währungsunion schlechter gehen –, sondern wir haben heute ja auch hier bereits sehr viel über Steuern gesprochen. Tatsache ist und bleibt: CDU und FDP haben unseren Bürgerinnen und Bürgern das größte Steuererhöhungsprogramm aller Zeiten aufgeladen.

Nachdem sie die Arbeitslosenversicherung für alle Arbeiter und Angestellten, und nur für diese, schon um mehr als 50 % erhöht haben, machen sie nun munter weiter mit der Lohn- und Einkommensteuer. Die Versicherungsteuer erhöht sich um fast 50 %, die Telefonrechnungen werden teurer. Und was dem Ganzen die Krone aufsetzt: Nun erhalten Familien mit zwei Kindern eine einmalige Zahlung von 3 400 DM, wenn sie gegen ihren Steuerbescheid der Jahre 1983 bis 1985 Widerspruch eingelegt hatten.

Herr Oettinger ist ja nun leider nicht mehr da. Er hat vorhin Ihre Familienpolitik hervorgehoben. Aber das ist tatsächlich Ihre Auffassung von einer christlichen Familienpolitik. 3 400 DM für jene, die einen guten Steuerberater hatten, und die Masse der ehrlichen Lohn- und Einkommensteuerezahler, die auf die Rechtmäßigkeit des staatlichen Handelns gesetzt hatten, gucken bei Ihnen in die Röhre.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Geisel SPD: Hört, hört!)

Im gleichen Atemzug, in dem Sie die Durchschnittsverdiener schröpfen und gut Beratene entlasten, wären Sie auch bereit gewesen, die Gemeinden bei der Gewerbekapitalsteuer und die Superreichen durch die Aufhebung der Vermögensteuer zu begünstigen, wenn nicht die SPD-Mehrheit dies im Vermittlungsausschuß des Bundesrates verhindert hätte.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Geisel SPD: Sehr gut!)

Auch die Autofahrer werden von Ihnen zur Kasse gebeten wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik, und dies ausschließlich zur Finanzierung der deutschen Einheit, während Sie nicht bereit waren, das Instrument der Mineralölsteuer für eine ökologische Steuerreform einzusetzen, um die Umweltkatastrophe zu verhindern.

(Abg. Dr. Geisel SPD: So ist es!)

Auch bei der Krankenversicherung, der Arbeitslosenversicherung und der Rentenversicherung haben Sie außer Beitragserhöhungen kein Konzept. Wenn Sie so weitermachen, ist ein Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge von jetzt knapp 35 % auf 40 % im Jahr 1993 unvermeidbar. Ihr Weg in den totalen Abgabe- und Steuerstaat ist schon heute daran erkennbar, daß laut jüngstem Monatsbericht der Deutschen Bundesbank der Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt mit über 52 % den höchsten Stand in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht hat.

CDU und FDP tragen auch die Verantwortung für das größte Haushaltsdefizit aller Nicht-Rezessionszeiten. Die Bundesbank erwartet bis zum Jahresende ein Defizit der öffentlichen Haushalte von insgesamt rund 5,5 % des Bruttosozialprodukts. Dieser Wert wurde in der Bundesrepublik nur ein einziges Mal überschritten, und zwar im Jahr der Weltrezession 1975.

Mit welcher Ungeheuerlichkeit gerade die Landesregierung von Baden-Württemberg zu dieser riesigen öffentlichen Verschuldung beiträgt und damit die Zukunftschancen

(Dr. Puchta)

künftiger Generationen mit Füßen tritt, erkennt man daran, daß die Kreditaufnahmen in diesem Jahr um 800 Millionen DM und im nächsten Jahr um 1 Milliarde DM über den Investitionen liegen. Sie finanzieren laufende Verbrauchsausgaben mit Krediten. Dies führt dazu, daß im kommenden Jahr das gepumpte Geld nicht einmal mehr reicht, um die alte Schuldenlast tragen zu können. Sie nehmen 7,4 Milliarden DM an neuen Krediten auf und müssen 8,1 Milliarden DM für das Bedienen der Altschulden ansetzen.

Der Schuldendienst und die Subventionen sind die beiden größten Wachstumsposten im Haushalt. Die Subventionen wachsen in diesem Jahr auf 16,8 Milliarden DM, also um 12 %, und der Schuldendienst wächst in diesem Jahr um 9,1 % und 1992 sogar um 12,5 %.

Schon bei der Vorlage des Urhaushalts hatten wir gesagt, daß er nicht das Papier wert ist, auf dem er geschrieben ist, weil er völlig unrealistisch veranschlagt war. Von 6 % Ausgabewachstum waren Sie ausgegangen, nur vier Monate später sind Sie bereits bei 8,3 % angekommen. Nun betreiben Sie für 1992 eine völlig unrealistische Plankosmetik, indem Sie von einem Ausgabewachstum von 3,4 % ausgehen. Unter Berücksichtigung der jetzt schon vorhandenen Preissteigerungsrate von 3,6 % würde dies ein reales Schrumpfen der Ausgaben im kommenden Jahr bedeuten. Dann müssen Sie, Herr Ministerpräsident, so ehrlich sein, den Menschen in diesem Land zu sagen, welche Ausgaben Sie nächstes Jahr konkret zurückfahren wollen, wenn Sie vor der Landtagswahl glaubwürdig bleiben wollen.

(Abg. Dr. Geisel SPD: So ist es! – Sehr richtig!
bei der SPD)

Bei der Vorlage des Urhaushalts hatte der Ministerpräsident versprochen, daß sich die Struktur verbessern werde. Ich zitiere ihn wörtlich:

1991 und 1992 wird das Wachstum der Steuereinnahmen mit 7,1 % und 6,4 % deutlich über dem Wachstum der Nettogesamtausgaben von 6 % und 3,9 % liegen.

Allein an dieser Aussage erkennt man Teufels T-Strategie: Tricksen, täuschen und tarnen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das haben Sie von mir geklaut! Dafür müssen Sie Gebühr bezahlen!)

Ich möchte ihm nicht einmal vorwerfen, daß er das Steuerwachstum mit 7,1 % angesetzt hatte und wir jetzt bei 5,9 % landen. Denn hier kommt es tatsächlich auf die jeweilige Ausgangsbasis an. Aber daß er das Wachstum der Nettoausgaben so hingetrickt hat, daß es unter dem der erwarteten Steuereinnahmen liegt, ist verwerflich, nachdem man jetzt beim Nachtrag erkennt, daß das Ausgabenwachstum mit 8,3 % deutlich über dem Steuerwachstum von 5,9 % liegt. Auch das von Bundesbank und Finanzplanungsrat unisono geforderte höchstens dreiprozentige Ausgabenwachstum wird um das fast Dreifache überschritten.

Diese Haushaltsstruktur genügt den eigenen Ansprüchen des Ministerpräsidenten, wie er sie hier formuliert hatte, in keiner Weise. Aber gemeinsam mit seinem Finanzmini-

ster weiß er, daß es in der Politik leider auf das Besetzen von Begriffen ankommt, völlig unabhängig davon, inwieweit dies der Wahrheit entspricht. So haben Sie für diesen Haushalt den Begriff eines Sparhaushalts eingeführt, obwohl Ihr Haushalt in der Planungsphase das größte Ausgabenwachstum aller Zeiten in diesem Land beinhaltet. Es ist und bleibt ein Geheimnis des Finanzministers, wie er zur Deckung des Haushalts von Steuer Mehreinnahmen sprechen kann,

(Zuruf des Ministers Mayer-Vorfelder)

obwohl eindeutig auf der Hand liegt, daß der Saldo aus Steuer Mehreinnahmen auf der einen Seite und Steuer mindereinnahmen bei der Umsatzsteuer auf der anderen Seite Steuer mindereinnahmen von 800 Millionen DM ergibt. Darum kommen Sie nicht herum, da helfen keine semantischen Wortspielereien: Die Steuereinnahmen des Landes Baden-Württemberg fallen geringer aus, als ursprünglich geplant und von Ihnen gesagt wurde.

Genauso verhält es sich mit Ihrer Ankündigung, die Nettokreditaufnahmen nicht zu erhöhen. Auch dies ist reine Lyrik. Erstens sagen Sie selbst, daß Sie neue Zusatzschulden in Höhe von 2,8 Milliarden DM machen, und zweitens ist diese Zahl absolut geschönt und unrealistisch. Ihr Deckungsvorschlag, den Kassenüberschuß des Jahres 1990 in Höhe von 497 Millionen DM auf das Jahr 1991 und 345 Millionen DM auf das Jahr 1992 zu verteilen, ist schlicht und einfach absurd vor dem Hintergrund, daß die Nettokreditaufnahme in diesem Jahr 2,8 Milliarden DM beträgt. Bei diesem Zinsniveau ist jede Mark, die einen Tag früher als unbedingt nötig aufgenommen wird, ein absoluter Unsinn. Wenn Sie wirklich sorgfältig mit dem Geld der Steuerzahler umgehen würden, müßten Sie den Kassenüberschuß aus dem Jahre 1990 insgesamt zur Reduzierung der Kreditaufnahme ab dem ersten Tag in diesem Jahr einsetzen.

Ich wäre in diesem Zusammenhang Herrn Staatsrat Goll als Banker sehr dankbar, wenn er dem Ministerpräsidenten diese beiden Punkte noch einmal klarmachen könnte, also erstens: Nicht verbrauchte Kreditermächtigungen in Höhe von 400 Millionen DM sind keine seriöse Deckung, sondern schlicht und einfach Schulden. Zweitens – und noch wichtiger –! Wenn man Teile des Kassenüberschusses in Höhe von 590 Millionen DM aus dem Jahr 1990 erst im Jahre 1992 einsetzt, obwohl man 1991 2,8 Milliarden DM neue Kredite aufnimmt, so ist das eine Verschleuderung von Volksvermögen.

Unverantwortlich gegenüber zukünftigen Generationen und ökologiefeindlich ist auch die Plünderung des Forstgrundstocks in Höhe von 10 Millionen DM.

Mit der Erhöhung der globalen Minderausgaben haben Sie ungefähr 4 % des gesamten Ausgabe volumens der konkreten Haushaltskontrolle entzogen. Dies ist ein Zeichen für politische Schwäche. Sie sind nicht in der Lage, Prioritäten zu setzen. Vor dem Hintergrund, daß die freie Spitze im Haushalt ohnehin maximal 7 % beträgt, ist die Globalisierung von Mehr- und Minderausgaben von insgesamt mehr als 2 Milliarden DM ein politisches Armutszeugnis.

(Dr. Puchta)

Ich vermissе in diesem Haushalt auch Vorkehrungen gegenüber den Auswirkungen des Einbruchs der Exportkonjunktur. Die Körperschaftsteuereinnahmen sind in den ersten vier Monaten dieses Jahres bundesweit um 14 % zurückgegangen. Wenn dieser Trend anhält, werden die Körperschaftsteuereinnahmen des Landes um erheblich mehr als 400 Millionen DM zurückgehen. Dann haben Sie eine weitere Deckungslücke und werden bei der Nettokreditaufnahme trotz aller Schönungen deutlich über 3 Milliarden DM zu liegen kommen.

Vor diesem Hintergrund ist es für die SPD-Fraktion völlig unannehmbar, daß das Staatsministerium unter dem Deckmantel der Sachsen-Hilfe zu einem Selbstbedienungsladen ausgebaut wird. Sie sprechen laufend von zwangsläufigen Mehrausgaben, haben jedoch die Zahl der Stellen des Staatsministeriums innerhalb eines Jahres um 12 % erhöht. Darunter sind vier neue Stellen für die persönliche Erbauung des Ministerpräsidenten und jetzt noch einmal zusätzlich fünf Stellen für die sogenannte Sachsen-Hilfe. Dabei muß gefragt werden, warum diese fünf Stellen für Sachsen in den Besoldungsgruppen A 16, B 3 und B 6 ausgewiesen werden. Für mich ist dies eine völlig unverantwortliche Personalvermehrung im Staatsministerium, wo mit dem Begriff „Sachsen“ das Beamtenbeförderungsprogramm vor Ort nur geschickt kaschiert wird.

Damit wir nicht falsch verstanden werden: Sachsen benötigt sicherlich dringend auch personelle Hilfe, insbesondere in der Liegenschaftsverwaltung, in der Steuerverwaltung und bei Richtern. Nicht einzusehen ist hingegen, daß praktisch quer durch alle Ministerien B-6-Stellen geschaffen werden, die je Stelle immerhin rund 150 000 DM im Jahr kosten.

Eine völlig falsche Weichenstellung ist auch im Bereich des Umweltministeriums erkennbar: 14 hochrangige Beamtenstellen allein für das Ministerium! Geradezu lächerlich im Vergleich hierzu ist die Ausdehnung der Personalausgaben für die Wasserwirtschaftsämter um 400 000 DM im Jahr 1992 angesichts der desolaten Personalsituation bei diesen Ämtern.

(Beifall des Abg. Dr. Caroli SPD)

Die seltsame Vermehrung und Hebung von Beamtenstellen in fast allen Ministerien steht in diametralem Kontrast zur Behandlung der nachgeordneten Behörden.

Die Situation im Pflegedienst ist, wie allgemein bekannt, schon längst unannehmbar. Aber auch in der Steuerverwaltung, in Schule und Hochschule und bei der Justiz ist die Personallage katastrophal. Und für die Polizei ist die Beförderungswelle in den Ministerien schlicht eine Zumutung. Ich verspreche der Polizei: Wir halten Wort. Mit einer SPD-Regierung wird es genauso wie in Hessen und in Rheinland-Pfalz eine zweigeteilte Laufbahn geben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Haasis CDU: Zuerst einmal an der Regierung sein, damit man die Versprechen einlösen kann!)

Wie sorglos die Landesregierung mit dem Geld der Bürger umgeht, zeigen die Schummeleien und Schlampereien beim

Staatstheater. Dort wurden Verpflichtungen und Zusagen in einer Größenordnung von 6,8 Millionen DM eingegangen, ohne daß man hierzu ermächtigt gewesen wäre. Hierfür soll nun der Steuerzahler geradestehen, weil ein Intendant seinen Verpflichtungen nicht nachkam, da er der Regierung Späth gleichzeitig als Staatsrat gedient hat. Kaum hat die Regierung 6,8 Millionen DM bewilligt, schon wird aus der „Bugwelle“ eine wahre Heckflut, schon ist die Rede von einer weiteren Deckungslücke in Höhe von 5 Millionen DM für 1991 und 1992. Im Interesse der Steuerzahler verlangen wir, daß die Regierung die Verantwortlichen zur Rechenschaft zieht.

Als wir bei der Beratung des Urhaushalts unseren Sparvorschlag eingebracht hatten, noch nicht begonnene Hochbaumaßnahmen zeitlich zu strecken, hat der Ministerpräsident geantwortet – ich zitiere wörtlich –:

Was wollen Sie denn strecken? Wollen Sie die Maßnahmen für die Klinikbauten strecken?

Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle „Beifall bei der CDU“. Nun, meine Damen und Herren von der CDU, wenige Wochen später, gehen Sie hin und streichen genau beim Krankenhausbau 72 Millionen DM zusammen. Hier stellt sich wirklich die Frage nach der Glaubwürdigkeit der CDU-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Doch damit nicht genug. Genau im gleichen Haushalt erhöhen Sie die Sozialhilfeleistungen für Aussiedler um 28 Millionen DM. Genau dies ist unter anderem eine Folge Ihrer verfehlten Politik, weil Baden-Württemberg erheblich mehr Aussiedler aufnimmt, als wir nach der Länderquote tragen müßten.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Zur Frauenforschung wird mein Kollege nachher noch etwas sagen. Aber lassen Sie sich nur soviel gesagt sein: Auch insoweit stellt sich die Frage nach der Glaubwürdigkeit, wenn es im Finanzausschuß am Donnerstag eine Mehrheit für den Antrag gibt und die CDU-Fraktion am Freitag im Ständigen Ausschuß sagt, das sei eine hervorragende Sache. Und wieder zwei Tage später stellen Sie sich hierher und sagen: „April, April, nichts gewesen!“

(Beifall bei der SPD und des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Meine Damen und Herren, die aufgezählten Beispiele zeigen: Man kann kaum von zwangsläufigen Ausgaben sprechen. Vielmehr ist dies ein Haushalt des Vorwahljahres. Deshalb ist er konjunkturell prozyklisch, ausgabenexplosiv, strukturkonservativ, subventionsfördernd, investitions-hemmend und schuldendynamisch. Kurzum: Der erste Haushalt des neuen Ministerpräsidenten folgt dem Motto: Worte statt Taten, Schulden statt Sparen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bütikofer.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem bei der Ersten Beratung dieses Nachtragshaushalts von seiten der Landesregierung und auch von seiten der Mehrheitsfraktion noch sehr viel vom großen Umsteuern und vom finanzpolitischen Kassensturz die Rede war, müssen einem die Ausführungen, die der ansonsten sehr geschätzte Herr Kollege Dr. Wetter vorhin für die Mehrheitsfraktion gemacht hat, zu denken geben; denn von den ganzen großartigen Versprechungen, daß man in dieser haushaltspolitischen Beratung die Strukturprobleme, denen die Finanzpolitik des Landes gegenübersteht, zum Thema machen würde, ist in der Tat nichts übriggeblieben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Wetter konnte nur ein paar kleinliche Abrechnungen bringen.

Man muß sagen: Bei der Beratung des Finanzausschusses hat sich gezeigt: Immer, wenn eine Frage zur Strukturreform ansteht, ist es die Opposition, die mit Vorschlägen kommt, und die Mehrheitsfraktion hat nichts anzubieten, sondern sie blockt nur ab. Wenn es darum ging, konkrete Einsparungsvorschläge zu benennen, war es die Opposition, die dies tat, und die Mehrheit hat jedesmal den betreffenden Ministerien den Rücken gestärkt,

(Abg. Brechtken SPD: Jawohl!)

und diese haben dann erklärt: „Wir wollen doch auch die globalen Minderausgaben erwirtschaften.“

Ich muß Sie einmal fragen, was es bedeutet, wenn man die Haushaltstitel so kalkuliert, daß man die globalen Minderausgaben erwirtschaften kann, ohne daß es einem weh tut. Daß eine Verwaltung, die sowieso das, was sie macht, immer für das Vernünftigste hält, so operiert, kann ich möglicherweise noch nachvollziehen, wenn auch nicht billigen. Aber daß eine Mehrheitsfraktion, die versprochen hat, Strukturen in Angriff zu nehmen, das einfach mitträgt, ist unverantwortlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es war immer die Opposition, die auf im Haushalt versteckte Möglichkeiten für Mehreinnahmen hingewiesen hat. Zum Beispiel hat der Herr Vizepräsident 6 Millionen DM gefunden. Wir haben in einem Antrag 4 Millionen DM an Deckungsmitteln angeboten, die auch gerne in Anspruch genommen worden sind. Die CDU-Fraktion hat das nicht auf die Matte gebracht.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Es war die Opposition, die Vorschläge zur Strukturveränderung gemacht hat. Wer von Ihnen hat thematisiert, wie die Verwaltungen zueinander im Verhältnis stehen,

(Abg. Haasis CDU: Wo ist das Geld?)

zum Beispiel – ich habe das bei der Ersten Beratung schon angesprochen – die Personalausstattung für den Straßenbau, für die Flurbereinigung, für die Landwirtschaftsver-

waltung und den für Naturschutz? Ich werde nur einige Zahlen nennen, weil mein Kollege Kretschmann nachher in der Diskussion über das Biotopschutzgesetz noch Gelegenheit haben wird, darauf genauer einzugehen: Straßenbau 2 000 Stellen, Flurbereinigung über 1 700 Stellen, Landwirtschaftsverwaltung über 1 200 Stellen. Wieviel davon sehen Sie im Vergleich dazu für den Naturschutzbereich vor? 50 %, 20 %, 10 %? Noch nicht einmal 10 % und keine Bereitschaft, auch nur über Möglichkeiten, hier eine Umstrukturierung anzupacken, nachzudenken.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sämtliche diesbezüglichen Vorschläge von uns haben Sie abgegebelt.

Wer war es, wenn nicht die Opposition, der Vorschläge gemacht hat, wie man bürokratische Wasserköpfe etwa in der Schulverwaltung beseitigen kann?

(Zuruf des Abg. Leicht CDU)

Seitens der CDU-Fraktion nur loyales Stangehalten für die Ministerialbürokratie und deren Aufsichts- und Kontrollanmaßung.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Johnny Controletti!)

Wer war es, der die notwendigen und von allen Experten geforderten Veränderungen in der Wohnungsbauförderung thematisiert hat, der sich dafür eingesetzt hat, daß im ersten Förderweg wieder echte Sozialwohnungen geschaffen werden? Es war die Opposition, und die CDU hatte nur eine Antwort: Nein, dies wird nicht gemacht.

Wer von der CDU-Fraktion hat zu dem Thema, die Steuerverwaltung attraktiver zu machen, damit die Steuergerechtigkeit einmal wirklich durchgesetzt werden kann, etwas vorzuschlagen gehabt? Sie von der CDU haben für Ihre jahrelange Politik, denjenigen Beziehern von Kapitaleinkünften, die diese beim Finanzamt nicht angeben haben, das großzügig nachzusehen, vor kurzem vom Bundesverfassungsgericht eine eindeutige Antwort erhalten. Das Bundesverfassungsgericht hat das gesagt, was wir – die SPD und wir – schon die ganze Zeit über gesagt haben: Da muß gerecht besteuert werden. Aber die CDU-Fraktion zieht auch daraus keine Konsequenzen, tut nichts für einen Ausbau in der Steuerverwaltung, der erforderlich ist und der bei der Beratung des Urhaushalts schon gefordert worden war.

Meine Damen und Herren, es ließe sich eines zum anderen fügen. Das Fazit bleibt das gleiche: Es gibt keine Ansätze der Landesregierung, es gibt keine Ansätze der Mehrheitsfraktion in diesem Haus, die auch nur in einem Bereich versprechen würden, was der Ministerpräsident angekündigt hat, nämlich daß man sich zum Umlenken hinbewegt, auch nur vorsichtig hinbewegt.

Der Finanzminister hat bei der Ersten Beratung das Bild vom Tanker gebracht, der sich so schwer umsteuern lasse. Aber man muß sagen, es wird noch nicht einmal die

(Bütikofer)

Anstrengung gemacht. Mir kommt dieser Tanker Baden-Württemberg, wie ihn die CDU geführt hat,

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

wie eine große auf Grund gelaufene „Exxon Valdez“ vor.

(Lachen der Abg. Barbara Schroeren-Boersch GRÜNE)

Ich will jetzt nicht über den Zustand der „Schiffsoffiziere“ spekulieren, wie das im einzelnen gewesen sein mag.

(Lachen der Abg. Christine Muscheler-Frohne und Barbara Schroeren-Boersch GRÜNE)

Aber das Ding ist auf Grund gelaufen, und die ökologischen und die sozialen Schäden, die dadurch angerichtet werden, die ökologischen Schulden und die sozialen Vernachlässigungen sind heute schon absehbar. Und da Sie nichts tun, um Spielraum zu schaffen, sich dem zu stellen, tragen Sie die Verantwortung dafür, daß sich diese Probleme für die Zukunft noch potenzieren werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich wiederhole: Wer sich den Herausforderungen im ökologischen und im sozialen Bereich stellen will, muß Einschnitte in die bisherige Struktur der Landesverwaltung, muß Einschnitte in die bisherigen Ausgabestrukturen machen, muß umstrukturieren, muß bereit sein, sich auf den Prüfstand zu stellen, Herr Finanzminister, und darf nicht nur Sprüche klopfen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen des Ministers Mayer-Vorfelder)

Wenn ich das nebenbei sagen darf, Herr Mayer-Vorfelder – Sie haben ja gleich noch die Gelegenheit, darauf einzugehen –, Sie sind die Antwort auf die Vorschläge, die wir bei der Ersten Beratung dazu gemacht haben, bis heute schuldig geblieben. Ich kann das nachvollziehen. Aber ich werde es Ihnen nicht durchlassen, wenn Sie auf Dauer nicht darauf eingehen.

Auch im einzelnen hat die Landesregierung bei diesem Nachtragshaushalt ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Ich will nur ein paar Punkte hervorheben.

Altlastensanierung: Wir hatten im Finanzausschuß einen Antrag gestellt, die Reduzierung der Ansätze der Landesmittel für die Altlastensanierung zurückzunehmen. Das war mit der Begründung „notwendige Sparmaßnahmen“ dort angesetzt. Wir haben bei den Finanzausschußberatungen gelernt, daß das Problem noch viel dramatischer ist, als wir mit unserem Antrag unterstellt hatten. Das Problem besteht nämlich nicht einfach darin, daß das Land da jetzt um 20 Millionen DM kürzt. Das Problem besteht vielmehr darin, daß diese Mittel, die nur von den Kommunen abgerufen werden können, wenn sie selber den Löwenanteil der Altlastensanierung bezahlen, nicht abgerufen werden, weil die Kommunen über dieses Geld nicht verfügen, und daß das Land deshalb einen Berg von 180 Millionen DM vor sich herschiebt, die eigentlich für diesen

Zweck ausgegeben werden sollten, die nicht ausgegeben worden sind und nicht ausgegeben werden können. Das heißt, diese ökologische Zukunftsbelastung, von der ich gesprochen habe, ist im konkreten Fall im Haushalt nachvollziehbar. Es gab keinen Vorschlag der Landesregierung, hier etwas umzustellen, sondern man kürzt einfach die Mittel, die offensichtlich nicht gebraucht werden,

(Zuruf von den GRÜNEN)

obwohl der Umweltminister sagt, es gehe um eine zentrale Aufgabe.

Oder nehmen wir den Bereich der Energiepolitik. Die Regierung ist nicht bereit, die Konsequenz aus der verfehlten Atompolitik des Landes zu ziehen, und hält es für die einzige und an den Anfang gesetzte Priorität, auf jeden Fall vier neue Stellen in den Haushalt einzustellen, damit dieser Schrottreaktor Obrigheim möglichst schnell wieder ans Netz geht.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Die bisherigen haben es ja nicht geschafft!)

Oder nehmen wir die japanische Schule. Ich unterstreiche das, was vorhin dazu gesagt worden ist.

(Abg. Dr. Wetter CDU: Von mir!)

Es geht dabei überhaupt nicht um eine globale Ablehnung dieses Projektes. Man kann sehr wohl – das hat auch der Vorsitzende des Finanzausschusses in seiner Presseerklärung zum Ausdruck gebracht – darüber diskutieren, ob es Sinn macht. Es geht aber nicht – da haben Sie vorhin wider bessere Einsicht gesprochen, Herr Dr. Wetter –, hier ein Projekt auf die Schiene zu setzen, von dem sehr viele wichtige Eckdaten nicht bekannt sind. Es ist nur bekannt, wieviel das Land auf jeden Fall zahlen wird. Das ist das einzige, was von diesem Projekt bis jetzt sicher ist. Es ist nicht bekannt, ob es auch für deutsche Schüler und Schülerinnen Möglichkeiten des Austausches geben wird. Es ist nicht bekannt, in welcher Weise das Lehrangebot dieser Schule eingebunden werden kann. Es ist überhaupt nicht bekannt, was die Japaner im einzelnen für Konzepte verfolgen. Das einzig Klare ist eine Art vorauseilende Subventionsservilität der Landesregierung und der Mehrheit gegenüber diesem Projekt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie nur an einem Punkt im Zusammenhang mit dieser japanischen Schule so spitz gerechnet hätten, wie Sie sonst in Umweltfragen rechnen, dann hätten Sie die 100 000 DM, die Sie beim Verbraucherschutz verrückterweise – ich muß es so sagen – zu Lasten der Verbraucher eingespart haben, aus dem Ansatz der japanischen Schule drei- bis fünfmal herausholen können, wenn Sie sich einmal den Wirtschaftsplan ansehen. So ist die Prioritätensetzung der Landesregierung. So sieht es im Detail aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu kommt, daß sich in einer ganzen Reihe von Punkten bei der Beratung herausgestellt hat: Es gibt hier entweder

(Bütikofer)

Ausgabennotwendigkeiten, die nicht veranschlagt sind, oder politische Zusagen, die sich im Haushalt gar nicht niederschlagen. Ich will Ihnen auch hierzu ein Beispiel nennen, das ich für ein ziemlich starkes Stück halte.

Es gibt seitens der Mehrheit und seitens der Landesregierung eine politische Zusage, daß die Zahl der Betten in der Universitätskinderklinik Heidelberg, entgegen den Anforderungen des Wissenschaftsrates, nicht zusammengestrichen werden soll. Die Landesregierung hat damit der Leitung der Kinderklinik und den Kinderärzten in der Region den Rücken gestärkt und gesagt: Eure Forderungen sind berechtigt.

Aber wenn man dann im einzelnen nachfragt, stellt sich heraus: Der Wissenschaftsminister will es jedenfalls nicht finanzieren. Er sagt, dies gehöre ins Sozialministerium. Das Sozialministerium will es jedenfalls nicht finanzieren. Es sagt, dies gehöre ins Wissenschaftsministerium. Das heißt, es gibt ein Versprechen der Landesregierung, hier aus Landesmitteln etwas für einen sehr vernünftigen Zweck zu tun, aber die Ministerien sind sich jeweils darüber einig, daß sie es nicht bezahlen werden. Das ist Täuschung der Öffentlichkeit, Roßtäuscherei. Es ist eine Art von Haushaltspolitik, mit der Sie dem Vertrauen in politische Zusagen den letzten Boden entziehen.

Jetzt komme ich zu einem Punkt, den ich für ein besonderes Trauerspiel und auch für einen besonderen politischen Akzent, den Sie setzen, halte: die Frauenpolitik. Dabei geht es nicht nur um die 4,5 Millionen DM, Herr Wetter.

Es fängt an mit der im Sozialministerium neu geschaffenen Frauenabteilung. Wir haben uns im Finanzausschuß die Mühe gemacht, dem etwas auf den Zahn zu fühlen. Mit einem erstaunlichen Ergebnis: Während das Wissenschaftsministerium für eine neue Abteilung, die es einrichtet, für Erstausrüstung und Sachmittel immerhin 140 000 DM braucht und auch etatisiert, braucht das Sozialministerium für die neue Frauenabteilung nichts.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Wie geht das?)

– Das ist eine Frage, die wir natürlich gestellt haben. – Wir haben gefragt, was die Abteilung machen soll. Die Antwort war ebenfalls verblüffend: Es gibt so gut wie keinen Bereich der Frauenpolitik, in dem diese Abteilung nicht unglaublich aktiv werden wird. Das heißt de facto, die werden alles machen, und zwar mit null Geld. Dafür gibt es genau eine Lösung. Die heißt: Sie schreiben zu allem und jedem ein bis zwei Sonntagsreden, und die werden dann von der Leiterin oder von der Ministerin der Öffentlichkeit preisgegeben.

(Abg. Dr. Wetter CDU: Anderthalb Millionen sind für Sie null Geld? Dann schucken Sie die doch geschwind herüber!)

Das ist die Lösung.

Und damit das Ganze keine allzu großen Schwierigkeiten macht, hat man sich auch darauf zurückgezogen, daß man Stellen über A 16 nicht ausschreiben muß. Dann kann man schon dafür sorgen, daß sie so besetzt werden, daß es in

der Abteilung auch ohne Sachmittel und ohne Ausstattung flutscht.

(Abg. Dr. Wetter CDU: Es werden auch Männer aufgenommen!)

Zweitens: Diese 4,5 Millionen DM für Frauenforschung. Ich dachte am Anfang, es sei eine geschickt plazierte Disziplinlosigkeit der CDU-Fraktion gewesen, so eine verdrückte Annäherung an die Frauenbewegung: Man will zwar nicht zustimmen, obwohl man es einsieht; deswegen geht der eine in die Gaststätte, der andere in den Untersuchungsausschuß und der dritte aufs Klo, damit es durchkommt.

(Lachen des Abg. Brechtken SPD – Zuruf des Abg. Dr. Wetter CDU)

Ich habe mich heute belehren lassen, Herr Wetter,

(Abg. Brechtken SPD: Das war eine Wetter-Strategie!)

daß das offenbar gegen die bessere Einsicht des CDU-Fraktionsvorstandes, der sich bis auf den Kollegen Kurz, der hier die Prügel aushalten muß, verflüchtigt hat, in der Fraktion gekippt worden ist, offensichtlich von denen, die Frauenforschung für etwas ziemlich Überflüssiges halten.

Der Ausrutscher besteht nicht darin, daß das im Ausschuß durchgegangen ist, der Ausrutscher, wenn man das so vornehm und wohlwollend sagen kann, besteht darin, daß die CDU-Fraktion nicht den Mut hat, diesen Anschluß an die Wirklichkeit der Gesellschaft, den sie dringend nötig hätte, zu finden. Der Fehler besteht darin, daß Sie bei Ihnen das Tempo gegen die bessere Einsicht von einigen der Zurückgebliebenen diktieren lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Fehler besteht darin, daß bei Ihnen die Einsicht, selbst wo sie vorhanden ist, nicht zur gesellschaftlichen Mehrheitsfähigkeit genutzt wird, sondern daß Sie zulassen, daß das Zurück ins Getto der Abgeschlossenheit, das Zurück ins Getto veralteter frauenpolitischer Vorstellungen Ihre Politik bestimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich meine, das kommt in diesem Etat sehr gut zum Ausdruck, und dafür werden Sie zu zahlen haben, und zwar mehr als 4,5 Millionen DM, nämlich politisch,

(Abg. Dr. Wetter CDU: Dann müssen Sie doch froh sein!)

denn dieser Antrag ist ja nicht aus dem Phantasieraum geschöpft, sondern gegründet auf konkrete Notwendigkeit, gegründet auf Zahlen, die uns über gestellte Anträge, über förderfähige Anträge, über bewilligte Anträge vorliegen.

Ein Drittes im Bereich dessen, was Frauen betrifft, ist die Frage, wie Sie mit der großartigen Ankündigung, die Kinderbetreuung zu verbessern, in diesem Haushalt de

(Bütikofer)

facto umgehen. Es war für mich übrigens ganz erstaunlich, zu hören: Bei der Aufzählung der Schwerpunkte, die die Frauenabteilung im Sozialministerium bearbeiten soll, fehlte geradezu auffällig ein Schwerpunkt, nämlich der Schwerpunkt Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Auf Nachfrage wurde dann gesagt, es sei klar, daß der in der Aufzählung fehle, das habe man ja schon immer gemacht

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Wo denn?)

und würde man verstärkt weiter machen. Wenn ich diese Aussage sozusagen im Haushalt auf den Prüfstand stelle, dann bleibt der Hort an der Schule - das ist schon hinreichend kommentiert: Supersparmodell -, dann bleibt aber auch die Ablehnung unseres Vorschlags, hier dadurch eine effektive Verbesserung zu erzielen, daß die Landeszuschüsse für die Personalkosten an den Kindergärten von 30 auf 40 % hochgesetzt werden.

Wir werden Ihnen nachher die Gelegenheit geben, den Antrag noch einmal abzulehnen, daß - Stichworte Verbesserung, Verbindung Beruf und Familie - die Öffnungszeiten für Kinderbetreuungseinrichtungen erweitert werden können. Das ist in vielen Fällen ja das Entscheidende, damit das überhaupt in Anspruch genommen werden kann. Auch das haben Sie abgelehnt. Im Effekt bleibt nur: Senkung des Betreuungsstandards über diesen sogenannten Hort an der Schule.

Was bringt dieser Haushalt den Frauen mit den verschiedenen Lebensentwürfen, für die, die sich für Kinder entschieden haben, und für die, die sich für einen Beruf entschieden haben? Ihnen allen bringt dieser Haushalt viele Versprechungen und nichts in der Substanz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich habe hier darauf verzichtet, Ihnen, wie in früheren Debatten, die Mitverantwortung der Landesregierung über den Bundesrat dafür vorzuhalten, daß die Handlungsspielräume in der Finanzpolitik enger werden. Am Anfang des Juli 1991 ist es aber wohl doch nötig, wenigstens darauf hinzuweisen, daß gerade eine Steuerreform in Kraft getreten ist, die den Einkommen bis 45 000 DM - im Zusammenhang mit allen Steueränderungen der letzten Jahre, seit Mitte der achtziger Jahre - eine zusätzliche Belastung und allen Einkommen über 45 000 DM zusammengenommen eine Entlastung bringt. Das schlägt sich im Haushalt auch fiskalisch nieder, indem sich die Steuerschätzungen entsprechend verändern.

Meine Damen und Herren, auch da liegt ein Stück Verantwortung. Auch wenn wir das im Lande nur mittelbar beeinflussen können, müssen wir als Opposition Ihnen vorhalten, daß Sie die Fähigkeit zur Einsicht in diese soziale Ungerechtigkeit nicht haben erkennen lassen.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Die Redezeit ist gleich abgelaufen.

Die Mehrheit der Bevölkerung in Baden-Württemberg - so sagt eine neue Umfrage, die heute bekanntgeworden ist - ist der Auffassung, die CDU sei durch Affären und durch personellen Filz verbraucht.

(Beifall bei der Opposition)

Ich meine, die CDU ist auch verbraucht wegen Ideenlosigkeit, Konzeptlosigkeit, Konsequenzlosigkeit und Mutlosigkeit, wenn es darum geht, das Neue zu tun und neue Einsichten umzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dem Ministerpräsidenten werden in der Umfrage drei Eigenschaften gutgeschrieben. Es heißt, er sei heimatverbunden, fleißig und zuverlässig.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Heimatverbunden - das kann ich nach den Haushaltsberatungen bestätigen. Obwohl der MP in Baden-Württemberg nicht mehr mit Blendax fliegt, ist der Reisekostenetat nur um 100 000 DM erhöht worden. Daraus kann man nur den Schluß ziehen, er will mehr im Land bleiben. Insofern ist das offensichtlich zutreffend.

Fleißig - das kann ich nicht kritisch kommentieren, weil ich mich auf diese Sekundärtugend selber positiv beziehe.

Jedenfalls: Zuverlässig ist er nicht, denn die Versprechungen, die er gemacht hat, hat er nicht eingelöst. Die Versprechungen, die Sie gemacht haben, haben Sie mit diesem Nachtragshaushalt nicht eingelöst. Deswegen verstehe ich schon, daß er sich der Debatte entzieht.

(Beifall bei der Opposition)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort Herr Abg. Vollmer.

Abg. Vollmer FDP/DVP: Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen, meine Herren Kollegen! Man kann dem Kollegen Reinhard Bütikofer bestätigen: Er spricht sehr frisch und munter und kann - das sollte einfach einmal so gesagt sein - dieses deshalb so gut, weil ihm keine besonderen Fesseln in Form eines Auftrags, besonders zu sparen, eines Auftrags zum Subventionsabbau, eines Auftrags, die Verschuldung zurückzuführen, angelegt sind, wie andere Fraktionen sich dies vorgenommen haben. Herr Kollege Bütikofer, ich freue mich, wie Sie dieses Thema im Plenum und im Finanzausschuß angehen. Vielleicht kommen wir so ein Stück weiter.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, daß es auch einen Unterschied in der Mentalität derer gibt, die gesprochen haben bzw. jetzt sprechen. Bei mir wissen Sie, daß das etwas ausgewogener ist.

(Abg. Dr. Wetter CDU: Es ist Polemik, was der Bütikofer bringt!)

Vielleicht noch ein ganz kurzes Wort zu Ihnen, Kollege Dr. Puchta: Mich freut es immer, wenn Sie sprechen, weil ich mir einiges davon merke. Vor allem merke ich mir, wie man etwas sagt, es aber nachher nicht macht.

(Abg. Dr. Wetter CDU: Es ist besser, Sie fragen den Herrn Lange!)

(Vollmer)

Da meine ich: Man muß sich doch mit den Themen insgesamt auseinandersetzen.

Wenn Sie davon sprechen, daß die Verschuldensquote jetzt so hoch sei wie noch nie, dann stimmt dies selbstverständlich, auch bei der Verschuldensquote des Bundeshaushalts. Aber ich meine, man muß wirklich die Situation sehen, in der wir jetzt gerade sind.

Meine Damen und Herren, der Haushaltsplan ist die in Zahlen festgeschriebene Landespolitik – ein Satz, den ich gelegentlich derartigen Reden voranstelle. Damit kommt die Frage: Ist dieser Nachtrag nötig gewesen? Wurde Kassensturz gemacht? Wurde das, was in der Regierungserklärung als neue Politik aufgezeigt wurde, tatsächlich festgeschrieben?

Sicher ist eine Umstellung in der Regierungspolitik erfolgt. Das haben wir an der Regierungserklärung gesehen. Wir alle haben damit ja ganz große Hoffnungen verbunden, auch mit dem, was der Herr Finanzminister gesagt hat. Aber ich meine, er ist dann doch bald wieder ruhiger geworden.

Die Korrektur in der Politik war notwendig – dafür gibt es einige Zeichen –, weil sich vielfach die Späthsche Politik im Laufe der Jahre fehlentwickelt hat. Am Anfang mag vieles richtig gewesen sein, aber dann gab es doch wirklich Auswüchse, und niemand in der CDU-Fraktion hat die Äste rechtzeitig zurückgeschnitten. Da muß korrigiert werden, und da ist zum Teil auch mit diesem Nachtrag korrigiert worden.

Ich will vor allem auf die Kosten der deutschen Einheit eingehen. Für mich war es auch im Finanzausschuß schon interessant, daß aus der Opposition besondere Kritik daran geübt wurde, daß Personal drüber eingesetzt wird. Ich meine, man muß sich wirklich selbst die Mühe machen, hinüberzugehen, sich auch Gedanken machen, was getan werden kann. Eigentlich kommt nach meiner Meinung dort nur personelle Hilfe an, und sie wirkt auch am raschesten, viel besser als Finanzmittel, die dort doch irgendwo versickern. Das muß man deutlich sehen. Deshalb sage ich an dieser Stelle den herzlichen Dank meiner Fraktion an alle, die bereit sind, hinüberzugehen, dort zu arbeiten, dort zu helfen, die dadurch manches an Belastungen auf sich nehmen, was damit verbunden auf sie zukommt.

(Beifall des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

In diesem Haushalt gibt es für uns zwei neue Einzelpläne und zwei neue Ministerien, die etatisiert sind. Uns gefällt besonders, daß man rechtzeitig umgeschaltet hat, daß man rechtzeitig für diese Ministerien – das Verkehrsministerium und das Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten, ein Ministerium, das wir besonders begrüßen – klipp und klar geregelt hat: Hier ist euer Geld, damit könnt ihr arbeiten. Vielleicht hat man aus den Fehlern bei der Schaffung des Umweltministeriums einiges gelernt. Fehler sind ja auch dazu da, daß man daraus lernt.

Ich meine auch, daß das Verkehrsministerium wirklich nötig ist. Das hat der neue Ministerpräsident klar erkannt. Aber er hat damit natürlich auch eingeräumt – und das gilt

auch für die CDU-Fraktion –, daß bisher ganz, ganz große Fehlentwicklungen passiert sind, daß vieles nicht in Gang gekommen ist, daß es allerhöchste Zeit war, Versäumtes nachzuholen, beispielsweise auch, Herr Kollege Kurz, die Murrtalbahn zu elektrifizieren.

Man mag das als einen Fortschritt bezeichnen, den die neue Regierung erreicht hat. Man muß das aber gleichzeitig auch als einen großen Fehler bisheriger CDU-Regierungsarbeit und CDU-Fraktionsarbeit darstellen.

In der Sozialpolitik soll sich einiges verändern, auch im Frauenbereich. In der Debatte ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden. Kinderhorte sollen geschaffen werden – wieder etwas, was sicher gefällt, dann aber finanziell auf die Gemeinden abgeladen wird, wie man das auch einmal bei den Sozialstationen gemacht hat.

Die Regierung kündigt eine neue Wohnungsbaupolitik an und muß dann plötzlich feststellen, daß es so nicht geht, wie man es machen will. Das ist schon eine etwas eigenartige Sache. Ich habe gehofft, daß in der neuen Regierung mehr Sachverstand vorhanden ist.

Wenn man über Privatisierung, über den Subventionsabbau und über das Sparen redet, gibt es noch sehr vieles, über das man ernsthaft nachdenken muß.

Zum Subventionsabbau: Herr Finanzminister, Sie haben mir ja einen Brief geschrieben. Sie sind zu dieser Zusammenkunft bereit, die noch zu terminieren ist. Sie haben aber klipp und klar aufgezeigt, daß Sie Ihre Zuständigkeit nicht angreifen lassen wollen, daß Sie auf Ihre Zuständigkeit pochen. Ich habe gar nichts dagegen, Herr Minister Mayer-Vorfelder, wenn Sie auf Ihre Zuständigkeit und auch auf die Möglichkeiten verweisen, die Sie hier gerade als der zuständige Ressortminister haben. Aber dann fangen Sie bitte damit an, das auch umzusetzen. Tun Sie es, zeigen Sie es! Dann kann man auch über anderes weiterreden.

Hat dieser Haushalt noch Luft? Das ist eine Frage, die sich immer wieder stellt. Wenn man 7,45 Millionen DM im Jahr 1991 und 15,68 Millionen DM im Jahr 1992 herausholt, ist das für einen Privatmann unheimlich viel Geld. Im Vergleich zum Landeshaushalt mit jeweils weit über 50 Milliarden DM in jedem Haushaltsjahr ist es natürlich nicht viel. Trotzdem meine ich, Herr Kollege Dr. Wetter, daß dieser Haushalt noch einiges an Luft enthält. Wenn wir im Einnahmebereich beispielsweise bei einem Regierungspräsidium hohe zusätzliche Beträge an Gebühren etatisieren können, kann man das sicher bei den anderen drei Präsidien auch tun.

Um das geht es jedoch nicht, sondern mir geht es um die allgemeine Linie. Hier fürchte ich, daß man in der CDU-Fraktion, vielleicht auch in der Regierung, in den nächsten Monaten klipp und klar erkennt: Im Einnahmebereich ist noch einiges enthalten, und damit kann man Mehrausgaben finanzieren. Ich fürchte, daß dann Geld, das etwas dazu beitragen könnte, die Verschuldung zurückzuführen, im Hinblick auf die Landtagswahl verpersert wird.

Ein kleines Polster ist offenbar in den Grundstöcken vorhanden. Das haben wir im Finanzausschuß gemerkt,

(Vollmer)

und Kollege Bütikofer hat es bereits angesprochen. Der Forstgrundstock wird ja zur Zeit wirklich vervespert, sogar so, daß man schon die Speisekarte für das, was man 1992 tun will, aufgelegt hat, obwohl man gar nicht weiß, ob überhaupt jemand da ist, der kochen kann, weil das Geld in der vorgesehenen Höhe noch gar nicht im Forstgrundstock ist.

Man sollte sich jedoch durchaus darüber Gedanken machen, ob da nicht doch brachliegendes Geld aktiviert werden kann. Beim allgemeinen Grundstock sind inzwischen über 50 Millionen DM angesammelt. Ich denke daran, daß man durchaus Behördenbauten, wie man das schon einmal gemacht hat, aus diesem Grundstock finanzieren könnte. Manches, was jetzt auf der Strecke bleiben muß, könnte daraus finanziert werden. Ich erinnere nur an die dringend notwendigen Neubauten für die Polizei, aber auch an die Finanzämter und einiges mehr. Es muß ja nicht immer gleich der Landtag sein; da haben wir ja das Nötige gemacht.

Was kommt sonst noch Neues in diesen Nachtrag? Was ist interessant? Was gibt als Beispiel Anlaß zum Nachdenken? Da ist zum einen die japanische Schule. Wir sagen ja dazu.

(Beifall der Abg. Dr. Döring FDP/DVP, Dr. Wetter und Sieber CDU – Abg. Sieber CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Wir sind der Meinung, daß diese Schule geschaffen werden sollte, weil dies auch Auswirkungen darauf hat, daß sich manches an Wirtschaftsaktivitäten entwickelt, die wir brauchen. Wir müssen die Dinge einfach sehen. Wir können nicht darauf beharren und sagen, wir hätten bisher eine gute Industrie gehabt, wir hätten sie jetzt und würden sie morgen und übermorgen auch noch haben. Man muß hier wirklich beweglich sein und auch beachten, daß sich solche Entwicklungen weltweit hinziehen, so daß man sich da gar nicht abkapseln kann. Wir bedauern aber, daß man in der Finanzierung einen Weg gegangen ist, der sich von allem abhebt, was bisher geschehen ist, und wohl auch von dem, was in dieser Beziehung in Japan zugunsten deutscher Schüler geschieht. Ich meine, es wäre gut gewesen, man hätte sich im Rahmen der Förderung gehalten, der nach dem Privatschulgesetz für unsere privaten Schulen gilt.

(Abg. Brechtken SPD: Eine Zwischenfrage!)

– Bitte, Herr Kollege Brechtken.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Ich lasse die Zwischenfrage zu.

Abg. Brechtken SPD: Würden Sie mir dann zustimmen, daß wir die zusätzlichen Mittel, die über die Privatschulfinanzierung hinausgehen, streichen müssen? Das ist der Punkt.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Vollmer.

Abg. Vollmer FDP/DVP: Sie kennen ja die Gesetzmäßigkeit solcher Dinge, Herr Kollege Brechtken. Wenn man weiß, daß sich das auch in andere Länder, in andere Erdteile hinziehen muß, ist es durchaus richtig, rechtzeitig

den Weg aufzuzeigen und die Weichen zu stellen. Aus diesem Grund ist das auch so gelaufen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Genau! – Abg. Brechtken SPD: Entweder – oder!)

Ich meine, es rächt sich an dieser Sache insgesamt, wenn Notwendiges nicht rechtzeitig getan wird, wenn man also die Frage der Finanzierung der Privatschulen nicht voranbringt. Daß für den Schulbetrieb noch kein richtiges Konzept vorgelegt wurde, ist ein weiterer Mangel.

Das andere Neue ist die Nahverkehrsabgabe. Darüber wurde auch schon diskutiert. Der Ministerpräsident ist heute bei einem anderen Tagesordnungspunkt schon darauf eingegangen. Es geht um die Frage: „Haltermodell oder Nutzermodell? Was ist praktikabel?“ Es hat sich einfach gezeigt, daß auf dem Weg des ersten Anlaufs nicht weitergegangen werden kann. Herr Kollege Bütikofer, es kamen ja aus Ihrem Bereich Anstöße, man solle weitermachen und Lösungen suchen. Ich bin auch der Meinung, daß dieses erste Scheitern der Nahverkehrsabgabe – lassen wir es einmal bei diesem Arbeitstitel – kein Anlaß sein kann, zu sagen: Da geht nichts. Man muß sich wirklich Gedanken machen: Wie kann ich den Individualverkehr in den Innenstädten einigermaßen steuern? Man muß sich Gedanken machen: Was kann ich sonst tun? Was muß ich beim Parkplatzangebot und in der Frage der Kostenbelastung für das Parken tun? Genauso auch in der Frage: Wie muß ich dann den ÖPNV ausstatten?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wie ist ein funktionierender ÖPNV zu gestalten, und was kann und muß ich da im einzelnen tun?

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Jawohl! Richtig! Genau so!)

Da wird es sicher so sein, daß ich dann in einer Großstadt wie Stuttgart durchaus andere Maßstäbe anzulegen habe als in anderen Gegenden. Also nochmals: Weitermachen! Das Nutzermodell, das Sie ins Gespräch gebracht haben, haben wir abgelehnt. Es ist zu aufwendig, und es wirft auch ganz erhebliche Rechtsfragen auf, die noch nicht gelöst sind.

Ein anderer Punkt: Frauenabteilung. Da ist man wirklich überrascht, wenn man im Finanzausschuß feststellt: Völlig unvorbereitet, keine Konzeption, auch keine Sachausstattung. Offenbar ist man im Finanzministerium der Meinung: Wir brauchen diese Abteilung gar nicht; dabei kommt doch nichts Gescheites heraus. Da bloß hochdotierte Stellen zu schaffen und sonst nicht zu wissen, wie es weitergeht, das ist in diesem Zeitpunkt einfach zu wenig.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Brechtken SPD und Bütikofer GRÜNE – Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sehr richtig!)

Württembergische Staatstheater und die Bugwelle und die Heckwelle und was da sonst noch an Auf und Ab kommt.

(Vollmer)

(Abg. Dr. Puchta SPD: Rundumwelle! – Abg. Dr. Wetter CDU: Eine Flutwelle!)

– Flutwelle auch noch. Gibt es sonst noch ein paar Wellen?

(Abg. Brechtken SPD: Da ist schweres Wetter, Herr Kollege! Schweres Wetter!)

– Ja. Er hat es aufgenommen, Herr Kollege Brechtken.

Ich meine, so kann es mit der Verwaltung und den Finanzen nicht weitergehen, wie das bisher bei den Württembergischen Staatstheatern der Fall war. Es ist sicher eine hohe Verantwortung, die dort auf die ehrenamtlichen Verwaltungsräte zugekommen ist, aber ich meine auch, es muß hier entschieden durchgegriffen werden. Der Verwaltungsrat, die Regierung und die Stadt Stuttgart müssen sich Gedanken machen, ob die Organisation der Kassenführung dort weiterhin so Bestand haben kann oder ob man, wie Kollege Wetter dies im Gespräch angedeutet hat, nicht besser eine GmbH gründet und dann die Vorschriften des Handelsrechts anwendet. Klar und deutlich muß stets die Finanzsituation erkennbar sein. Herr Sieber, bei den Schwetzingen Festspielen hat man ja Derartiges; das könnte durchaus ein Muster sein; vielleicht können uns die Badener, die Kurpfälzer das etwas herübertransferieren.

(Abg. Dr. Wetter CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Gleich, Herr Kollege Wetter. – Man kann auch überlegen, ob man die Staatstheater als Betrieb nach § 26 der Landeshaushaltsordnung betreibt, so daß jederzeit deutlich zutage treten würde, wenn die Dinge nicht funktionieren.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Wetter?

Abg. Vollmer FDP/DVP: Bitte, Herr Kollege Dr. Wetter.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Dr. Wetter.

Abg. Dr. Wetter CDU: Herr Kollege, ich wollte Sie fragen: Sind Sie mit mir der Meinung, daß diese Flutwelle nicht hätte kommen können, wenn wir eine GmbH gehabt hätten?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Vollmer.

Abg. Vollmer FDP/DVP: Sie haben das klar erkannt, Herr Kollege Dr. Wetter. Ich bin mit Ihnen dieser Meinung.

(Abg. Brechtken SPD: Da bin ich aber nicht so sicher!)

Ich gestehe Ihnen auch gerne die Urheberschaft bei diesem Gedanken zu und mache da mit. Wir wollen erreichen, daß sich hier etwas ändert, daß hier etwas passiert.

(Abg. Dr. Wetter CDU: Sehr richtig! – Abg. Sieber CDU: Ja!)

Um eines aber, meine Damen und Herren, möchte ich dringend bitten: Ich hoffe sehr, daß sich die schlechten Erfahrungen, die wir in diesem Zusammenhang mit einem Staatsrat gemacht haben, nicht an anderen Stellen fortsetzen.

(Abg. Dr. Wetter CDU: Es sei denn, man käme selber in Betracht! – Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Dann ist es anders!)

– Herr Kollege Wetter, dann ist immer alles anders; das ist ganz klar.

(Heiterkeit)

Zu den Resten. Ich denke, wir sollten uns wirklich mit der Frage auseinandersetzen: Wie viele Beträge sind jedes Jahr nicht abgeflossen? 180 Millionen DM – Sie sagten es schon – beispielsweise im Umweltbereich. Das kann doch nicht sein. Da werden bei knapper Kasse Mittel für wichtige Aufgaben bereitgestellt, und das Geld fließt nicht ab. Ich nehme als Beispiel den Bereich des Feuerlöschwesens, wo ich mich bei den Beratungen des Urhaushalts für die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen sehr stark gemacht habe. Das hat man damals abgelehnt. Jetzt hat man es im Nachtrag gemacht. Es ist leider so: Anregungen aus einer Oppositionsfraktion nimmt man nicht gleich auf. Bei diesem hohen Posten sollte man sich wirklich Gedanken machen: Sind die Mittel richtig eingesetzt? Muß man für Beschleunigung sorgen? Muß man beispielsweise Verpflichtungsermächtigungen erhöhen, damit man die Dinge auf den Weg bringen kann, oder kann man die Mittel innerhalb des gleichen Ressorts woanders einsetzen, wo sie dringender gebraucht werden? Ich meine, jedes Ministerium sollte sich nochmals mit der Resteliste, die vorgelegt worden ist, auseinandersetzen, um zu sehen, wie es vernünftig weitergeht.

Meine Damen und Herren, wir könnten auch in diesem Haushaltsjahr massenweise – das rechnet sich ja nach Milliarden – zusätzliches Geld ausgeben, wenn wir all den Forderungen nachkommen würden, die auf uns zukommen. Das scheint ja unser Problem zu sein, ein Problem, mit dem wir innerlich noch manchmal fertig werden müssen. Nach außen hin ist es ja immer sehr interessant und sehr gut, in Aussicht zu stellen, daß man sich da engagiert und dort etwas tut. Aber intern stellt sich ständig die Frage: Wie kann man die Staatsverschuldung in den Griff bekommen?

Ich nenne nur einige Punkte, von denen ich meine, sie sollten angegangen werden. Was Behördenbauten betrifft, habe ich ja schon aufgezeigt, daß es einen allgemeinen Grundstock gibt. Die öffentliche Sicherheit, alles, was mit der zweigeteilten Laufbahn auf uns zukommt, wird uns auch von der Finanzseite her noch beschäftigen müssen. Ich meine, das ist unausweichlich. Aber es gibt noch eine Fülle anderer Dinge, im Sozialbereich insbesondere die Probleme der besseren Versorgung unserer Alten. Sie wissen ja – die Zahlen zeigen es deutlich auf –, jedes Jahr werden wesentlich mehr Mitbürger älter.

Wurde ein Kassensturz gemacht? Ich meine, er wurde in diesem Haushalt nicht gemacht. Die Regierungsvorlage

(Vollmer)

glänzt zwar mit Sparvorschlägen. Immer wieder, wenn etwas wegfällt, wird notiert: „gestrichen wegen Sparmaßnahmen“. Aber auf der anderen Seite kommen zusätzliche und neue Ausgaben.

Kann der Landtag Sparvorschläge rüberbringen? Die CDU lehnt die Diskussion darüber meist ab; das hat Herr Bütikofer sehr deutlich gesagt. Das ist die Frage, die mich bei den gesamten Nachtragsberatungen besonders beschäftigt. Es ist ganz klar: Wenn man lange genug dabei ist, dann sind 1 Million DM nicht immer etwas, was einen unbedingt vom Stuhl reißt. Kann man als Landtag, kann man als Oppositionsfraktion noch etwas verändern? Kann man die Regierungsfraktion in diesen Fragen weiterbringen,

(Abg. Brechtken SPD: Die muß man abwählen, nicht weiterbringen!)

damit sie nicht abblockt, nur weil die Vorschläge von den anderen kommen, wie wir es bisher erlebt haben, Herr Bütikofer, Herr Brechtken?

Meine Damen und Herren, wir haben gesehen, der Wechsel im Ministerpräsidentenamt hat einiges bewegt. Vielleicht bringt der Wechsel in den Landtagsmehrheiten im nächsten Jahr das andere, das Nötige. Ich wünsche es mir für die, die im nächsten Jahr im Landtag sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Bütikofer GRÜNE – Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Danke schön!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich dem Herrn Finanzminister.

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe es bei der Einbringungsrede schon gesagt: Das ist der erste Haushalt, den ich zu vertreten habe, und es ist auch der erste Haushalt, den ich im Finanzausschuß mit der Mehrheitsfraktion und den Oppositionsfraktionen zu diskutieren hatte. Ich möchte an dieser Stelle zunächst ein herzliches Wort des Dankes sagen für die Fairneß im Umgang miteinander im Finanzausschuß. Das ist etwas, was mich nach den vielen Schlachten, die ich im kulturpolitischen Ausschuß zu schlagen hatte, durchaus beeindruckt hat.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Hat das auch etwas mit Ihnen zu tun?)

– Ich möchte die Erfahrungen dort nicht missen, aber die neuen Erfahrungen sind ja auch etwas Positives.

Es ist selbstverständlich, daß im Finanzausschuß die Dinge nüchterner, sachlicher, auf die Realität bezogen betrachtet werden, während sie hier vor der Öffentlichkeit etwas anders dargestellt, emotionalisiert werden und die parteipolitischen Fronten natürlich stärker nach außen gekehrt werden. Ein Stück Polemik ist ja auch ganz gut, Herr Kollege Puchta, aber eine Eins hat das, was Sie hier gesagt haben, nicht verdient.

(Lachen des Abg. Bütikofer GRÜNE – Abg. Dr. Rochlitz GRÜNE: Sie aber auch nicht! – Abg. Dr.

Puchta SPD: Oberlehrer! – Abg. Bütikofer GRÜNE: Wie würden Sie es denn in Punkten bewerten?)

Herr Kollege Puchta, ich will jetzt einmal all den polemischen Stuck wegschlagen und auf das zurückkommen, was Sie gesagt haben.

Ich bestreite nicht, Herr Kollege Puchta, daß Sie und die SPD die Neidkomplexe schüren können, wenn es um Steuerdiskussionen geht. Das haben Sie immer getan, übrigens nicht erst – ich komme noch einmal auf die Unternehmensteuerreform zurück – im Zusammenhang mit der Unternehmensteuerreform. Vielmehr ist bei Ihnen die große Steuerreform der Jahre 1988 bis 1990 draußen genauso unter dem Aspekt Umverteilung von unten nach oben –

(Zuruf von der SPD)

– Nein, das stimmt eben nicht. All Ihre Prophezeiungen sind nicht eingetreten. Sie haben nicht gestimmt.

Wenn Sie sich hier hinstellen, weit in die Welt hinausschweifen und im Blick auf die deutsche Einheit auch die verfehlte Bundespolitik anprangern, dann muß ich dazu sagen: Wir von der CDU haben die deutsche Einheit vom ersten Tag an ohne Wenn und Aber gewollt. Gott sei Dank haben wir sie gewollt, denn heute würden wir sie nicht mehr bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist das, was Sie in Fortsetzung all dessen, was Lafontaine gesagt hat, in die Haushaltsdebatte einführen, ein Stück abwegig.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ein kluger Mann, der Lafontaine!)

Denn Sie, Herr Puchta, wissen genausogut wie ich, daß die ehemalige DDR ausgeblutet wäre, wenn die Währungsunion nicht gekommen wäre, weil die Menschen zu uns, wo es die D-Mark gibt, gekommen wären. Das war der Tatbestand, den es zu lösen gilt.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Bütikofer GRÜNE: Die kommen doch heute noch!)

– Es kommen heute schon noch welche, weil die Lebensverhältnisse eben noch nicht gleich sind. Das wissen wir auch. Nur, Herr Kollege Bütikofer, es hat doch keinen Wert, sich das vorzuhalten. Denn Sie wissen genauso, daß Lebensverhältnisse, wie sie hier in 40 Jahren gewachsen sind, nicht innerhalb von ein, zwei Jahren angeglichen werden können.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das wußte ich schon vor der Währungsunion! Das hätten Sie aber einmal vor der Währungsunion sagen sollen! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Finanzminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Puchta?

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Nein, nachher. Er kann etwa nach 15 Minuten einmal eine Zwischenfrage stellen. Ich möchte zunächst meine Gedanken hier vortragen.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Danke, Herr Lehrer!)

Daß immer noch Menschen zu uns kommen, wissen wir. Aber das ist in keiner Weise mit dem vergleichbar, was in den Wochen vor der Währungsunion der Fall war. Darüber brauchen wir nicht miteinander zu diskutieren.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Sachsen blutet aus, und es wird statistisch nicht mehr erfaßt!)

Die Problemstellung hätte hier nicht bewältigt werden können.

Ein Drittes zum Kollegen Puchta. Sie haben etwas gesagt, was nicht richtig ist. Sie haben gesagt, das Schlimme an der Politik des Bundes sei, daß die Staatsquote am Bruttozinsprodukt wieder in astronomische Höhen kletterte. Sie haben eine Zahl von über 50 % genannt.

(Abg. Dr. Puchta SPD: 52 % genau!)

Herr Kollege Puchta, ich muß Ihnen einmal die Zahlen vorlesen.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Holen Sie den neuesten Monatsbericht der Bundesbank!)

Es gab ja einmal einen Weltökonom Helmut Schmidt.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Das war einer, jawohl!)

– Ja, das war ein Weltökonom. Er bekommt auch viel Geld für seine Vorträge.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ist er gestorben?)

1982 lag die Staatsquote – ohne daß davon geredet wurde, die deutsche Einheit und dergleichen mehr spiele eine Rolle – bei 49,4 %. Seit dieser Zeit – 1982 erfolgte der Wechsel in Bonn – ist die Staatsquote bis auf 45,7 % im Jahr 1989 ständig gesunken. Sie stieg dann 1990 auf 46,8 % und 1991 auf 48,5 %, bezogen auf – –

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

– Das sind die Kosten der deutschen Einheit, die eingerechnet werden müssen. Es wird doch von niemandem bestritten, daß das Geld kostet.

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

– Herr Kollege Puchta, hören Sie mich doch einmal an. Das wird doch überhaupt nicht bestritten. Nur, wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie sagen, daß die Staatsquote deshalb steigt, weil die Kosten der deutschen Einheit erheblich über Kredite mitfinanziert werden müssen. Das gebietet die Ehrlichkeit. Die Zahl von über 50 %, die Sie nennen, ist überhaupt nicht vergleichbar, weil sie nun auf die neuen Länder bezogen ist und die seitherigen Zahlen nur auf die alten Länder bezogen sind. Das gehört dazu.

Noch eine allgemeine Bemerkung auch zu Ihnen, Herr Kollege Bütikofer. Es ist immer schön, hier hinzustehen und zu sagen: Strukturveränderung – ist nicht, Sparen – ist nicht. Was machen die? Das ist ein großer Tanker, nur: Der Kapitän – Sie sprachen davon – war besoffen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ich habe in dieser Hinsicht keinerlei Vergleich gebracht!)

– Ja, ja, aber Sie haben mich damit gemeint. – Ich sage noch einmal: Die Landesregierung ist nicht besoffen, was den Haushalt anlangt.

(Lachen des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Wenn Sie von Strukturveränderungen und vom Sparen reden,

(Unruhe)

muß ich sagen – ich habe es Ihnen im Finanzausschuß angekündigt, und was ich sage, mache ich auch wahr –: Ich habe zusammenrechnen lassen, was Sie, die SPD und die Grünen, zur Strukturveränderung beigetragen haben. Das Ergebnis ist ungeheuer interessant. Die Anträge der SPD machen zusammengezählt 1,4 Milliarden DM an zusätzlichen Ausgaben aus. Die Mehranforderungen der Grünen machen 1,02 Milliarden DM aus. Die Deckungsquote, die hier so angegangen wird, läge bei Ihnen, Herr Kollege Puchta, bei 12,5 %

(Hört, hört! bei der CDU)

und bei Ihnen von den Grünen bei 11,5 %.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist unwahr! Bei uns liegt sie bei 100 %!)

Alle Anträge, die Sie zu Ihren großen Strukturverbesserungen eingebracht haben, enthalten Mehrausgaben. Das ist überhaupt keine Frage.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Unsere Anträge sind zu 100 % durch Umschichtungsvorschläge gedeckt!)

– Führen Sie sich doch nicht wie ein Bildungspolitiker auf. Die haben immer so geschrien.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Sonst müßte ich Ihnen eine Sechs im Einmaleins geben!)

– Hören Sie doch einmal zu.

Ihre Strukturverbesserungen waren, daß Sie vorgeschlagen haben, die einzelne Einheit im sozialen Wohnungsbau höher zu fördern und dadurch entweder weniger Wohnungen zu bauen oder die Mittel erheblich zu erhöhen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Finanzminister, ich muß Sie fragen – –

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Lassen Sie mich den Gedanken zu Ende führen.

(Unruhe bei der SPD)

– Sie kommen gleich dran.

(Abg. Dr. Puchta SPD: In einer Viertelstunde!)

Herr Puchta, das Größte ist, daß Sie hier hinstehen und allen Polizisten eine Hebung um mindestens eine Besoldungsgruppe versprechen. Das sind Ihre Strukturverbesserungen.

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Es geht mir nicht darum, daß Sie das nicht fordern dürfen, sondern darum, daß Sie im Blick auf das, was Sie von der SPD mit 1,4 Milliarden DM und Sie von den Grünen mit 1,02 Milliarden DM mehr gefordert haben, das Recht verloren haben, hier hinzustehen und zu sagen, dieser Haushalt sei unsolide finanziert.

(Beifall bei der CDU – Abg. Bütikofer GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Gleich, Herr Kollege. – Wenn Sie dann als Deckungsvorschlag ein Wendei erster Ordnung auf den Tisch legen, indem Sie sagen: „Wir wollen mit 30 % am Mineralölsteueraufkommen partizipieren“, muß ich Ihnen, Herr Puchta, Nachhilfeunterricht erteilen,

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

denn Sie müßten dazu das Grundgesetz ändern, und dafür bräuchten Sie eine Zweidrittelmehrheit.

(Abg. Brechtken SPD: Machen Sie mit, dann haben wir die!)

Wenn Sie 30 % des Aufkommens an der Mineralölsteuer für Länder und Kommunen reklamieren, müssen Sie berücksichtigen, daß das dem Land Ende 1992 bei der Neuberechnung der Deckungsquote auf Mark und Pfennig wieder abgezogen würde. Das wissen Sie genausogut wie ich. Deshalb ist das, was Sie an Deckungsvorschlägen bringen, unsolide.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Zwischenfrage!)

– Jetzt lasse ich Zwischenfragen zu; denn dann kommt ein anderer Punkt.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Mir liegen jetzt Wortmeldungen für drei Zwischenfragen vor. Zuerst hat sich Herr Abg. Dr. Puchta gemeldet. – Bitte, Herr Abg. Dr. Puchta.

Abg. Dr. Puchta SPD: Inzwischen könnte ich sehr viele Zwischenfragen stellen, so daß ich mich jetzt entscheiden muß. Ich fange mit der an, die ich zuerst stellen wollte.

Herr Mayer-Vorfelder, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß auch die Sozialdemokratische Partei von Anfang an für die deutsche Einheit eingestanden ist, daß

es für viele in der SPD jeweils darum ging, wie man die Währungsunion organisiert. Würden Sie bitte weiter zur Kenntnis nehmen, daß in dieser Hinsicht alles falsch gemacht wurde, was falsch gemacht werden konnte.

(Unruhe)

Sie würden auch ein so blühendes Land wie beispielsweise Österreich von heute auf morgen in eine Industrieruine verwandeln, ...

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Herr Präsident, ist das noch eine Zwischenfrage?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Er hat die Frage damit eingeleitet, ob Sie das zur Kenntnis nehmen.

Abg. Dr. Puchta SPD: ... wenn Sie von heute auf morgen zwischen österreichischen Schillingen und der D-Mark ein Verhältnis von 1 : 1 einführen würden.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Finanzminister, es ist gefragt worden, ob Sie dies zur Kenntnis nehmen.

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Ich habe den Präsidenten gefragt, ob er dies als Frage ansehe. Er hat dies bejaht. Da ich dem Präsidenten immer folge, sehe ich das auch als Frage an.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Wetter CDU: Aber es fällt uns schwer!)

Aber im Grunde genommen ist das nichts anderes gewesen als eine Feststellung, mit der Sie die Politik der SPD in der Frage der deutschen Einheit verteidigen wollten. Darüber könnte ich mich mit Ihnen jetzt lange auseinandersetzen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Nein, heute nicht!)

Daß die Sozialdemokratie in ihrer Grundeinstellung nicht den richtigen Weg zur deutschen Einheit gefunden hat, haben ganz andere als ich der SPD ins Stammbuch geschrieben.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Das hat sogar die Frau des Altvorderen Willy Brandt in großen Artikeln in überregionalen Zeitungen klar und deutlich gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Dr. Wetter CDU und Bütikofer GRÜNE)

Das zweite: Ihre Alternative im wirtschaftspolitischen Bereich ist nichts anderes als alte sozialistische Modelle von Beschäftigungsgesellschaften und der Aufrechterhaltung von Strukturen, die nicht mehr aufrechterhalten werden können.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Puchta SPD: Entschädigung statt Rückgabe!)

(Minister Mayer-Vorfelder)

Aber das können wir bei anderer Gelegenheit erörtern.

Jetzt die zweite Zwischenfrage.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Die zweite Zwischenfrage war die des Kollegen Brechtken. – Bitte.

Abg. Brechtken SPD: Herr Präsident, ich verzichte auf die Zwischenfrage, melde mich aber gleich zu Wort. Ich werde dann die falschen Behauptungen des Herrn Ministers in einem Redebeitrag korrigieren.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Dann wollte Herr Abg. Bütikofer noch eine Frage stellen. – Bitte.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Finanzminister, da Sie mehrfach danach gefragt haben, welches denn die Vorschläge zur Strukturänderung sind, möchte ich Sie fragen, ob Sie es nicht für eine Strukturänderung im Haushalt halten würden, wenn man, wie wir es beantragt haben und heute wieder beantragen, erstens die Straßenbauverwaltung zugunsten umweltpolitischer Verwaltungen reduzieren würde und wenn man zweitens den Kontrollapparat, der in den Schulämtern und Oberschulämtern aufgebaut worden ist, zugunsten dessen reduzieren würde, was an Hilfe und fachlicher Leitung für die Lehrer unbedingt erforderlich ist.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Finanzminister.

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Zunächst: Inwieweit Sie das als eine Strukturveränderung ansehen, bleibt Ihnen überlassen. Wenn Sie, was in Ihrer politischen Ideologie liegt, die Straßenbaumittel kürzen wollen, so halte ich das nicht für eine Strukturveränderung, sondern für den Ausdruck Ihrer Politik, im Straßenbau möglichst wenig zu tun. Dagegen sind wir der Auffassung, daß in der Gesamtverkehrspolitik der Straßenbau auch seine Bedeutung haben wird.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Strukturveränderung ist doch nicht ein beliebig verwendbarer Begriff!)

Der zweite Punkt: Daß Sie die Oberschulämter auflösen wollen,

(Zuruf des Abg. Ulrich Lang SPD)

sehe ich aus der Erfahrung, die ich als Kultusminister elf Jahre lang gemacht habe, höchstens als töricht und nicht als eine Strukturverbesserung an.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man alle Punkte, die hier vorgetragen worden sind, einmal nüchtern betrachtet, dann kommt niemand an dem Punkt vorbei, daß in diesem Haushalt 580 Millionen DM eingespart worden sind. Es wird selbst von der Opposition nun nicht mehr bestritten, daß die 580 Millionen DM eingespart worden sind.

Der zweite Punkt, der ebenso unbestreitbar ist – –

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Die sind noch nicht eingespart worden!)

– Herr Kollege, ich weiß gar nicht, wieso Sie sich immer so aufregen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Die sind noch nicht eingespart worden!)

Das sind die objektiven Zahlen, und über Zahlen können Sie doch nicht streiten. 580 Millionen DM sind eingespart worden.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ich wollte Sie bloß bitten, bei der Wahrheit zu bleiben! – Abg. Dr. Puchta SPD: Umgeschichtet!)

Das zweite, was unbestreitbar ist: daß trotz erheblicher Mehrausgaben, die aus den Kosten für die deutsche Einheit, durch die Tarifverträge und andere zwangsläufige Mehrausgaben im Aussiedlerbereich, im Asylantenbereich entstanden sind, die Nettokreditverschuldung nicht erhöht worden ist.

Das sind Punkte, die einfach unbestreitbar sind. Wenn Sie nun sagen, die Nettokreditverschuldung sei nach wie vor hoch, so bestreite ich dies doch überhaupt nicht. Mein Ziel als der dafür zuständige Minister ist, mittelfristig die Nettokreditaufnahme zu verringern. Das steht auch vor der Klammer. Nur erhoffe ich mir dann die Unterstützung der Opposition und keine Anträge, die laufend Mehrausgaben erforderlich machen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wenn Sie keinen Vorschlag haben, können Sie auch keine Unterstützung erwarten! – Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Die Nettokreditaufnahme haben wir trotz dieser erheblichen Mehrausgaben gehalten.

Der SPD möchte ich sagen: Sie können jetzt nicht mehr sagen, wir scheuten den Ländervergleich. Denn in fast allen alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland ist die SPD zumindest mit in der Verantwortung. Wenn ich mir diese Vergleiche ansehe, dann liegt das Land Baden-Württemberg ungeheuer gut. Mit einer Steigerungsquote von 8,3 %, die nur im Blick auf die besonderen Verhältnisse gerechtfertigt werden kann, stehen wir im Vergleich zu den anderen Ländern sehr gut da. Wenn ich das Nachbarland Hessen anschau, wenn ich Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen anschau, und wenn ich dazu noch bedenke, daß Hessen – obwohl es mit uns das wirtschaftsstärkste Land ist – die Nettokreditaufnahme um über 500 Millionen DM erhöht hat, dann wird daraus deutlich, was wir hier geleistet haben. Ich sage noch einmal: Ich betrachte es als einen Kraftakt, aus einem laufenden Haushalt heraus 580 Millionen DM zu streichen, die 20 % der disponiblen Masse überhaupt ausmachen.

Wenn dann dagegegehalten wird, Herr Kollege Puchta, wir hätten die Kreditermächtigungen nicht übertragen dürfen, sondern sie auch fallen lassen müssen, dann sage ich Ihnen – auch dies ist finanzpolitisches A-B-C –: Dann müssen Sie mehr Ausgaben streichen, Herr Kollege Puchta. Dann dürfen Sie nicht nur die Sparmaßnahmen, die wir getroffen haben, konterkarieren, indem Sie sagen, das sei nicht richtig, und wenn es richtig ist, dann sei es an der

(Minister Mayer-Vorfelder)

falschen Stelle, sondern dann müssen Sie sagen, wo noch mehr Geld eingespart werden soll. Aber dazu habe ich von Ihnen weder hier noch im Finanzausschuß einen Beitrag gehört oder gesehen,

(Zuruf des Abg. Ströbele CDU – Abg. Dr. Puchta SPD: Im Urhaushalt!)

der den Anspruch erheben könnte, in diesem Haushalt etwas zum Sparen beizutragen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Im Finanzausschuß war der Puchta auch nicht die ganze Zeit da! – Zuruf des Abg. Dr. Wetter CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum letzten Punkt, der immer wieder eine Rolle spielt und bei dem ich mich dauernd mit dem Kollegen Puchta auseinandersetze. Ich sage es Ihnen: Es ist die Frage, ob wir Steuermehreinnahmen oder Steuermindereinnahmen haben. Ich habe es schon 25mal erklärt und werde es langsam müde.

(Lachen des Abg. Dr. Puchta SPD – Abg. Dr. Puchta SPD: Dann lassen Sie es doch bleiben! – Abg. Dr. Wetter CDU: Könnte man da nicht ein Seminar einrichten?)

Ich kann Ihnen, Herr Kollege Puchta, nur noch einmal sagen: Die Kosten der deutschen Einheit werden finanziert über Vorwegabzüge an Steueranteilen des Landes. Von den dem Land zustehenden Steuereinnahmen werden die Kosten der deutschen Einheit abgezogen. Ebenso wird bei der Umsatzsteuerverteilung am Anteil des Landes etwas abgezogen. Damit haben wir Steuermindereinnahmen in einer bestimmten Größenordnung.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Endlich sagen Sie es einmal!)

Nun kommt die neue Steuerschätzung. Diese verringert diese Mindereinnahmen erheblich, weil die Steuer höher geschätzt wird. Das sind für mich Steuermehreinnahmen. Aber egal, sei es drum. Entscheidend ist, daß im Jahr 1991 124 Millionen DM und 1992 307 Millionen DM mehr bei uns eingehen und dazu verwendet werden können, um die Nettokreditaufnahme auf der Höhe zu halten, auf der wir uns befinden.

Zur Mineralölsteuer habe ich schon etwas gesagt. Ich meine, das Entscheidende – das ist der Unterschied – ist das, was wir in mühseligen Verhandlungen im Vermittlungsausschuß erreicht haben: Wir haben erreicht, daß diese Aufstockung des GVFG, diese Erhöhung des Plafonds für zwei Jahre, und zwar für 1992 und 1993, um 1,7 bzw. 3,2 Milliarden DM nicht auf die Deckungsquote angerechnet wird, wenn wir uns Ende des Jahres 1992 über die Deckungsquote zu unterhalten haben.

Viel größere Probleme wirft die Schieflage in den einzelnen Haushalten sowie die Frage der Finanzverfassung generell auf. Hierzu haben wir auf Bund-Länder-Ebene Kommissionen eingesetzt, die sich schwerpunktmäßig diesen Fragen zuwenden. Das Land Baden-Württemberg hat in der

letzten Sitzung des Ministerrats eine eigene Kommission zur Finanzverfassungsreform eingesetzt, in der wir uns im Hinblick auf die neuen Aufgaben, die insbesondere bei den Ländern zu verzeichnen sind, schwerpunktmäßig diesen Fragen zuwenden.

Noch ein letztes Wort, weil es heute mehrfach angeklungen ist und auch in der Debatte vor der Vorlage dieses Haushalts eine Rolle gespielt hat. Ich will mich jetzt nicht in Details der Unternehmensbesteuerung verlieren, die – gleichgültig, wie sie aussieht – natürlich Auswirkungen auf die verschiedenen Deckungsebenen – Bund, Land und Gemeinden – hat. Wichtig ist für mich aus dieser Diskussion, daß auch von der SPD nicht mehr bestritten wird, daß eine Unternehmensteuerreform kommen muß.

Ich könnte viel zu dem sagen, was Herr Kollege Spöri zu der Absenkung des Körperschaftsteuersatzes gesagt hat. Wenn er hier wäre, würde ich es vielleicht auch tun. Das Entscheidende für mich – und das sage ich an Ihre Adresse von der Opposition – ist: Nach der Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat muß jeder zur Kenntnis nehmen, wir von der CDU, aber auch Sie von der SPD, daß ohne die Sozialdemokratie in diesem Bereich überhaupt nichts mehr läuft.

(Abg. Dr. Puchta SPD: So ist es Gott sei Dank!
– Abg. Dr. Wetter CDU: Das ist eine Mitverantwortung!)

Das ist eine reale Betrachtung. Das ist die eine Seite. Das bedeutet aber auf der anderen Seite, daß Sie in dieser Frage in die Mitverantwortung hineingestellt werden.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

– Herr Kollege Brechtken, das habe ich auch im Vermittlungsausschuß den Ministerpräsidenten, die dort darin waren, klar gesagt. – Es nützt nichts mehr, eine Neiddiskussion bei der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer loszutreten,

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

gleichzeitig hier aber zu sagen, man sei für eine Unternehmensteuerreform. Sie werden Roß und Reiter nennen müssen und mit allgemeinen Formulierungen nicht mehr davonkommen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Wetter CDU:
Jetzt weht ein anderer Wind!)

Das heißt, daß wir Sie, wenn sich in der Unternehmensteuerreform in den nächsten Jahren nichts tut, mitverantwortlich machen werden. Wir werden Sie sogar hauptverantwortlich machen

(Lachen bei der SPD)

– ja, wir werden Sie hauptverantwortlich machen –, weil Sie bislang gegen jede Unternehmensteuerreform mit einer primitiven Neiddiskussion zu Felde gezogen sind.

(Minister Mayer-Vorfelder)

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluß noch einmal sagen: Entgegen dem, was die Opposition sagt, ist das, was der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung ausgeführt hat, durch diesen Haushalt umgesetzt worden. Die Bedeutung und die finanzielle Ausstattung des Verkehrs sind gestärkt worden. Der Wohnungsbau ist mit erheblich mehr Mitteln ausgestattet worden, als im Uretat ausgewiesen waren. Wir haben die neuen Gedanken, die der Ministerpräsident in der Regierungserklärung ausgeführt hat, aufgenommen und sie umgesetzt.

(Abg. Köder SPD: Die neuen Gedanken?)

Ob dies alles den Beifall der Opposition findet, das weiß ich nicht. Aber es ist Ausweis der Politik, für die wir von der CDU in diesem Land die Verantwortung tragen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Oettinger CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Nachdem Herr Kollege Brechtken auf seine Zwischenfrage verzichtet und ums Wort gebeten hat, erteile ich es ihm, allerdings mit der Bitte, sich an seine Zusage zu halten, nicht länger als 1 Minute zu reden.

(Abg. Dr. Wetter CDU: Ich bin gespannt, ob er Wort hält!)

Abg. Brechtken SPD: Wenn Sie mich reden lassen, mache ich das gerne. Wir haben natürlich wesentlich mehr Redezeit, aber ich wollte noch auf einen Aspekt eingehen. Das schaffe ich in ein bis eineinhalb Minuten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, wenn Sie mir jetzt kurz zuhörten, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Mir geht es nämlich darum, daß in diesem Hause endlich auch einmal die klaren Zahlen eines finanzpolitischen Gegenkonzepts der SPD ins Protokoll kommen.

Wir haben in diesem Nachtrag nur geringe Umschichtungsanträge gestellt, weil die Weichenstellungen eines Etats nur im Uretat durchgeführt werden können. Für diesen Uretat hatten wir ein Konzept vorgelegt. Das einzige, was Sie davon richtig dargelegt haben, war die Gesamtsumme der Umschichtungen von 1,2 Milliarden DM.

Wir hatten folgendes Konzept vorgelegt: ökologische Erneuerung, ein Ausgabenpaket von rund 600 Millionen DM. Dieses Paket haben wir mit Einnahmen aus der Schadstoffabgabe und einer Erhöhung der vorgesehenen Sonderabfallabgabe finanziert.

Herr Minister, es ist in der Politik unsere Pflicht, Alternativen darzustellen. Sie brauchen hier bloß mit uns zusammen die Einnahmen zu beschließen, dann können wir auch miteinander die Ausgaben beschließen.

(Beifall bei der SPD)

Kritisieren Sie doch nicht immer nur die Ausgabenforderungen der anderen. Ich habe nichts dagegen, daß Sie dagegen sind; das ist Ihr gutes Recht. Aber machen Sie dann hier bitte nicht den Versuch, immer nur die Ausgaben darzustellen und die Einnahmen zu vergessen.

(Abg. Dr. Wetter CDU: Das gehört auch zur Politik!)

Das zweite: Wir haben ein Umschichtungspaket von insgesamt rund 500 Millionen DM zu diesem Haushalt vorgelegt. Wir haben Mehrausgaben für die Bereiche Qualifizierung und Weiterbildung, Kindergärten, Schule, Hochschule, Pflege und Wohnungsbau und einige Stellen, insbesondere in der Steuerverwaltung – das ist heute schon angesprochen worden –, verlangt. Diese rund 500 Millionen DM haben wir Mark für Mark durch Streichungen an anderer Stelle finanziert.

Auch hier steht Ihnen zu, die eine oder andere Streichung zu kritisieren. Aber nehmen Sie ein alternatives Konzept bitte zur Kenntnis, und setzen Sie sich fair mit ihm auseinander.

Das letzte: Wir haben darüber hinaus unsere Mitarbeit bei der Frage der Streckung von Hochbaumaßnahmen und der Frage von Mitnahmeeffekten in der Gewerbeförderung angeboten, um hier strukturell weitere Vorteile zu erzielen.

Herr Minister, wir nehmen unsere Verantwortung wahr. Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Unser Konzept wird uns auch in die Lage versetzen, dies nächstes Mal durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, ich schlage vor, daß wir jetzt in die „verfrühte“ Nachmittagspause eintreten.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich unterbreche die Sitzung bis 15.00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13.46 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 15.02 Uhr)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren! Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Wir fahren fort in der Zweiten und Dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1991 und 1992 –, in der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich – und in der Beschlußfassung zum Mittelfristigen Finanzplan des Landes für die Jahre 1991 bis 1995.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Wird in der Allgemeinen Aussprache noch das Wort gewünscht? – Dies ist offenkundig nicht der Fall. Wir kommen daher zur Abstimmung über den Nachtrag zum Staatshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 1991 und 1992. Abstimmungsgrundlage sind die Beschlußempfehlungen des Finanzausschusses, Drucksachen 10/5492 und 10/5493.

Wir stimmen zunächst über den Nachtragshaushaltsplan ab. Abstimmungsgrundlage dafür ist die Beschlußempfehlung Drucksache 10/5492.

Ich rufe auf

Abschnitt I

Einzelplan 01

Landtag

Änderungsanträge zum Einzelplan 01 – Landtag – liegen nicht vor.

Wer dem Einzelplan 01 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Dr. Puchta SPD: Getrennte Abstimmung, bitte! – Gegenrufe von der CDU: Schon passiert! Schon erledigt! Nächstes Mal schneller! Früher kommen!)

– Moment! Was heißt „getrennte Abstimmung“? Möchten Sie über die einzelnen Titel getrennt abstimmen?

(Abg. Dr. Puchta SPD: Über Titel 422 01 und 972 01!)

– Wir können über diese beiden Titel getrennt abstimmen.

Wer Titel 422 01 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist Titel 422 01 angenommen.

Ich lasse jetzt über den neu aufzunehmenden Titel 972 01 abstimmen. Wer diesem Titel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Meine Damen und Herren, nicht so schüchtern! Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Titel 972 01 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, im übrigen wird dem Einzelplan 01 ohne förmliche Abstimmung zugestimmt.

Wir kommen zum

Einzelplan 02

Staatsministerium

Ich rufe auf

Kapitel 0201

Staatsministerium

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das erste war die Mehrheit. Kapitel 0201 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0202

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Kapitel 0202 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0205

Landeszentrale für politische Bildung

Kann ich ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststellen?

(Abg. Dr. Wetter CDU: Jawohl!)

– Das ist der Fall.

Ich rufe auf

Einzelplan 03

Innenministerium

Kapitel 0301

Ministerium

Wer dem Kapitel 0301 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Kapitel 0301 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0302

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Kapitel 0302 ist bei einigen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Kann ich die

Kapitel 0304 bis 0307

– das sind die Kapitel über die Regierungspräsidien – zusammen aufrufen?

(Zustimmung)

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

– Es erhebt sich kein Widerspruch. – Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Den Kapiteln 0304 bis 0307 ist mit großer Mehrheit zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0308

Denkmalpflege

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Kapitel 0308 ist bei etlichen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0309

Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen

und dazu den Antrag Drucksache 10/5516-6. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/5516-6, abstimmen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Präsident, ich beantrage getrennte Abstimmung über Abschnitt I und Abschnitt II des Antrags!)

– Gut. – Wer Abschnitt I des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Abschnitt I ist bei wenigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Wer Abschnitt II des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Abschnitt II ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 0309 nach der Beschlußvorlage abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das Kapitel 0309 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0310

Feuerschutz, Katastrophenschutz, Zivile Verteidigung

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Kapitel ist bei wenigen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0312

Landratsämter

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Kapitel 0312 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0314

Landespolizei

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Kapitel 0314 ist bei wenigen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Meine Damen und Herren, kann ich die

Kapitel 0315 bis 0317

gemeinsam aufrufen? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einer Stimmenthaltung ist diesen Kapiteln einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0318

Landeskriminalamt

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist dem Kapitel 0318 zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0319

Landesamt für Verfassungsschutz

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Kapitel ist bei wenigen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Kann ich die

Kapitel 0320 und 0321

gemeinsam aufrufen?

(Abg. Dr. Wetter CDU: Jawohl!)

– Es erhebt sich kein Widerspruch. Wer dem Kapitel 0320 – Landesbeschaffungsstelle für die Polizei – und dem Kapitel 0321 – Fachhochschule für Polizei – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Den Kapiteln ist zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0325

Vermessungswesen

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
- Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dem Kapitel ist bei wenigen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Ich gehe davon aus, daß ich die

Kapitel 0326 bis 0329

gemeinsam aufrufen kann. Das sind ja lediglich die Übertragungskapitel in den Einzelplan 13.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Dem stimmen wir zu!)

- Ich kann auch insoweit ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststellen.

Ich rufe auf

Kapitel 0330

Angelegenheiten der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
- Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe schließlich im Einzelplan 03 noch auf

Kapitel 0331

Aufnahme und Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
- Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dem Kapitel 0331 ist mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt auf

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus und Sport

und hier zunächst

Kapitel 0401

Ministerium

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
- Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0402

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
- Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dem Kapitel 0402 ist gleichfalls mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0403

Oberschulämter

und dazu den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 10/5516-1.

Ich lasse zunächst über diesen Entschließungsantrag abstimmen. Wer dem Antrag Drucksache 10/5516-1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt abstimmen über das Kapitel 0403 - Oberschulämter - in der Fassung der Beschlußvorlage. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Kann ich die

Kapitel 0405 und 0406

gemeinsam aufrufen?

(Abg. Oettinger CDU: Ja!)

- Es erhebt sich kein Widerspruch. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Kann ich die

Kapitel 0408 und 0409

gemeinsam aufrufen? - Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich lasse über diese beiden Kapitel gemeinsam abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Kann ich über die

Kapitel 0410

Realschulen

und

0415

Gymnasien

gemeinsam abstimmen lassen? - Auch hiergegen erhebt sich kein Widerspruch. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Auch diese Kapitel sind einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Kapitel 0420

Berufliche Schulen (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufskolleg, Berufliche Gymnasien, Berufsoberschulen, Fachschulen)

Wer dem Kapitel 0420 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Stimmenthaltungen ist dem Kapitel 0420 zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0435

Förderung von Schulen in freier Trägerschaft

Wer zustimmen möchte – –

(Abg. Brechtken SPD: Halt!)

– Eine Wortmeldung? – Bitte.

Abg. Brechtken SPD: Ich möchte vorschlagen, daß Sie jetzt die Kapitel 0435 und 0436 sowie den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/5516-7, aufrufen. Da besteht ein innerer Zusammenhang; dazu möchte ich mich zu Wort melden.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das kann so gemacht werden. Ich rufe hiermit noch auf

Kapitel 0436

Allgemeine Schulangelegenheiten

und dazu den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/5516-7. – Herr Abg. Brechtken, Sie haben das Wort.

Abg. Brechtken SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In Kapitel 0436 geht es um die Zuschüsse des Landes für die Hortgruppen an Schulen und in Kapitel 0435 um Schulen in freier Trägerschaft. Nachdem wir einen Antrag auf Umschichtung stellen, besteht hier ein innerer Zusammenhang.

(Abg. Haasis CDU: Der Provinzialismus der SPD!)

– Herr Kollege Haasis, bei Ihnen habe ich unglaubliche Probleme.

(Lachen der Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE)

Ich finde zwar, Zwischenrufe sind das Salz des Parlamentarismus.

(Abg. Dr. Wetter CDU: Oder der Pfeffer!)

– Oder der Pfeffer. Sehen Sie, das war jetzt so ein Beispiel. Aber das Gebrabbel, das teilweise hier gemacht wird, daß ständig dazwischengerufen wird, das ist manchmal furchtbar.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Haas: Das müssen Sie einmal in Ihrer Fraktion besprechen,

Herr Brechtken! – Gegenruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Bei manchen fällt mir das auf, und dann muß man das auch sagen, damit man sich auch einmal hierherstellen und etwas vortragen kann, ohne daß ständig zwischenrein gebabbelt wird.

(Abg. Oettinger CDU: Ein bißchen mehr Mumm, Herr Kollege!)

Jetzt zur Sache: Sie stellen 1,4 Millionen DM für 100 Modelle im Bereich der Hortgruppen ein. Sie haben verbal etwas Richtiges entdeckt, nämlich die Frage: Wie erreichen wir es, daß die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für unsere Familien gewährleistet wird? Dazu brauchen wir einen flächendeckenden Ausbau von solchen familienbegleitenden Einrichtungen.

(Abg. Oettinger CDU: Ja, machen wir!)

Versprochen haben Sie, ähnlich wie bei der Kindergartenfinanzierung, ein Drittel der entsprechenden jeweiligen Kosten, insbesondere im Personalbereich. Sie haben 1,4 Millionen DM eingestellt, also 14 000 DM pro Gruppe.

(Abg. Haas CDU: Für 100 Modelle!)

Sie selber gehen davon aus: nicht weniger als 15 Kinder. Wenn man dazu noch die übrigen Faktoren nimmt, zum Beispiel die Öffnungszeit, dann werden Sie nicht unter eineinhalb Personalstellen je Gruppe in der Sache pädagogisch sinnvoll arbeiten können. Das bedeutet, daß Sie mindestens 100 000 DM für die Personalkosten brauchen. Wenn Sie noch die Sachkosten dazunehmen, wenn Sie noch Investitionskosten dazunehmen, die zum großen Teil die Gemeinden erbringen, dann sind Sie bei 10 % des Zuschusses und nicht, wie versprochen, bei einem Drittel. Das ist die Situation.

Was Sie ankündigen, wird nicht dazu führen, daß wir flächendeckend im Land eine entsprechende Umsetzung haben. Deshalb brauchen wir an dieser Stelle mehr Geld, denn wir wollen tatsächlich einen Ausbau, weil es notwendig ist, unseren Familien bei ihrer freien Entscheidung zu helfen, Familie und Beruf in Einklang zu bringen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜ-NEN)

Dazu haben wir uns verpflichtet, und dazu muß man entsprechende Umschichtungsvorstellungen entwickeln. Das haben wir getan. Das ist der zweite Teil unseres Antrags, nämlich das Thema japanische Schule. Das will ich auch begründen.

(Abg. Oettinger CDU: Genügend schlechte Kommentare gekriegt!)

– Darauf komme ich gleich.

Es ist völlig unstrittig – und darüber kann man mit uns reden –, daß in diesem Land internationale oder sprach-

(Brechtken)

liche Schulen des Auslandes aufgemacht werden. Das ist nicht strittig.

(Abg. Oettinger CDU: Also!)

Dazu haben wir ein klassisches Instrumentarium. Dies ist auch hier vorgesehen, nämlich – und deshalb habe ich gebeten, daß das Kapitel 0435 aufgerufen wird – die Förderung von Schulen in freier Trägerschaft. Da gibt es immerhin rund 7 000 DM pro Schüler und Jahr im Zusammenhang mit dem Eckwert für die Gymnasien. So werden unsere privaten Gymnasien behandelt, so werden unsere Waldorfschulen behandelt, so wird die amerikanische Schule behandelt und so wird die englische Schule behandelt. Dies ist richtig so, und dies gilt auch für die japanische Schule. Dafür sind wir, und das ist für uns kein Problem.

(Abg. Oettinger CDU: Hände auf dem Pult!)

Insofern, lieber Herr Kollege, ist dies für uns keine Frage der Einrichtung der Schule. Vielmehr stellt sich für uns die Frage, was Sie zusätzlich tun.

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Dies ist vom Wirtschaftsminister unter dem Aspekt der außenwirtschaftlichen Förderung eingebracht worden. Dies sind die drei mal 2 Millionen DM zusätzlich, die Sie für die Schule in den Haushalt einstellen.

Jetzt sage ich Ihnen einmal, wie es aussieht. Dankenswerterweise, Frau Minister, haben wir von Ihnen auf unsere Anforderung hin die Kostenschätzung für die nächsten Jahre bekommen, so daß man darüber einen Überblick hat. Jetzt bitte ich einmal alle Bildungspolitiker der CDU-Fraktion, die in den Wahlkreisen mit den Eltern über ihre Situation, über die Lehrerversorgung ihrer Schulen sprechen, zuzuhören, wie hier finanziert wird. Wir haben 80 Schülerinnen und Schüler. Die Klassenstärken lauten: 20, 10, 10, 30, 10. Der erste Punkt, den ich feststelle, ist: Wenn die Klassenfrequenz in unseren normalen Schulen für alle Kinder in diesem Land auch nur andeutungsweise so gut wäre, wären wir alle froh. Hier wird eine einseitige Bevorzugung durchgeführt.

(Beifall des Abg. Weimer SPD – Abg. Oettinger CDU: Na, na, na! – Abg. Haasis CDU: Das ist gerade ein bißchen primitiv!)

– Sie brauchen nur einmal die Zahlen zu vergleichen.

Zweites Argument: Sie haben 80 Schüler und im ersten Jahr ein Defizit von 1,9 Millionen DM. Übrigens, die 1,9 Millionen DM sind richtig errechnet. In Ihrem Begleitschreiben, Frau Minister, heißt es dagegen: 1 Yen = 1,15 DM. So schlecht ist der Kurs der D-Mark noch lange nicht. Es muß natürlich heißen: 100 Yen = 1,15 DM.

(Lachen des Abg. Bütikofer GRÜNE – Abg. Oettinger CDU: Gut erkannt!)

Aber 1,9 Millionen DM bei 80 Schülern macht pro Schüler 24 000 DM.

(Abg. Dr. Steuer CDU: Yen!)

Jetzt müssen Sie, Herr Kollege Steuer, einmal vergleichen. Vergleichen kann man es am ehesten mit den Schülern, die wir in gleicher Weise unterbringen, nämlich Schüler an unseren Aufbaugymnasien. Gymnasiale Einrichtung und Unterbringung im Heim sind, glaube ich, ein fairer, vergleichbarer Maßstab.

Was bringen wir dort für den Schüler auf? 12 000 DM, also die Hälfte. Das heißt, durch Ihre Zusatzförderung fördern Sie die Schüler der japanischen Schule mit dem doppelten Betrag wie die Schüler, die von uns aus ein Aufbaugymnasium in der Bundesrepublik besuchen.

(Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident!)

Es gibt noch einen dritten Punkt. Die Schule für die 80 Schüler soll mit 12 Vollzeitlehrern und vier Teilzeitlehrern beginnen. Hinzu kommen drei Verwaltungskräfte. 80 Schüler bedeuten eine einzügige vierklassige Schule. Wenn Sie dies vergleichen, stellen Sie fest, daß eine deutsche Schule – nehmen Sie einmal eine Grundschule – bei der gleichen Zahl von Kindern mit sieben Lehrern auskommt. Sie haben hier die doppelte Zahl an Lehrern.

Meine Damen und Herren, es geht nicht um die japanische Schule.

(Zurufe von der CDU)

Dazu haben wir ein Instrument im Haushalt. Vielmehr geht es um die zusätzliche Förderung – –

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Haas: Sie haben einen Kurswechsel vollzogen!)

– Nein, nein. Es geht um die Ungerechtigkeit einer zusätzlichen Förderung. Jetzt sage ich Ihnen, um was es wirklich geht.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Brechtken, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Abg. Brechtken SPD: Damit bin ich am Schluß, Herr Präsident. Ich muß ja meinen letzten Satz noch sagen dürfen, wenn die Kollegen zuhören.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte schön.

Abg. Brechtken SPD: Um was geht es hier? Das ist in den zuständigen Ministerien doch längst erkannt worden. Hier muß man etwas einlösen, was man in früheren Jahren in einer maßlos überzogenen Weise zugesagt hat. Dies ist auch ein Stück des Erbes Späth.

(Abg. Oettinger CDU: Bla, bla, bla!)

Sie haben jetzt die Chance, ja zur japanischen Schule zu sagen, eine überzogene Förderung zu beseitigen

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

(Brechtken)

und die ersparten Mittel in dem Bereich, in dem wir sie dringend brauchen, nämlich für die Förderung der Horte, einzusetzen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Dr. Wetter, wünschen Sie das Wort? – Bitte. Sie haben selbstverständlich noch Redezeit. Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Wetter CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir werden diesen Antrag ablehnen. Den Ausführungen zu den Hortgruppen können wir nicht folgen. Wir stehen hier am Beginn einer Entwicklung. Diese Kosten sind von den zuständigen Fachleuten so abgeschätzt worden. Sollte sich ergeben, daß man mehr braucht, werden wir natürlich nachbessern müssen. Das ist ganz klar. Aber es ist sicher besser, mit weniger anzufangen und dann nachzubessern, als gleich den großen Sack auszuleeren und dann mit dem Geld nicht mehr richtig umzugehen.

(Zuruf der Abg. Helga Solinger SPD)

Das ist unsere Methode.

Nun zu der japanischen Schule. Ich habe heute vormittag dazu schon Ausführungen gemacht. Sie, Herr Kollege Brechtken, übersehen in meinen Augen völlig, daß die Schule nur eine gewisse Zeit lang vom Land gefördert wird und dann auf eigenen Beinen stehen soll. Man kann eine japanische Privatschule nicht mit einer deutschen vergleichen.

(Abg. Oettinger CDU: So ist es! – Abg. Brechtken SPD: Amerikanische können Sie vergleichen!)

Ich empfehle Ihnen, Kollege Brechtken, nach Japan zu reisen und vor Ort das japanische Schulsystem zu studieren. Wenn Sie zurückkommen, werden Sie hierherstehen und Ihre Ausführungen revidieren müssen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Geben Sie zu, daß Sie im Arbeitskreis II der CDU das auch für falsch halten!)

Wir sind der Meinung, daß wir die japanische Schule brauchen. Wir öffnen uns der Welt in der Hoffnung, daß sich die Welt auch uns öffnen wird.

(Beifall bei der CDU – Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 0435 – Förderung von Schulen in freier Trägerschaft – nach der Beschlußvorlage abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das erste war die Mehrheit. Damit ist Kapitel 0435 zugestimmt.

Ich lasse innerhalb des Kapitels 0436 – Allgemeine Schulangelegenheiten – über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/5516-7, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Antrag Drucksache 10/5516-7 ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0436 in der Fassung der Beschlußvorlage abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Stimmenthaltungen ist Kapitel 0436 mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, kann ich über die Kapitel 0442, 0450, 0451 und 0455 gemeinsam abstimmen lassen?

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ohne 0455!)

– Sie stimmen dem gemeinsamen Aufruf ohne Kapitel 0455 zu.

Ich rufe auf

Kapitel 0442 bis 0451

Wer diesen drei Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Stimmenthaltungen ist diesen Kapiteln zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0455

Pauschalleistungen an die Kirchen und Aufwendungen für andere Religionsgemeinschaften und sonstige kirchliche Zwecke

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Kapitel 0455 ist bei wenigen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0460

Sportförderung

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei etlichen Stimmenthaltungen ist Kapitel 0460 zugestimmt.

Ich rufe schließlich

Kapitel 0465

Jugendpflege, Weiterbildung, Volks- und Amateurtheater, Laienmusik und Heimatpflege

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

auf und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/5516-10. Über diesen Änderungsantrag lasse ich zunächst abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Abg. Brigitte Wimmer SPD: Oettinger! – Abg. Köder SPD: Der Oettinger muß sein Verhalten auch erklären!)

Stimmhaltungen? – Der Änderungsantrag Drucksache 10/5516-10 ist mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Zu einer Erklärung zur Abstimmung hat Frau Abg. Solinger das Wort.

Abg. Helga Solinger SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine lieben Kollegen von der CDU, ich bedaure sehr, daß niemand aus Ihrer Fraktion dem Antrag zugestimmt hat. Wir wollten Ihnen – deshalb haben wir den Antrag gestellt – die Möglichkeit geben, Versprechen einzulösen, die sowohl der frühere Ministerpräsident als auch der jetzige Fraktionsvorsitzende gegeben haben.

(Abg. Oettinger CDU: Das ist doch keine Erklärung zur Abstimmung! Das ist ein Mißbrauch, Herr Präsident!)

Unser Versprechen, das wir bei gemeinsam – –

(Große Unruhe)

Lassen Sie mich doch ausreden. Lassen Sie mich doch meinen Satz beenden.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, Frau Abg. Solinger hat das Wort. Wenn ich den Eindruck habe, daß sie keine Erklärung zur Abstimmung abgibt, werde ich sie unterbrechen.

(Unruhe)

Frau Abg. Solinger, bitte, Sie haben das Wort.

Abg. Helga Solinger SPD: Herr Kollege Oettinger, wir haben diesen Antrag gestellt und damit ein Versprechen eingelöst. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten zugestimmt und damit Ihr Versprechen, auch Ihr persönliches Versprechen, ebenfalls eingelöst.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Das war keine Erklärung zur Abstimmung!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zu einer Erklärung zur Abstimmung hat Herr Abg. Oettinger das Wort.

(Abg. Köder SPD: Das ist dringend notwendig! – Abg. Schlauch GRÜNE zur CDU: Wir hoffen nur, daß im Parlament noch die freie Rede gilt, daß man seine Meinung sagen darf!)

Abg. Oettinger CDU: Herr Kollege Schlauch, dies zu unterstellen ist doch einfach abwegig. Wir haben eine Geschäftsordnung, und an die sollten Sie sich halten und wir auch.

(Lebhafte Zurufe, u. a. Abg. Bütikofer GRÜNE: Jetzt machen Sie mal eine Erklärung zur Abstimmung! – Abg. Birzele SPD: Erklärung zur Abstimmung! – Unruhe)

Ich möchte das Ganze nicht hochzonen.

(Anhaltende Unruhe)

Aber klar muß sein: Eine Erklärung zur Abstimmung sollte nicht mißbraucht werden.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie wurde mißbraucht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Puchta SPD: Und was machen Sie da? – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Und wir bitten den Präsidenten, auch in der Woche seines 60. Geburtstags auf die Geschäftsordnung zu achten.

(Glocke des Präsidenten – Abg. Birzele SPD: Das ist unerhört! Eine Unverschämtheit ist das! Ja so was! – Weitere zum Teil erregte Zurufe von der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Oettinger, ich bitte Sie, eine Erklärung zur Abstimmung abzugeben.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Sie haben schon danebengelangt! Setzen Sie sich wieder! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Abg. Oettinger CDU: Ich möchte für meine Person und für meine Fraktion erklären,

(Anhaltende Zurufe, u. a. Abg. Bütikofer GRÜNE: Sie haben schon danebengelangt! Setzen Sie sich wieder! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

warum wir diesem Antrag zum jetzigen Zeitpunkt nicht zugestimmt haben.

(Zurufe von der SPD, u. a.: Frechheit!)

Die Jugendakademie ist aus unserer Sicht wünschenswert. Sie ist eine Bereicherung der Jugendarbeit.

(Beifall des Abg. Vollmer FDP/DVP – Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

Sie ist jedoch auf ihre Finanzierbarkeit hin zu überprüfen. Hierzu sage ich klar: Nicht alles, was wünschenswert ist, was wir dem Grunde nach mittragen, ist zum Zeitpunkt eines Nachtrags, der die Kosten der deutschen Einheit zu bewältigen hat, auch machbar.

(Oettinger)

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Abg. Bütikofer GRÜNE: Und genauso klar sage ich: Nicht alles, was versprochen ist, wird erfüllt! – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Birzele: Sie haben es versprochen und wollten es nicht einhalten!)

Wenn der Ministerpräsident a. D. vor einem starken Jahr dem Landesjugendring gesagt hat, er könne die Konzeption mittragen, und wenn Ministerpräsident Erwin Teufel sagt, er sei von der Konzeption überzeugt,

(Abg. Schlauch GRÜNE: Macht er wenigstens ein Sommerfest dafür?)

und wenn ich dieses gesagt habe und sage, dann füge ich ein Zweites hinzu: Wenn ich eine Konzeption für gut finde – ich finde diese Konzeption für gut – und ich finde andere Konzeptionen, die aus dem vorpolitischen Raum gewünscht werden, auch für gut, dann muß ich im zweiten Schritt entscheiden, wann ich sie realisiere.

(Abg. Wendt CDU: So ist es! – Abg. Brinkmann SPD: Sankt-Nimmerleins-Tag!)

Ich sage Ihnen zu: Wir werden zu unserem Wort stehen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: In welchem Jahr werden Sie zu Ihrem Wort stehen? – Zurufe von der SPD)

– Herr Kollege Bütikofer, etwas mehr Gelassenheit.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: In welchem Jahr? – Abg. Dr. Puchta SPD: Wollen Sie Ihr Ehrenwort hier abgeben? – Abg. Schlauch GRÜNE: Wer ist denn so aufgeregt?)

– Ihnen scheint die Hitze des Sommers zu Kopf gestiegen zu sein.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie parlamentsfrei brauchen, machen wir die Mehrheiten auch alleine.

(Lebhafter Widerspruch bei der Opposition – Abg. Schlauch GRÜNE: Herr Kollege, nicht so rotzig! Das steht Ihnen nicht!)

Wir werden die Jugendakademie dann machen, wenn wir es im Gesamtkonzept des Haushalts unter dem Gesichtspunkt der Solidität, unter Vermeidung von mehr Schulden und nach der ersten Finanzierung der Kosten der deutschen Einheit verantworten können.

(Abg. Köder SPD: Oje! – Zurufe der Abg. Brinkmann und Dr. Puchta SPD)

Deswegen sage ich Ihnen klar: Diese Jugendakademie wird kommen, aber sie muß nicht vorrangig kommen.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD – Abg. Schlauch GRÜNE: Die Nerven sind ein bißchen blankge-

scheuert bei euch! – Abg. Bütikofer GRÜNE: Sie reden schon eine ganze Weile, aber erklärt haben Sie nichts!)

Deswegen werden wir diesen Punkt auf Wiedervorlage nehmen und werden ihn früher solide finanzieren, als Ihnen lieb sein kann. Wir lassen uns nicht in die jugendfeindliche Ecke stellen,

(Abg. Schlauch GRÜNE: Nein! – Vereinzelt Heiterkeit)

sondern bleiben in der finanzsoliden Ecke. Deswegen kann ich ohne weiteres mit allen Erklärungen zur Sache das Nein heute und ein Ja morgen verantworten.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE – Abg. Kretschmann GRÜNE: Das war keine Erklärung zur Abstimmung!)

Deswegen kann meine Fraktion im Augenblick zu diesem Antrag nur nein sagen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Bloemecke CDU: Sehr gut! – Zurufe, u. a. Abg. Schlauch GRÜNE: Herr Oettinger hat die Geschäftsordnung länger mißbraucht als Frau Solinger! – Lebhaftige Heiterkeit – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Schlauch, nach Artikel 104 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung obliegt dem amtierenden Präsidenten die Auslegung der Geschäftsordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Ich habe sie in beiden Fällen, auch bei Ihnen, Herr Kollege Oettinger, eher exzessiv ausgelegt.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Trotz seiner frechen Bemerkung! – Abg. Birzele SPD: Das war eine glatte Unverschämtheit! – Gegenruf des Abg. Dr. Wetter CDU: Du wirst auch noch sechzig! Das sage ich dir! – Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Meine Damen und Herren, beruhigen Sie sich wieder, damit wir die Abstimmungen ordnungsgemäß durchführen können.

(Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

Ich lasse jetzt über das Kapitel 0465 in der Fassung der Beschlußvorlage abstimmen.

Wer dem Kapitel 0465 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das erste war die Mehrheit. Dem Kapitel 0465 ist zugestimmt.

Ich rufe jetzt

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Einzelplan 05

Justizministerium

auf und hier zunächst

Kapitel 0501

Ministerium

Wer Kapitel 0501 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Kapitel ist bei wenigen Stimmenthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0502

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Kapitel ist bei wenigen Stimmenthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0503

Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit, Staatsanwaltschaften, Notariate und Grundbuchämter

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Kann ich zu dem neu aufzunehmenden

Kapitel 0504

Fachhochschule für Rechtspflege

ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststellen? –

(Abg. Dr. Wetter CDU: Jawohl!)

Dem wird nicht widersprochen.

Kann ich die Kapitel 0505 bis 0507 gemeinsam aufrufen?

(Abg. Dr. Puchta SPD: Bis 0511 sogar!)

– Bitte? Bis 0511? – Dann rufe ich auf

Kapitel 0505 bis 0511

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Die Kapitel sind einstimmig angenommen.

Ich komme nun zum

Einzelplan 06

Finanzministerium

Hier rufe ich auf

Kapitel 0601

Ministerium

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Kapitel ist bei wenigen Stimmenthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Kann ich die anderen Kapitel ab Kapitel 0602 – –

(Abg. Dr. Puchta SPD: Nein!)

– Getrennte Abstimmung? – Gut. Dann rufe ich auf

Kapitel 0602

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Stimmenthaltungen ist Kapitel 0602 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0607

Statistisches Landesamt

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Stimmenthaltungen ist Kapitel 0607 angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0608

Steuerverwaltung

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Kapitel 0608 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Zuruf des Abg. Dr. Wetter CDU – Gegenruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

Meine Damen und Herren, kann ich die

Kapitel 0609 und 0612

gemeinsam aufrufen? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Kann ich hierzu ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung feststellen? – Es wird nicht widersprochen.

Kann ich auch die

Kapitel 0613 und 0614

gemeinsam aufrufen?

(Abg. Dr. Puchta SPD: Bis 0620!)

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

- Auch hier erhebt sich kein Widerspruch. Auch hier kann ich ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststellen. Dies wird durch eifriges Nicken bestätigt.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Eifrig ist das nicht!)

Ich rufe auf

Kapitel 0617

Fachhochschule für Finanzen

Kann ich auch hier ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung feststellen? - Es wird nicht widersprochen. Es ist so beschlossen.

Ich rufe schließlich auf

Kapitel 0620

Betriebe und Beteiligungen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen ist Kapitel 0620 angenommen.

Ich rufe

Einzelplan 07

Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

auf.

Hier rufe ich zunächst auf

Kapitel 0701

Ministerium

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dem Kapitel 0701 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0702

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dem Kapitel ist bei wenigen Stimmenthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Rest zusammen!)

- Wenn ich den Rest zusammen aufrufen kann, dann rufe ich die Ziffern 3, 4 und 5 der Beschlußvorlage zu Einzelplan 07 auf, also die

Kapitel 0703 bis 0710

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Bei Ziffer 6 der Beschlußvorlage zum Einzelplan 07, wo ein Kapitel 0799 aufgeführt ist, hat sich leider ein Fehler eingeschlichen. Ein Kapitel 0799 gibt es nämlich nach unserem Haushaltsplan überhaupt nicht.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Schade!)

Es handelt sich hier um eine Stellenübersicht, die versehentlich an dieser Stelle in die Beschlußempfehlung hineingekommen ist. Von dieser Stellenübersicht braucht nur Kenntnis genommen zu werden. - Ich gehe davon aus, daß Sie Kenntnis nehmen.

Ich rufe auf

Einzelplan 08

Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Insoweit sind bei den Finanzausschußberatungen und auch heute überhaupt keine Anträge gestellt worden. Es sind auch keine Veränderungen der Vorlage vorgenommen worden.

(Abg. Heckmann CDU: Globale Zustimmung, Herr Präsident! Der ist so gut!)

Deshalb kann ich den Einzelplan 08 mit Ihrer Zustimmung wohl insgesamt zur Abstimmung stellen. Wer dem Einzelplan 08 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei wenigen Stimmenthaltungen ist dem Einzelplan 08 mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf

Einzelplan 09

Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Frauen

und hier zunächst das

Kapitel 0901

Ministerium

Wer Kapitel 0901 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dem Kapitel 0901 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0902

Allgemeine Bewilligungen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 10/5516-11, der begehrt, die Änderung in Titel

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

685 71 zu streichen und das Kapitel 0902 in der Fassung des Regierungsentwurfs anzunehmen.

Herr Abg. Bütikofer, zur Geschäftsordnung.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Präsident, nach § 99 Abs. 1 der Geschäftsordnung beantrage ich namentliche Abstimmung.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Wird dieser Antrag entsprechend unterstützt? –

(Zurufe von der CDU und der SPD: Nein!)

Dies ist der Fall. Dann haben wir über den Antrag Drucksache 10/5516-11 namentlich abzustimmen.

(Abg. Schlauch GRÜNE: So, jetzt, Herr Straub!
– Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten. – Ich darf kurz das Verfahren erläutern. Wer dem Antrag Drucksache 10/5516-11, der die Streichung dieses Ansatzes in Titel 685 71 begehrt, zustimmen möchte, der möge mit Ja antworten. Wer diesem Antrag nicht zustimmen möchte, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, möge mit „Enthaltung“ antworten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Meine Damen und Herren, ist es denn so schwer, ein klein bißchen Ruhe zu bewahren? Ich darf Sie bitten, während des Namensaufrufs Ruhe zu bewahren, damit die Antworten hier auch verstanden werden können.

Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben C. Ich darf Herrn Abg. Göbel bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

An der Abstimmung haben sich 110 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 63 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein 47 Abgeordnete.

Damit ist der Antrag Drucksache 10/5516-11 angenommen.

*

Mit Ja haben gestimmt:

Baumhauer, Bloemecke, Decker, Dreier, Eisele, Dr. Eyrych, Fleischer, Göbel, Haas, Haasis, Annemarie Hanke, Heckmann,

Hodapp, Dr. Hopmeier, Keitel, Dr. Klunzinger, Köberle, Kurz, Dr. Karl Lang, Leicht, Longin, Hans Lorenz, Dr. Maus, Dr. Mauz, Mayer-Vorfelder, Meyer, Mühlbeyer, Östreicher, Oettinger, Dr. Ohnewald, Dr. Palm, Pfaus, Rebhan, Reddemann, Rempel, Dr. Repnik, Reuter, Ruder, Barbara Schäfer, Dr. Schäuble, Scheuermann, Schlee, Erich Schneider, Norbert Schneider, Schöttle, Dr. Marianne Schultz-Hector, Seimetz, Sieber, Dr. Steuer, Straub, Ströbele, Teufel, Tölg, von Trotha, Uhrig, Dr. Volz, Christa Vosschulte, Weber, Weiser, Wendt, Dr. Wetter, Wieser, Zimmermann.

Mit Nein haben gestimmt:

Albrecht, Bebbler, Birgitt Bender, Birzele, Brechtken, Brinkmann, Liselotte Bühler, Bütikofer, Dr. Caroli, Daffinger, Dr. Döring, Dr. Geisel, Heinz Goll, Dr. Ulrich Goll, Hund, Jacobi, Birgit Kipfer, Köder, Kretschmann, Ulrich Lang, Eberhard Lorenz, Ulrich Maurer, Mogg, Dr. Münch, Christine Muscheler-Frohne, Nicola, Pfister, Dr. Puchta, Redling, Reinelt, Dr. Rochlitz, Dr. Scharf, Schlauch, Schrempp, Barbara Schroeren-Boersch, Dr. Schwandner, Selteneich, Helga Solinger, Dr. Spöri, Brigitte Unger-Soyka, Vollmer, Weimer, Dr. Weingärtner, Wettstein, Brigitte Wimmer, Wintruff, Zeller.

*

Zu einer Erklärung zur Abstimmung erteile ich Herrn Abg. Dr. Wetter das Wort.

(Abg. Köder SPD: Das wird dadurch nicht besser,
Herr Kollege Wetter!)

Abg. Dr. Wetter CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Verschiedene Oppositionsabgeordnete haben diejenigen, die mit Ja gestimmt haben, als Frauenfeinde bezeichnet. Ich verwehre mich dagegen entschieden und behaupte von mir, daß ich einer der größten Frauenfreunde im Lande bin.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit – Unruhe)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zu einer Erklärung zur Abstimmung erteile ich Frau Abg. Bender das Wort.

Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit Verlaub, Herr Kollege Wetter, ich muß schon sagen: Daß Sie sich in den Witz zu retten versuchen, kann ich zwar irgendwo nachvollziehen, aber verstehen kann ich es nicht.

(Abg. Oettinger CDU: Erklärung zur Abstimmung!)

Und ich finde es der Sache gänzlich unangemessen, daß Sie sich hier in solche flapsigen Bemerkungen flüchten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist passiert? – Der Finanzausschuß des Landtags hat in den Haushaltsberatungen einem Antrag der Fraktion GRÜNE zugestimmt, die Frauenforschungsmittel auf 4,5 Millionen DM zu erhöhen.

(Birgitt Bender)

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

In der vorigen Abstimmung ...

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Frau Abg. Bender!

Abg. Birgitt Bender GRÜNE: ... haben wir uns dafür entschieden, bei der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses zu bleiben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Frau Abg. Bender, ich darf Sie bitten, sich auf eine Erklärung zur Abstimmung zu beschränken.

(Zurufe, u. a. Abg. Straub CDU: Zum eigenen Abstimmungsverhalten!)

Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Wir haben gegen den Änderungsantrag der CDU-Fraktion gestimmt, weil wir die Beschlußempfehlung des Finanzausschusses, der die Frauenforschungsmittel auf 4,5 Millionen DM festgesetzt hatte, erhalten wollten. Wir wollten damit der CDU-Fraktion als Ganzes die Gelegenheit geben, bei dieser Entscheidung zu bleiben. Wir wollten insbesondere den Kollegen aus der CDU-Fraktion, die bereits vollmundige Erklärungen über ihre Frauenfreundlichkeit abgegeben hatten, die Gelegenheit geben, dabei zu bleiben. Ich erinnere insbesondere den rechtspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion daran, welche Versprechungen noch am letzten Freitag im Ständigen Ausschuß abgegeben wurden. Ich muß schon sagen, meine Damen und Herren, die politische Halbwertszeit Ihrer frauenpolitischen Absichtserklärungen ist äußerst gering. Die Frauen in diesem Lande werden es Ihnen zu danken wissen!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, ich habe jetzt noch über das Kapitel 0902 in der Fassung des Änderungsantrags der CDU abstimmen zu lassen. Wer dem Kapitel 0902 in dieser Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Kapitel 0902 ist in der geänderten Fassung mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, kann ich die

Kapitel 0908, 0911 und 0912

zusammen aufrufen? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Kann ich ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses zu diesen Kapiteln feststellen? – Es wird nicht widersprochen. Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0917

Wohlfahrtspflege

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das Kapitel 0917 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0918

Jugendhilfe

und dazu den Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 10/5516-9. Wer diesem Antrag der Fraktion GRÜNE zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Antrag wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0918 nach der Beschlußvorlage abstimmen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Kapitel ist bei wenigen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0919

Familienhilfe

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Stimmenthaltungen ist dem Kapitel 0919 zugestimmt.

Ich rufe Ziffer 9 des Einzelplans 09 auf. Mit ihr wird begehrt, neu aufzunehmen

Kapitel 0920

Altenhilfe

Wer der Aufnahme dieses Kapitels und dem Kapitel nach der Beschlußvorlage zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0922

Gesundheitspflege

Wer zustimmen möchte, der möge dies anzeigen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist Kapitel 0922 angenommen.

Kann ich die

Kapitel 0923 und 0924

gemeinsam aufrufen?

(Abg. Oettinger CDU: Ja!)

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

– Es erhebt sich kein Widerspruch. Kann ich ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung zu diesen Kapiteln feststellen? – Das ist der Fall. Den Kapiteln ist zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt

Kapitel 1001

Ministerium

Zu diesem Kapitel rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 10/5516-2, auf. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Antrag Drucksache 10/5516-2 ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 1001 nach der Beschlußvorlage abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Kapitel 1001 ist bei wenigen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1002

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Kapitel 1002 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1005

Wasser- und Abfallwirtschaft

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Kapitel 1005 ist bei einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1006

Gewerbeaufsicht

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Kapitel 1006 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1007

Naturschutz und Landschaftspflege

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Kapitel 1007 ist mehrheitlich zugestimmt.

Kann ich über die

Kapitel 1009 und 1010

gemeinsam abstimmen lassen? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann lasse ich über die Kapitel 1009 und 1010 gemeinsam abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Den Kapiteln 1009 und 1010 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 11

Rechnungshof

Kann ich hier ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststellen? – Dem wird nicht widersprochen. Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

und dazu den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/5516-8. Über diesen Antrag möchte ich vor dem Aufruf der einzelnen Kapitel abstimmen lassen. Wer diesem Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/5516-8, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Eine Erklärung zur Abstimmung!)

– Eine Erklärung zur Abstimmung. Herr Abg. Bütikofer, Sie haben das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben diesem Antrag zugestimmt, weil wir der Auffassung sind, daß der Antrag mit der richtigen Tendenz an das Problem der Steuerneuverteilung herangeht, möchten aber darauf hinweisen, daß es unseres Erachtens bei der Mineralölsteuer nicht ausschließlich um die Frage der Zuweisung an bestimmte Ebenen, sondern auch um die Frage der Zweckbindung des Steueraufkommens geht,

(Abg. Oettinger CDU: Nicht ganz falsch!)

die hier nicht angesprochen ist, die wir aber für umweltrelevante Investitionen festgesetzt sehen möchten.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt auf

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Kapitel 1201

Steuern

Wer dem Kapitel 1201 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dem Kapitel 1201 ist bei wenigen Gegenstimmen zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1202

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei wenigen Stimmenthaltungen ist dem Kapitel 1202 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1204

Finanzausgleich zwischen Land und Bund sowie anderen Ländern

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1205

Kommunaler Finanzausgleich

und dazu den Abschnitt A des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 10/5516-3. Wer diesem Abschnitt A des Antrags Drucksache 10/5516-3 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist bei vielen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt abstimmen über das Kapitel 1205 nach der Beschlußvorlage. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dem Kapitel 1205 ist bei vielen Stimmenthaltungen und wenigen Gegenstimmen zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1206

Schulden und Forderungen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 10/5516-12, der, wenn ich es recht sehe, in einem engen Zusammenhang mit dem vorhin beim Einzelplan 09 angenommenen Antrag der Fraktion der CDU steht.

Wer dem Antrag Drucksache 10/5516-12 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist bei wenigen Stimmenthaltungen angenommen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Präsident!)

- Eine Erklärung zur Abstimmung. Bitte, Herr Abg. Bütikofer.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Präsident, wir haben, obwohl wir nicht damit einverstanden sind, daß das Land auf Kosten der Frauen bzw. der Frauenforschung spart, diesem Antrag nicht widersprochen, weil wir denken, wenn das Geld gespart wird, macht die Mehrheit wenigstens keine Dummheiten damit.

(Allgemeine Heiterkeit)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, ich lasse über das Kapitel 1206 nach der Beschlußvorlage abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei wenigen Stimmenthaltungen ist Kapitel 1206 angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1208

Staatlicher Hochbau

und dazu den Antrag der Frau Abg. Christine Muscheler-Frohne, Drucksache 10/5516-4.

Ich lasse zunächst über diesen Antrag abstimmen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 1208 abstimmen. Es ist getrennte Abstimmung begehrt. Ich lasse deshalb zunächst über den Titel 712 07 abstimmen. Wer diesem Titel nach der Beschlußvorlage zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? Dieser Titel ist bei wenigen Stimmenthaltungen angenommen.

Ich lasse über den Titel 779 08 abstimmen. Wer diesem Titel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dem Titel ist einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf

Kapitel 1209

Staatsvermögen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dem Kapitel 1209 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Präsident!)

- Bitte, Herr Abg. Bütikofer.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Präsident, ist es sinnvoll, über den Rest des Einzelplans 12 abzustimmen, bevor wir über die Einzelpläne 13 bis 15 abgestimmt haben?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Ich sehe an sich keine Schwierigkeiten.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Es könnte allerdings sein, daß sich bei den Einzelplänen 13 bis 15 durch die Abstimmung Veränderungen ergeben, die für den Einzelplan 12 relevant sind.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Hast du Hoffnungen!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Ich gehe davon eigentlich zunächst einmal nicht aus.

(Lachen der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Abg. Bütikofer GRÜNE: Aber der Form halber schiene es mir besser andersherum, als Sie es im Moment vorschlagen.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Für mich ist das kein Glaubensbekenntnis. Wir können natürlich auch über die Sammelansätze, die in der Tat alle Einzelpläne umfassen, nachher abstimmen. Wenn Sie damit einverstanden sind, dann verfahren wir so.

(Abg. Dreier CDU: So machen wir es!)

Dann stellen wir das Kapitel 1212 zunächst zurück.

Ich rufe auf

Einzelplan 13

Verkehrsministerium

und dazu den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 10/5516-5, der die Prüfung einer Verkleinerung der Straßenbauverwaltung begehrt.

Ich lasse über diesen Antrag vor dem Aufruf der einzelnen Kapitel abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Abg. Brechtken SPD: Wer ökologischen Straßenbau will, muß auch eine entsprechende Verwaltung haben!)

Ich rufe auf

Kapitel 1301

Ministerium

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Kapitel 1301 ist mehrheitlich angenommen.

Kann ich die Kapitel 1302 und 1303 gemeinsam aufrufen?

(Abg. Dr. Puchta SPD: Nein!)

– Es wird getrennte Abstimmung begehrt. Dann rufe ich auf

Kapitel 1302

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Kapitel 1302 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1303

Verkehr

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das Kapitel ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1304

Straßenbau

und dazu Teil B des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 10/5516-3. – Bitte, Herr Abg. Bütikofer.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Zur Klarstellung möchte ich darauf hinweisen, daß wir für den Fall, daß Teil B unseres Antrags Drucksache 10/5516-3 angenommen würde, noch einmal zurückgehen und die Nettoneuverschuldung um den eingesparten Betrag reduzieren müßten.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Bütikofer, dieser Hinweis ist richtig. Aber so, wie ich die Situation beurteile, ist er nicht sehr realistisch.

Ich lasse über Teil B des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 10/5516-3, abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Teil B des Antrags ist mit großer Mehrheit abgelehnt. Damit brauchen wir auch das von Ihnen zitierte Kapitel nicht neu aufzurufen.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 1304 – Straßenbau – in der Fassung der Beschlußvorlage abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Kapitel 1304 ist bei wenigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Ich rufe schließlich auf

Kapitel 1305

Landesamt für Straßenwesen

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Hierzu kann ich wohl ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststellen. – Dem wird nicht widersprochen. Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf

Einzelplan 14

Ministerium für Wissenschaft und Kunst

und hier zunächst das

Kapitel 1401

Ministerium

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Kapitel 1401 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1402

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das waren die mehreren!)

Stimmenthaltungen? – Nein, nach entsprechendem Zuwarten war das erste schon die Mehrheit. Damit ist dem Kapitel 1402 zugestimmt.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Meine Damen und Herren, kann ich die Kapitel 1405, 1406 und 1409 gemeinsam aufrufen?

(Abg. Dr. Puchta SPD: Kapitel 1409 getrennt!)

– Kapitel 1409 getrennt.

Dann rufe ich auf die

Kapitel 1405 und 1406

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Die beiden Kapitel sind einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1409

Aufwendungen für die Förderung der Studenten
im Hochschulbereich

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Kapitel 1409 ist mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, ich darf fragen, ob ich die Universitätskapitel einschließlich der Kapitel der Universitätsklinik gemeinsam aufrufen kann.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Mit Ausnahme von Kapitel 1413!)

Dann rufe ich die

Kapitel 1410, 1411, 1412, 1414, 1415, 1416, 1417, 1418, 1419, 1420, 1421 und 1422

gemeinsam auf. Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Den Kapiteln ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1413

Klinikum der Universität Heidelberg

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Kapitel 1413 ist bei wenigen Gegenstimmen zugestimmt.

Herr Abg. Bütikofer, Sie haben das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Unsere Nichtzustimmung bringt unsere Auffassung zum Ausdruck, daß in diesem Kapitel die in der Debatte vorhin angesprochenen Mittel zur Verfügung gestellt werden müßten, um die vom Wissenschaftsrat für überflüssig, vom Sozialministerium und vom Wissenschaftsministerium aber für notwendig gehaltenen Betten in der Universitätskinderklinik Heidelberg zu finanzieren.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Ich rufe in der Abstimmung weiter auf das

Kapitel 1423

Allgemeine Aufwendungen für die Universitäten

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Kapitel 1423 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1435

Allgemeine Aufwendungen für die Pädagogischen Hochschulen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Kapitel 1435 ist mehrheitlich zugestimmt.

Zu einer Erklärung zur Abstimmung hat Herr Abg. Dr. Puchta das Wort.

Abg. Dr. Puchta SPD: Wir haben dieses Kapitel abgelehnt, weil die Aufstockung zu gering ist, um den Numerus clausus abzuwenden, und 1,5 Millionen DM allein deshalb eingestellt sind, um den Numerus clausus an den Pädagogischen Hochschulen in Zukunft verwalten zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zu einer Erklärung zur Abstimmung hat Herr Abg. Bütikofer das Wort.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Wir haben dieses Kapitel aus denselben Gründen abgelehnt.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, kann ich die Kapitel 1443 bis 1465 – –

(Abg. Dr. Puchta SPD: Bis 1461!)

– Bis Kapitel 1461. Die Fachhochschulkapitel können also gemeinsam aufgerufen werden.

Ich rufe die

Kapitel 1443 bis 1461

auf. Kann ich dazu ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststellen? – Dem wird nicht widersprochen. Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1465

Sonstiger Aufwand für Fachhochschulen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Kapitel 1465 ist mehrheitlich zugestimmt.

Zu einer Erklärung zur Abstimmung hat Herr Abg. Dr. Puchta das Wort.

Abg. Dr. Puchta SPD: Unsere Ablehnung bezog sich nicht auf die bessere Ausstattung der Bibliotheken. Aber insgesamt fällt unter dieses Kapitel, daß bei den Fachhochschulen zuwenig Investitionsmaßnahmen vorgesehen sind, eine Streckung stattfindet und die Zusagen der Landesregierung bezüglich des Ausbaus neuer Studiengänge nicht eingehalten werden.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, kann ich die

Kapitel 1466 bis 1470

gemeinsam aufrufen? – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Ich stelle diese vier Kapitel gemeinsam zur Abstimmung. Wer diesen vier Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Den Kapiteln 1466 bis 1470 wurde einstimmig zugestimmt.

Kann ich die neu aufzunehmenden

Kapitel 1471 bis 1473

gemeinsam zur Abstimmung bringen? – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Kann ich ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung feststellen? – Auch dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Kann ich die

Kapitel 1474 und 1477

gemeinsam aufrufen? – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Kann ich auch hierzu ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung feststellen? – Dem wird nicht widersprochen. Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1478

Württembergische Staatstheater Stuttgart

Wer dem Kapitel 1478 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Viele stimmen nicht ab. Ich kann somit Mehrheiten nicht feststellen.

(Unruhe)

Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Kapitel 1478 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1479

Theaterakademie Stuttgart

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Stimmenthaltungen ist Kapitel 1479 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1480

Zuschüsse für nichtstaatliche Bühnen, sonstige Theatereinrichtungen und Orchester

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Kapitel 1480 ist einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, darf ich fragen, ob ich die

Kapitel 1487 bis 1499

gemeinsam aufrufen kann. –

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Sehr gut! – Zustimmung)

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Kann ich ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung feststellen? – Auch dem wird nicht widersprochen. Es ist so beschlossen.

Ich rufe den

Einzelplan 15

Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten

auf. Wir kommen zunächst zur Abstimmung über das

Kapitel 1501

Ministerium und Vertretung des Landes beim Bund

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Kapitel 1501 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1502

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das erste war die Mehrheit. Kapitel 1502 ist zugestimmt.

Kann ich über die

Kapitel 1503 und 1504

gemeinsam abstimmen lassen?

(Zustimmung)

– Das ist der Fall. Wer den beiden Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Die beiden Kapitel sind einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, jetzt haben wir noch über das zurückgestellte

Kapitel 1212

Sammelansätze

abzustimmen, nachdem wir jetzt über alle Einzelpläne beraten und abgestimmt haben.

Wer dem Kapitel 1212 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Oettinger CDU: Bütikofer hoch!)

Gegenprobe! –

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Jetzt hoch!)

Stimmenthaltungen? – Kapitel 1212 ist mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zu Abschnitt II der Beschlußempfehlung. Wer Abschnitt II der Beschlußempfehlung Drucksache 10/5492 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Kann ich bei Abschnitt III der Beschlußempfehlung ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststellen?

(Zustimmung)

– Das ist der Fall. Dann ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen nunmehr zur Einzelberatung des Gesetzentwurfs über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1991 und 1992. Abstimmungsgrundlage dafür ist die Beschlußempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 10/5493.

Ich rufe auf

§ 1

In diesem Paragraphen werden sich durch den vorher angenommenen CDU-Antrag die Zahlen etwas ändern. Aber insoweit handelt es sich lediglich um eine redaktionelle Änderung. Ich glaube, ich brauche das jetzt nicht im einzelnen darzustellen.

(Abg. Brechtken SPD: Klar!)

Wer § 1 mit diesen zwangsläufigen redaktionellen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – § 1 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

§ 2

und zu § 2 Nr. 2 den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 10/5516-13, der eine zwangsläufige Folge des vorher angenommenen Antrags der Fraktion der CDU zum Einzelplan 09 ist.

Wünschen Sie das Wort, Herr Abg. Bütikofer? Zur Geschäftsordnung? – Bitte, Herr Abg. Bütikofer.

Abg. Bütikofer GRÜNE: In Buchstabe b des Antrags Drucksache 10/5516-13 begehrt die CDU-Fraktion, einen Absatz in diesen § 2 aufzunehmen, der bereits dort enthalten ist.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Der ist bereits enthalten. Aber ich gehe davon aus, er ist nur deshalb wieder aufgeführt, damit die Buchstaben a und b voneinander getrennt werden können.

(Abg. Dr. Wetter CDU: Sehr richtig!)

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Ich glaube, daß das zur besseren Übersicht in § 2 auch sachdienlich ist.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das heißt, wir beschließen über Buchstabe b, und der Rest wird gestrichen?)

– Nein. Ich würde vorschlagen, daß ich jetzt, was den Antrag anbetrifft, über Buchstabe a, der eine Änderung beinhaltet, abstimmen lasse. Ich lasse dann nachher über den gesamten Paragraphen abstimmen. Darin ist Buchstabe b naturgemäß enthalten.

Wer also dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 10/5516-13, Buchstabe a zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich lasse jetzt über § 2 unter Berücksichtigung der eben beschlossenen Änderung insgesamt abstimmen. Wer § 2 insgesamt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei etlichen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist § 2 zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – § 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Stimmenthaltungen ist § 4 mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

§ 5

Dieser Paragraph regelt das Inkrafttreten des Gesetzes. – Hier kann ich ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststellen.

(Unruhe – Abg. Vollmer FDP/DVP: Kenntnisnahme feststellen!)

Meine Damen und Herren, damit ist die Zweite Beratung beendet.

Wir kommen zur Dritten Beratung. Abstimmungsgrundlage sind die soeben in Zweiter Beratung gefaßten Beschlüsse, also auch die beschlossenen Änderungen.

Wir stimmen zunächst wieder ab über den

Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 1991 und 1992

Ich rufe auf

Einzelplan 01

Landtag

– Zustimmung.

Einzelplan 02

Staatsministerium

– Zustimmung.

Einzelplan 03

Innenministerium

– Zustimmung, wobei ich immer die Mehrheitsverhältnisse aus der Zweiten Beratung zugrunde lege.

(Abg. Dr. Wetter CDU: Sehr vernünftig!)

Ich rufe auf

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus und Sport

– Zustimmung.

Einzelplan 05

Justizministerium

– Zustimmung.

Einzelplan 06

Finanzministerium

– Zustimmung.

Einzelplan 07

Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

– Zustimmung.

Einzelplan 08

Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

– Zustimmung.

Einzelplan 09

Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Frauen

– Zustimmung.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

- Einzelplan 10 § 5
Ministerium für Umwelt – Zustimmung.
- Zustimmung. Die Einleitung
- Einzelplan 11 lautet: „Der Landtag hat am 3. Juli 1991 das folgende
Rechnungshof Gesetz beschlossen:“.
- Zustimmung. Die Überschrift
- Einzelplan 12 lautet: „Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum
Allgemeine Finanzverwaltung Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haus-
haltsjahre 1991 und 1992“. – Sie stimmen der Überschrift
zu.
- Zustimmung. Wir kommen zur
- Einzelplan 13 S c h l u ß a b s t i m m u n g
Verkehrsministerium
- Zustimmung. Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte
ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen?
– Das Gesetz ist mehrheitlich angenommen. Damit ist der
Nachtrag in Zweiter und Dritter Beratung verabschiedet.
- Einzelplan 14 Meine Damen und Herren, wir sind mit der Gesetzesbe-
Ministerium für Wissenschaft und Kunst ratung noch nicht am Ende.
- Zustimmung. (Abg. Brechtken SPD: Es kommt noch vieles!)
- Einzelplan 15 Wir kommen nämlich jetzt zur Zweiten Beratung des
Ministerium für Bundes- und Europaangelegen-
heiten Gesetzesentwurfs der Landesregierung: Gesetz zur Änderung
des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich. Ab-
stimmungsgrundlage dafür ist die Beschlußempfehlung des
Finanzausschusses, Drucksache 10/5494.
- Zustimmung. Ich rufe auf
- Meine Damen und Herren, wir kommen in der Dritten
Beratung zur Abstimmung über das
- Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum
Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für
die Haushaltsjahre 1991 und 1992
- Artikel 1
Änderung des Gesetzes über den kommunalen
Finanzausgleich
- Ich rufe auf Der Finanzausschuß schlägt vor, den Einleitungssatz von
Artikel 1 neu zu fassen. Dieser soll nunmehr wie folgt
lauten:
- § 1 Das Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich in
(Abg. Brechtken SPD: Gleiches Verfahren, Herr der Fassung vom 18. März 1986 (GBl. S. 122), zuletzt
Präsident!) geändert durch das Gesetz zum Schutz des Bodens
vom 24. Juni 1991 (GBl. S. 434), wird wie folgt geän-
dert:
- Ich kann hier auch Zustimmung feststellen. – Das Haus stimmt dem Einleitungssatz von Artikel 1 mit
dieser Änderung zu.
- § 2 Ich rufe auf Artikel 1 Nr. 1. Kann ich hier ohne förmliche
Abstimmung die Zustimmung feststellen?
- mit der getroffenen Änderung. – Zustimmung.
- § 3 (Abg. Bütikofer GRÜNE: Ja! – Abg. Brechtken
SPD: So ist es, Herr Präsident!)
- Zustimmung. – Es wird nicht widersprochen. Es ist so beschlossen.
- § 4
- Zustimmung.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Ich rufe Artikel 1 Nr. 2 auf. - Zustimmung.

Ich rufe Artikel 1 Nr. 3 auf. - Zustimmung.

Meine Damen und Herren, der Finanzausschuß empfiehlt nach Artikel 1 Nr. 3 die Einfügung neuer Nummern 4 bis 7. Das ergibt sich aus der Beschlußvorlage. Wer dieser vom Finanzausschuß empfohlenen Einfügung, wie sie sich aus dieser Vorlage ergibt, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei etlichen Stimmenthaltungen ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf

Artikel 2

Ermächtigung zur Neubekanntmachung

- Hier kann ich ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung feststellen.

Ich rufe auf

Artikel 3

Inkrafttreten

- Auch hier stelle ich ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses fest.

Meine Damen und Herren!

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 3. Juli 1991 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich“. - Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schl u ß a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das Gesetz ist bei etlichen Stimmenthaltungen angenommen.

Meine Damen und Herren, wir haben nun noch über die Beschlußempfehlung des Finanzausschusses zu dem Mittelfristigen Finanzplan des Landes für die Jahre 1991 bis 1995 zu befinden. Ich darf fragen, ob ich ohne förmliche Abstimmung feststellen kann, daß das Haus entsprechend der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses von dem Mittelfristigen Finanzplan Kenntnis nimmt. -

(Abg. Brechtken SPD: Es bleibt nichts anderes übrig, Herr Präsident!)

Dem wird nicht widersprochen. Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

Ich rufe nunmehr **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zustimmung zur Ernennung des Präsidenten des Rechnungshofs Baden-Württemberg

Mit Schreiben vom 1. Juli 1991 hat mir der Herr Ministerpräsident mitgeteilt, er beabsichtige, den Vizepräsidenten des Rechnungshofs, Herrn Dr. Otto-Günter Lonhard, mit Wirkung vom 1. September 1991, also unmittelbar im Anschluß an das Ausscheiden des bisherigen Präsidenten, zum Präsidenten des Rechnungshofs zu ernennen. Er bittet, die hierfür gemäß § 10 Abs. 1 des Rechnungshofgesetzes erforderliche Zustimmung des Landtags herbeizuführen.

Meine Damen und Herren, nach § 97 a Abs. 3 unserer Geschäftsordnung ist die Entscheidung ohne Aussprache in geheimer Abstimmung herbeizuführen. Ich habe daher Stimmzettel fertigen und Ihnen auf die Tische legen lassen. Wenn Sie der vorgesehenen Ernennung des Herrn Dr. Lonhard zum Präsidenten des Rechnungshofs zum 1. September 1991 zustimmen wollen, bitte ich Sie, mit Ja zu stimmen, wenn Sie der Ernennung nicht zustimmen wollen, stimmen Sie bitte mit Nein. Auch Enthaltungen sind möglich. Leer abgegebene Stimmzettel müßten als ungültig angesehen werden.

Ich bitte Sie, die Stimmzettel in die bereitliegenden Umschläge zu legen. Die Umschläge werden nunmehr von den Schriftführern eingesammelt. Ich bitte die beiden Damen und Herren Schriftführer, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

(Einsammeln der Stimmzettel)

Meine Damen und Herren, sind alle Stimmzettel eingesammelt? Ist jetzt noch eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter im Saal, die oder der ihren oder seinen Stimmzettel abgeben will? - Das ist nicht der Fall. Dann ist die Abstimmung geschlossen. Ich darf die Damen und Herren Schriftführer bitten, das Ergebnis festzustellen.

(Abg. Rebhan CDU will noch seinen Stimmzettel abgeben.)

- Entschuldigung, Herr Rebhan, ich habe die Abstimmung geschlossen. Ich habe extra gefragt, ob noch jemand seinen Stimmzettel abgeben will.

Meine Damen und Herren, um keine Zeit zu verlieren, schlage ich vor, daß wir nicht abwarten, bis das Ergebnis vorliegt, sondern daß ich jetzt gleich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe - das ist der Tagesordnungspunkt 4 - und daß im Anschluß daran das Ergebnis mitgeteilt wird. - Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Naturschutzgesetzes (Biotopschutzgesetz) – Drucksache 10/5340

Das Präsidium hat folgendes festgelegt: Zunächst soll der Gesetzentwurf durch den Herrn Umweltminister begründet werden. Daran soll sich eine Aussprache anschließen, und zwar mit einer Redezeit von 5 Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich dem Herrn Umweltminister.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen. – Bitte, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister für Umwelt Dr. Vetter: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat sich mit dem Gesamtkonzept Naturschutz in Baden-Württemberg ein sehr ehrgeiziges Ziel vorgenommen, nämlich in einem hoch verdichteten Industrieland 10 % der Landesfläche unter höherwertigen Schutz zu stellen. Ich stelle fest, daß dies zum ersten Mal in einem Naturschutzkonzept eines Bundeslandes so als Aufgabe formuliert worden ist. Wenn ich es recht sehe, haben wir bis zur Erreichung dieses Ziels noch einen langen und dornenreichen Weg vor uns.

Dornenreich war auch der Weg zu diesem Gesetzentwurf.

(Abg. Wendt CDU: Das kann man sagen!)

Mit diesem Gesetzentwurf legen wir einen ersten und wichtigen Baustein zur Erreichung dieses Ziels – 10 % – vor. Wir alle sind uns klar darüber, daß dieses Biotopschutzgesetz noch längst nicht die Lösung des Problems Artensterben bringt und noch längst nicht die Probleme Flächenversiegelung und ähnliches löst. Aber es ist ein großer und entscheidender Schritt vorwärts. Wenn dieses Gesetz Wirklichkeit wird, werden wir mit einem Federstrich des Gesetzgebers mehr Naturschutzfläche feststellen, als in der ganzen Geschichte des Naturschutzes in fast hundert Jahren bis jetzt festgestellt wurde.

6 % der Fläche sollen unter höherwertigen Schutz gestellt werden – Biotopschutz ist etwas Ähnliches wie Naturschutz –, dies sind rund 200 000 ha in Baden-Württemberg, im ganzen Land, in allen Gemeinden. Meine Damen und Herren, damit gewinnt der Naturschutz eine neue Dimension, ohne daß allerdings – ich will es einmal betonen – etwa die Probleme gelöst wären. Vielmehr bedeutet dies, daß bisher noch nicht intensiv genutztes Land in den wesentlichen Merkmalen unter Schutz gestellt wird. Nichts mehr und nichts weniger.

Die Hauptziele dieses Biotopschutzgesetzentwurfs lassen sich so zusammenfassen:

Erstens: Die Schutzwirkung für die naturnahen Flächen tritt unmittelbar kraft Gesetzes ein. Damit ist das Gesetz sofort vollziehbar. Dies ist ein wichtiger Satz, weil manch andere glauben, sie könnten ein Gesetz erlassen und es im Laufe der kommenden Jahre vollziehen. Ich fürchte, dann wäre es zu spät. Deswegen ist die Konzeption der Landesregierung, nunmehr konkret die Biotope zu umschreiben, konkreter, als das in anderen Gesetzen der Fall ist, weil

dieser gesetzliche Schutz sofort mit Inkrafttreten des Gesetzes wirksam wird.

Das zweite Ziel dieses Gesetzentwurfs ist es, die Frontstellung im Naturschutz etwas aufzulösen und den Dialog zu fördern. Das Gesetz weist den Weg: Die Gemeinden, die Eigentümer und die Nutzungsberechtigten werden bei der genauen kartenmäßigen Festlegung der Biotope beteiligt. Dies ist bis jetzt noch nicht zureichend der Fall gewesen. Deswegen haben wir vorgesehen, daß für die besonders wichtigen landwirtschaftlich genutzten Flächen die Landwirte, die Naturschützer und die Kommunen in einer sogenannten Biotopschutzkommission an einen Tisch kommen müssen. Damit beziehen wir die Betroffenen in den Umweltschutz ein, weil es unsere Erfahrung ist, daß Umweltschutz nicht von oben diktiert und nicht der kommunalen Ebene einfach aufs Auge gedrückt werden kann, sondern daß die kommunale Ebene mitmachen muß.

Drittes Ziel des Gesetzentwurfs: Es ist vorgesehen, die Erhaltung und Pflege der besonders geschützten Biotope durch die Landwirtschaft im Rahmen des Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleichs besonders zu honorieren. Damit wird dem Grundsatz Rechnung getragen, den ich für ungeheuer wichtig halte, daß ökologische Leistungen nicht mehr als Gratisleistung durch die Landwirtschaft erbracht werden müssen, sondern daß die Bauern für die ökologischen Leistungen Entgelte erhalten können – keine Zuschüsse, sondern Gegenleistung für Leistung.

Das vierte Ziel dieses Biotopschutzgesetzes ist es, daß wir die Kommunen selbst stärker in den Naturschutz einbeziehen, daß wir ihnen Zuständigkeiten für die Ausweisung geschützter Grünbestände geben. Damit schaffen wir dort Kompetenzen, wo der Naturschutz am effektivsten betrieben werden kann, nämlich auf der kommunalen Ebene. Dort werden wahrhaft die Entscheidungen getroffen: drunten in den Kommunen, in den Städten, Gemeinden und Landkreisen. Das heißt: Eigenverantwortlichkeit vor Ort.

Fünftens will ich noch darauf hinweisen, daß wir mit diesem Gesetz die Grundlage dafür schaffen, daß neben dem ehrenamtlichen Naturschutzdienst, für dessen Arbeit sehr zu danken ist, der hauptamtliche Naturschutzdienst eingesetzt werden kann. Dies ist insbesondere in den Gebieten vorgesehen, in denen wir einen großen Besucherandrang haben, Massierung von Menschen in großen Naturschutzgebieten, wo wir Probleme haben mit den vielen Menschen, die dort hineinströmen und die Biotope zu zerstören drohen.

Mit dem Biotopschutzgesetz vollziehen wir zunächst einmal die vom Bundesgesetzgeber auferlegte Verpflichtung, die in § 20 c des Bundesnaturschutzgesetzes genannten Biotope umfassend zu schützen. Dies tun wir als eines der ersten Länder. Diesen Schutz haben wir auf die wichtigsten landesspezifischen Biotope wie Feldhecken, Hohlwege, Trockenmauern und Streuobstwiesen ausgedehnt.

Darüber hinaus haben wir auf Anregung der Naturschutzverbände die naturnahen Uferbereiche und naturnahen Bereiche der Flachwasserzonen des Bodensees einbezogen. Das heißt, es bleibt nicht bei der Aufgabe, die uns das

(Minister Dr. Vetter)

Bundesnaturschutzgesetz zudiktiert hat, sondern wir nehmen eine Ausweitung auf weitere landesspezifische Biotope vor.

Da wir aber alle wissen, daß das Gesetz nur vollzogen werden kann, wenn der abstrakte gesetzliche Schutz von Biotopen, wie er in anderen Bundesländern bis jetzt nur so geregelt ist, konkretisiert wird, haben wir die Biotope genau definiert. Aus der Anlage zum Gesetz lassen sich für jedermann die besonderen Erkennungsmerkmale und die typischen Arten der Biotope ansehen.

Die unteren Naturschutzbehörden, das heißt die Land- und Stadtkreise, erhalten aus der Biotopkartierung der Landesanstalt für Umweltschutz die Materialien zur Verfügung gestellt. Diese Biotopkartierung der Landesanstalt für Umweltschutz ist selbst nur Arbeitsgrundlage, kann selbst noch nicht dazu dienen, die Biotope exakt festzulegen, weil sie ohne Mitwirkung der Kommunen, ohne Mitwirkung der Naturschutzseite und ohne Mitwirkung der Landwirtschaftsseite erstellt worden ist. Deswegen muß ein Abstimmungsverfahren nachgeholt werden. Es handelt sich also um die Arbeitsgrundlage. Das Material der LfU wird durch die unteren Naturschutzbehörden auf seine Übereinstimmung mit der tatsächlichen Situation in der Natur überprüft.

In einem weiteren Schritt werden die Kommunen, die Eigentümer und die Nutzungsberechtigten beteiligt. Jeder Betroffene muß das Recht haben, Auskünfte zu verlangen, Bedenken und Anregungen vorzubringen. Wenn ein Streitfall entsteht, dann muß dieser Streitfall, soweit er sich auf landwirtschaftliche Grundstücke bezieht, der Biotopschutzkommission vorgelegt werden, in der alle Interessenten mitwirken. Erst dann werden die als besonders geschützte Biotope abgegrenzten Flächen von der unteren Naturschutzbehörde in die Listen und Karten eingetragen.

Auf diese Weise erhoffen wir uns einen optimierten Vollzug. Ich glaube nicht, daß das Diktat das richtige ist, sondern ich glaube aus den bisher vorliegenden Erfahrungen, daß wir dann, wenn wir alle Betroffenen beteiligen, für den Naturschutz mehr an Schutzwirkung und an Akzeptanz herausholen, als wenn dies einfach diktiert würde. Das heißt also: Mit Inkrafttreten des Gesetzes besteht konstitutiver Schutz, aber dieser Schutz wird dadurch, daß wir die Karten unter Mitwirkung der Betroffenen erstellen, noch konkreter gemacht.

Meine Damen und Herren, dieses Mitwirken ist neu, auch gegenüber dem SPD-Gesetzentwurf,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Nein, nein, das haben Sie übernommen!)

der eine bürokratische Verfahrensweise vorsieht.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Nein, nein!)

Im übrigen, meine Damen und Herren, wenn wir schon beim SPD-Gesetzentwurf sind, möchte ich auf einen Dissens ganz klar hinweisen: Ich bin gegen ein pauschales Betretungsverbot, weil ich es nicht für zuträglich und nicht für akzeptanzfördernd halte, wenn wir die Menschen, für

die wir letztendlich auch den Naturschutz betreiben, pauschal und generell aus den Biotopgebieten fernhalten.

(Abg. Köder SPD: Ja, aber wenn alle drin rumtappen, nützt das nichts!)

- Wenn alle drin rumtappen, dann müssen wir dem entgegentreten

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ja wie denn?)

und Besucherlenkungsmaßnahmen treffen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wer soll das machen?)

Der im SPD-Gesetzentwurf vorgesehenen Bestimmung „pauschales Betretungsverbot“ trete ich entgegen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das stimmt ja gar nicht, daß das drinsteht!)

- So ist es drin.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Nein!)

Meine Damen und Herren, ein wesentlicher Grundgedanke dieses Gesetzentwurfs der Landesregierung ist das Kooperationsprinzip. Naturschutz läßt sich nicht einfach verordnen, sondern wir müssen die Nutzungsberechtigten, die Eigentümer beteiligen. Deswegen möchte ich noch einmal auf diese Biotopschutzkommission zurückkommen. Sie muß gewissermaßen in einer Art runder Tisch zusammentreten und die Einzelfälle, die streitig geblieben sind, regeln.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Caroli?

Minister für Umwelt Dr. Vetter: Gleich. Ich bin sofort mit diesem Gedanken fertig. - Dies gilt insbesondere für den landwirtschaftlichen Bereich, weil es dort um Existenzen und darum geht, daß wir mit diesem Biotopschutzgesetz die extensive Landwirtschaft festschreiben und den Umstieg in intensive Landwirtschaft tatsächlich verbieten.

Es ist mir sehr daran gelegen, in der ganzen Naturschutzdiskussion die bisher zu stark in den Vordergrund gespielte Polarisierung zwischen Landwirtschaft und Naturschutz abbauen zu helfen. Ohne die Landwirte kann ich keinen Naturschutz betreiben. Keiner kann Naturschutz betreiben, indem er sich die Landwirte zum Feind macht. Dies kann nur zusammen gemacht werden. Ich halte sehr daran fest, daß wir das, was die Bauernverbände und die Naturschutzverbände zwischenzeitlich in einer gemeinsamen Erklärung festgelegt haben, nämlich Kooperation, mit unseren gesetzlichen Regelungen unterstützen. Die Biotopschutzkommission bietet die Chance dazu. Sie bietet die Chance, gemeinschaftliche Lösungen vor Ort zu finden. Statt einer Entscheidung aus der Ferne können die Probleme unter Berücksichtigung des örtlichen Sachverständs dort gelöst werden, wo sie entstehen.

(Minister Dr. Vetter)

Die Kommissionslösung ist auch ein Prototyp. Sie ist bisher so in keinem anderen Bundesland gesetzlich geregelt. Sie hat ein Vorbild: die Feuchtgebietskommission, die bei uns in Baden-Württemberg erfolgreich gearbeitet hat. Die Biotopschutzkommission garantiert, daß die Interessen der Landwirtschaft, des Naturschutzes sowie der örtlichen Belange in einem angemessenen Verhältnis vertreten sind und die Beurteilung von Einzelfällen ortsnah erfolgt.

Jetzt die Zwischenfrage, bitte sehr.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Bitte, Herr Abg. Dr. Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Minister, geben Sie mir recht, wenn ich sage, daß im Gesetzentwurf der SPD-Fraktion kein pauschales Betretungsverbot enthalten ist, sondern eine Betretungseinschränkung mit Lenkungsdimension?

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Bitte, Herr Minister.

Minister für Umwelt Dr. Vetter: Ich habe in Erinnerung, daß bei Ihnen eine Strafbestimmung enthalten ist

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was? Pfui! Eine Strafbestimmung!)

– das können wir nachher noch austauschen –, eine Strafbestimmung gegen Menschen, die Biotope betreten, und das halte ich nicht für richtig.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Jetzt hören Sie aber auf!
Jetzt wird es lächerlich! – Abg. Brinkmann SPD:
Wer hat Ihnen denn das erzählt?)

Meine Damen und Herren, die Tätigkeit der Biotopschutzkommission – –

(Abg. Dr. Caroli SPD: Haben wir eine polemische Auseinandersetzung?)

– Nein.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Bleiben Sie bei der Wahrheit! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kretschmann?

Minister für Umwelt Dr. Vetter: Jawohl. Herr Kretschmann, bitte sehr.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Minister, ist Ihnen bekannt, daß ein erheblicher Teil der Naturschutzbeauftragten aus der Landwirtschaftsverwaltung kommt, der allergrößte Teil aus der Forstverwaltung und daß gegebenenfalls in dieser Kommission der Naturschutz gar nicht mehr über eine Mehrheit verfügt, sondern die Interessen der Landwirtschaft in sehr vielen Fällen das Übergewicht haben? Sie haben gesagt, man könne ohne die Bauern keinen Naturschutz betreiben. Da stimme ich Ihnen zu. Es ist aber auch ziemlich schwierig, mit ihnen Naturschutz zu betreiben.

Minister für Umwelt Dr. Vetter: Herr Abg. Kretschmann, würden Sie geneigt sein, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich dieses Problem anders sehe, weil die Zusammensetzung der Biotopschutzkommission sicherstellt,

(Zuruf des Abg. Albrecht FDP/DVP)

daß keine Dominierung einer Mehrheit oder einer Minderheit gegeben ist, daß kein Interessenverband dominiert und daß im übrigen die Frage nicht durch die ehrenamtlichen Naturschutzbeauftragten gelöst wird, sondern durch den privaten Naturschutz – das sind die Verbände –, durch den amtlichen Naturschutz – das sind die Ämter und nicht die ehrenamtlichen Naturschutzbeauftragten – und durch die Bauernseite, die ein Drittel ausmacht.

Kooperationslösung nicht nur bei den Bauern, sondern Kooperationslösung auch bei einem der größten Probleme, das im Moment weitgehend diskutiert wird – ich will das ausdrücklich sagen –, zum Beispiel bei den Kletterern. Es ist nicht vorgesehen, mit dem Biotopschutzgesetz etwa das Klettern in Baden-Württemberg zu verbieten, sondern es ist vorgesehen, daß wir zusammen mit den Kletterverbänden und zusammen mit der kommunalen Ebene eine Kletterkonzeption machen. Diese ist bereits voll im Gange.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Nicht gemerkt!)

Also auch hier, meine Damen und Herren, Kooperation.

Im übrigen, Herr Abg. Kretschmann, kann ich nur sagen: Es ist schwierig, gegen die Betroffenen Naturschutz zu betreiben, wenn die Betroffenen mit dem Rücken an der Wand stehen. Daran können Sie mich ganz einfach festhalten: Ich stehe dazu, daß ich den Landwirten im Moment nicht noch mehr Einkommen nehmen darf, sondern daß ich auch mit dem Naturschutzgesetz einen Einkommensausgleich dann anbieten muß, wenn die Landwirte dafür Gegenleistungen erbringen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist doch nichts Neues!)

– Dann bitte ich, auch nicht dagegen zu sprechen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das macht doch kein Mensch!)

Das Biotopschutzgesetz überträgt erstmals den Gemeinden eigene Zuständigkeiten. Die Gemeinden haben künftig die Möglichkeit, innerstädtische Grünbestände, insbesondere Bäume und Biotopvernetzungsstrukturen, in eigener Zuständigkeit rechtlich zu sichern. Diese Kompetenzverlagerung ist eine Stärkung des Naturschutzes. Der Naturschutz ist wie kaum ein anderer Problembereich eine Frage der Akzeptanz. Er hat dort seine größten Erfolge, wo die Menschen sich unmittelbar identifizieren können. Je kleiner die Einheit, desto größer wird die Chance.

Das Biotopschutzgesetz verstärkt die Naturbelange auch durch die Einführung der hauptamtlichen Naturschutzdienste. Allein der Erlaß einer Naturschutzverordnung reicht nicht aus, um die ökologisch wertvollen Flächen zu sichern. Insbesondere in stark besuchten Naturschutzgebieten ist der Mensch für die Natur zum Problem geworden.

(Minister Dr. Vetter)

Hier spielt die Beratung und Information eine große Rolle. Gut informierte Besucher sind eher bereit, die geltenden Verbote zu respektieren.

Meine Damen und Herren, das Biotopschutzgesetz wird die Stellung des Naturschutzes stärken. Wir werden das Biotopschutzgesetz mit Augenmaß vollziehen. Wir werden das Kooperationsprinzip zu einem durchgängigen Prinzip der Naturschutzpolitik machen. In einem ersten Schritt wollen wir dieses Kooperationsprinzip, in einzelnen Bereichen beginnend, mit Naturschutzzentren organisieren. Die Naturschutzzentren werden für bestimmte Räume die Aufgaben der Information, Beratung und Pflege übernehmen. Diese Aufgaben werden künftig im Zusammenwirken von Landwirtschaft und Naturschutz angegangen. In der Einrichtung dieser Kooperation an einem Tisch liegt die entscheidende Stärkung des Naturschutzes.

Über diese Naturschutzzentren hinaus will ich aber auch für die Landschaftspflege ganz allgemein das Kooperationsprinzip verwirklichen. Ich denke etwa daran, daß künftig auch bei den unteren Naturschutzbehörden die Aufgabe der Landschaftspflege mit dieser Kooperation durchgeführt und organisiert werden soll. Hier sollen die Naturschützer und die Landwirte gemeinsam über die Probleme der Landschaftspflege beraten. Dieses Instrumentarium wird wichtig sein. Es ist auch ungeheuer wichtig, dabei zu bedenken, daß die Bauern auch weiterhin erste Adresse für die Landschaftspflege sind.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Gut!)

Meine Damen und Herren, dieses Biotopschutzgesetz – das muß man auch sagen – war ein Stafettenlauf oder treffender: ein Spießrutenlauf zwischen den Interessenverbänden. Daß die verschiedenen Interessenverbände an verschiedenen Enden zogen – die Bauernverbände, die Haus- und Grundbesitzerverbände, die Wirtschaftsverbände, die Naturschutzverbände –, ist ein Zeichen der funktionierenden Demokratie.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das ist ein Zeichen von Demokratie! Ob sie funktioniert, muß sich erst herausstellen!)

Daß wir aber im Grunde genommen mit diesem Biotopschutzgesetzentwurf einen vernünftigen Kompromiß erreicht haben, das können Sie, glaube ich, auch an den Reaktionen dieser Verbände erkennen. Der Spießrutenlauf ist das eine. Ich möchte aber sagen: Es lohnt sich, um Gottes Schöpfung zu kämpfen, und dies ist ein Schritt zum Erhalt und zur Bewahrung für jetzige und künftige Generationen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wendt.

Abg. Wendt CDU: Ein Wort vorweg: Wir haben natürlich einen anstrengenden Abstimmungsmarathon hinter uns. Aber es ist schon irgendwie bedauerlich, daß wir bei einem so wichtigen Gesetz immer unter uns sind.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Von den Grünen sind am meisten da!)

Zwei, drei Gedanken grundsätzlicher Art: Früher war Naturschutz, so, wie wir ihn kannten, eigentlich eine Angelegenheit, die man eher belächelt hat, wo ein paar Schwärmer – böseartig gesagt: Spintisierer – ein paar Libellen oder ein paar Märschenbecher schützten. Als man dann erkannte, daß Umweltschutz eine globale Dimension hat, nämlich die Reinhaltung von Wasser, Luft und Boden, wurde immer deutlicher, daß die prall gefüllten Roten Listen dem Naturschutz zuordneten, so etwas wie ein Fieberthermometer für die Befindlichkeit unseres Planeten zu sein. An den schwächsten Gliedern konnte man das Sterben entdecken und eigentlich auch die Augen dafür öffnen, welchen Stellenwert diese Aufgabe hat. Mit der oftmals gebrauchten billigen Ausrede: „Früher sind ganze Herden von Dinosauriern gestorben, heute regt man sich auf, wenn eine Libelle stirbt“ wurde eben verkannt, daß es zum ersten Mal, solange es diese Erde gibt, die Menschen sind, die diese Sterblichkeit verursachen, und daß im Grunde genommen der Mensch am eigenen Ast sägt, weil er den schützenden Puffer von Flora und Fauna, der sich vor seine eigene Existenz stellt, bedroht.

Vor diesem Hintergrund haben wir im letzten Jahr – ich erinnere mich sehr gut daran – über den SPD-Gesetzesentwurf diskutiert. Ich habe seinerzeit gesagt: „Das ist ein Überholversuch auf halber Strecke mit nicht ausreichendem Marschgepäck“, allein deshalb, weil zu erkennen war, daß die Landesregierung mitten in der Arbeit war. Ich habe allerdings auch hinzugefügt: „Wir müssen miteinander reden und die Details durchforsten.“ Ich gestehe frank und frei, daß es in meiner alten Rede einen Punkt gab, den ich damals vehement bekämpft habe, nämlich die parzellenscharfe Abgrenzung. Aber diese parzellenscharfe Abgrenzung für die besonders schützenswerten Biotoptypen, insbesondere in der landwirtschaftlich genutzten Fläche, ist nicht das allein Seligmachende, sondern das Ergebnis zäher Arbeit, gerade mit den Betroffenen, zusätzlich mit einem Arbeitsinstrument, das wir damals nicht hatten, nämlich mit der vom Minister schon sehr intensiv angesprochenen Biotopschutzkommission: alle an einem Tisch, Naturschutzverbände, Kommunen, die betroffenen Eigentümer und die Landwirte; dann der Versuch, vor Ort zu gehen, nicht vom grünen Tisch aus zu entscheiden, Einvernehmen zu erzielen und, wenn alle Stricke reißen, das Wort der unteren Naturschutzbehörde; die Kartierung von 1 : 25 000 auf 1 : 5 000 zu machen, die Gelder bereitzustellen, damit wir das nicht über eine stereotype Vermehrung von Beamten, sondern auch durch die Beauftragung privater Büros in fünf Jahren hinkommen, die Wichtigkeit, den Kommunen die Kompetenzen für die Unterschutzstellung der Grünflächen zu geben; der hauptamtliche Naturschutz, der hier eingeführt wird, der für mich eigentlich, auch von der ganzen Wirkung her, sehr viel wichtiger ist, als lange über die formaljuristischen Fragen des Betretungsverbots zu diskutieren; das sehr wohl ausgewogene Verhältnis von Schutz des Eigentums und von Sanktionen, das wir mit den Betroffenen lange besprochen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, immer dann, wenn eine Sache besonders schwierig wird, wird sie auch besonders gut, wenn man die ganze Herausforderung

(Wendt)

annimmt. Die ganze Herausforderung hieß in diesem Fall, mit einem Gesetzesakt 6 % der Landesfläche – das sind 200 000 ha – unter Schutz zu stellen und – das ist noch viel wichtiger – mit dieser bahnbrechenden Aktion jetzt nicht den Kleinkrieg Gruppe gegen Gruppe, Freizeitsportler, Naturschützer gegen Landwirte loszubringen, sondern durch zähe Vorarbeit einen friedensstiftenden Interessenausgleich zu gewährleisten.

Ich möchte als Vorbild dafür auf die Landwirte verweisen und ihnen gegenüber in aller Form und in aller gebotenen Höflichkeit meinen Dank aussprechen. Denn durch die Kooperationsbereitschaft der Landwirtschaft ist es nicht zu einem billigen Kompromiß, sondern zu einem effektiven Gesetzesvollzug gekommen. Ich meine, daß wir den Landwirten nicht nur Trost durch die Lippen gesendet haben, sondern ihnen auch Brot statt Steine gegeben haben. Mit dem Marktlastungs- und Kulturlandschaftsausgleichsprogramm haben wir gezeigt, daß die landschaftspflegerischen Maßnahmen zusammenlaufen. Auch werden alle widerlegt, die leichter Hand behaupten, die Landwirte seien die ökologischen Bremser in unserem Land.

Baden-Württemberg gehört mit dem Entwurf eines Biotopschutzgesetzes im übrigen zu den ersten Ländern, die den bundesgesetzlichen Auftrag umsetzen. Die Landesregierung, der Ministerpräsident und der Umweltminister haben Ernst gemacht und damit viele überrascht, die meinten, daß diese scharfkantige Materie im zweiten Teil der Legislaturperiode nicht mehr durchgezogen werden könne. Viele Umweltgesetze der letzten Wochen sind ein berechtigter Anlaß, ohne Häme, aber auch ohne Vergeßlichkeit an die gebetsmühlenhaften Wiederholungen der Opposition zu erinnern, die in der schwierigsten Phase des Pflügens und Säens – und zwar gegen alle naturgesetzlichen Abläufe – auf die leere Scheune gezeigt hat, während der Umweltminister, dem man im übrigen, Herr Kollege Caroli, das Etikett eines Dauerankündigungsministers umhängen wollte, sich draußen herumgeschlagen und geschuftet hat.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Jetzt geht es aber los!)

Daß Teile der Presse jetzt in ganzheitlichem Rückblick die beachtliche Metamorphose Erwin Vettors vom Ankündigungsminister zum Arbeitstiger bescheinigen, sollte auch Herrn Maurer ganz besonders freuen.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Noch mehr freut sich die CDU-Landtagsfraktion, die mit diesem Gesetzentwurf in zeitraubender Arbeit der Arbeitskreise untereinander, vor Ort mit den Betroffenen, zum Beispiel mit den Kletterern, ein Stück konservativer Politik durchgesetzt hat, mit der es uns ganz besonders ernst ist, nämlich der Sicherung unserer Lebensgrundlagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Kollege Wendt, Sie haben Ihre Uhr am Rednerpult liegenlassen.

(Abg. Wendt CDU: Die geben Sie mir nachher wieder, damit Sie keine Zeit verlieren!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir bewahren unsere eigenen Lebensgrundlagen, wenn wir die Lebensräume in der freien Landschaft schützen, auf die beispielsweise die meisten der rund 3 000 Blüten- und Farnpflanzen und über 200 Brutvogelarten Deutschlands angewiesen sind.

Wenn wir nicht in wenigen Jahrzehnten vor dem ökologischen Bankrott in einer nicht mehr lebenswerten Umwelt stehen wollen, brauchen wir nicht nur mehr Schutz für Boden, Wasser und Luft, sondern auch ein wirksames Naturschutzgesetz und ausreichende finanzielle Mittel für die Einrichtung und Pflege ökologischer Vorrangflächen, die in erster Linie der Erhaltung dieser Artenvielfalt dienen und denen sich andere Nutzungen unterordnen müssen. Sümpfe, Auwälder, Trockenrasen, Feuchtwiesen und viele andere bedrohte Biotope müssen endlich vor weiterer Zerstörung geschützt und wiederhergestellt werden. Mindestens ein Drittel der einheimischen Tier- und Pflanzenarten sind vom Rückgang oder sogar vom Aussterben bedroht. Mindestens 10 % der Landesfläche sind als ökologische Vorrangflächen notwendig, um den weiteren Artenschwund aufzuhalten. Viele dieser Arten leben in Biotopen, die im 1987 erneuerten Bundesnaturschutzgesetz als besonders zu schützend bezeichnet worden sind.

Landesregierung und CDU-Fraktion im Landtag haben es jahrelang versäumt, dieser Regelung durch Änderung des Landesnaturschutzgesetzes auch in Baden-Württemberg tatsächliche Geltung zu verschaffen. Falls der Vollzug des Gesetzes gelingt, können Biotope auf rund 5 bis 6 % der Landesfläche von einem erheblich verbesserten Schutz profitieren.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Herr Abg. Dr. Caroli, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wendt?

Abg. Dr. Caroli SPD: Selbstverständlich, wenn es nicht von meiner Redezeit abgezogen wird.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Nein, das wird Ihnen nicht abgezogen.

Bitte, Herr Abg. Wendt.

Abg. Wendt CDU: Herr Kollege Caroli, können Sie mir die Frage beantworten, wie viele Bundesländer vor uns dem bundesgesetzlichen Auftrag zur Umsetzung in ein Biotopschutzgesetz nachgekommen sind?

(Abg. Brinkmann SPD: Wir sind doch nicht im Bundesrat! – Zuruf des Abg. Köder SPD)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Bitte, Herr Abg. Dr. Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Diese Frage kann ich ganz einfach beantworten. Wir sind hier in Baden-Württemberg. Darauf bezog sich das Zitat. Am 1. Januar 1989 ist die Frist abgelaufen. Es war eine Zweijahresfrist. Jetzt sind wieder

(Dr. Caroli)

zwei Jahre verstrichen. Zwei Jahre lang haben Sie es versäumt.

(Abg. Wendt CDU: Meine Frage ist nicht beantwortet! – Abg. Haas CDU: Nach den anderen Bundesländern hat er gefragt!)

– Selbstverständlich ist die Frage beantwortet. Soll ich gebetsmühlenartig wiederholen, was der Minister gesagt hat? Das spielt doch überhaupt keine Rolle.

(Minister Dr. Vetter: Sagen Sie es doch!)

Sie haben es zwei Jahre lang versäumt. Sie hätten es tun sollen. Sie wollen doch immer der Vorreiter im Hinblick auf die Ökologie sein. Sie haben zwei Jahre lang auf sich warten lassen.

(Zuruf des Abg. Wendt CDU)

– Ich nehme an, daß die Frage jetzt beantwortet ist. – Auf einen Schlag gewinnen wir sechsmal mehr Fläche, als alle bisher ausgewiesenen Naturschutzgebiete ausmachen.

Meine Damen und Herren, die Regierung hat sich als lernfähig erwiesen, indem sie Bestandteile des SPD-Gesetzesentwurfs, die zunächst verworfen worden waren, nun doch in den eingereichten Gesetzesentwurf aufgenommen hat.

(Zuruf des Ministers Dr. Vetter)

Das sollten Sie häufig tun.

Ich erlaube mir, Herr Minister Vetter, an Ihre Erklärung zu Protokoll gemäß § 102 Abs. 3 der Geschäftsordnung in der Sitzung vom 9. Mai 1990 zu erinnern. Sie kündigten damals an, daß die Landesregierung mit dem Gesetzesentwurf ein Verzeichnis der wichtigsten Biotope vorlegen werde. Eine parzellenscharfe Abgrenzung durch die untere Naturschutzbehörde bezeichneten Sie dagegen als illusorisch.

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Zu meiner großen Zufriedenheit sind Sie davon wieder abgerückt.

Ich darf aus der Begründung des jetzigen Gesetzesentwurfs zitieren:

Der unteren Naturschutzbehörde wird die Aufgabe übertragen, die besonders geschützten Biotope zu erfassen und in Listen und Karten einzutragen. Die Bestandserhebung schließt die Abgrenzung der Biotope ein.

– Jetzt kommt es! –

Die untere Naturschutzbehörde ist daher verpflichtet, die bisherige Biotopkartierung der Landesanstalt für Umweltschutz ... auf Parzellenschärfe umzuschreiben ...

Na also. Das ist der lupenreine SPD-Vorschlag.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: „Lumpen“ oder „Lupen“?)

Jetzt müssen Sie, Herr Minister Vetter, aufpassen, daß Sie ein zeitliches Limit setzen,

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

sonst droht nämlich ein Vollzugsdefizit.

Wir sind gerne bereit, über die Frist mit uns reden zu lassen. Wir haben drei Jahre vorgeschlagen. Sie müssen sehen, daß Sie mehr Personal bekommen, dann wäre dies in drei Jahren zu bewältigen. Wir sind gerne bereit, im Umweltausschuß darüber zu diskutieren.

Ich möchte aber ausdrücklich erwähnen, meine Damen und Herren, daß der Herr Minister damals auch ausgeführt hat, der SPD-Entwurf entspreche über weite Strecken den Vorstellungen der Landesregierung

(Zuruf des Ministers Dr. Vetter)

und dokumentiere ein Stück Konsens in der Umweltpolitik. Das vergleiche man einmal mit den polemischen Äußerungen, die Sie vorhin gemacht haben, indem Sie uns pauschal die Einführung eines Betretungsverbots und Bürgerbestrafung vorgeworfen haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich weise das mit aller Schärfe zurück.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Weisen Sie es einfach ohne Schärfe zurück! – Minister Dr. Vetter: Halt, halt! – Abg. Jacobi GRÜNE: Keine Kommentare von der Regierungsbank!)

Wir können dem Gesetz nur zustimmen, wenn Sie, meine Damen und Herren von der CDU, bereit sind, im Umweltausschuß offen zu diskutieren und Änderungen zuzulassen, denn der jetzige abgeänderte Entwurf enthält neben einigen Verbesserungen auch gravierende Mängel.

Wir begrüßen, daß entsprechend dem SPD-Entwurf die Flachwasserzone des Bodensees in die Biotopliste aufgenommen wurde. Das haben nicht erst die Naturschutzverbände geraten, sondern das stand schon in unserem Gesetzesentwurf, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir begrüßen, daß – wie bereits ausgeführt – die Biotope richtig erfaßt und aufgelistet werden, daß eine Biotop-schutzkommission und ein hauptamtlicher Dienst eingeführt werden. Wir kritisieren aber die zu weitgehenden Ausnahmeregelungen für Nutzer, die fehlende Fachaufsicht bei der Übertragung der Zuständigkeit der Ausweisung geschützter Grünbestände auf die Gemeinden, und wir kritisieren, daß der Zustimmungsvorbehalt des Regierungspräsidiums bei Landschaftsschutzverordnungen entfallen soll. Wir werden nicht hinnehmen, daß das Anhörungsrecht des Landesnaturschutzverbandes bzw. der an-

(Dr. Caroli)

erkannten Verbände bei der Aufhebung von Rechtsverordnungen gestrichen wird.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Herr Präsident, ich hatte Zwischenfragen zu beantworten.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Ich wollte Sie nur daran erinnern. Sie können noch ein bißchen reden.

Abg. Dr. Caroli SPD: Vielen Dank für das Verständnis.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Gib Gas!)

Der schwerwiegendste Einwand, meine Damen und Herren: Wenn es bei dieser Gesetzesfassung bleibt, nimmt die Landesregierung in Kauf, daß nach dem Inkrafttreten des Gesetzes die Auseinandersetzung zwischen Naturnutzern und Naturschutz ausufert. § 24 a enthält eine erhebliche Rechtsunsicherheit, die niemandem nützt und die die unteren Naturschutzbehörden, die Bezirksstellen und den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Naturschutzdienst zu Prügelknaben degradiert. Das Vollzugschaos ist vorprogrammiert.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann GRÜNE)

An dieser Stelle, Herr Minister, möchte ich auch sagen: Seit Jahren fordern wir mehr Stellen bei den Regierungspräsidien für die Ausweisung von Naturschutzgebieten. Wir wollen die unteren Naturschutzbehörden personell verstärken. Die CDU-Fraktion stimmt den entsprechenden Haushaltsforderungen überhaupt nicht zu.

(Abg. Haas CDU: Sie fordern überall Stellen! Sie stellen überall Forderungen!)

Lassen Sie mich zum Schluß noch eine Bemerkung zu den Sorgen der Kletterverbände machen. Eine Kletterkonzeption als Positivliste, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Verbänden erstellt, wird das Problem lösen. Wir treten dafür ein, daß eine solche Konzeption gesetzlich verankert wird, weil Naturschutz dann am wirksamsten ist, wenn der ökologisch sinnvolle Kompromiß mit dem Freizeitverhalten gefunden wird. Unsere Gespräche mit den Kletterverbänden haben gezeigt, daß sie bereit sind, selbst Biotop-schutz zu betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wegen der Einbringung und Verabschiedung dieses Gesetzes ist kein Optimismus angebracht, auch kein verhaltener, was den Schutz unserer Tier- und Pflanzenarten und ihrer Lebensräume betrifft. Ich möchte Sie, Herr Minister, noch einmal an Ihre eigenen Worte erinnern. In dem Gesamtkonzept „Naturschutz und Landschaftspflege“ haben Sie geschrieben:

Alle Anstrengungen von Landesregierung, Kommunen und Umweltorganisationen konnten nicht verhindern, daß wir heute nüchtern und ehrlich sagen müssen: Die Bilanz ist nicht befriedigend. Die Probleme haben nur punktuell abgenommen. Auf breiter Front sind sie insgesamt gewachsen, und es drohen neue Gefahren. Die Zahlen belegen, daß der Naturschutz an Bedeutung enorm zugenommen hat. Steigende Millionenbeträge wurden für Naturschutzzwecke ausgegeben. Die Naturschutzaktivitäten verzeichnen beachtliche Wachstumsraten. Der Naturschutz konnte aber die negativen Wirkungen des Bevölkerungswachstums, der Siedlungsverdichtung und der Motorisierung nicht ausgleichen.

Mit diesem Gesetz wird es überhaupt nicht anders sein. Es bleibt beim Reservatsgedanken, es bleibt beim nachsorgenden Naturschutz. Einmal abgesehen davon, daß Sie vier Jahre gebraucht haben, um der Verpflichtung des Bundesgesetzgebers nachzukommen, daß Länder wie das Saarland, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen den Gesetzesauftrag schon vollzogen haben,

(Abg. Köder SPD: Aha! – Gegenruf des Abg. Wendt CDU)

daß die Vogelschutzrichtlinie der Europäischen Gemeinschaft, eine Richtlinie, die es seit 1981 gibt und die die Ausweisung von neuen Lebensräumen enthält, immer noch nicht vollzogen ist – nach zehn Jahren ist sie noch nicht vollzogen –, werden Sie uns nicht weismachen wollen, daß Sie mit diesem Gesetz die Natur schützen können. Sie haben nämlich davon gesprochen, daß mit der Verabschiedung des Gesetzes die Schutzwirkung konstitutiv wird. Damit wird ein Paragraph konstitutiv, aber materiell wird die Natur damit noch längst nicht geschützt.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Stimmt! – Zuruf des Abg. Wendt CDU)

Das ist ganz eindeutig. Es ist intelligent – das muß ich sagen –, dieses Biotopschutzgesetz mit dem Marktentlastungs- und Kulturausgleichsprogramm zu kombinieren. Aber glauben Sie bitte nicht im Ernst, daß wir die Löcher, die in Brüssel bezüglich der Landwirtschaft mit dem Bagger geschaufelt werden, hier mit dem Sandschäufelchen zuschütten können.

(Beifall bei den GRÜNEN – Abg. Wendt CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Das glauben Sie wohl nicht im Ernst. Die Politik, die dort gegen die Bauern gemacht wird, fällt auch nicht vom Himmel, sondern dafür sind Sie und Ihre Parteifreunde, nicht irgend jemand, verantwortlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Tat ist es völlig ausgeschlossen, daß das Land Baden-Württemberg diese Löcher mit seinen Pflegeprogrammen und mit dem Marktentlastungsprogramm stopfen kann. Das ist völlig ausgeschlossen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wendt?

Abg. Wendt CDU: Herr Kollege Kretschmann, können Sie mir eigentlich eine effektivere Form vorschlagen, bei der durch ein Gesetz nicht nur konstitutiv 6 % der Landesfläche unter Schutz gestellt werden, sondern durch die damit einhergehenden begleitenden Maßnahmen im Gesetzesvollzug – Stichwort: Biotopkommission – in einem zeitlich vorgegebenen Rahmen die Umsetzung des Gewollten ermöglicht wird?

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Bitte, Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Es gibt eine ganz neue Untersuchung über den Vergleich von biologisch und konventionell bewirtschafteten Landwirtschaftsbetrieben in Dänemark. Daraus geht klipp und klar hervor, daß etwa die Anzahl der Vogelarten in Gebieten mit biologisch bewirtschafteten Betrieben immer mindestens doppelt so hoch ist wie in Gebieten mit konventionell bewirtschafteten Betrieben. Das ist klar auf den Pestizideinsatz zurückzuführen, weil der Pestizideinsatz den Vögeln zum Beispiel die Nahrungsgrundlage nimmt. Es ist völlig klar – das haben wir immer gefordert –, daß zunächst einmal eine richtige Landwirtschaftspolitik der beste Artenschutz auf diesem Gebiet ist.

Wenn Sie in Ihrem Gesetz schreiben, daß die bisherige Art und der Umfang der ordnungsgemäßen Landwirtschaft als generelle Ausnahme gilt, dann kann man sich vorstellen, daß es auf diesem Gebiet erst einmal zappenduster ist; denn man weiß ja, daß die Landwirtschaft so, wie sie heute betrieben wird,

(Zuruf des Ministers Dr. Vetter)

zu den größten Verursachern des Artenschwundes gehört. Aber das meine ich alles noch gar nicht.

Es ist etwas ganz anderes, warum ich glaube, daß kein Optimismus angesagt ist. Das Gesetz ist zwar erforderlich, aber es ist kein Optimismus angesagt. Warum? Wenn mit diesem Gesetz 33 000 Biotope, 200 000 ha förmlich, also rechtlich, unter Schutz gestellt werden, dann werden diese doch nicht einfach durch die Paragraphen geschützt. Der Pirole bleibt doch nicht in einem Biotop, weil Sie einen neuen Paragraphen in ein Gesetz schreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Abg. Wendt CDU:
Das ist richtig!)

Verstehen Sie: Das ist der Kernpunkt. Wer sichert den formell-rechtlichen Schutz, den das Gesetz bietet? Wer sichert ihn materiell ab?

(Abg. Wendt CDU: Aber das Pferd wird nicht am Schwanz aufgezümt!)

Schauen Sie sich jetzt einmal die Zahl der Stellen an. Die Straßenbauverwaltung hat 2 005 Stellen, die Flurbereinigung 1 725 Stellen, die Landwirtschaftsverwaltung 1 232 Stellen, die Forstdirektionen, ohne Forstämter,

(Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

haben 348 Stellen, und der Naturschutz hat 88 Stellen. Jetzt wollen Sie hier parzellenscharf abgrenzen, kartieren und in Listen übertragen.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Wer soll das machen? Der Naturschutz ist doch jetzt schon völlig überlastet. Wie soll das geschehen?

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD – Abg. Bütikofer GRÜNE: Das machen die Pirole selbst!)

Wie soll das nachher materiell abgesichert werden? Ich sehe überhaupt nicht, wie das geschehen soll, wie 33 000 Biotope abgesichert werden sollen. Wenn man die Ausweitungsgeschwindigkeit der Naturschutzgebiete mit den jetzigen Stellen anschaut und berücksichtigt, wie schwierig das ist, dann kann man sich vorstellen, wie langsam dies hier gehen wird.

Jetzt wollen Sie nicht nur parzellenscharf abgrenzen, sondern Sie wollen auch noch – was im Prinzip völlig richtig ist – den Interessenausgleich zwischen Naturschutz und Landwirtschaft in den Schutzkommissionen finden. Das dauert doch auch seine Zeit, und dafür braucht man auch Leute. Dafür müssen Sie sich doch Leute engagieren. Wo sollen diese denn herkommen? Wo sollen sie herkommen, um 6 % der Landesfläche auf einmal zu schützen? Das heißt, Sie machen ein Gesetz; aber über den Vollzug haben Sie kein einziges Wort verloren.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist der Punkt! Der Vollzug!)

Im Gegenteil: Sie schreiben noch ausdrücklich in die Begründung Ihres Gesetzes, bei den hauptamtlichen Naturschutzbeauftragten würde die Landesregierung Zurückhaltung an den Tag legen. Der ehrenamtliche Naturschutz ist aber mit den Problemen, die uns die Herren, die in der Straßenbauverwaltung massenweise herumlaufen, machen – da muß der ehrenamtliche Naturschutz zu allen möglichen Planungen, die da stattfinden, Stellung nehmen –, schon heute völlig überlastet und arbeitet ständig an seiner Leistungsgrenze, nur um zu den verschiedenen naturzerstörenden Projekten überhaupt Stellungnahmen abgeben zu können. Wie sollen diese Menschen das, was Sie hier gesetzlich verabschieden, absichern? Darauf sind Sie jede Antwort schuldig geblieben.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wendt?

Abg. Kretschmann GRÜNE: Bitte.

Abg. Wendt CDU: Herr Kollege Kretschmann, haben Sie vorhin zur Kenntnis genommen, daß die wichtige Voraussetzung für die Umsetzung, die Kartierung, mit einem Aufwand von 500 000 DM pro untere Naturschutzbehörde durch private Büros abgewickelt werden soll? Haben Sie zur Kenntnis genommen, daß die Biotopschutzkommissio-

(Wendt)

nen in erster Linie mit Vertretern der Betroffenen, also nicht nur der Naturschutzbehörde, sondern insbesondere auch der Landesnaturschutzverbände, der Landwirtschaft, der Gemeinde usw., das heißt von ehrenamtlichen oder aber von anderen behördlichen Stellen, besetzt werden? Ich räume gern ein, daß auch mir 88 Stellen noch nicht langen. Wir sehen den Einstieg in die Arbeit als Antrieb, im Naturschutzbereich personell noch möglichst viel zuzulegen.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Bitte, Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Die Botschaft habe ich verstanden.

(Abg. Wendt CDU: Dann ist es gut!)

Ich finde es auch richtig, daß an die Gemeinden delegiert wird. Das begrüßen wir durchaus. Aber bekommen die Gemeinden auch die entsprechenden Mittel zugewiesen, um ihre Leute in diese Tätigkeit einzubringen? Das kann ich wiederum nicht sehen. Das ist die Grundfrage.

Ich sage ja nicht, Sie hätten hier ein schlechtes Gesetz eingebracht.

(Abg. Göbel CDU: Haben Sie es gelesen?)

Ich muß mich nur dagegen verwahren, daß hier ein Optimismus über den Schutz und den Erhalt unserer Tier- und Pflanzenarten und Biotope verbreitet wird, der in keiner Weise angebracht ist.

Ich möchte zum Schluß kommen. Mein Kollege Bütikofer hat das heute im Rahmen der Haushaltsdebatte schon gesagt: Es sind hier Umstrukturierungen notwendig. Solange die Zahl derer, die in den Behörden tätig sind, die, wie immer man im einzelnen dazu steht, ganz ohne jede Frage für Eingriffe in die Natur zuständig sind, wie Flurbereinigungs- oder Straßenbaubehörden, in einem so eklatanten Mißverhältnis zu der Zahl derer steht, die nachher die Schäden reparieren oder gar die Biotope schützen sollen, wie es nach der Ist-Situation einfach ist, so lange ist keinerlei Optimismus für die Zukunft angesagt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Albrecht.

Abg. Albrecht FDP/DVP: Herr Präsident, sehr verehrte Frau Kipfer, meine Herren Kollegen! Lassen Sie mich – hier möchte ich ganz besonders Herrn Kollegen Kretschmann auf seinen berechtigten Zwischenruf ansprechen – zunächst all den vielen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Naturschutzbeauftragten danken, die sich in den zurückliegenden, nicht immer einfachen Jahren der Inanspruchnahme wertvoller Landschaft – ohne ein Biotopenschutzgesetz – erfolgreich und verdienstvoll für den Schutz unserer Natur und Heimat eingesetzt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Jacobi GRÜNE: Pflichtlob!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vieles von dem, was beim vorliegenden Gesetzentwurf kritisch zu beleuchten ist, wurde bereits von meinen Vorrednern angesprochen. Die Zielsetzungen des Gesetzes, einen Beitrag zur Erhaltung und Sicherung wichtiger Lebensräume zu leisten und landesspezifische Biotope im Sinne des § 20 c des Bundesnaturschutzgesetzes schnell und wirksam zu sichern sowie die Eigenverantwortung der Gemeinden für den Naturschutz zu stärken, was wir, die FDP/DVP-Fraktion, begrüßen, werden von meiner Fraktion nach entsprechender Beratung und Ergänzung im Umweltausschuß unterstützt. Sofern unsere Vorstellungen im Ausschuß ihren Niederschlag finden, meine Damen und Herren, werden wir dem Gesetzentwurf zustimmen.

Lassen Sie mich jedoch vorweg anmerken, daß wir auch bei diesem Gesetz darauf achten müssen, daß der gute Ansatz und der vielversprechende Titel, so wie dies auch beim Bodenschutzgesetz der Fall war, nicht leere Versprechungen bleiben. Wir müssen dafür sorgen, daß die Vorschriften praktikabel und umsetzbar werden und daß der theoretische Anspruch des Gesetzes und die praktische Umsetzung nicht auseinanderklaffen.

Wir sollten uns daher, Herr Minister, gemeinsam der sicher verdienstvollen Mühe unterziehen, den Entwurf so umzugestalten, daß die Bedenken, die in den Stellungnahmen der Verbände zum Ausdruck kamen, noch einfließen können. Ich meine, es gilt, die Bedenken, die insbesondere hinsichtlich der Eingriffe ins Eigentum, aber auch die Bedenken, die hinsichtlich einem qualifizierten Vorgehen vor Ort, also in den Gemeinden, hierzu geäußert wurden, einzubringen. Meine Damen und Herren, wir sollten es nicht unterschätzen, daß die Gemeinde per Satzung ermächtigt wird, nicht unerhebliche Eingriffe in das Eigentum vornehmen zu können. Wir werden hierzu im Ausschuß entsprechende Änderungsanträge einbringen.

Lassen Sie mich zu dem vorgelegten Entwurf noch drei kritische Fragen stellen:

Erstens: Was versteht die Landesregierung – besser: was verstehen die nachgeordneten Behörden – unter dem Begriff einer ordnungsgemäßen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung? Soll es womöglich soweit kommen, daß Behörden künftig über Fruchtfolgen, über Bodenbearbeitung oder über sonstige pflanzen- bzw. waldbauliche Maßnahmen in die Betriebe hineinregieren können?

Zweitens: Wie steht es mit den Entschädigungen, wenn, wie vorgesehen, doch erhebliche Eingriffe ins Eigentum mit den Maßnahmen verbunden sind?

Drittens: Wie sieht es mit der Handhabung bei der Ausweisung von Schutzgebieten in den Gemeinden aus? Besteht hier nicht die Gefahr, daß je nach Zusammensetzung des Gemeinderats die Richtlinien äußerst unterschiedlich angewandt werden? Bedenken bezüglich der Befugnisweiterung der Gemeinden äußerten hierzu nicht zu Unrecht insbesondere die Bauern- und Gartenbauverbände.

(Albrecht)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden im Bereich des Naturschutzes auf weitere Beschränkungen hinsichtlich der Freizeit- und Sportbetätigung unserer Bevölkerung nicht verzichten können – schon deshalb nicht, um nicht Gefahr zu laufen, auf dem Papier viele Biotope und große Flächen stehen zu haben, damit auch zu renommieren und draußen vor Ort dies nicht umsetzen zu können. Um einer weiteren Verinselung entgegenwirken zu können, gilt es auch, in Zusammenarbeit mit den Landwirten und den Waldbesitzern die Biotopvernetzung zügig voranzubringen.

Zur eingehenden Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfs stimmen wir einer Ausschußüberweisung zu.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich dem Herrn Umweltminister.

Minister für Umwelt Dr. Vetter: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Verlauf der Debatte gibt mir Anlaß zu einigen Aufklärungen, weil ich den Eindruck habe, daß von einigen Debattenrednern das Gesetz nicht richtig verstanden worden ist

(Abg. Dr. Caroli SPD: Jetzt kommt das wieder!
Der Rufer in der Wüste!)

und daß dringend Aufklärungsnachholbedarf besteht, den wir im Ausschuß befriedigen werden.

Erstens: Der Konflikt zwischen Sport und dem Natur- oder dem Biotopschutz besteht im Kletterbereich. Im Gesetz selbst steht, daß ich Ausnahmeregelungen erlassen kann. Das heißt, die Kletterkonzeption, die wir vorhaben, ist im Gesetz mit einer Rechtsgrundlage versehen.

Zweitens: Von Ihnen, Herr Kretschmann, ist gesagt worden, hier werde in schrankenlosem Optimismus gemacht. Ich möchte Sie mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß ich zu Beginn meiner Ausführungen gesagt habe: Dies ist nicht die Lösung unserer vielen Probleme, sondern ein wichtiger Schritt. Man darf doch einmal sagen, daß eine Verfünf- oder Versechsfachung der Unternaturschutzstellung – Biotopschutz ist so etwas – ein wichtiger Schritt vorwärts in eine ganz klar richtige Richtung ist.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Caroli?

Minister für Umwelt Dr. Vetter: Nein, jetzt bitte nicht.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Sie wollten doch aufklären!)

Drittens: Meine Damen und Herren, es ist ganz klar, daß Sie offensichtlich das Wort „konstitutiv“ nicht verstanden haben. Was will denn eigentlich dieses Gesetz? Das Gesetz will ein Veränderungsverbot festlegen. Dies ist die Wirkung des Gesetzes, Herr Kretschmann.

(Abg. Göbel CDU: Der Kretschmann muß erst einmal den Entwurf lesen!)

Was bedeutet Biotopschutz? Biotopschutz heißt, daß die naturnahen Flächen in ihrer jetzigen Nutzung nicht verändert werden dürfen. Herr Abg. Kretschmann, Sie haben nicht verstanden, daß es überhaupt nicht um Intensivlandwirtschaft und ihre Festschreibung geht, sondern daß Biotopschutz eben heißt „nicht intensive Landwirtschaft“. Nur diese Flächen sind angesprochen. Das Biotopschutzgesetz sagt klipp und klar, daß nichts in Richtung auf Intensivierung von Landwirtschaft verändert werden kann. Das ist die Grundlage des Biotopschutzgesetzes. Und ganz klar ist, daß der Kulturlandschaftsausgleich nicht die alleinige Lösung der Landwirtschaftsprobleme bringt. Das braucht man wohl gar nicht zu erwähnen.

Deswegen, meine Damen und Herren, geht es auch nicht darum, jetzt große Beamtenheere anzusetzen, sondern es geht darum, daß der Naturschutz mit diesem Gesetzentwurf ein Bein in Flächen hineinbekommt, die bisher ohne den besonderen Schutz des Naturschutzes ausgestattet waren, die bisher auch verändert werden konnten, die ohne weiteres auch in Nutzungspläne einbezogen werden konnten. Das Gesetz sagt: Auf diesen 6 % der Landesfläche hat der Naturschutz Vorrang. Das ist die klare Aussage, und das ist auch das Mißverständnis, das Ihren Ausführungen zugrunde liegt. Es geht nicht darum, bisherige Landwirtschaft festzuschreiben, sondern darum, auf diesen Flächen den Weg zur Extensivierung konsequent zu gehen.

Jetzt, Herr Caroli, bitte.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Minister, die Ausnahmeregelung ist uns natürlich bestens bekannt. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß die Kletterverbände selbst ja die Verankerung einer Kletterkonzeption an irgendeiner Stelle wünschen. Die Frage ist ja lediglich: Gibt es die Möglichkeit, diese Sicherheit zu verleihen, die eigentlich beiden Teilen, dem Naturschutz und den Kletterern, nützen würde – zusätzlich zu dieser Ausnahmeregelung? Wenn Sie dazu bitte etwas sagen würden. Wenn Sie ja sagen, sind wir uns völlig einig.

Minister für Umwelt Dr. Vetter: Die Kletterkonzeption kann auf der Grundlage dieses Gesetzes entwickelt werden. Sie ist ja bereits voll im Gange. Da brauchen wir gar nichts mehr zuzusagen. Sie ist voll im Gang.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Sagen Sie es den Kletterverbänden zu!)

Mein Haus hat mit den Verbänden die Gespräche geführt,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Sagen Sie es den Verbänden zu!)

und die Verbände sind bereit, an dieser Kletterkonzeption mitzuwirken.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Meine Damen und Herren! Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

(Stellv. Präsident Dr. Hopmeier)

Wir müssen jetzt noch entscheiden, was mit dem Gesetzentwurf zu geschehen hat. Ich gehe davon aus, daß er zur Beratung dem Umweltausschuß überwiesen werden soll. – Ich sehe keinen Widerspruch; dann ist so beschlossen.

Ich komme noch einmal zu **Punkt 3** der Tagesordnung zurück:

Zustimmung zur Ernennung des Präsidenten des Rechnungshofs Baden-Württemberg

Ich darf Ihnen das Ergebnis der Abstimmung über die Zustimmung zur Ernennung des Präsidenten des Rechnungshofs bekanntgeben:

An der Abstimmung haben sich 97 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 84 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 6 Abgeordnete gestimmt; der Stimme enthalten haben sich 5 Abgeordnete; ungültig waren 2 Stimmzettel.

Damit hat der Landtag der Ernennung des Herrn Dr. Lonhard zum Präsidenten des Rechnungshofs Baden-Württemberg zugestimmt.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung des Landesamts für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg – Drucksache 10/5451

Das Präsidium schlägt Ihnen vor, den Gesetzentwurf ohne Aussprache an den Finanzausschuß zu überweisen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern – Drucksache 10/5366

Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 10/5481

Berichtersteller: Abg. Dr. Maus

b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern – Drucksache 10/4654

Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 10/5367

Berichtersteller: Abg. Ströbele

Ich frage zunächst die Herren Berichterstatter, ob sie das Wort wünschen. – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache über beide Gesetzentwürfe eine Redezeit von insgesamt 10 Minuten je Fraktion festgelegt. Dazu kommt der übliche nach Fraktionsstärke gestaffelte Redezeitzuschlag.

Das Wort zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich dem Herrn Innenminister.

(Minister Schlee: Zweite Beratung!)

– Dann darf ich Herrn Abg. Haasis das Wort erteilen.

(Abg. Haasis CDU: Ich habe gemeint, die SPD wolle zuerst reden!)

– Ich habe keine Wortmeldungen von der SPD vorliegen.

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Abg. Haasis CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem die SPD einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, ging ich davon aus, daß sie diesen hier nochmals begründen und vor dem Hohen Haus darstellen will.

(Abg. Birzele SPD: Herr Kollege Haasis, haben Sie festgestellt, daß unter Buchstabe a des aufgerufenen Punktes der Gesetzentwurf der Landesregierung und erst unter Buchstabe b der Gesetzentwurf der SPD aufgeführt ist?)

– Herr Kollege Birzele, der Präsident hat beide Gesetzentwürfe gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

(Abg. Birzele SPD: In zweiter Lesung bedarf es keiner Begründung mehr! – Gegenruf des Abg. Ströbele CDU: Unnötige Belehrung!)

Ich habe aber keine Probleme damit. Ich kann auch als erster Redner unsere Meinung zu den Gesetzentwürfen vortragen. Das Interesse Ihrer Fraktion an Ihrem Gesetzentwurf hält sich ohnehin in Grenzen.

(Abg. Birzele SPD: So wie bei Ihnen!)

Wir haben bereits bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs zum Ausdruck gebracht, wo die eigentlichen Probleme in der Asylpolitik liegen. Wir müssen mit diesem Gesetzentwurf die Frage der Kostentragung ab dem Zeitpunkt, zu dem ein Asylbewerber abgelehnt oder geduldet wird, bis zur Abschiebung oder endgültigen Duldung regeln.

Ich sagte bereits in der ersten Lesung, daß das politische Problem eigentlich woanders liegt, nämlich beim Zugang der Asylbewerber in die Bundesrepublik. Das kommt auch in den besorgten Stellungnahmen der kommunalen Landesverbände sowohl zum Gesetzentwurf der SPD als auch zum Gesetzentwurf der Landesregierung klar zum Ausdruck. Insbesondere beim Gesetzentwurf der SPD haben sie darauf hingewiesen, daß dies die eigentlichen Sorgen seien und sie die politischen Parteien aufforderten, die Zugangsproblematik zu lösen. Ich sehe das vor allem als einen Aufruf an die Opposition im Landtag an, auf ihre

(Haasis)

Kollegen im Bundestag einzuwirken, um dort endlich eine Veränderung des Grundgesetzes zu erreichen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

damit wir von solchen Zugangssteigerungen wie in den letzten Monaten, die wir wirklich nicht mehr verkraften können, wegkommen.

Es hat mich schon etwas merkwürdig berührt, als ich den Brief des SPD-Fraktionsvorsitzenden an die Oberbürgermeister und Bürgermeister des Landes gelesen habe, in dem steht, die SPD-Fraktion habe ein Konzept, wie man das Zugangsproblem bereinigen könne. Und siehe da: Es wird dort vorgeschlagen, eine Zuwanderungsquote neben den Asylbewerbern zuzulassen, wohl in der irrigen Annahme, daß dann diejenigen, die nicht unter die Quote fallen, bei dieser Armutswanderung auch schön zu Hause bleiben werden.

(Lachen des Abg. Wieser CDU)

Das Ergebnis wird jedoch sein, daß sie zusätzliche Hoffnung schöpfen und hierherkommen, weil sie erfahren haben, so und soviel hätten in Deutschland ein Bleiberecht erhalten. Das heißt, Sie werden die Quote von einer Million oder welcher Zahl auch immer aufnehmen und dann zusätzliche Scharen von Menschen aus armen Ländern der Welt anlocken, nach Deutschland zu kommen und hier wenigstens ein, zwei oder drei Jahre des Verfahrens durchzustehen.

(Abg. Birzele SPD: Wo soll denn diese Zuwanderungsquote stehen?)

Deshalb werden Sie mit Ihrem sogenannten Lösungsansatz die Problematik noch verschlimmern.

(Abg. Ströbele CDU: So ist es!)

Sie werden den Zuzug nach Deutschland fördern. Daher ist es den Kommunalpolitikern Sand in die Augen gestreut,

(Abg. Ströbele CDU: Sehr richtig!)

wenn man so etwas verbreitet. Aber Gott sei Dank glauben diese das nicht,

(Abg. Ströbele CDU: So dumm sind sie nicht!)

sondern sie wissen, wie die reale Lage ist.

Sie schlagen in Ihrem Gesetzentwurf vor, die gesamten Kosten der Unterbringung während der Übergangszeit sollte das Land tragen. Das klingt natürlich sehr populär, aber leider sind dafür keine Deckungsvorschläge gemacht worden.

(Abg. Ströbele CDU: Sehr richtig!)

Heute vormittag hat der Kollege der SPD, der hier zum Nachtrag gesprochen hat, vollmundig erklärt, die SPD wolle sparen und keine Schulden machen; außerdem seien alle ihre Vorschläge gedeckt, man habe sogar im Urhaus-

halt noch die Möglichkeit zu riesigen Einsparungen gefunden. In Ihrem Gesetzentwurf wird aber leider nicht ausgesagt, wie man diese Mehrkosten beim Land veranschlagen soll.

Wir meinen, daß das, was in dem Gesetzentwurf der Landesregierung als Kompromiß vorgeschlagen wird – hälftige Kostentragung durch das Land sowie durch die Städte und Gemeinden –, vertretbar ist, daß es den Kommunen zumutbar ist, sich in dieser Weise – hauptsächlich die Landkreise – über die Sozialhilfe zu beteiligen. Wir halten dies insbesondere deshalb für zumutbar, weil wir insgesamt einen kommunalen Finanzausgleich haben, der sich im Vergleich zu dem der übrigen Länder nicht nur sehen lassen kann, sondern der in vielen Teilen eine sehr viel bessere Finanzausstattung unserer Landkreise, unserer Städte und Gemeinden bringt. Deshalb tragen wir diesen Kompromißvorschlag der Landesregierung mit.

Wir fordern aber gleichzeitig, daß alle Anstrengungen unternommen werden, um möglichst wenig Asylbewerber ab dem Zeitpunkt, ab dem sie im Gerichtsverfahren abgelehnt worden sind, im Land halten zu müssen. Ich möchte auch die Opposition auffordern, mitzuhelfen, daß Abschiebemaßnahmen tatsächlich durchgeführt werden können, und nicht immer hier am Pult darauf zu drängen, daß möglichst viele abgeschoben werden, und draußen bei jedem Einzelfall, der aufgegriffen wird,

(Abg. Wieser CDU: Petitionsausschuß!)

ein riesiges Lamento zu veranstalten, daß gerade dieser oder jener bleiben müsse. Man organisiert dann Scharen von Menschen, die sich für das Bleiberecht einsetzen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE)

Ein Weiteres, das in diesem Zusammenhang mit eine Rolle spielt: Wir sind dankbar, daß unser Innenminister in der Innenministerkonferenz das Thema des möglichen Fehlbezugs von Sozialhilfe und des Mißbrauchs beim Asylrecht schon vor Monaten mit dem Ziel aufgegriffen hat, auch eine erkennungsdienstliche Behandlung von Asylbewerbern durchzuführen, weil wir immer wieder feststellen, daß Mißbrauch getrieben wird. Leider haben sich die anderen Länder nicht zu diesem Verfahren bereit erklären können. Wer in der Presse gelesen hat, was in Aachen mit Doppelbezug von Sozialhilfe festgestellt wurde, der weiß, daß dies durch solche Maßnahmen leicht zu verhindern wäre. Deshalb die Bitte, dies in der Innenministerkonferenz weiter zu verfolgen; und auch hier die Bitte an die Oppositionsabgeordneten: Sorgen Sie dafür, daß Ihre Parteifreunde in Bonn und in den Ländern einer solchen Maßnahme zustimmen. Dann werden wir den Zuzug nach Deutschland etwas begrenzen, den Aufenthalt vermindern, denjenigen, die tatsächlich asylberechtigt sind, wirkungsvoll helfen und trotzdem die Belastung für unsere Städte und Gemeinden in Grenzen halten.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Haasis hat nun wiederum über die Zuwanderungsproblematik gesprochen, anstatt sich mit den beiden vorliegenden Gesetzentwürfen auseinanderzusetzen. Ich möchte deshalb noch einmal zur Zuwanderungsproblematik einige Bemerkungen machen, damit die teilweise unrichtigen Behauptungen des Kollegen Haasis nicht hier im Raume stehenbleiben.

Er behauptet, die SPD-Fraktion habe eine Zuwanderungsquote von einer Million vorgeschrieben. Das ist überhaupt nicht richtig, sondern es sind – –

(Abg. Haasis CDU: So steht es in dem Brief! –
Abg. Ströbele CDU: In dem Brief an die Bürgermeister!)

– Jetzt lesen Sie mal vor, wo da das mit der einen Million stehen soll. Darauf bin ich gespannt.

(Abg. Haasis CDU: Soll ich Ihnen mal vorlesen, was der Herr Spöri an die Bürgermeister geschrieben hat?)

Eine Bemerkung möchte ich zu der speziellen Zahlensituation hier im Lande Baden-Württemberg machen.

(Abg. Haasis CDU: Darf ich eine Zwischenfrage stellen? – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Herr Abg. Birzele, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haasis?

Abg. Birzele SPD: Bitte sehr.

Abg. Haasis CDU: Herr Kollege Birzele, würden Sie bestreiten, daß es in dem Brief des Herrn Spöri vom 26. Juni dieses Jahres an alle Bürgermeister und Oberbürgermeister in Baden-Württemberg, in dem Flugblatt, etwa heißt?:

Wir dürfen die Armutswanderung nicht weiter in das Asylverfahren drängen. Deshalb – und das ist der Kern des Konzepts – muß über den Personenkreis hinaus, der ein Bleiberecht nach Verfassung oder Flüchtlingskonvention hat usw., zirka 1 Million Zuwanderern in der Bundesrepublik eine begrenzte legale Einwanderung erlaubt sein.

(Abg. Haas und Abg. Ströbele CDU: Hört, hört!
– Weitere Zurufe von der CDU – Abg. Ulrich Lang SPD: Ja, insgesamt!)

Abg. Birzele SPD: Das sind insgesamt die gegenwärtigen Zuwanderer! Nicht unsere Quote!

(Abg. Dr. Geisel SPD: In der Bundesrepublik! Da sind es in der Zwischenzeit 3 Millionen! Das wissen Sie auch! – Abg. Haasis CDU: Zusätzlich! – Gegenruf des Abg. Dr. Geisel SPD: Das ist doch nicht wahr! Sie haben doch von Baden-Württemberg gesprochen! – Abg. Haasis CDU: Nein, ich habe nicht von Baden-Württemberg gesprochen! – Abg. Ströbele CDU zur SPD: Sie lösen das Problem populistisch!)

Jetzt lassen Sie mich etwas zu den Zahlen hier in Baden-Württemberg sagen. Wir haben hier in Baden-Württemberg im Jahr 1990 112 000 Aussiedler und 28 000 Asylbewerber gehabt; das macht zusammen 130 000 Menschen. Bei den Asylbewerbern müssen Sie in jedem Falle eines zusätzlich berücksichtigen: daß auch nach den Darstellungen des Innenministeriums – da kann man sich nun über die genauen Zahlen streiten – 40 bis 50 % bleibeberechtigt sind, sei es, weil sie als Asylberechtigte anerkannt sind, sei es, weil sie aus anderen Gründen, insbesondere aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention ein Bleiberecht haben, mindestens zeitweise. Deshalb muß man sich doch die Gesamtzahl des Zugangs vor Augen halten. Wie wollen Sie der Bevölkerung wirklich glaubwürdig vermitteln, daß, wenn Sie dieses Zugangsproblem nur als ein Problem der Unberechtigten im Asylbereich auffassen wollen, Sie wegen 10 000 oder 14 000 Menschen die Aufnahmefähigkeit Baden-Württembergs überfordert sehen, aber bei 120 000 oder 125 000 Menschen nicht? Das ist keine in sich stimmige Argumentation.

(Abg. Dr. Geisel SPD: So ist es!)

Deshalb muß unserer Auffassung nach das Zugangsproblem insgesamt in Griff genommen werden, sowohl bei den Aussiedlern wie bei den Asylbewerbern, um zu einer Quote zu kommen, die verkraftbar ist und die an den Möglichkeiten der Versorgung mit Wohnungen und der Versorgung mit Arbeitsplätzen bemessen werden muß.

(Abg. Haas CDU: Also Grundgesetzänderung!)

Wenn ich jetzt einmal die Zahlen nehme, die uns aus dem ersten Halbjahr 1990 bekannt sind, die Zahl der Abschiebungen, die Zahl derjenigen, die nach Abschluß des Verfahrens oder vor Abschluß des Verfahrens freiwillig ausreisen, die Zahl der untergetauchten Asylbewerber, dann kommen Sie, auf das Jahr gerechnet, auf rund 10 000 Menschen bei einem Zugang von 28 000. Dies bedeutet, ungefähr ein Drittel wird hier erfaßt, und das bedeutet noch nicht einmal, daß diese Menschen dann nicht mehr hier im Lande sind. Die Zahl der Abgeschobenen macht – ich habe nur die Zahl des ersten Halbjahres 1990 hier, da waren es 616 – nur einen kleinen Bruchteil des Zugangs von 28 000 aus. Deshalb können Sie nicht sagen, daß das Problem so gelöst werden kann, wie Sie es immer mit Ihren Gesetzesänderungen vorschlagen wollen. Auch wenn der Gesetzentwurf der Landesregierung weiterverfolgt werden soll – er wird ja offensichtlich nicht weiterverfolgt, es gab da verschiedene Pressemitteilungen, aber heute konnte man der Presse entnehmen, daß für Herrn Teufel keine geänderte Situation eingetreten ist –, müssen Sie auch ganz konkret die Frage beantworten: Welche Länder wollen Sie als solche Herkunftsländer bezeichnen, in denen zweifelsfrei keine politische Verfolgung stattfindet?

(Abg. Ulrich Lang SPD: So ist es!)

Ich nehme, weil ich diese Zahl habe, den März 1991. Da sind die Hauptherkunftsländer Jugoslawien, Türkei, Rumänien, Iran, Afghanistan, Albanien, Libanon; Jugoslawien 2 125, Libanon 485.

(Birzele)

Nun sagen Sie doch bitte: Wollen Sie bei diesen Ländern erklären, daß – und wenn ja, bei welchen Ländern – zweifelsfrei eine politische Verfolgung nicht mehr stattfindet? Deshalb ist es eine unaufrichtige Diskussion,

(Beifall des Abg. Ulrich Lang SPD – Abg. Ulrich Lang SPD: So ist es!)

wenn man auf der einen Seite sagt, man wolle das Asylrecht erhalten, aber auf der anderen Seite Bestimmungen einführen will, mit denen tatsächlich Asylberechtigte ausgeschlossen werden sollen. Dann müssen Sie von vornherein sagen: Wir wollen das Asylrecht insgesamt abschaffen. Wir entscheiden nur noch per Gnadenakt.

(Abg. Wendt CDU: Völlige Fehlinterpretation!)

Die Bundesrepublik ist frei in der Bestimmung, wen sie aufnehmen will. Auch diese Rechtsposition gibt es in Europa. Dann müssen Sie das aber klar sagen.

(Abg. Ströbele CDU: Das ist nicht unsere Position!)

– Wenn Sie das nicht wollen, dann sagen Sie bitte: In welchem Verfahren wollen Sie festgestellt wissen, wer asylberechtigt ist und wer nicht?

(Beifall des Abg. Dr. Geisel SPD)

Das zur Zugangproblematik.

Aber das eigentliche Problem, mit dem wir uns heute zu beschäftigen haben, ist die Frage: Wer ist für die Aufnahme und Unterbringung der Asylbewerber zuständig? Da ist die eindeutige Antwort: Dies ist eine originäre Zuständigkeit des Landes. Das Land ist zuständig. Allein das Land und der Bund entscheiden über die Voraussetzungen, unter denen Asylbewerber aufgenommen werden. Sie entscheiden über das Verwaltungs- und das eventuelle Gerichtsverfahren. Land und Bund entscheiden, ob die Asylbewerber in Sammellagern oder in Wohnungen untergebracht werden. Land und Bund entscheiden, ob eine Arbeitserlaubnis gegeben wird oder nicht, welche Leistungen gewährt werden, ob Sachleistungen gewährt werden, ob finanzielle Hilfeleistungen gegeben werden, in welcher Höhe diese Leistungen gegeben werden. Alle entscheidenden Fragen werden von Land und Bund entschieden.

Wenn eine solche Aufgabe, Herr Kollege Haasis, über dieses Asylbewerberunterbringungsgesetz auf die Kommunen verlagert wird, dann ist es ein verfassungsrechtliches Erfordernis, daß eine volle Kostenübernahme durch das Land stattfindet.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das stimmt!)

Genau dies hat das Land versäumt. Darauf haben die kommunalen Landesverbände schon bei der letzten Novellierung des Gesetzes zu Recht hingewiesen. Sie selbst haben die Rechnungen der kommunalen Landesverbände bestritten, die damals auf eine Mehrbelastung von 46 Millionen DM kamen.

Heute versucht nun die Landesregierung, einen Teil wettzumachen, einen Teil der Kosten zu erstatten, der bisher nicht erstattet worden ist. Aber auch diese teilweise Kosten-erstattung entspricht nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen. Sie müßten heute klipp und klar sagen: Das ist eine Aufgabe des Landes. Richtigerweise sollte diese Aufgabe auch durch das Land wahrgenommen werden, und das Land sollte auch die vollen Kosten tragen, so wie wir es in unserem Gesetzentwurf vorsehen.

Zusätzlich haben wir einen kommunalen Anspruch bezüglich derjenigen im Gesetz, die als Asylberechtigte anerkannt sind. Im Einzelfall soll den Gemeinden und Sozialhilfeträgern der Aufwand für Asylberechtigte für die Dauer von drei Jahren ab Rechtskraft der Anerkennung erstattet werden. Dann haben sie eine klare Position: Derjenige, der die Aufgabe hat, zahlt auch tatsächlich die Kosten. Das ist das Hauptproblem, das die Gemeinden derzeit bewegt.

Wir haben – das wissen Sie – zusätzlich vorgeschlagen, daß die Eingliederung der Aussiedler ebenfalls auf die Regierungspräsidien übertragen wird. Dann hätten sie eine Stelle, die insgesamt für die Verteilung zuständig ist.

Nun haben Sie schon bei der letzten Diskussion gesagt, diese Aufgaben seien ohne die Gemeinden nicht zu bewältigen. Aber dagegen spricht zweierlei. Erstens: Es ist überhaupt nicht einzusehen, daß ausgerechnet die Asylbewerber auf die Kommunen verteilt werden, und zwar noch während des laufenden Verfahrens, und die Aussiedler über die unteren Verwaltungsbehörden verteilt und zugeordnet werden, obwohl diese auf Dauer in unserem Land integriert werden sollen, während es nach Ihrer eigenen Aussage von den Asylbewerbern nur ein kleiner Teil ist. Das ist doch nicht stimmig. Wenn schon, hätten Sie es gerade umgekehrt machen müssen. Dann hätten Sie die Asylbewerberunterbringung und -zuweisung mit eigenen Behörden regeln müssen und sich überlegen sollen, ob Sie bei Aussiedlern ein anderes Verfahren wählen und die Gemeinden einschalten.

Die zweite Bemerkung: Wenn schon Aufgabenübertragung, dann in jedem Fall volle Kostenübernahme. Genau daran mangelt es bei Ihrem Gesetzentwurf. Deshalb gibt es nur eine sinnvolle Lösung, und die heißt: Stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu.

(Abg. Ströbele CDU: Sparentwurf!)

Mit ihm wird den Problemen der Gemeinden Rechnung getragen, und dann haben wir eine vernünftige Lösung.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ströbele CDU: Ohne Finanzierungsvorschlag! Der Herr Sparkommissar Birzele!)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Jacobi.

Abg. Jacobi GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Glaser hat bei der Ersten Beratung ausführlich zum Gesetzentwurf der Landesregierung Stellung genommen. Ich möchte deswegen im Interesse der

(Jacobi)

Sitzungsökonomie heute keine grundsätzlichen Ausführungen mehr, sondern nur noch vier kurze Bemerkungen machen.

Erstens: Thema „Sozialhilfekosten, Bekleidungshilfe und Betreuungskostenpauschale“. Die Erstattungen des Landes reichen nicht aus. Die Kritik, die Ihnen, Herr Haasis, von den Kommunen entgegengebracht wurde, trifft in diesem Punkt völlig zu. Herr Oberbürgermeister Wendt wird das höchstwahrscheinlich bestätigen können.

Die Fraktion GRÜNE ist der Meinung: Die Leistungen, die hier gewährt werden, sind nicht freiwilliger Natur. Es sind keine großzügigen Geschenke. Vielmehr ermöglichen diese Leistungen überhaupt erst ein menschenwürdiges Leben. Wir halten es deswegen ein Stück weit für unwürdig, wenn wir als ein Sozialstaat, als ein Land, das als eines der reichsten dieser Erde gilt, an ein paar Mark herumstreichen.

(Beifall des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Zweitens: Ein Wort zum Vorschlag der SPD. Wenn ich es richtig verstanden habe, Herr Kollege Birzele, läuft Ihr Gesetzentwurf darauf hinaus, daß weitere zentrale Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden müssen.

(Abg. Ströbele CDU: Jawohl! Ausschließlich! –
Abg. Birzele SPD: Wie das Land verteilt, ist eine ganz andere Frage! Da gibt es verschiedene Methoden!)

Wenn man das dem Land als Aufgabe zuweist, führt das letztlich dazu, daß das Land diese Unterbringungsmöglichkeiten auch schaffen muß. So wie wir die Regierung einschätzen, führt das zu zentralen Aufnahmelagern.

(Abg. Ströbele CDU: So ist es!)

Wir sind da grundsätzlich anderer Auffassung. Wir sind der Meinung, daß man eher dezentral vorgehen muß.

(Abg. Ströbele CDU: Sehr richtig!)

Man muß die Integrationsversuche, die unbedingt notwendig sind, in den einzelnen Kommunen dezentral vornehmen. Ein guter Beleg dafür sind die kleinen Gemeinden, in denen man durch ein persönliches Kennenlernen zwischen der deutschen und der ausländischen Bevölkerung gute Erfahrungen gemacht hat. Es wäre wichtig, stärker auf die kleinen Gemeinden zuzugehen. Wir befürchten, daß bei einer zentralen Unterbringung der Flüchtlinge gerade wieder Menschen aus unterschiedlichen Ländern zusammengepfercht, Kulturen zusammengebracht werden, die nicht zusammenpassen. Ein solches Verfahren wäre im übrigen auch wesentlich teurer.

(Beifall des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Dritte Bemerkung: Wir müssen die CDU dafür kritisieren, daß der Betreuungsschlüssel viel zu hoch ist. Wir haben jetzt einen Betreuungsschlüssel von 200 Flüchtlingen zu einer Betreuungsperson. Das ist völlig unzureichend. Dagegen haben die Kommunen und die kommunalen Lan-

desverbände völlig zu Recht protestiert. Wenn Sie das ernst nähmen, müßten Sie selbst zugeben, daß bei einem Verhältnis von 200 Menschen völlig unterschiedlicher Nationalität auf eine Betreuungsperson letztlich keine vernünftige Betreuung geleistet werden kann. Vielmehr sind in der Woche allenfalls zwischendrin 5 Minuten möglich. Aber ein Vertrauensverhältnis entsteht nicht, und eine echte Betreuung ist nicht möglich. Die Betreuungsrelation muß also deutlich verbessert werden. Die kommunalen Landesverbände haben 80 bzw. 100 Menschen auf eine Betreuungsperson vorgeschlagen. Selbst das wäre meines Erachtens noch zuviel, aber damit könnte zumindest eine wesentliche Verbesserung erreicht werden.

Vierte Bemerkung schließlich: Wir sind auf die Kommunen angewiesen; das ist völlig klar. Deswegen dürfen wir nicht den Fehler begehen, Statistiken zu verändern und herumzutricksen. Das hört nach dem Verwaltungsgerichtsurteil aus Mannheim endlich auf. Darin können wir diesem Gericht ausnahmsweise auch einmal zustimmen. Für die einzelnen Gemeinden ist es letztlich egal, ob der in der Kommune lebende Mensch ein anerkannter Asylbewerber ist oder einen De-facto-Status hat. Das heißt, wir müssen diese Menschen auch auf die Quote anrechnen.

Zum Schluß: Der Gesetzentwurf regelt ein Detailproblem, wenn auch kein unwichtiges. Heute ist wohl nicht die Gelegenheit, einen grundsätzlichen Schlagabtausch zu führen. Aber eines ist klar: Die Sozialleistungen dürfen nicht einfach auf die Kommune abgewälzt werden. Wir müssen dafür sorgen, daß die Betreuung der fremden Menschen bei uns in Baden-Württemberg sinnvoll organisiert werden kann. Auch diese Maßnahmen enthält das Grundrecht auf Asyl.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der Landesregierung ist aus unserer Sicht ein Schritt in die richtige Richtung. Wir werden dem Gesetzentwurf deshalb zustimmen. Das Gesetz kann aber keinesfalls ein befriedigendes Gesamtkonzept, ein umfassendes Konzept zur Entlastung der Gemeinden bieten, was notwendig wäre. Ein solches Konzept steht noch aus. Insofern ist es sicherlich nur ein Schritt in die richtige Richtung.

Die SPD, Herr Kollege Birzele, bietet ein solches Konzept nach unserer Meinung auch nicht an. Ich komme vermutlich nachher noch auf die Zuwanderungsdebatte zu sprechen. Die Unterbringung von Flüchtlingen ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Auch die Gemeinden haben selbstverständlich eine Zuständigkeit für die Menschen, die sich auf ihrem Gebiet befinden.

(Abg. Ströbele CDU: Sehr richtig!)

Ich fände es bedenklich, eine Zweiklassengesellschaft dadurch einzuführen, daß wir sagen: Für die ordentlichen Bürger ist die Gemeinde allzuständig, wie es im Grundge-

(Dr. Ulrich Goll)

setz verankert ist, aber Flüchtlinge sind Menschen zweiter Klasse, für sie ist die Gemeinde nicht zuständig.

(Abg. Birzele SPD: Das sind Menschen, Herr Kollege Goll, mit einem unterschiedlichen Rechtsstatus!)

– Ja. Aber genau mit diesen Einteilungen, Herr Kollege Birzele, mit diesem unterschiedlichen Rechtsstatus waren wir bisher mit Recht sehr vorsichtig.

Die Unterbringung der Flüchtlinge sollte eine Gemeinschaftsleistung sein, die Land und Gemeinden solidarisch miteinander bewältigen.

(Abg. Weinmann SPD: Sprechblasen!)

Voraussetzung für diese Solidarität ist eine glaubwürdige Asylpolitik des Landes. Da muß ich einige Worte zum Kollegen Haasis sagen, weil er – ich war ein bißchen enttäuscht, das gebe ich zu – wieder nichts anderes getan hat, als uns die Pistole auf die Brust zu setzen und zu sagen: Wir brauchen die Grundgesetzänderung; ihr verhindert sie. Was ist schuld an der Misere?

Deswegen muß man hier noch einmal ganz klar sagen: Mit dem Gerede von der Abweisung an der Grenze kann man am wenigsten eine glaubwürdige Asylpolitik betreiben. Man muß ganz deutlich sagen: Die Flüchtlinge, die Asylbewerber an der Grenze herauszufischen, kann nur ein Konzept sein, das entweder auf politischer Tagträumerei beruht oder ein gezieltes politisches Ablenkungsmanöver ist. Wenn Sie versuchen, die Grenze so dicht zu machen, daß Sie die unberechtigten Asylantragsteller herausfischen, ist die Folge nur, daß Sie all diejenigen im Grenzverkehr behindern, die keine Asylantragsteller sind, wohingegen die Asylantragsteller fünf Kilometer weiter und fünf Stunden später über die Grenze kommen. Das ist für uns völlig klar.

Herr Haasis, Sie haben vorhin, als Sie zur SPD gesagt haben, bei der Quote müsse befürchtet werden, daß die einen legal und die anderen illegal kommen, doch auch nicht den Realitätssinn verloren. Wir befürchten das auch. Aber wie können Sie ernsthaft meinen, daß wir es schaffen, die Bewerber an den Grenzen aufzuhalten?

(Abg. Wendt CDU: Es spricht sich doch in der ganzen Welt herum, daß man zu uns leicht rein kann!)

Bedenken Sie nur die Flüsterpropaganda. Wer die Schlepperorganisationen für so blöde hält, kann sie kaum wirksam bekämpfen. Für die ist es doch kein ernsthaftes Hindernis, wenn wir Kontrollen an den Grenzen einführen. Gestatten Sie mir dazu, wieviel das mit der Realität zu tun hat, beliebig in die heutigen Ausgaben der beiden Stuttgarter Blätter zu schauen.

Im Leitartikel der „Stuttgarter Zeitung“ heißt es:

Grenzen überwinden, nicht neue aufbauen ist die Lehre, die die Europäer nach ungezählten blutigen Kriegen aus ihrer Geschichte zogen.

Falsch geraten! Die Landesregierung zieht offensichtlich

keine Lehren aus der Geschichte, sondern sie will die Grenzen nach Süd- und Osteuropa dicht machen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Die einzige Lehre aus der Geschichte ist, daß man aus ihr nichts lernen kann!)

Da kommen die meisten her.

Ich nehme die „Stuttgarter Nachrichten“. Dort heißt es über die Staumeldungen:

Auch an den Grenzen muß mit längeren Wartezeiten gerechnet werden. Dies gilt für die Übergänge Pfronten/Reutte und Salzburg Autobahn, alle Grenzstationen in die Tschechoslowakei sowie von Österreich nach Ungarn. Dort mußte mit stundenlangen Wartezeiten gerechnet werden.

(Abg. Wendt CDU: Das sind doch unglaubliche Belege, die Sie anführen!)

Alle die, die dort warten, werden sich freuen, wenn sich demnächst die Wartezeiten verdoppeln. Das ist doch alles, was dabei herauskommt.

(Abg. Wendt CDU: Das ist doch logisch! – Abg. Ströbele CDU: Nehmen Sie einmal die Flughafenkontrollen! Die sind doch auch wirksam!)

– Diese Kontrollen am Frankfurter Flughafen sind natürlich zahlenmäßig irrelevant gegenüber – –

(Abg. Wendt CDU: Das ist die Logik der Mautsefalle, die Sie hier anwenden! – Gegenruf des Abg. Göschel SPD)

– Nein. Es ist so: Wir haben im Grunde genommen die Bundesrepublik gegen die Flüchtlinge aus der Dritten Welt weitgehend abgeschottet. Das hat mit dem Grundgesetz nicht mehr viel zu tun, was da läuft. Es sind 50 bis 60 Asylbewerber, die über den Frankfurter Flughafen einreisen. Die würden Sie wahrscheinlich gern auch noch draußen halten. Das kann man aber nur, indem man dort den Betrieb lahmlegt.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Aber unser Hauptproblem ist doch, daß wir die Dritte Welt in Süd- und Osteuropa vor der Tür haben. Angesichts dieser Situation kann doch kein Mensch ernsthaft die Forderung erheben, wir sollten dort jetzt wieder anfangen, jeden Kofferraum darauf zu kontrollieren, ob einer jemanden dabei hat. Anders schaffen Sie es doch nicht.

(Abg. Ströbele CDU: Das muß am Flughafen ohnehin gemacht werden!)

Deswegen ist die Zugangsdebatte eine absolute Geisterdebatte.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Herr Abg. Dr. Goll, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wendt?

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Ja.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Bitte, Herr Abg. Wendt.

Abg. Wendt CDU: Herr Kollege, trifft es zu, daß Sie mit Ihrer Argumentation eigentlich erst am Ende der Pfeife anfangen? Ist es nicht vielmehr so, daß wir dadurch, daß sich in der ganzen Welt herumspricht, daß wir ein äußerst offenes Land sind, allein schon durch diese Mund-zu-Mund-Propaganda und die erhöhte Mobilität die gegenwärtigen Probleme haben? Das hat nichts mit dem Umbau Europas oder den Staus an der Grenze zu tun, sondern das ist eine Frage, wie wir weltweit gehandelt werden: faktisch als das beste Einwanderungsland, das es gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Kollege Wendt, was sich dort langsam herumgesprochen haben dürfte, ist, daß die CDU faktische Schritte vermeidet – darauf komme ich gleich zu sprechen – und sich statt dessen in das Wolkenkuckucksheim einer Grundgesetzdebatte flüchtet, die eigentlich keinem weh tut.

(Kopfschütteln des Abg. Wendt CDU)

Die tut doch einer Schlepperorganisation am wenigsten weh. Einer Schlepperorganisation ist es doch völlig Wurscht, ob in Artikel 16 unseres Grundgesetzes steht: „Nach Maßgabe der Gesetze“ oder ob dieser Verweis fehlt. Das interessiert die doch nicht, wenn sie die Leute über die grüne Grenze bringt. Ich frage mich also wirklich, was daran noch realistisch sein soll.

(Abg. Wendt CDU: Er versteht es nicht! – Abg. Kurz CDU zu Abg. Ströbele CDU: Der versteht die Verfassung gar nicht!)

Andererseits – deswegen vermuten wir ein Ablenkungsmanöver – drückt sich die Mehrheitsfraktion um alles, was für eine konkrete Asylpolitik gebraucht wird. Ich nenne als Stichwort die Antragsfrist, die wir vorgeschlagen haben.

(Abg. Ströbele CDU: Das ist verfassungsmäßig umstritten!)

Die CDU-Fraktion läuft auf einmal mit dem Grundgesetz unterm Arm herum und sagt uns, das sei verfassungsrechtlich bedenklich. Dabei wollen wir das Grundrecht gar nicht befristen. Wir sagen nur: Wer seinen Antrag später stellt als nach zwei Wochen, hat damit ein Indiz geliefert, daß er nicht wirklich verfolgt ist. Das kann man ja noch widerlegen. Aber das in ein Gesetz hineinzuschreiben – andere Länder planen dies oder haben es zumindest geplant, solange die CDU dort an der Regierung war; andere sind dabei, es einzuführen –, das würden wir zum Beispiel mittragen. Das verschweigen Sie gerne, ist aber so.

Weitere zentrale Anlaufstellen sind natürlich notwendig. Aber ein knappes Jahr vor der Landtagswahl wollen Sie

wahrscheinlich keine Orte nennen, wo die Anlaufstellen hinsollten.

(Abg. Ströbele CDU: Der Bundesjustizminister teilt die Position!)

Aber Sie können nicht allen Gemeinden durch eine nebulöse Grundgesetzformulierung Entlastung versprechen, wenn Sie gleichzeitig nicht einmal Orte benennen, wo Sie die zusätzlichen Anlaufstellen tatsächlich einrichten wollen. Warum bringen Sie die Verwaltung eigentlich nicht insofern zum Funktionieren,

(Lachen des Abg. Wendt CDU – Abg. Ströbele CDU: Unwahrscheinlich!)

daß sie eine Prüfung, für die jeder von uns hier vielleicht zwei Stunden bräuchte, innerhalb von drei Wochen machen kann? Sie sagen, was wir fordern, sei unmöglich: daß die Prüfung durch die Verwaltung drei Wochen dauert. Sie sagen, das sei unmöglich, obwohl der materielle Vorgang dieser Prüfung bestimmt nicht länger als zwei Stunden dauert.

(Abg. Ströbele CDU: Es gibt auch noch Gerichte!)

Sie sagen, wir könnten die erstinstanzlichen Verfahren nicht in drei Wochen durchführen, obwohl es die Bayern tun. Sie haben unseren Vorschlag von 2 plus 3 plus 3 Wochen, macht 8 Wochen, von A bis Z abgelehnt,

(Abg. Ströbele CDU: Der ist unrealistisch!)

obwohl er realisierbar wäre.

(Abg. Ströbele CDU: Es kommen noch die Gerichte hinzu!)

– Dazu brauchen Sie das Grundgesetz nicht zu ändern. Sie könnten morgen damit anfangen. Sie können mir sagen, wo der Vorschlag unrealistisch ist, aber bis jetzt warte ich auf einen Nachweis, wo er unrealistisch sein soll. Realistisch ist, daß, wenn Sie ein Verfahren von 8 Wochen in den zentralen Anlaufstellen durchführen, Sie der Zuweisung an die Gemeinden in einem Großteil der Verfahren entgegen. Unser Konzept sieht vor, daß das Gros der Antragsteller mit offensichtlich unbegründeten Anträgen den Gemeinden nicht mehr zugewiesen wird.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Meine Damen und Herren, was wir hier bieten, ist weit mehr als der Spatz in der Hand statt der Taube auf dem Dach,

(Zuruf des Abg. Ströbele CDU)

denn die Taube sitzt nicht auf dem Dach. Und was Sie den Gemeinden zu bieten haben, ist höchstens ein Stück Vogel-Strauß-Politik.

Herr Kollege Wendt, wir kommen in allen europäischen Ländern am Schluß nicht darum herum: Geboten werden

(Dr. Ulrich Goll)

muß ein stark gekürztes, ein stark gestrafftes rechtsstaatliches Verfahren mit einer besseren Ausweisungsgarantie, mit der man verhindert, daß die Antragsteller zunächst den Gemeinden zugewiesen werden, wo man sie natürlich nie mehr findet, wo sie für lange Zeit soziale Bindungen eingehen und wo am Schluß natürlich keine Ausländerbehörde mehr imstande ist, sie auszuweisen. Das verstehen wir alle. Aber in den Fällen, in denen keine politische Verfolgung besteht, finde ich es nicht unmenschlich, innerhalb von wenigen Wochen in einer zentralen Anlaufstelle ein Verfahren durchzuführen und die Leute wieder in den Zug zu setzen. Das ist unser Konzept.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Ströbele CDU:
Schlechtes Konzept!)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich dem Herrn Innenminister.

(Abg. Birzele SPD: Jetzt kommt's! Jetzt werden wieder Nägel hineingehauen!)

Innenminister Schlee: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mich zunächst bei allen Fraktionen des Hauses für die zügige Beratung dieses Gesetzentwurfs der Landesregierung bedanken. Damit kann dieses Gesetz so rasch wie möglich in Kraft treten.

Ich möchte mich auch bei den kommunalen Landesverbänden bedanken. Vorhin ist immer wieder die kommunale Seite angesprochen worden. Wir haben uns in einem kooperativen Verfahren am Ende auf diesen Gesetzentwurf verständigt.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Es hat eine Art Grundkonsens gegeben.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Was für eine Art?)

Natürlich haben die Kommunen über diesen Grundkonsens hinaus Forderungen gestellt. Das ist doch gar keine Frage. Aber wir haben, Gott sei Dank, eine gemeinsame Linie gefunden, auf der dieser Gesetzentwurf möglich wurde. Natürlich hätten es die Kommunen lieber, wenn wir nicht nur die Hälfte der Sozialhilfekosten trügen, sondern die Kosten für den ganzen Abwicklungszeitraum übernähmen. Das ist bis zu einem gewissen Grad verständlich. Aber, wie gesagt, es ist eine Grundlinie gefunden worden. Wir haben natürlich auch die haushaltmäßige Situation zu betrachten.

(Abg. Birzele SPD: Aber das ist eine originäre Landesaufgabe!)

Wir haben auch Anregungen des Rechnungshofs und langjährige Wünsche der kommunalen Spitzenverbände aufnehmen können. Zum Beispiel wird durch andere Abrechnungen der Pauschalen das Verfahren einerseits einfacher, aber andererseits auch transparent. Ich will darauf hinweisen, weil dies ein großes Anliegen der kommunalen Seite gewesen ist.

Natürlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, lösen wir mit diesem Gesetzentwurf nicht alle Probleme. Die Unterbringungssituation bleibt für alle Beteiligten nach wie vor eine ganz große Belastung. Wer dies anders sieht oder zu relativieren versucht, der weiß offensichtlich nicht, was draußen los ist. Insofern – das haben die Kommunen akzeptiert – sitzen Land und Bund in einem Boot. Wir müssen mit dem Zugang fertig werden. Uns fragt niemand, ob uns das recht ist.

(Abg. Ströbele CDU: So ist es!)

Land und Kommunen wird jeden Tag gesagt: „Ihr habt die ankommenden Asylbewerber unterzubringen.“ Wir können den Zugang nicht beeinflussen. Das Asylrecht, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist Bundesrecht. Der Bund hat es in der Hand, auf den Zugang einzuwirken. Dies muß immer wieder deutlich gemacht werden. Es kann doch nicht sein, daß der Bund hierfür die Zuständigkeit hat, daß das Asylrecht Bundesrecht ist, dann aber gesagt wird: Land und Kommunen haben die Probleme zu lösen.

Ich habe bei allen nur denkbaren Gelegenheiten immer wieder deutlich gemacht, daß der Bund stärker in die Verantwortung genommen werden muß, was die Asylproblematik angeht. Er hat zum Beispiel – im Gegensatz zur Aufnahme der Aussiedler – keine Aufnahmeeinrichtungen. Wenn der Bund Aufnahmeeinrichtungen hätte, hätten wir zunächst einmal die Erstlast, die Aufnahmelast weg. Das wäre schon eine ganz beachtliche Erleichterung für das Land und die Kommunen. Diese Anfangslast macht uns ständig größere Probleme. Inzwischen kommen auf direktem Weg mehr Asylbewerber nach Baden-Württemberg, als unsere Quote ausmacht. Das heißt, wir weisen Asylbewerber inzwischen anderen Bundesländern zu. Das macht deutlich, daß wir eine ganz große Anfangslast zu bewältigen haben.

Vorhin ist die Sozialhilfe angesprochen worden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bund hat die Gewährung von Sozialhilfe im Bundessozialhilfegesetz geregelt. Das ist die einfachste Sache der Welt. Insofern ist das, was Herr Kollege Birzele dazu gesagt hat, nicht richtig.

(Abg. Birzele SPD: Was?)

Darauf will ich nachher zu sprechen kommen.

(Abg. Birzele SPD: Was habe ich Falsches gesagt?)

– Ich sage es gleich.

Wir haben ein Asylbewerber-Leistungsgesetz auf den Tisch gelegt, um den Bund bei der Sozialhilfe und der Unterhaltspflicht ins Boot hineinzubekommen. Das ist ein weiteres Beispiel dafür, was den Kommunen und natürlich auch dem Land das Leben nachhaltig erleichtern würde. Auch hier muß eine Kostenverantwortung des Bundes statuiert werden. Daran führt kein Weg vorbei.

(Zurufe der Abg. Birzele und Weinmann SPD)

(Minister Schlee)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch der von der SPD vorgelegte Gesetzentwurf – Herr Kollege Birzele, ich will auf das eingehen, was Sie gesagt haben – kann doch überhaupt nicht überzeugen. Sie haben das mit den Zuständigkeiten der Regierungspräsidien noch einmal dargestellt. Das ist doch eine astreine Scheinlösung, wie wir bei den Aussiedlern immer wieder festgestellt haben. Deshalb haben die kommunalen Spitzenverbände gesagt, das, was die SPD in den Mittelpunkt der Diskussion rücke, sei bestenfalls ein Nebenkriegsschauplatz. Und das ist ja richtig.

Wir haben doch damals das Unterbringungskonzept, Herr Kollege Birzele, für die Aussiedler und die Übersiedler geändert, weil die Konstruktion über die Regierungspräsidien einfach überfordert war, weil das nicht mehr funktioniert hat. So wäre es natürlich auch, wenn wir das ganze Problem den Gemeinden aufhalsen würden. Das wäre doch einfach vom System her daneben. Deswegen haben wir das, wie gesagt, bei den Aussiedlern umgestellt, und Sie sehen doch, daß es seither bei den Aussiedlern besser läuft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Punkt ist der, daß weder das, was Sie vorgeschlagen haben, Herr Birzele, noch das, was der Kollege Goll dargestellt hat, den Kern des Problems trifft. Das sind, wie die kommunalen Spitzenverbände gesagt haben, bestenfalls Nebenkriegsschauplätze.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Wir müssen an das Zugangsproblem herangehen;

(Abg. Birzele SPD: Machen Sie es doch!)

daran führt doch überhaupt kein Weg vorbei.

Ich habe bei der Ersten Beratung mit dem Kollegen Brechtken diese Thematik ausführlich diskutiert. Ich habe auf den Beginn des Europäischen Binnenmarktes, den 1. Januar 1993, hingewiesen. Unbestritten ist doch, Herr Kollege Goll – weil Sie das auch noch einmal angesprochen haben –, daß wir im Vorfeld des 1. Januar 1993 diese europäische Harmonisierung brauchen. Das ist inzwischen wohl Allgemeingut geworden.

Nun bemüht man sich, in Schritten zu einer solchen Lösung zu kommen, zum Beispiel im Dubliner Asylbewerberabkommen oder im Schengener Zusatzabkommen. Was passiert denn jeweils? Alle anderen elf Länder können unterschreiben und machen die Vereinbarung damit rechtsgültig, und wir haben eine nationale Vorbehaltsklausel. Das heißt, wir müssen aus diesen europäischen Vereinbarungen ausscheren, weil wir den Artikel 16 haben, weil wir den Artikel 19 haben und weil wir das Problem auch über den Artikel 24 des Grundgesetzes nicht lösen können. Warum brauchen wir denn sonst eine nationale Vorbehaltsklausel?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese nationale Vorbehaltsklausel bedeutet, daß das Verfahren, wenn ein Asylbewerber in der Republik Frankreich abgelehnt wird und er über die Grenze zu uns kommt, bei uns neu beginnt.

Das kann doch im Vorfeld des 1. Januar 1993 nicht Platz greifen.

Deshalb ist das erste, was wir brauchen, Herr Kollege Goll, eine völkerrechtliche Öffnungsklausel. Da helfen keine Diskussionen über Fristenverkürzungen, da hilft all das nichts, was Sie gesagt haben. Wir haben das Karlsruher Modell kreiert; deshalb heißt es Karlsruher Modell; sonst würde es Husumer Modell heißen, wenn es dort kreiert worden wäre.

(Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE)

Das machen wir innerhalb von drei Wochen. Nur, dann kommt die Justizseite, die man einfach nicht abkürzen kann, weil es da gewisse Fristen gibt.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Das erste, Herr Kollege Birzele, was wir brauchen, ist eine völkerrechtliche Öffnungsklausel. Das ist das erste, was statuiert werden muß. Das heißt, es muß eine Regelung her, die sicherstellt, daß wir uns europäischen Vereinbarungen anschließen können.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Genau!)

Herr Brechtken ist jetzt nicht da. Sonst könnten wir ihn fragen, ob er denn dafür ist. Er hat gesagt, er sei für diese Harmonisierung. Und wer für diese Harmonisierung ist, muß einer völkerrechtlichen Öffnungsklausel zustimmen:

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

daran führt doch überhaupt kein Weg vorbei.

Herr Kollege Birzele, noch einmal: Sie können die Harmonisierung in Europa angehen, wie Sie wollen, Sie können sie über völkerrechtliche Verträge angehen. Sie können sie natürlich auch über die Frage der Kompetenzübertragung an europäische Gremien angehen. Bei jedem Weg, den Sie gehen, brauchen Sie im Vorfeld eine Grundgesetzänderung. Dieses Wissen ist inzwischen doch Allgemeingut.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wir brauchen die nicht!)

Die nationale Vorbehaltsklausel in den Abkommen macht dies doch deutlich. Man kann das natürlich noch eine gewisse Zeit lang zuschmieren, so lange, bis es der letzte gemerkt hat.

Herr Kollege Goll, ich sage folgendes, weil Sie das angesprochen haben. Der neueste Clou kommt aus dem Bundesjustizministerium. Die sagen, das Problem mit den europäischen Partnerländern sei ganz leicht zu lösen. Die sagen auch,

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

auf der Basis unseres Asylrechts sei eine Vereinbarung natürlich möglich. Das wissen wir schon ewig, Herr Kollege Dr. Goll. Nur: Die anderen elf in Europa denken doch

(Minister Schlee)

nicht daran - das ist doch genau das Problem -, sich auf unsere Lösung zu einigen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Innenminister Schlee: Ich möchte das noch im Zusammenhang darstellen; nachher selbstverständlich gern.

Weil der Kollege Birzele es angesprochen hat, möchte ich auf diesen Gesetzentwurf eingehen, der, was diese Vorbehaltsklausel, diese Öffnungsklausel angeht, einen Vorschlag bringt, der - meine ich - auch für die SPD akzeptabel sein könnte. Ich meine auch, daß das, was die Beschwerdeinstanzen angeht, ein Ansatz ist, den Sie mittragen könnten. Um diese völkerrechtliche Öffnungsklausel kommen Sie doch nicht herum. Deshalb noch einmal meine Bitte, sich das noch einmal genau zu überlegen. Es geht doch überhaupt nicht um die institutionelle Garantie. Sie haben das angesprochen. Bayern hat im Bundesrat einen Gesetzentwurf eingebracht.

(Zuruf von der SPD: Das war das große Schlagwort von Herrn Späth!)

Wir haben einen vermittelnden Gesetzentwurf im Vorfeld des 1. Januar 1993, und wir wollen nur erreichen, daß, wenn ein Asylverfahren in der Republik Frankreich gelaufen ist, nicht sukzessive oder parallel ein solches Verfahren bei uns in der Bundesrepublik laufen kann. Das ist doch ein absolut richtiger Ansatz.

Herr Kollege Goll, Sie sagen: ein zügiges Verfahren in Europa. Unser zweiter Vorschlag ist der mit den Beschwerdeausschüssen, den die Innenminister auch der SPD-regierten Länder weitestgehend - so will ich es einmal formulieren, um niemanden in Schwierigkeiten zu bringen - bereit wären, mitzutragen.

Das sind die Kernpunkte dieses Gesetzentwurfs. Ich meine halt, daß es ein Irrsinn ist, wenn einer in Frankreich das Verfahren hinter sich hat, in die Bundesrepublik kommt - die Grenzen sind dann weg - und dann das Verfahren neu beginnt.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Es ist ein Irrsinn, in einer solchen Rede kein einziges Wort über die Ursachen des Flüchtlingselends zu sagen! Das ist Irrsinn! Sie sind ein ausgesprochener Zyniker! -
Gegenruf von der SPD: Er ist ein Schreier!)

- Herr Kollege Bütikofer, ich will Ihnen einmal etwas zur Zugangssituation sagen. Im Juni - heute ist der 3. Juli - haben wir in Baden-Württemberg 3 530 Asylbewerber aufgenommen.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt!)

Der Stuttgarter Oberbürgermeister - das ist mir eben gesagt worden - hat heute nachmittag bekanntgegeben - Herr Bütikofer, das ist die Realität -, daß er jetzt auf dem Wasen Zelte aufschlagen werde. Ich frage Sie, ob es denn auf die

Dauer eine Lösung sein kann, daß wir Leute in das Land hereinholen und sie durch all die vorhin beschriebenen Verfahren hindurchschleusen bis hin zur Abschiebung.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Sie können noch nicht einmal zuhören!)

Herr Kollege Bütikofer, es ist im Grunde zutiefst unmenschlich, wenn wir die Leute dann anschließend mit der Abschiebung wieder aus dem Lande bringen.

(Beifall bei der CDU - Abg. Bütikofer GRÜNE: Sie können nicht einmal zuhören!)

Wir werden, wenn die Zugangsentwicklung in dieses Land so weitergeht - der Kollege Birzele hat vorhin die Zahlen genannt: wir hatten im letzten Jahr 28 000 -, in eine Größenordnung von über 35 000 Asylbewerbern im Jahre 1991 kommen.

Herr Kollege Birzele, diese ganzen Rechenbeispiele, die Sie vorhin gebracht haben, nützen überhaupt niemandem, sondern die Leute, die unten Verantwortung tragen, fragen uns, wie viele Bewerber wir ihnen jeden Tag zuweisen. Das wollen die wissen.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Das ist der entscheidende Punkt.

Jetzt kommt noch das zweite, Herr Birzele: Wer die Diskussion um die Asylproblematik in diesem Land seit Jahren verfolgt - - Der Kollege Lorenz ist nicht da.

(Abg. Haas CDU: Den haben sie doch rausgeschickt! - Abg. Ströbele CDU: Der darf nicht! Der muß zur Zeit unter dem Teppich bleiben!)

Ich erinnere Sie alle, meine Damen und Herren, daran, wie das in der Zeit war, als wir alle Asylbewerber in Sammelunterkünften untergebracht haben: Die SPD ist im ganzen Land gegen diese Konzeption Sturm gelaufen, und jetzt fordert sie diese Konzeption! Sturm gelaufen sind Sie gegen diese Konzeption.

(Beifall bei der CDU - Abg. Ströbele CDU: So ist es! - Zuruf des Abg. Birzele SPD - Abg. Ströbele CDU: Das sind doch Populisten!)

Herr Kollege Birzele, ich verstehe ja, daß Sie von unten Druck bekommen, daß Sie auch von Ihren Kommunalpolitikern Druck bekommen.

(Abg. Ströbele CDU: Sehr richtig!)

Ich habe gerade eben noch einmal das neueste Schreiben des Pforzheimer Oberbürgermeisters nachgelesen, der mich auffordert, dafür zu sorgen, daß das Asylgrundrecht geändert wird.

(Abg. Ströbele CDU: So ist es!)

Der fordert mich förmlich auf, das so rasch wie möglich zu machen. Er sagt aber gleich dazu, er wisse ja, daß wir

(Minister Schlee)

eine Vielzahl von Vorstößen unternommen hätten. Er weiß also offensichtlich, an wen er sich eigentlich wenden müßte.

(Abg. Haasis CDU: Partei wechseln!)

Deshalb, meine Damen und Herren,

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Herr Kollege Birzele, noch einmal ganz ernsthaft: Da geht es weit über irgendeine Polemik hinaus. Ohne diese völkerrechtliche Öffnungsklausel brechen uns in den nächsten Monaten alle Dämme. Das ist meine feste Überzeugung.

(Abg. Ströbele CDU: Sehr richtig!)

Und ohne Festlegung von Nichtverfolgerstaaten – zu dem, was Sie gesagt haben, könnte man eine ganze Menge sagen – werden wir die Probleme nicht gelöst bekommen, auch nicht ohne eine Beschleunigung des Verfahrens durch diese Beschwerdeausschüsse.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Herr Kollege Birzele, wir können doch die Beschwerdeausschüsse nicht einführen, weil das auch eine Grundgesetzänderung voraussetzt.

Deshalb noch einmal: Die SPD wird springen müssen. Herr Bütikofer wird nach wie vor seine Position einnehmen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Darauf bin ich auch stolz!)

– Natürlich, das sollen Sie auch sein. Das will ich Ihnen auch nicht wegnehmen.

(Abg. Ströbele CDU: Das ist grüner Stolz!)

Ich wende mich vor allem an die SPD. Ich habe Ihnen das letzte Mal auch die Nummer der Bundesratsdrucksache unseres Entwurfs genannt. Ich wende mich noch einmal an Sie und bitte Sie, sich diese Drucksache anzusehen. Das wäre ein vernünftiger, mittlerer Weg, der die Kommunen entlastet und dieses Problem endlich löst. Das ist meine feste Überzeugung.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ströbele CDU: Bravo!)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

Herr Abg. Dr. Goll, wollen Sie nachher noch das Wort?

(Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Wenn ich meine Zwischenfrage nicht stellen darf!)

– Der Herr Minister ist nicht mehr am Rednerpult.

(Minister Schlee: Entschuldigung, ich hatte das vergessen!)

Abg. Birzele SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst will ich, damit keine Mißverständnisse entstehen, ausdrücklich betonen, daß auch die SPD für eine europäische Lösung ist.

(Abg. Haas CDU: Oh! Weiß das der Herr Engholm auch? In Bremen ist etwas anderes beschlossen worden!)

Nur müssen die Lösungsmodelle auf dem Tisch liegen. Dann stellt sich die Frage, ob – und wenn ja, welche – eine Grundgesetzänderung nötig ist. Man kann aber nicht umgekehrt so argumentieren, wie das die CDU die ganze Zeit macht: Erst eine Grundgesetzänderung, und dann werden wir sehen, wie wir das Problem lösen.

(Abg. Ströbele CDU: Gesetzesvorbehalt! – Abg. Haas CDU: Eiertanz!)

Konkret zu Ihren Beschwerdeausschüssen: Ich empfehle Ihnen, einmal nachzulesen, was der bestimmt nicht der SPD angehörende Staatsrechtslehrer Dürig in der Kommentierung zu Artikel 19 Abs. 4 des Grundgesetzes – Ihr Amtsvorgänger ist ja an diesem Grundgesetzkommentar beteiligt – zu dem Gremium nach Artikel 10 GG geschrieben hat. Ich empfehle Ihnen, das einmal nachzulesen, damit Sie etwas sensibler werden, was Beschwerdeausschüsse betrifft.

Aber ich sage Ihnen etwas anderes: Auch bei den Gerichtsverfahren ist eine ganz wesentliche Beschleunigung möglich, zum Beispiel wenn auch das Verwaltungsgericht Sigmaringen, das bisher ausgeklammert ist, in die Aufgabe mit einbezogen wird.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Geisel SPD: Sehr richtig!)

Unsere Zuwanderungskonzeption ist vorhin falsch zitiert worden. Sie, Herr Kollege Haasis, haben das, nachdem ich es Ihnen gezeigt hatte, in der Zwischenzeit eingeräumt. Wir wollen nicht 1 Million Zuwanderer, sondern wir haben ausdrücklich darauf hingewiesen, daß von den gegenwärtig 1 Million Zuwanderern – das ist der Fakt – 150 000 bis 200 000 Menschen nach Verfassung oder Flüchtlingskonvention ein Bleiberecht in der Bundesrepublik haben. Es heißt in der dritten Spalte ausdrücklich: „Die Zuwanderung kann also rechtsstaatlich auf ein Viertel abgesenkt werden.“

Ob unsere Konzeption hinterher in der Praxis greift oder nicht, kann niemand vorher sagen, weil sie nicht probiert worden ist. Unsere Aufforderung an Sie ist jedoch, bei einer solchen Konzeption mitzuwirken. Dann können Erfahrungen gesammelt werden. Wir sind der Überzeugung, daß die Zuwanderung dadurch ganz wesentlich reduziert werden könnte.

(Beifall des Abg. Mogg SPD – Abg. Dr. Geisel SPD: Sehr richtig!)

Nun nochmals zu den Zahlen, Herr Innenminister. Nach Ihren eigenen Zahlen wurden 5 % des Zugangs 1990 ab-

(Birzele)

geschoben. 20 % verlassen freiwillig das Land. Also bleiben 75 %. Die Frage an Sie: Warum sind die weiterhin hier?

Wir hatten zum 31. Dezember 1990 insgesamt 47 500 Asylbewerber im Land. Ich wiederhole: Wir hatten im gleichen Jahr – bei den Asylbewerbern ist es der Stand mehrerer Jahre zusammen – 112 000 Aus- und Übersiedler.

(Abg. Ulrich Lang SPD zur CDU: Dazu sagen Sie nichts! – Gegenruf des Abg. Haas CDU – Gegenruf des Abg. Ulrich Lang SPD: Aber darum geht es doch!)

Diese Probleme des Zugangs insgesamt müssen Sie endlich in den Griff bekommen. Deshalb sage ich nochmals: Das Zuwanderungsproblem ist eine originäre Bundes- und Landesaufgabe. Sie können es nicht als eine Aufgabe der Gemeinden ansehen.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Herr Goll, insoweit ist auch Ihre Argumentation falsch. Es gibt hier nicht Menschen zweiter Klasse. Im übrigen haben Sie selbst es fertiggebracht, Menschen zweiter Klasse nach Ihrer Terminologie einzuführen.

(Abg. Weinmann SPD: Das schafft er jedesmal!)

Es stellt sich doch die Frage, warum Asylbewerber, aber nicht Aussiedler den Gemeinden zugewiesen werden, obwohl die Aussiedler integriert werden sollen, nicht aber die Asylbewerber, sondern nur die Asylberechtigten. Das ist doch nicht systematisch konsequent.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Wenn schon, müßten Sie sagen, die Gemeinden seien für die Aussiedler, aber nicht für die Asylbewerber zuständig.

(Abg. Haasis CDU: Und wer für die Asylbewerber?)

Richtig ist aber: Es handelt sich um eine originäre Landesaufgabe, und deshalb soll das Land die Aufgabe tatsächlich selbst bewältigen.

(Abg. Ströbele CDU: Also Sammellager!)

– Nein, Herr Kollege Ströbele. Im übrigen haben wir uns nie gegen Sammellager gewandt, sondern gegen die lange Aufenthaltsdauer in diesen Sammellagern. Das ist der wesentliche Unterschied.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Geisel SPD: So ist es! Genau so! – Zuruf des Abg. Ströbele CDU)

Sie sollen das Verfahren so beschleunigen, daß alle offensichtlichen Fälle im Sammellager abgewickelt werden können. Das ist unsere Konzeption.

Nun nochmals zum Gesetzentwurf. Herr Innenminister, Sie haben hier schlicht nicht die Wahrheit gesagt, als Sie vorbrachten, die kommunalen Landesverbände seien mit Ihnen einverstanden. Herr Steger ist vor Schreck auf der

Zuhörertribüne beinahe vom Stuhl gefallen. Ich möchte Ihnen zitieren, was in der Stellungnahme der kommunalen Landesverbände steht, alles nachzulesen auf Seite 17 des Gesetzentwurfs. Dort heißt es:

Der Entwurf des Gesetzes über die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern hat bei Städten, Gemeinden und Landkreisen große Unruhe ausgelöst. Die aufnahmepflichtigen Gemeinden und die Träger der Sozialhilfe haben den Eindruck gewonnen, daß das Land sie bei der Lösung der immer schwieriger werdenden Probleme der Unterbringung von Zuwanderern zunehmend im Stich läßt.

(Abg. Dr. Geisel SPD: So ist es! Jawohl! – Abg. Weinmann SPD: Das ist die Wahrheit!)

Dann heißt es weiter:

Das Vorgehen des Landes wird in hohem Maße als kommunalunfreundlich empfunden. Das Vertrauen in eine faire und angemessene Behandlung der Gemeinden und Sozialhilfeträger durch das Land wird hierdurch schwer belastet.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Sehr richtig!)

Das war die Stellungnahme zum Gesetzentwurf, bevor er eingebracht wurde.

(Abg. Weinmann SPD: Und daraus macht die CDU eine Zustimmung! Das ist eine reife Leistung!)

Ich möchte Ihnen noch vorlesen, was der Städtetag und der Gemeindetag nachher gesagt haben. Die Mitglieder des Innenausschusses haben ja dieses Schreiben bekommen. Ich beschränke mich auf eine Passage:

Eine erste Durchsicht des Gesetzentwurfs zeigt, daß die wesentlichen Forderungen der kommunalen Landesverbände, die sie in ihrer Stellungnahme vom 8. Oktober 1990 vorgetragen haben, nicht berücksichtigt worden sind.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Hört, hört!)

Der Landkreistag schreibt: Der Landkreistag Baden-Württemberg hält grundsätzlich an den Grundpositionen fest, die in der gemeinsamen Stellungnahme der kommunalen Landesverbände vom 8. Oktober 1990 gegenüber dem Innenministerium im Hinblick auf die erste Anhörung dargestellt worden sind.

Es heißt dann zum Beispiel noch in dem Schreiben des Landkreistags, daß für den Personenkreis der rechtskräftig abgelehnten Asylbewerber, die nicht abgeschoben, sondern weiterhin in Baden-Württemberg ausländerrechtlich geduldet werden, die Sozialhilfeträger 1991 mindestens 65 Millionen DM aufzuwenden haben, ohne daß das heute vorliegende Gesetz der Landesregierung daran irgend etwas ändern würde.

(Birzele)

Deshalb gibt es nur eine Lösung: Stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu! Dann sind wenigstens die Kommunen bei dieser Belastung nicht mehr alleingelassen, sondern das Land übernimmt wieder die originäre Landesaufgabe.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ströbele CDU: Das sind die Sparpolitiker!)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich dem Herrn Innenminister.

(Abg. Wettstein SPD: Jetzt kommt die Entschuldigung! – Abg. Köder SPD: Das wird nicht besser!)

Innenminister Schlee: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Sie dürften einmal weniger als eine halbe Stunde reden!)

– Der Herr Präsident, Herr Kollege Kretschmann, hat mir das Wort erteilt. Ich nehme nicht an, daß Sie die Aufgaben des Präsidenten übernehmen wollen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Auch Sie dürfen trotzdem weniger als eine halbe Stunde reden!)

– Ich bedanke mich sehr für den Hinweis, Herr Kollege Kretschmann.

Ich wollte, Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf einige wenige Punkte eingehen, die Herr Kollege Birzele in die Diskussion eingeführt hat. Der entscheidende Punkt, meine ich, war der, daß er gesagt hat: Natürlich sind wir auch für eine Europäisierung des Problems, für eine europäische Harmonisierung.

(Abg. Köder SPD: Genau! – Abg. Dr. Geisel SPD: Nie etwas anderes gesagt!)

– Gut, das können wir jetzt einmal festhalten. – Dann hat er gesagt, wenn da einmal etwas auf dem Tisch liegen würde, dann könnte man ja ganz konkret darüber reden. Herr Kollege Birzele, es liegen doch genügend Vereinbarungen auf dem Tisch des Hauses. Das muß doch auch Ihnen zugänglich gewesen sein. Ich habe vorhin auf das Dubliner Asylbewerberabkommen hingewiesen, ich habe auf das Schengener Zusatzabkommen hingewiesen. Herr Kollege Birzele, in diese Abkommen – nur damit klar ist, über was wir reden – mußte jeweils diese nationale Vorbehaltsklausel aufgenommen werden, weil Artikel 16 des Grundgesetzes uns daran gehindert hat, zuzustimmen. Sie sehen doch, wo da der Handlungsbedarf ist. Ich brauche das nicht weiter auszuführen.

Zweiter Punkt, Herr Kollege Birzele – ich habe das Herrn Spöri schon ein- oder zweimal in Diskussionen deutlich zu machen versucht –: Das Wort „Zuwanderungskonzeption“ ist auch so ein Wort, mit dem man bei Leuten, die das Problem nicht kennen, ein bißchen spielen kann.

(Zuruf des Abg. Ulrich Lang SPD – Abg. Haas CDU: Nebelwerfer!)

Aber die, die von dem Problem etwas verstehen, fragen natürlich sofort: Was heißt denn das überhaupt? Heißt das, daß zunächst einmal die Asylgeschichte geregelt werden kann? Eine Zuwanderungskonzeption, ob das nun 700 000 oder 800 000 sind, interessiert jetzt gar nicht. Ist das additiv? Kommt zu der Zuwanderungsquote die jetzige Asylgeschichte dazu? Ich habe dem Herrn Spöri gesagt: Wenn Sie das angehen wollen – da kann man über vieles reden –, dann müssen Sie zunächst einmal die Asylgeschichte regeln.

(Abg. Köder SPD: Muß man nicht auch über die Aussiedlergeschichte reden?)

Dann kann man über vieles Weitere im Land reden.

(Abg. Birzele SPD: Die richtige Reihenfolge ist, die großen Zahlen in den Griff zu kriegen!)

– Die richtige Reihenfolge ist, daß man den Asylmißbrauch steuern muß.

(Abg. Ulrich Lang SPD: Zuerst über die großen Zahlen reden!)

Wir haben höhere Zuwanderungsraten als die klassischen Einwanderungsländer Amerika und Kanada.

(Abg. Ulrich Lang SPD: So ist es! Darum muß man das in den Griff kriegen!)

– Aber zuerst müssen Sie die Asylproblematik regeln.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Nein, das sind doch Kamellen!)

In diese Geschichte werden Sie so hineingehen, wie Sie in die europäische Harmonisierung hineingehen. Das ist meine feste Überzeugung.

Dritter Punkt: Herr Kollege Birzele, ich beobachte natürlich auch, wie da die Argumente gewechselt werden, wie da die Seiten gewechselt werden, was die Abschiebung angeht. Wenn ich höre, was Sie zur Abschiebung gesagt haben, und wenn ich den Kollegen Lorenz höre, dann wird da natürlich eine Doppelstrategie par excellence deutlich. Sie sehen doch, welche Schwierigkeiten wir bei der Abschiebung der Asylbewerber haben.

Herr Kollege Birzele, ein vierter Punkt: Ich sage Ihnen noch einmal – –

(Abg. Birzele SPD: Gestatten Sie eine Frage: Würden sich Ihre Probleme ändern, wenn Sie einen Beschwerdeausschuß hätten? Dann sind die Menschen auch hier! Sie wissen, daß nach der Menschenrechtskonvention diese Entscheidung gefällt werden muß!)

– Herr Kollege Birzele, jetzt greifen Sie wieder ein Teilproblem heraus, um das Gesamtproblem zu vernebeln. Zu diesem Gesetzentwurf gehören die Nichtverfolgerstaaten, gehört die völkerrechtliche Öffnungsklausel und gehören die Beschwerdeausschüsse. Die Beschwerdeausschüsse sol-

(Minister Schlee)

len das aufnehmen, was Kollege Goll vorhin dargestellt hat.

Vierter Punkt – ich will den Hinweis des Kollegen Kretschmann ernst nehmen und die Sache so schnell wie möglich abhandeln –: Was Sie zur Aufgabensituation des Landes, soweit es den Zugang angeht, gesagt haben, ist nun wirklich völlig falsch. Wir haben doch auf den Zugang von Asylbewerbern null Einfluß. Wir haben nur zu übernehmen und die Dinge vor Ort zu regeln.

(Abg. Birzele SPD: Aufnahme und Unterbringung!)

Alles andere ist Sache der konkurrierenden Gesetzgebung, und davon hat der Bund Gebrauch gemacht. Das wissen Sie so gut wie ich.

(Abg. Birzele SPD: Und das Land nimmt teil über den Bundesrat!)

– Ach was, Einfluß über den Bundesrat. Sie sehen doch, wie die Möglichkeiten da sind.

(Abg. Birzele SPD: Aber die Kommunen bestimmen doch nicht die Zugangsvoraussetzungen!)

– Sie geben mir das Stichwort: Kommunen. Da ist Herr Dr. Steger angesprochen worden, ich sehe ihn jetzt auch auf der Zuhörertribüne sitzen.

Das muß ich jetzt doch noch einmal darstellen. Herr Kollege Birzele, ich habe vorhin davon gesprochen: Es gibt – und gab Gott sei Dank, und ich habe mich dafür bei der kommunalen Seite bedankt – einen Grundkonsens, eine Grundlinie, die wir gemeinsam betreten haben.

Nun war der Streitpunkt Numero eins natürlich die Frage der Kostentragung bei der Sozialhilfe. Ich habe die Repräsentanten der kommunalen Spitzenverbände dagehabt, habe mit ihnen verhandelt, und dann haben wir uns auf diese hälftige Regelung geeinigt. Das ist die reine Wahrheit.

(Abg. Weinmann SPD: Das klingt aber schon etwas anders als vorher!)

– Nein, das ist haargenau dasselbe, was ich vorhin gesagt habe. Daß die Kommunen weiter gehende Vorstellungen haben, Herr Kollege Birzele – natürlich wollen die gar nichts bezahlen, auch bei den De-facto-Flüchtlingsen –, das verstehe ich ja.

(Abg. Birzele SPD: Dann können Sie sich doch nicht geeinigt haben!)

– Ich habe das eben, was die Sozialhilfe angeht, noch einmal deutlich gemacht.

(Abg. Birzele SPD: Das Gegenteil steht in den schriftlichen Unterlagen!)

Allerletzte Bemerkung, Herr Kollege Birzele. Ich sage Ihnen eines noch einmal: Sie werden den Druck Ihrer Kommunalpolitiker nicht mehr lange aushalten. Mir liegt

das Schreiben des Bürgermeisters der Stadt Urach vor. Sie wissen, welcher Partei er angehört.

(Abg. Weinmann SPD: Jawohl!)

Der sagt, es gehe so nicht weiter. Es müsse eine neue Zugangsregelung her. Die können wir nur mit Ihrer Hilfe bekommen, und ich gehe davon aus, daß uns das auch noch gelingt.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll – mit dem Hinweis, daß er noch knapp 2 Minuten Redezeit hat.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, vielen Dank für den Hinweis. Ich hätte das auch gerne noch vor Ihnen gesagt, Herr Minister. Ich hoffe, daß Sie nicht noch mal – –

(Minister Schlee: Nein, nein!)

Völkerrechtliche Öffnungsklausel, dazu muß man natürlich zwei Sätze sagen. Erstens hat sie mit dem Zugang herzlich wenig zu tun. Auch wenn man das in Europa verteilt, haben wir hinterher immer noch viel, zumal der Zugang natürlich über die ost- und südeuropäischen Länder kommt. Selbst wenn Sie alles, was von dort kommt, gerecht auf die Staaten verteilen können, hat die Bundesrepublik Deutschland immer noch sehr viel. Von dort wird meines Erachtens keine spürbare Entlastung kommen.

Zweitens: Dubliner Abkommen. Es haben längst nicht alle unterschrieben. Es wurde der Eindruck erweckt, als würden es alle unterschreiben wollen und könnten es nur unserer wegen nicht unterschreiben. Aber die meisten unterschreiben es aus ganz anderen Gründen nicht, aus faktischen Gründen.

(Abg. Fleischer CDU: Das stimmt nicht!)

– Dänemark zum Beispiel hat schlicht und einfach Angst davor, daß es hinterher faktisch mehr Flüchtlinge hat. Vielleicht können die ihre Grenzen besser sichern, weil sie viel Wasser drumherum haben. Ich weiß es nicht.

Dritte Feststellung: Ich wüßte nicht, inwiefern uns der nationale Vorbehalt beim Schengener Abkommen bisher gewaltig stören würde.

Das letzte: Wenn es nun so käme, daß alle anderen unterschrieben hätten und uns der nationale Vorbehalt bei irgendeiner Abwicklung in der Praxis störte, und wenn dann die Verfassungsrechtler meinten, dazu brauche man eine Grundgesetzänderung, dann könnten Sie mit unserer konstruktiven Haltung rechnen. Aber bis jetzt – da hat Kollege Birzele recht – unterhalten wir uns über ungelegte Eier, jedenfalls über nichts, was den Gemeinden irgendwie helfen könnte.

Eine weitere Anmerkung: Nichtverfolgerländer. Vorhin war die Rede von den Zelten und vom Stuttgarter Oberbürgermeister. Die neue Flüchtlingswelle kommt aus Jugo-

(Dr. Ulrich Goll)

slawien, und ich darf die Kollegen mit den Nichtverfolgerkatalogen daran erinnern, daß Jugoslawien das Land war, das sie wahrscheinlich vor wenigen Monaten noch gerne an die erste Stelle der Nichtverfolgerländer gesetzt hätten. Und wie sieht es heute aus?

(Beifall bei der FDP/DVP und den GRÜNEN –
Abg. Haasis CDU: Dann müssen wir den Katalog
eben wieder ändern!)

– Es hat sich geändert. Herr Kollege Haasis, es ist ja gar nicht ausgeschlossen – –

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Fleischer: Für
die Serben hat sich nichts geändert!)

– Ich darf vielleicht gerade noch diesen einen Satz zu Ende führen.

Bleiben wir doch bei einer realistischen Politik. Danach ist ja gar nicht ausgeschlossen, daß wir auf Sicht bestimmte Staaten in Süd- und Osteuropa den anderen europäischen Staaten gleichstellen können. Das ist das politische Ziel und wäre im Asylrecht sicher auch ein entscheidender Fortschritt. Aber erreichen Sie dieses Ziel, indem Sie sagen?: „Jetzt bauen wir dort die Grenzen wieder auf.“ Das ist doch der falsche Weg.

(Abg. Straub CDU: Da klatscht kein Mensch! –
Beifall des Abg. Albrecht FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bütikofer.

(Abg. Straub CDU: Aber nicht so laut wie vorhin,
Herr Bütikofer!)

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte nicht die Absicht, in dieser Debatte das Wort zu ergreifen. Ich tue es trotzdem, weil ich mich durch die Ausführungen des Innenministers moralisch provoziert fühle.

(Abg. Straub CDU: Was, moralisch? Wie kann
man moralisch provozieren?)

Ich könnte die Selbstgefälligkeit noch ertragen. Es ist auch nicht nur die kalte Verwaltungsgeschäftsmäßigkeit, die er hier exerziert. Aber was ich nicht ertragen kann, meine Damen und Herren, ist das kalte Kalkül, mit dem ein Politiker, der offensichtlich den Eindruck hat, daß seine Partei bei allen anderen Themen so ziemlich mit dem Rücken an der Wand steht, skrupellos versucht, Herr Fleischer,

(Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Fleischer)

in der Öffentlichkeit Ressentiments zu mobilisieren, um eventuell politisch noch etwas zu erben

(Abg. Fleischer CDU: Sie arbeiten mit unmoralischen Unterstellungen! – Abg. Tölg CDU: Das ist eine bössartige Unterstellung! – Weitere Zurufe von der CDU)

– ich habe noch 5 Minuten Redezeit, in denen Sie Zwischenrufe machen können; sie werden Ihnen meine Ausführungen nicht ersparen –,

(Zurufe von der CDU)

und das von einem, der sich als Mitglied einer Partei bekennt, die das hohe C im Namen führt. Das ist ein Argument, das ich noch nie verwendet habe. Aber, Herr Fleischer, es läuft mir kalt den Rücken hinunter – das müssen Sie mir abnehmen –, wenn ich mir anhören muß, wie hier über Zustände geredet wird, bei denen es nicht um Sachen, sondern um Menschen, um Schicksale geht.

(Abg. Fleischer CDU: Das wissen wir!)

Ich muß mir anhören, daß hier in einer langen, selbstgefälligen Ausführung kein einziges Mal auch nur darauf hingewiesen worden ist, daß es um Schicksale von Menschen geht, die sich wenig gegen das wehren können, was ihnen angetan wird. Man möchte sich sozusagen total abschotten.

(Zurufe von der CDU)

Es heißt: „Einer trage des anderen Last“, es gibt schließlich in Ihrer Heiligen Schrift das Wort von der Nächstenliebe.

(Abg. Keitel CDU: Aufhören!)

Diese Politik zu betreiben und dann den eigenen Ministerpräsidenten, der wenigstens noch in diesen Punkten ein Wertkonservativer zu sein versucht, dazu den Weihrauch geben zu lassen, das ist wirklich ein sehr starkes Stück.

(Beifall der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Das ist meines Erachtens etwas, mit dem Sie nicht nur

(Abg. Ströbele CDU: Sie können doch Nächstenliebe praktizieren! – Abg. Fleischer CDU: Das ist bössartige Demagogie, was Sie machen! Verdrehung der Tatsachen!)

die politische Kultur vergiften, sondern mit dem Sie auch die Möglichkeit eines gesellschaftlichen Dialogs zwischen Leuten verschiedener Grundpositionen sehr erschweren, um das Mindeste zu sagen.

(Abg. Ströbele CDU: Wo ist Ihre Nächstenliebe?
– Abg. Haas CDU: Sagen Sie zwischendurch
etwas zur Sache!)

Meine Damen und Herren, es müßte doch auch Ihnen aufgehen, daß die Kollegin Glaser, die sich in unserer Fraktion um diesen Bereich kümmert, Woche für Woche den einen um den anderen Antrag stellt: sofortiger Abschiebestopp in dieses oder jenes Land, weil dort gerade wieder etwas passiert ist.

(Zurufe von der CDU)

Regelmäßig sind Sie vor die Frage gestellt, sich zu rechtfertigen. Wie oft hat Herr Knubben denn gesagt?: „Ab

(Bütikofer)

sofort stellen wir die Abschiebung vorläufig ein. Wir haben aber gerade heute oder gestern noch ein paar verfrachtet.“ So etwas ist doch unwürdig.

(Zurufe von der CDU)

Sie müssen sehen, daß Sie mit Ihrer ganzen Ideologie in der Praxis auflaufen. Herr Goll hat Ihnen vorhin – das fand ich wirklich bewundernswert – an einigen Punkten ganz einfach dargestellt, wie Sie mit dieser Ideologie an der Praxis scheitern.

Lassen Sie uns doch etwas anderes versuchen. Lassen Sie uns etwas, wie es in der Debatte anklang, mit dem Einwanderungsgesetz versuchen. Ich weiß, daß es für viele, die Grüne wählen, die ihre Hoffnung auf die Grünen setzen, nicht einfach wäre, ein Einwanderungsgesetz zu akzeptieren, das in der Tat nicht nur die Funktion hätte, die Tür ein Stück weit aufzumachen, sondern das nur gemacht werden könnte, wenn man akzeptierte, daß man die Tür zumachen muß, obwohl man für viel mehr Elend in der Welt mitverantwortlich ist, als man dadurch nicht einmal kuriert, sondern ein bißchen placebomäßig behandelt, daß man einige zu uns hereinläßt. Das ist für viele von uns nur sehr schwer zu akzeptieren. Aber trotzdem meine ich, daß wir einen solchen Weg gehen müssen. Aber, bitte schön, Herr Innenminister, verschonen Sie uns in Zukunft mit Ihren reaktionären Brandreden, wie Sie sie hier vortragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Wir kommen somit in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g**, und zwar zunächst über den Gesetzentwurf der Landesregierung unter Tagesordnungspunkt 6 a.

Der Innenausschuß empfiehlt mit der Beschlußempfehlung Drucksache 10/5481, dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 10/5366, unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Asylbewerber-Unterbringungsgesetzes

mit den laufenden Nummern 1 bis 4. Wer Artikel 1 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Stimmenthaltungen und zahlreichen Gegenstimmen wurde Artikel 1 zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Neufassung des Asylbewerber-Unterbringungsgesetzes

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einer Stimment-

haltung und zahlreichen Gegenstimmen wurde Artikel 2 zugestimmt.

Artikel 3

Inkrafttreten

Wer Artikel 3 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit der gleichen Stimmenzahl wie bei den letzten Abstimmungen wurde Artikel 3 zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 3. Juli 1991 das folgende Gesetz beschlossen.“

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schl u ß a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz insgesamt zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Das erste war die Mehrheit, dem Gesetz ist zugestimmt.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt noch in Zweiter Beratung über den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Drucksache 10/4654, zu befinden. Der Innenausschuß empfiehlt Ihnen mit der Beschlußempfehlung Drucksache 10/5367, den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD abzulehnen. Ich gehe davon aus, daß wir den Gesetzentwurf im ganzen zur Abstimmung bringen können.

(Zustimmung bei der SPD)

– Das ist der Fall.

Wer dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Drucksache 10/4654, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Stimmenthaltungen ist der Gesetzentwurf mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Meine Damen und Herren, damit ist Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 10/5398

Beschlußempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 10/5497

Berichterstatte rin: Abg. Birgitt Bender

(Stellv. Präsident Dr. Hopmeier)

Wünschen Sie, Frau Abg. Bender, als Berichterstatterin das Wort?

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Nein!)

– Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat eine kurze Allgemeine Aussprache mit einer Redezeit von 5 Minuten je Fraktion vorgesehen. Wem darf ich das Wort erteilen?

Bitte sehr, Herr Abg. Longin.

Abg. Longin CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Wir haben das Abgeordnetengesetz als Gegenstand der Beratung. Abgeordnete haben Anspruch auf eine angemessene Entschädigung, die ihre Unabhängigkeit sichert. Das Nähere regelt ein Gesetz, über das wir uns jetzt in Zweiter Beratung zu unterhalten haben. Die Betonung auf „angemessen“ steht aber heute und stand auch schon in den vergangenen Jahren eigentlich nicht zur Debatte; vielmehr steht eine Anpassung zur Debatte, nämlich eine Anpassung einmal an die allgemeine Entgeltentwicklung und zum anderen an die Kostenentwicklung.

Der Landtagspräsident und die Mitarbeiter der Landtagsverwaltung haben den Bericht darüber mit den Materialien unter dem 11. Juni vorgelegt. Wir möchten diese präzise, sorgfältige Arbeit würdigen, und wir möchten die Anpassung der Abgeordnetenentschädigung mit plus 5,5 % unterstützen. Ebenso möchten wir die Erhöhung der steuerfreien Aufwandsentschädigung, die sich in den einzelnen Kategorien um 3,2 bis 4,2 % erhöht, unterstützen.

Ein Gedanke ist aber dem Thema der Angemessenheit trotzdem zu widmen. Ich sage dies aus dem Vergleich der Tätigkeit in der Wirtschaft mit der Tätigkeit hier. Es ist nichts Unanständiges dabei, wenn die Abgeordneten sich einmal überlegen und vergleichen, was sie hier, im Plenum in den Arbeitskreisen und in den anderen Gremien sowie im Wahlkreis zu leisten haben. Ich fordere Sie, meine Damen und Herren Kollegen, wirklich auf, hier keine falsche Bescheidenheit an den Tag zu legen, die ich sowieso bezweifle, weil sie ein Stück weit nur auf die Öffentlichkeit hin orientiert ist.

(Zustimmung des Abg. Eisele CDU)

Nein, diese Arbeit hier ist des Lohnes wert.

(Abg. Eisele CDU: Richtig! Gutes Geld für gute Leistung!)

Deshalb meine ich, nicht heute, aber in einem gebotenen zeitlichen Abstand sollten wir uns in einer Angemessenheitsdebatte sehr wohl überlegen, ob dieses Entgelt ein angemessener Beitrag zur Unabhängigkeit der Mitglieder dieses Hauses ist. Ich möchte dies bezweifeln, ein Stück weit jedenfalls bezweifeln, wenn man sich so einsetzt, wie ich es bei den Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen als noch relativ Neuer hier beobachten kann.

Ich möchte als zweites für das Nachdenken nach dieser Legislaturperiode anregen, daß wir uns auch im Bereich

der steuerfreien Aufwandsentschädigungen über Strukturen unterhalten und darüber, wie man sich in diesem Entgeltbereich an die technischen Entwicklungen sowohl hier im Hause wie auch zu Hause anpassen könnte.

Es gab hier Bestrebungen, im Zusammenhang mit diesem Gesetzentwurf die Leistungen nach dem Ausscheiden aus diesem Hause zu debattieren. Wir halten davon derzeit nichts, und es käme zur Unzeit, jetzt aus dem Stand heraus eine Regelung treffen zu wollen.

(Zuruf des Abg. Nicola SPD)

Aber erörterungswürdig ist es sehr wohl. Deshalb sollte es erneut auf die Tagesordnung kommen.

Wir bejahen diesen Gesetzentwurf und werden ihm zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe für meine Fraktion bereits bei der ersten Lesung und ebenfalls bei der Beratung im Ständigen Ausschuß erklärt, daß wir diesem Gesetzentwurf zustimmen. Es bedarf hierzu heute keiner weiteren Begründung.

Ich möchte kurz auf den Änderungsantrag eingehen, den ich bei der Beratung im Ständigen Ausschuß vorgelegt habe. In diesem Antrag geht es um die Frage des Übergangsgeldes. Ich habe dieses Problem bereits bei der Beratung im letzten Jahr angesprochen. Man hat damals gesagt, man verschiebe das auf das Jahr 1991. Nun ist es leider nicht gelungen, hier zu einer einvernehmlichen Regelung zu kommen.

In Gesprächen vor der heutigen Beratung ist mir zugesichert worden, daß dieses Problem und weitere Probleme im Gesetz in einer gemeinsamen Kommission noch in dieser Legislaturperiode erörtert werden sollen. Aus diesem Grunde verzichten die Antragsteller darauf, diesen Antrag heute zur Abstimmung zu stellen. Wir hoffen, daß in einer solchen gemeinsamen Besprechung eine sinnvolle Lösung gefunden werden kann, die den berechtigten Interessen der Mitglieder dieses Hauses Rechnung trägt.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Longin hat seine Ausführungen damit begonnen, daß er gesagt hat, bei dieser Debatte gehe es nicht um die Angemessenheit der Abgeordnetenbezüge allgemein, sondern nur um eine Anpassung.

Einmal abgesehen davon, daß Sie dann in Ihrer Rede trotzdem breit und ausführlich auf die Angemessenheit eingegangen sind, möchte ich Sie doch noch einmal daran erinnern, daß es sich hier in Baden-Württemberg um

(Kretschmann)

Teilzeitabgeordnete handelt. Es geht also um Beträge, die nicht das einzige Einkommen des Abgeordneten darstellen.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Jedenfalls nicht bei der CDU!)

Das wird immer etwas unter den Tisch gebügelt. Wir waren immer zu einer Debatte über die Angemessenheit bereit, wenn die Frage des Teilzeitabgeordneten grundsätzlich auf den Tisch kommt und ehrlich debattiert wird. In der Tat hätten sich Kollegen wie ich zu beschweren, für die die Abgeordnetenbezüge das einzige Einkommen darstellen, weil sie bei dieser Belastung keine anderen Nebentätigkeiten ausüben können. Das möchte ich doch noch einmal in Erinnerung rufen. Glauben Sie nur nicht, die Leute draußen würden es nicht merken, daß hier in der Argumentation teilweise mit gezinkten Karten gespielt wird, wenn immer unter den Tisch fallen gelassen wird, daß ein Großteil der Kollegen entweder durch Funktionen, die sie hier haben, sowieso mehr bekommen oder einen Beruf nebenher ausüben, was ich an sich völlig legitim finde.

Ich bin auch gar nicht gegen eine gute Bezahlung der Abgeordneten. Aber hier geht es um etwas anderes. In einer Zeit, in der der Bevölkerung im Rahmen der deutschen Einheit große Opfer zugemutet werden, in der es große Worte darüber gibt, daß die Teilung nur durch Teilen überwunden werde, da – so hat es mein Kollege Bütikofer in der Ersten Beratung dargelegt – geht es nicht um eine Debatte, ob die Bezüge allgemein zu hoch oder zu niedrig sind, sondern es geht ganz konkret um ein Signal hier und jetzt. Auch wir, die wir im Gegensatz zu den Tarifparteien beide Tarifpartner in uns vereinigen, müssen hier ein Signal setzen. Ich würde sagen, wir verzichten gerade auf einen Teil dessen, was uns zustünde, nämlich auf einen Teil der Erhöhung.

Dafür habe ich heute noch einmal durch den Herrn Ministerpräsidenten gewichtige Unterstützung erhalten. Er hat nämlich heute morgen im Rahmen der Debatte um den Nachtragshaushalt gesagt:

Es ist in einer solchen Debatte auch einmal festzuhalten, daß eine weitere Zinssteigerung von einem Prozentpunkt die Wirtschaft erheblich mehr belasten würde, als bei jeder Unternehmenssteuerreform an positiver Wirkung herauskäme. Man muß auch sagen, daß ein Prozentpunkt eines zu hohen Tarifabschlusses die Unternehmenssteuerreform in ihrer ganzen Dimension wieder korrigieren und konterkarieren würde. Die massive Kritik an den Lohnabschlüssen dieses Jahres sollte uns zu denken geben.

Dies können Sie nun beherzigen. Sie können das Signal geben. Wir gehören immerhin zu den besser verdienenden Leuten in der Bevölkerung. Sie haben die Möglichkeit, hier ein Signal zu geben. Ich möchte noch einmal betonen: Es dreht sich hier um noch nicht einmal 150 DM. Dieses Signal könnte Ihnen 150 DM wert sein.

Wenn es Ihnen aber nicht diese 150 DM wert ist und Sie bei der Erhöhung bleiben, dann sollten Sie die Leute draußen mit solchen Reden verschonen; denn die Leute

haben die Schnauze gestrichen voll davon, daß Wasser gepredigt und Wein gesoffen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll.

(Zuruf des Abg. Haas CDU – Zuruf von der CDU: Wer säuft denn Wein?)

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich an den Kollegen Kretschmann anknüpfen. Ich habe den Eindruck, wenn etwas für die meisten Abgeordneten in diesem Haus nicht zutrifft, dann ist es die Behauptung, wir würden öffentlich Wasser predigen und in Wirklichkeit Wein bekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Schlauch GRÜNE: Herr Kretschmann hat den Herrn Ministerpräsidenten Teufel zitiert! Vielleicht haben Sie nicht zugehört!)

– Ja, aber so entstand der Eindruck – –

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Sie sind noch nicht Ministerpräsident! Die Wahrscheinlichkeit, daß Sie es werden, ist im übrigen nicht groß!)

– Ich danke Ihnen für diese zustimmungsfähige Bemerkung.

Die Erhöhung und insbesondere auch die dadurch erreichte Höhe des Einkommens – man kann es, glaube ich, nicht getrennt sehen, Herr Kollege Kretschmann – sind angemessen. Wir wissen, daß zwar auf dem Papier der Teilzeitparlamentarier steht; bis aber wirklich alle Anliegen, die die Bürgerinnen und Bürger an einen Abgeordneten herantragen, bearbeitet sind, bis er wenigstens an so vielen Terminen teilgenommen hat, daß man im Wahlkreis nicht sagt, den oder die sehe man nie, und bis er seinen Beitrag hier in der Fraktionsarbeit geleistet hat, ist es kein Teilzeitjob mehr; zumindest gilt das für die kleinen Fraktionen ganz und für einen wachsenden Teil der großen Fraktionen. Das dürfte ja der Stand sein. Gemessen daran ist diese Bezahlung wirklich so, daß ich keinerlei Schwierigkeiten habe, das draußen irgend jemandem deutlich zu machen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Um das geht es heute gar nicht!)

– Doch, darum geht es schon.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Nein, darum geht es nicht!)

Wir stehen jetzt natürlich vor der umgekehrten Frage, Herr Kollege Kretschmann, ob wir an dieser Stelle ein Zeichen setzen sollen. Da möchte ich jetzt aber einmal frisch von der Leber weg sagen: Mir stinkt es fast ein bißchen, daß man die Wiedervereinigung jetzt, sagen wir einmal, zum Angelpunkt für alle und jede Demonstration machen soll. Daß wir jetzt noch ein Zeichen setzen, daß die Wiederver-

(Dr. Ulrich Goll)

einigung sich mit dem absoluten Mangel verbindet und wir Abgeordnete deshalb jetzt schon auf die Erhöhung verzichten müßten,

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

das finde ich im Grunde einen etwas übertriebenen Drang, sich moralisch zu präsentieren. Da würde ich lieber sagen: Nehmen wir die Erhöhung, ohne dabei einen roten Kopf zu kriegen. Denn ich finde an dieser Geschichte eigentlich wenig Verwerfliches.

Herr Kollege Longin hat es vorhin am Schluß seiner Rede angesprochen: Gerade in Baden-Württemberg wurde ja wahrscheinlich der Spruch geboren – zumindest wird er hier häufig zitiert –: „Was nichts kostet, ist nichts wert.“ Dieser Satz gilt letzten Endes auch für Parlamente. Davor möchte ich ein bißchen warnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur Abstimmung. Der Ständige Ausschuß empfiehlt Ihnen mit der Beschlußempfehlung Drucksache 10/5497, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Bitte, Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Ich beantrage getrennte Abstimmung über die Nummern 1 und 2.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Also über Artikel 1 Nr. 1 und Artikel 1 Nr. 2. – Gut, einverstanden.

Wer der Nummer 1 des Artikels 1 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Bei wenigen Gegenstimmen ist Artikel 1 Nr. 1 angenommen.

Ich rufe die Nummer 2 des Artikels 1 auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 2

Wer Artikel 2 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen ist Artikel 2 zugestimmt.

Meine Damen und Herren!

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 3. Juli 1991 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schl u ß a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Gegenprobe! – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist das Gesetz angenommen.

Der Tagesordnungspunkt 7 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der CDU mit der Antwort der Landesregierung – Entwicklung des Dienstleistungssektors in Baden-Württemberg – Drucksachen 10/2226, 10/2720

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Besprechung der Großen Anfrage 10 Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten, für das Schlußwort 5 Minuten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kurz.

Abg. Kurz CDU: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich glaube, ein für Baden-Württemberg so wichtiges Thema heute abend noch umfangreich zu diskutieren wäre der guten Dinge fast etwas zuviel getan. Ich möchte auch versuchen, mich sehr kurz zu fassen.

Ich hätte mir an sich gewünscht, daß heute vormittag im Rahmen der Aktuellen Debatte über den Standort Baden-Württemberg genau dieser Dienstleistungsbereich, nämlich der Weg von der Industriegesellschaft hinein in die Dienstleistungsgesellschaft, auch seinen angemessenen Platz gefunden hätte.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Der Ministerpräsident hat nichts dazu gesagt!)

– Aber, Herr Kollege Schlauch, Sie sind sicherlich mit mir der Meinung, daß wir den Fortschritt in Baden-Württemberg und den Wohlstand in Baden-Württemberg im wesentlichen dem Strukturwandel und dem Umstand zu verdanken haben, daß wir eine solide Basis im Dienstleistungsbereich gefunden haben.

(Sehr gut! bei der CDU!)

Seit Beginn der industriellen Revolution befinden wir uns ja in einem permanenten Strukturwandel. Ich glaube, die Politik muß darauf achten, diesen Strukturwandel ordentlich zu begleiten und ihn zu begünstigen.

Da genügt es schon, einen kleinen Blick in die Vergangenheit zu werfen. Die Rauchschwaden über den alten Schornsteinindustrien sind abgezogen. Einzelne Branchen wurden und werden auch heute noch von Stilllegungen geschüttelt. Im industriellen Bereich sank demzufolge die Zahl der Arbeitsplätze auch bei uns in Baden-Württemberg während

(Kurz)

der letzten 20 Jahre ganz erheblich. Gleichzeitig aber stieg die Anzahl der Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich nahezu um das Doppelte.

Ich möchte Ihnen jetzt einmal einige weltweit bekannte Namen nennen, die symbolhaft für diesen Strukturwandel stehen. Ich nenne Walt Disney. Ich nenne McDonald's.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Da bleibt einem ja die Spucke weg! – Abg. Haas CDU: Hätten Sie die in Stuttgart abgeschafft, wenn Sie Oberbürgermeister geworden wären?)

– Das ist nur symbolhaft, nicht von der Qualität her zu bemessen. Aber lieber Kollege Schlauch, es ist in der Tat so: Auch das Angebot von McDonald's ist ein Dienstleistungsangebot.

(Abg. Wettstein SPD: Ein ganz mieses!)

– Sicherlich ein mieses, aber es ist eines.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Was man so in manchen Kantinen kriegt, ist auch nicht besser!)

Ich nenne in diesem Zusammenhang aber auch die großen Kulturzentren, etwa die Music-Halls von Deyle und Kutz. Wir müssen einfach sehen, daß diese Entwicklung unseren Fortschritt begünstigt.

Die sogenannten „Service Industries“ entwickeln sich in atemberaubendem Tempo. Als Beispiel sei erwähnt West Management in Amerika, die nichts anderes tut, als sich um die Entsorgung von Abfällen zu kümmern, ...

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Ich darf um ein bißchen Ruhe bitten!

Abg. Kurz CDU: ... und die astronomisch wirkende Wachstumsraten erzielt und beispielhafte Profite erwirtschaftet. Das gibt es auch in ganz anderen Bereichen, etwa Reisebüros, Banken, Finanzierungsgesellschaften – ich nenne beispielhaft nur die Euro-Card-Organisation –, die Zuwächse in einer Höhe von 10 % erzielen, während unsere Industrie in der Regel um bescheidende Umsatzrenditen von teilweise weniger als 2 % zu kämpfen hat.

Wir reden dabei immer noch von den reichen Industrieländern. Dabei übersehen viele, daß in allen erfolgreichen Volkswirtschaften zwischen 55 und 80 % aller offiziell Beschäftigten im tertiären Sektor tätig sind –

(Abg. Wettstein SPD: In Baden-Württemberg sind es nur 54 %!)

viele als Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst, die meisten in einer bunten Palette von Betrieben, die auf vielfältige Art Dienste anbieten. Immer mehr Menschen arbeiten in Verbänden und Organisationen ohne Erwerbscharakter. Heute liegt der Wertschöpfungsanteil im Dienstleistungssektor bereits höher, als der Anteil der Beschäf-

tigten in unserer Volkswirtschaft ausmacht. Am Steueraufkommen ist dieser Bereich sogar überproportional beteiligt.

Der Klarheit willen möchte ich noch anfügen, daß von den bei uns in der Industrie gezählten Beschäftigten mittlerweile mehr als 50 % nicht mehr in engerem Sinne produzieren, sondern als Dienstleistende, etwa im Bereich der Forschung, in der Verwaltung, im Verkauf, in der Logistik, tätig sind.

Jetzt komme ich zu einer Betrachtung, die auch uns in Baden-Württemberg etwas berühren sollte. Die Dienstleistungen gewinnen als Gegenstand des Welthandels zunehmend Bedeutung. Sie stellen immerhin einen Wert von rund 4 800 Milliarden DM oder mehr als 30 % des gesamten Welthandels dar. Interessant ist aber besonders, wie sich die Anteile der einzelnen Länder verschieben. Der Anteil der Bundesrepublik sank in den Jahren von 1970 bis 1985 von 10 % auf 6,5 %, dagegen konnte Großbritannien seinen Anteil von 10 % auf 12 % erhöhen. Der Gesamtanteil der Erlöse aus Export von Dienstleistungen erreicht in Großbritannien einen Anteil von 50 %, in Frankreich einen Anteil von 38 %. In der Schweiz sind es 35 %. Das Schlußlicht im Reigen der großen Industrienationen bildet die Bundesrepublik mit weniger als 22 %, und in Baden-Württemberg beträgt der erwähnte Anteil etwa 30 %. Dies aber ist auch der Ausdruck dafür, daß etwa in Nordrhein-Westfalen und in den Küstenländern Hamburg und Bremen der Strukturwandel nicht rechtzeitig eingeleitet wurde. Sonst ließe sich diese niedrige Prozentzahl, bezogen auf die alten Länder der BRD, nicht erklären.

Trotzdem müssen auch wir hier in Baden-Württemberg, insbesondere in den Bereichen Beratung, Revision, Innovation, Information, Kommunikation und Medien, schauen, daß wir den Anschluß nicht verlieren.

Daniel Bell ist der Schöpfer des Begriffs „nachindustrielle Gesellschaft“. Die wichtigsten Merkmale dieser Entwicklungsphase hat die Wirtschaft längst erkannt. Wissen und Können der Menschen stufen Maschinen und Kapital erheblich zurück. Die Fähigkeiten der Mitarbeiter bestimmen die Innovationsfähigkeit des Unternehmens und den Anteil der Intelligenz im Unternehmen, in den einzelnen Produktionsverfahren und auch in den Produkten selbst. Darin liegt auch der Schlüssel zu einer hohen Effizienz der industriellen Produktion. Denn gerade zur Steigerung der Produktion sind weitere hochqualifizierte Dienstleistungen erforderlich, nämlich Marktforschung, Systementwicklung, Software, Wartung und vieles andere mehr.

Der rasanten Produktivitätssteigerung der Industrie schließlich ist es zu verdanken, daß wir die materiellen Bedürfnisse mit sinkendem Anteil unseres Einkommens befriedigen können und an die Stelle der so eingesparten Beträge andere Bedürfnisse setzen können, etwa im Bereich der Weiterbildung, der Kultur, des Amusements, der Reisen, der Unterhaltung und der Wissensvermittlung. Daneben entstehen Wachstumfelder in den Bereichen Sicherheit, Versicherung, Finanzierungsdienste, erlebnisvermittelnde Dienste, gesundheitsfördernde Dienste, Orientierungshilfe, aber auch Bequemlichkeit und Status.

(Kurz)

Entscheidend ist dabei auch der Faktor der verfügbaren Zeit. Um 1900 lag die durchschnittliche Lebenserwartung etwa bei 40 Jahren. Der einzelne hatte pro Jahr allenfalls 2 000 Stunden verfügbare Zeit, ab Ende der Ausbildung waren es etwa 50 000 Stunden. Heute liegt die Lebenserwartung bei 80 Jahren, und 344 000 Stunden stehen jedem ab dem Ende der Ausbildung zur Verfügung. Diese Entwicklung hat steigende Tendenz, so daß sich hier ein gewaltiges Potential an Bedürfnissen für neue Dienste angesammelt hat und auch noch in der Zukunft ansammeln wird.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Gilt diese Freizeit auch für Abgeordnete, Herr Kollege?)

– Diese Freizeit gilt natürlich auch für den Abgeordneten, je nachdem, wie er sein Zeitmanagement begreift, aber im Endeffekt wird er sicherlich etwas mehr als der Durchschnitt zu arbeiten haben.

Zusätzliche Arbeitsplätze entstehen also im wesentlichen nur noch im Dienstleistungssektor. Allein in den alten Ländern der Bundesrepublik werden in den nächsten 25 Jahren rund 4 Millionen Menschen mehr im tertiären Sektor arbeiten, und hierauf haben wir uns einzustellen.

Interessant ist auch, wie unterschiedlich sich in den einzelnen Ländern der Anteil des öffentlichen Dienstes an der gesamten Dienstleistung entwickelt. Hier gibt es gravierende Unterschiede zwischen den Industrieländern, etwa Japan mit 7 %, Schweden mit 33 %. In den alten Bundesländern liegt dieser Anteil bei etwa 22 %.

Einem Phänomen aber müssen insbesondere wir als Politiker Aufmerksamkeit schenken: Ein ständig wachsender Teil der Dienstleistungen wird nicht im Rahmen der Marktwirtschaft erbracht, sondern in der sogenannten informellen Wirtschaft oder Schattenwirtschaft. Zu deutsch: Die Schwarzarbeit beginnt hier zu blühen. In den USA soll dieser Anteil eine ganz beträchtliche Höhe erreichen. Schätzungen gehen bis zu 70 %. In den alten Ländern der Bundesrepublik wird dieser Anteil auf zwischen 5 und 8 % geschätzt. Der Teil also, der nicht in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eingeht, wird immer größer. Hier gehen dem Gemeinwesen Milliardenbeträge verloren.

(Zuruf des Abg. Wettstein SPD)

Dies ist aus dem Grund problematisch, weil wir unseren Sozial- und Wohlfahrtsstaat ausschließlich aus der offiziellen Wirtschaftstätigkeit finanzieren.

Bei dieser Problematik besteht für die Politik Handlungsbedarf. Es müssen Modelle entworfen werden, wie die informelle Wirtschaft zu den wachsenden Soziallasten heranzuziehen ist. Es kann und darf nicht angehen, daß der Schattenwirtschaft im Dienstleistungsbereich ein zusätzliches Eldorado eröffnet wird und die Solidargemeinschaft jährlich gewaltige Schäden hinnehmen muß.

Gerade in einer freiheitlich ausgerichteten Kommunikations- und Informationsgesellschaft ist die Eigenverantwortung des einzelnen stärker zu betonen und die Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft deutlicher zu definieren.

Meines Erachtens wäre hier eine Erklärungspflicht eines jeden einzelnen Steuerbürgers einzuführen, damit das Versteckspiel des Schwarzarbeiters hinter dem Lohnabzugsverfahren über die Betriebe ein Ende hat.

Abgesehen von dieser eingeschobenen Betrachtung steht fest, daß die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs entscheidend von den Rahmenbedingungen abhängt, die wir zu einer besseren Entfaltung des tertiären Sektors bereitstellen. Es muß uns allen daran liegen, die Standortattraktivität des Landes weiterhin zu stärken. Durch den zügigen Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur müssen die Ansiedlungsanreize für Unternehmen weiter verbessert werden.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

Dabei denke ich insbesondere an moderne Verkehrs- und Kommunikationsnetze mit den entsprechenden Diensten. Wir müssen die Strukturen dafür schaffen, daß sich auch in der Industrie die interne Tertiärisierung ungehindert voll entfalten kann.

Bei dem hohen Anteil der Freizeit unserer Bevölkerung wäre es verhängnisvoll, wenn nicht alle Voraussetzungen zum Erblühen der kulturellen Vielfalt und der vielschichtigen kulturellen Aktivitäten geschaffen würden. Den ersten Rang aber muß weiterhin die weitere Anpassung der sozialen Infrastruktur an die Veränderung der Bedürfnisse der Menschen in unserem Land einnehmen.

Meine Damen und Herren, das Wirtschaftsministerium gab auf unsere Große Anfrage eine umfassende Antwort. Ich darf dem Wirtschaftsministerium ganz herzlich für diese Arbeit danken. Sie hat aufgezeigt, daß wir in Baden-Württemberg mit der Wirtschafts- und Technologiepolitik den richtigen Weg hinein in die Dienstleistungsgesellschaft besritten haben und daß die Erfolge deutlich und sichtbar sind. Wir sehen in unserem Bemühen, in unserer Politik eben immer den Menschen im Mittelpunkt,

(Abg. Jacobi GRÜNE: Wir auch!)

und daher ist unsere Politik auch im Hinblick auf die Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze so wertvoll und so hervorragend.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wettstein.

Abg. Wettstein SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion wird wieder das alte Lied gesungen: Baden-Württemberg ist Spitze!

(Abg. Haas CDU: Stimmt auch!)

Es gibt der Antwort der Landesregierung zufolge im Dienstleistungsbereich keinerlei Probleme, mit einer Ausnahme: In Baden-Württemberg gibt es keine Bankenzentralen, und – ich zitiere – „Dienstleistungsunternehmen und -einrichtungen, die über das Land hinaus ihr Tätig-

(Wettstein)

keitsfeld haben, sind nicht so häufig vertreten". Dafür hat die Landesregierung auch gleich eine Erklärung parat. Die Ursachen sind im einsetzenden Industrialisierungsprozeß im 19. Jahrhundert zu finden, also zeitlich fernab von dem Verantwortungsbereich der Landesregierung.

Was in der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage völlig verschwiegen wird, ist die Tatsache, daß Baden-Württemberg, was den Dienstleistungsbereich anbelangt, die letzte Stelle einnimmt. Selbst eine Zeitung wie die „Eblinger Zeitung“, die weit davon entfernt ist, sozialdemokratisch angehaucht zu sein,

(Abg. Haas CDU: Gibt es das? Sozialdemokratisch angehauchte Zeitung? Das ist mir neu!)

schreibt am 12. Januar 1991 - ich zitiere -: „... ist Baden-Württemberg im Tertiärsektor das Schlußlicht im Bund“. Das Schlußlicht im Bund, Herr Haas. Das ist gleichzeitig die Antwort auf Ihre Zwischenrufe.

In keinem anderen Bundesland gibt es prozentual weniger Beschäftigte im Dienstleistungssektor als in Baden-Württemberg. Entsprechend heißt es auch in der Dokumentation der Industrie- und Handelskammer Stuttgart aus dem Jahr 1990 - ich zitiere -:

Die strukturellen Stärken Baden-Württembergs liegen traditionell weit mehr im sekundären als im tertiären Sektor.

In dieser Dokumentation wird außerdem festgestellt, daß kaum ein baden-württembergisches Unternehmen in der jeweiligen Dienstleistungsbranche unter den ersten zehn auf Bundesebene zu finden ist.

Weiter heißt es in der Dokumentation:

Bei wachsendem Wettbewerb der europäischen Länder muß Baden-Württemberg auf seine Stärken im produzierenden Sektor und unternehmensnahe Dienstleistungen setzen, daneben aber auch seine Chancen in Bereichen des Dienstleistungssektors suchen, die nicht nur für mehr Beschäftigung sorgen, sondern auch zunehmend das Ansehen und die Anziehungskraft der europäischen Regionen bestimmen.

Ich möchte hier an dieser Stelle einflechten, daß es natürlich unterschiedliche Dienstleistungen gibt. Da gibt es zum Beispiel die Arbeitsplätze in Würstchenbuden. Da gehört McDonald's mit dazu. Herr Kollege Kurz, das sind Dienstleistungen, die insbesondere in den USA während der Ära Reagan entstanden sind und die in den USA als ausgesprochene „bad jobs“ bezeichnet werden. McDonald's beschäftigt bei uns, von Ausnahmen abgesehen, die Mitarbeiter nur auf 480-DM-Basis. Das nur einmal zu diesem Bereich.

Ich meine, entscheidend ist aber, wie sich bei uns die produktionsorientierten Dienstleistungen entwickeln. Vor allen Dingen dieser Bereich muß wachsen. Neben der besonderen Schwäche im Dienstleistungsbereich in Baden-Württemberg gibt es, gerade was diesen Punkt anbelangt, auch noch gravierende regionale Unterschiede. Diese regionalen Unterschiede werden von der Landesregierung in

ihrer Antwort auf die Große Anfrage überhaupt nicht erwähnt.

Wir haben in diesem Zusammenhang natürlich auch das Problem statistischer Defizite. Vieles kann bisher nur indirekt festgestellt werden. Eine Aufstellung nicht nur nach Bereichen, sondern auch nach Tätigkeiten wäre angebracht. Hier müßte das Statistische Landesamt entsprechend beauftragt werden. Aber trotz dieser statistischen Defizite kann man zum Beispiel feststellen, daß der Anteil der Ingenieure und Naturwissenschaftler an der Gesamtzahl der Beschäftigten in ländlichen Bereichen weit geringer ist als in Ballungsräumen. Auch bei Ballungsräumen haben wir wiederum Unterschiede. So ist der Raum Mannheim, immerhin das zweitgrößte Industriezentrum in Baden-Württemberg und auch sehr wichtig für den Handelsaustausch mit Frankreich, wesentlich schlechter gestellt als der Raum Stuttgart.

Aus dem Gutachten der Forschungsstelle für gesellschaftliche Entwicklung der Universität Mannheim geht hervor, daß ein Unterbesatz im Bereich produktionsorientierter Dienste im Raum Mannheim besteht. Die SPD-Fraktion hat bekanntlich schon eine Reihe von Vorschlägen gemacht, um dem entgegenzuwirken. Ich mache jetzt hier keinen Unterschied zwischen den produktionsorientierten Diensten in den Unternehmen und denen, die außerhalb sind.

Was die produktionsorientierten Dienste in den Unternehmen anbelangt, so ist auch in Baden-Württemberg die Struktur nicht so günstig, wie das wünschenswert wäre. Auch das wird von der Landesregierung bei der Antwort auf die Große Anfrage völlig außer acht gelassen.

Nach einem von dem Institut der deutschen Wirtschaft, also von den Arbeitgebern, aufgestellten Dienstleistungsprofil der Industrie ist die Dienstleistungsintensität in den verschiedenen Branchen verschieden hoch. Hier haben wir eine interessante Reihenfolge. An der Spitze der Dienstleistungsintensität steht der Luft- und Raumfahrzeugbau, dann kommt die Elektrotechnik, dann kommen die Chemie, Büromaschinen, Mineralölverarbeitung, und erst dann kommen Maschinenbau und Straßenfahrzeugbau, also die Bereiche, die umsatzmäßig in Baden-Württemberg ganz oben stehen. Der Index, was die Dienstleistungsintensität anbelangt, ist beim Luft- und Raumfahrzeugbau mit 318 fast doppelt so hoch wie beim Maschinenbau mit 178 und beim Straßenfahrzeugbau mit 164. Das heißt, die Struktur der Industrie ist in Baden-Württemberg nicht so, daß wir annehmen können, daß der Dienstleistungsanteil im produktionsnahen Bereich ohne weiteres überproportional zunimmt.

Ich möchte ein Beispiel aus dem Luftfahrzeugbau nennen, das ich kürzlich feststellen konnte. Bei Dornier ist ein Prototyp für ein Flugzeug gebaut worden, bei dem die Produktion nahezu ausnahmslos - nur ganz wenige Teile sind noch in Eigenarbeit erstellt worden - im Ausland erfolgt ist, in Korea usw. Was aber in Friedrichshafen erbracht worden ist, das ist das Engineering. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich darauf hinweise, daß eine reife Volkswirtschaft sich dadurch auszeichnet, daß mehr Dienstleistungen erbracht werden, als Waren produziert

(Wettstein)

werden. Das ist übrigens auch in etwa das, was wir schon seit einer Reihe von Jahren im Zusammenhang mit unserer Forderung nach einem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft meinen. Wir brauchen also neben der Produktion das Anbieten von Problemlösungen und mithin einen qualitativ hochwertigen Produktmix aus Sachgütern und Dienstleistungen.

In diesem Zusammenhang, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist natürlich entscheidend, ob wir in Baden-Württemberg über eine ausreichende Zahl von qualifizierten Fachkräften verfügen. Die Landesregierung beklagt in ihrer Antwort auf die Große Anfrage den Fachkräftemangel in Baden-Württemberg. Meine Damen und Herren, das ist natürlich eine große Selbstanklage. Ich habe hier von dieser Stelle aus vor 15 Jahren mehrmals betont, daß wir, wenn wir die geburtenstarken Jahrgänge nicht als Chance begriffen, ein Reservoir an qualifizierten Fachkräften zu bilden, aus dem wir dann in den neunziger Jahren schöpfen könnten, in den neunziger Jahren einen gravierenden Facharbeitermangel haben würden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Meyer CDU)

Darauf habe ich mehrmals hingewiesen, Herr Kollege Meyer.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Ich habe außerdem darauf hingewiesen, Herr Scheuermann, daß wir deshalb in den zukunftssträchtigen Berufen, für die mehr Nachfrager da waren, als Lehrstellen zur Verfügung standen, eben notfalls außerbetriebliche Ausbildungsplätze schaffen müßten. Das alles hat die Landesregierung in den Wind geschlagen,

(Abg. Brigitte Wimmer SPD: Und die CDU-Fraktion!)

und deshalb trägt sie heute die Verantwortung dafür, daß ein Fachkräftemangel besteht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU – Abg. Haas CDU: Wo sind denn die Leute jetzt? – Weitere Zurufe von der CDU)

– Sie können mit Ihrem Geschrei über die Verantwortung, die Sie für all das tragen, was Sie in diesem Zusammenhang versiebt haben, nicht hinwegtäuschen, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion.

(Beifall bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Herr Abg. Wettstein, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bloemecke?

Abg. Wettstein SPD: Jawohl, wenn es nicht von meiner Redezeit abgeht.

Abg. Bloemecke CDU: Herr Wettstein, können Sie uns einmal erklären, wo alle die Nichtausgebildeten sind? Sind die alle arbeitslos, oder stehen sie alle dem Arbeitsmarkt als Ungelernte zur Verfügung?

Meines Wissens hat das Handwerk gerade in Baden-Württemberg eine ungeheure Leistung in der Ausbildung erbracht. Wenn Sie jetzt sagen, es sei zuwenig getan worden, dann müssen Sie uns erklären, wo die Leute sind.

(Abg. Brigitte Wimmer SPD: Lauter Bäcker, die arbeiten bei Daimler am Band!)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Bitte, Herr Abg. Wettstein.

Abg. Wettstein SPD: Herr Bloemecke, es ist doch überhaupt kein Geheimnis – ich habe das einmal bei einer Pressekonferenz gesagt –

(Abg. Haas CDU: Das sagt doch gar nichts!)

Herr Präsident, ich stelle gerade fest: Während ich die Zwischenfrage beantworte, wird mir das Ende der Redezeit signalisiert.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Sie brauchen keine Sorge zu haben.

Abg. Wettstein SPD: Ich möchte das nur festhalten.

Ich habe bei einer Pressekonferenz das Beispiel genannt, wie gerade im Raum Stuttgart 5 000 junge Leute, die eine Lehrstelle im Bereich Elektrotechnik und im Bereich der metallverarbeitenden Industrie gesucht haben, keine Ausbildungsstelle gefunden haben. Das wären doch zukunftsorientierte Arbeits- und Ausbildungsplätze gewesen.

(Abg. Bloemecke CDU: Wo sind die heute?)

– Jetzt sage ich Ihnen, Herr Bloemecke, was die gemacht haben. Weil sie keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, sind sie zum Teil in Berufe, auch im Bäcker- und Metzgerhandwerk, gegangen, in die sie gar nicht wollten. Dann sind sie wieder raus aus ihrem erlernten Beruf und sind jetzt als Hilfsarbeiter und als angelernte Arbeiter bei Daimler-Benz und anderen Großbetrieben.

(Zurufe von der CDU)

Dies wollen Sie heute immer noch nicht begreifen. Ich stelle nur fest: Wir haben damals diesen Facharbeitermangel prognostiziert und haben gesagt: Sie verpassen eine Chance.

Ich stelle außerdem fest, daß es bei der Weiterbildung derzeit genauso läuft. So, wie Sie vor 10, 15 Jahren die Ausbildung vernachlässigt haben, vernachlässigen Sie jetzt die Weiterbildung. Die Weiterbildung, die gerade in bezug auf qualifizierte Arbeitskräfte von äußerster Wichtigkeit ist, wird in der Antwort der Landesregierung auf diese Große Anfrage nur mit einem Nebensatz erwähnt. Ich halte sie für äußerst wichtig, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Die wirtschaftliche Zukunft Baden-Württembergs ist meines Erachtens in einem hohen Maße davon abhängig, daß wir insbesondere im Bereich produktionsorientierter

(Wettstein)

Dienstleistungen weiterkommen. Vor allem dieser Bereich muß wachsen.

(Abg. Fleischer CDU: Bravo!)

Ich möchte aber nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß wir einen großen Mangel an Humandienstleistungen haben, zum Beispiel in den Bereichen, die für die Familie tätig sind: Kindergärten, Kinderhorte, Ganztagschulen. Auch was die Pflege in den Krankenhäusern und Altenheimen anbelangt, haben wir einen gravierenden Mangel, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das gehört mit zum Dienstleistungsbereich; das dürfen wir nicht unter den Tisch fallen lassen. Hier ist die Landesregierung für die Schaffung von Arbeitsplätzen direkt verantwortlich.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

– Herr Kollege Scheuermann, zur Besetzung von Arbeitsplätzen zählt natürlich auch die Besoldung; das ist doch ganz klar. Wir haben zum Beispiel nicht den Markt, den ich mir wünschen würde. Wenn wir dort einen Markt hätten, müßten die Krankenpflegerinnen jetzt hochbezahlte Leute sein,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

weil es beim Markt nach Angebot und Nachfrage geht.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin der Meinung, daß der Dienstleistungsbereich nicht nur dort, wo die Produktion betroffen ist, sondern auch bei den Humandienstleistungen wachsen muß.

Insgesamt stelle ich fest: Schönfärberei hilft hier nicht. Die Antwort der Landesregierung auf diese Große Anfrage aber ist eine einzige Schönfärberei. Es geht darum, Vorkehrungen für den ökologischen Umbau unserer Industrie zu treffen. Es geht darum, Weichen zu stellen, daß Baden-Württemberg bei den Dienstleistungen vom letzten Rang wekommt.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Jacobi.

Abg. Jacobi GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ziemlich fruchtlos, wenn wir untereinander Prozentzahlen bundesweit, von Mannheim nach Heidelberg oder wieder zurück nach Stuttgart, hin- und herschieben. Das bringt uns überhaupt nichts, vor allem dann nicht, wenn noch versucht wird, daraus Rückschlüsse für die Stellung der Wirtschaft insgesamt zu ziehen.

Herr Kollege Wettstein, der Anteil der Dienstleistungen insgesamt besagt zunächst einmal überhaupt nichts. Wahrscheinlich hat Kalkutta einen enorm hohen Anteil an Dienstleistungen. Aber das sagt überhaupt nichts aus.

(Abg. Wettstein SPD: Ich habe ja gesagt, daß man da differenzieren muß!)

Die Frage ist vielmehr: Zu welcher Wirtschaftsstruktur paßt welcher Dienstleistungsanteil? Meine Damen und Herren, der Dienstleistungsanteil ist Folge einer Entwicklung, aber er bestimmt die Entwicklung nicht selbst.

Zwei Punkte kommen hinzu. Die Statistik kann dann in die Irre führen, wenn Unternehmen beispielsweise Dienstleistungen ausdehnen. Das ist von der Landesregierung in der Drucksache auch erwähnt. Eine zweite Unschärfe entsteht dann, wenn einzelne Regionen wie beispielsweise der mittlere Neckarraum im produzierenden Bereich überdurchschnittlich stark sind. Da ist klar, daß der Dienstleistungsanteil demgegenüber abfällt, weil das immer prozentual gegengerechnet wird. Der Dienstleistungsanteil besagt also zunächst einmal gar nichts. Soweit zur Definition.

Die CDU hat in der Begründung der Großen Anfrage gesagt: Dienstleistungen sind ein guter Wachstumsbereich. Aber in der Bundesrepublik gibt es 55 % der Beschäftigten, die in diesem Bereich arbeiten, und in Baden-Württemberg sind es eben nur 46 %.

Meine Damen und Herren, wenn man diesen Prozeß so verengt, wird er letztlich zum Schattenboxen ohne Erfolg. Lassen Sie uns doch endlich über Strukturprobleme reden. Es hilft uns nicht weiter, wenn wir die Wirtschaft in einen primären, sekundären und tertiären Bereich aufgliedern. Die Frage ist vielmehr, welche Branchen eine Zukunft haben und welche Regionen Probleme bekommen. Wir haben bereits heute morgen einiges zu dieser Frage diskutiert. Hier in Baden-Württemberg sind vorwärtsgerichtete Industriebereiche und die dazugehörigen Dienstleistungen nötig, um tatsächlichen gesellschaftlichen und ökologischen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Die Technologien, die wir fördern, müssen den Problemen entsprechen. Das ist eigentlich banal, aber leider besteht da bei uns ein Defizit. Nicht alles, was neu ist und was High-Tech ist, ist per se gut und förderungswürdig. Wir haben heute morgen einige Defizite benannt: Abfallwirtschaft, Verkehrssysteme. Der Herr Ministerpräsident hat hier ein bißchen beschönigt. Wenn er aber bei den Verbänden redet, sieht die Sache und auch seine Rede etwas anders aus. Im übrigen gibt es eine ganze Reihe wissenschaftlicher Untersuchungen, die hierzu wichtige Hinweise und Warnungen geben. Wir haben hier in Baden-Württemberg die Chance, nicht einfach nur Autos zu produzieren, sondern tatsächlich Verkehrssysteme. Das sind letztendlich auch Dienstleistungen. Dieser Bereich kann entwickelt und verkauft werden, damit wir den Gefahren einer kommenden Strukturkrise entgegenwirken. Das müssen wir dann auch tatsächlich tun.

Stichwort Deregulierung. Wer meint, daß er die Gewinnspannen dadurch vergrößern kann, daß er dereguliert, ist eigentlich immer in der Defensive. Deregulierung ohne Konzept bringt unliebsame Nebenerscheinungen. Es ist unstrittig, daß wir unsinnige oder nicht mehr sinnvolle Normen und Vorschriften abschaffen müssen, aber nicht pauschal. Das muß man, wie ich meine, auch ganz deutlich an die Kollegen der FDP/DVP sagen. Wir brauchen auf der anderen Seite neue, insbesondere ökologische Rahmenbedingungen, die den aktuellen Anforderungen entspre-

(Jacobi)

chen. Beim Verkehr liegt das auf der Hand, beim Verpackungsbereich ist es genauso.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

– Über Ihre Zustimmung bin ich froh, Herr Kollege Goll.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

In dieser Hinsicht hört man von Ihnen aber sonst Trauriges.

(Zurufe der Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP und Rempffel CDU)

Ein echtes Defizit im Dienstleistungsbereich besteht im Sozialbereich. Hier liegt unsere Verantwortung, die Verantwortung der öffentlichen Hand klar zutage. Werbekampagnen allein werden die Attraktivität der Pflegeberufe in der öffentlichen Meinung nicht verbessern. Es bleibt eher ein fader Nachgeschmack, solange nicht Arbeitsbedingungen und das Berufsbild verbessert werden oder die Bezahlung angehoben wird. Man kann schon manchmal den Eindruck gewinnen, daß sich das Land dort für Dienstleistungen einsetzt, wo sie keine laufenden höheren Kosten verursachen, aber der Imagepflege dienen.

(Abg. Pfaus CDU: Beispiele!)

Meine Damen und Herren, wir müssen von einer pauschalen Debatte darüber wegkommen, ob und wieviel Dienstleistung notwendig ist. Wir müssen fragen, welche Dienstleistungen wir in Zukunft brauchen.

(Abg. Pfaus CDU: Toll!)

Die Politik muß sich fragen lassen, ob sie die gesellschaftlichen Probleme erkennt und angemessen und ausreichend gestaltet. Wir könnten, wenn Sie wollten, auch einen zusätzlichen Bedarf an ökologischen Dienstleistungen zum Beispiel über ein konsequent durchgeführtes Verursacherprinzip oder dadurch erzeugen, daß wir Öko-Bilanzen in den Betrieben einführen. Dadurch würde Beratungsbedarf notwendig. Das sind Entwicklungen, die aus ökologischer Sicht dringend geboten sind und bei denen wir weiter gehen können, als dies andere bereits tun.

Meine Damen und Herren, zum Schluß: Die Dienstleistungen insgesamt werden eine größere Bedeutung erfahren. Das ist klar. Die Rechtsvorschriften werden immer komplizierter, das heißt, hier muß man sich auch als Bürger und als Bürgerin, auch als Unternehmer, immer mehr informieren. Es entsteht neuer Bedarf. Die ökologischen Notwendigkeiten müssen zu neuen Dienstleistungen führen.

Schließlich zum ganzen sozialen Aufgabenbereich: Auch hier brauchen wir zusätzliche neue Dienstleistungen.

Uns als Gesetzgeber darf aber nicht alles gleich wichtig sein, sondern unsere Aufgabe ist, uns darum zu bemühen, solche Dienstleistungen zu fördern, die wir insbesondere zum Schutz unserer Lebensgrundlagen unbedingt brau-

chen. Dazu sind die Stichworte genannt: Verkehr, Müll und Energie.

(Beifall der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Albrecht.

Abg. Albrecht FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren Kollegen! Mit freundlicher Genehmigung des Herrn Präsidenten gibt die FDP/DVP-Fraktion ihre Rede zu Protokoll.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Sehr gut! – Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Gemäß unserer Geschäftsordnung erteile ich die Genehmigung, daß die Rede zu Protokoll gegeben wird, weil dies der weiteren Verhandlungsführung und dem weiteren Ablauf der Sitzung sachdienlich ist. (Siehe Erklärung zu Protokoll am Schluß des Tagesordnungspunkts.)

(Abg. Albrecht FDP/DVP: Danke schön, Herr Präsident!)

Wem darf ich das Wort erteilen? – Das Wort hat der Herr Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie.

Staatssekretär Dr. Leibing: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sicher haben Sie Verständnis dafür, wenn ich als Vertreter des Wirtschaftsministeriums hier erkläre, daß ich diesen Tag als einen guten Tag für Baden-Württemberg bewerte und empfinde, denn die heutige Plenarsitzung hat mit der Frage der wirtschaftlichen Standortsituation unseres Landes begonnen. Wenn ich jetzt zum Tagesordnungspunkt 8 überleite, dann darf ich sagen: Ein guter Schluß zielt alles. Auch dies ist ein gutes Thema zum Abschluß der parlamentarischen Beratungen.

Ich möchte zum zweiten Herrn Abg. Kurz einen herzlichen Dank für die anerkennenden Worte sagen. Wir haben uns bemüht, auch diese Große Anfrage nach bestem Wissen und Gewissen zu beantworten. Wenn die Werte besser sind, als manche es wahrhaben wollen, dann liegt das einfach daran, daß wir uns der Wahrheit und den Tatsachen verpflichtet fühlen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, in Ergänzung der in der Antwort auf die Große Anfrage gemachten Ausführungen möchte ich noch einige Anmerkungen machen.

Zunächst möchte ich feststellen, daß ein hoher Anteil von Dienstleistungen Kennzeichen einer hochentwickelten Volkswirtschaft ist. Gleichwohl sind Dienstleistungen wie andere Sektoren der Wirtschaft nicht an sich gut oder schlecht. Ich meine, wir sollten vielmehr fragen, welchen Beitrag die einzelnen Sektoren zum volkswirtschaftlichen Wachstum, zur volkswirtschaftlichen Stabilität und zum wirtschaftlichen Wohlstand leisten. Das heißt, der Erfolg

(Staatssekretär Dr. Leibing)

der Dienstleistungen ist eigentlich das entscheidende Kriterium. Es ist sicherlich besser, hervorragende produzierende Branchen zu haben als schlechte Dienstleistungen. Dies bedeutet, es gibt effiziente und nichteffiziente Dienstleistungen, es gibt private und öffentliche, es gibt gute und weniger gute Dienstleistungen.

Meine Damen und Herren, es geht darum, daß Dienstleistungen die Bedürfnisse des Menschen befriedigen. Dies ist das Ziel. Baden-Württemberg hat in der Tat einen außerordentlich hohen Anteil von Beschäftigten im Dienstleistungssektor. In Baden-Württemberg sind im Dienstleistungsbereich über ein Fünftel mehr Beschäftigte tätig als in der Industrie.

(Abg. Wettstein SPD: Aber im Ländervergleich?)

– Herr Abg. Wettstein, es können jeweils nur 100 % sein. Die Frage ist, ob Sie unseren guten produzierenden Bereich reduzieren und den Dienstleistungsbereich erhöhen wollen. Dies ist die Frage, die in diesem Zusammenhang gestellt werden muß.

(Zuruf des Abg. Wettstein SPD)

Dies war eigentlich der Inhalt meiner Eingangsbemerkungen.

Ich muß noch hinzufügen, daß die Statistik in dieser Hinsicht unzureichend ist, weil systemimmanent nicht alle Dienstleistungen sich in der Statistik niederschlagen. Ein großer Teil unseres produzierenden Gewerbes ist bereits mit einem hohen Dienstleistungsfaktor durchsetzt,

(Abg. Kurz CDU: Etwa Daimler-Benz und IBM!)

und ein großer Teil der Dienstleistungen findet so in der Statistik gar keinen Niederschlag.

(Abg. Kurz CDU: So ist es!)

Das heißt, der Anteil der Dienstleistungen in Baden-Württemberg ist wesentlich höher, als er sich in der Statistik niederschlägt.

Aber auch die Entwicklung, die Dynamik der rein statistisch ermittelten Dienstleistungsbereiche ist erfreulicherweise in Baden-Württemberg außerordentlich groß. Wir hatten 1990, Herr Abg. Wettstein, gegenüber 1970 einen Zuwachs von 54 % im Dienstleistungsbereich – gegenüber einer Zunahme im Bund von 45 %. Hierin zeigt sich auch, daß gerade Baden-Württemberg auf dem Dienstleistungssektor eine sehr hohe Dynamik aufweist.

Dies ist vor allem deshalb besonders bemerkenswert, weil wir ja gerade in Baden-Württemberg einen außerordentlich hohen und effizienten Anteil des produzierenden Bereichs haben. Sie haben vorhin selbst einige Bereiche genannt, die weltweit erfolgreich tätig sind. Ich denke an den großen produzierenden Bereich im Maschinenbau, im Kraftfahrzeugbau und in der Elektrotechnik. Deshalb ist dieser hohe Anteil, dieser Zuwachs ganz besonders bemerkenswert.

Insgesamt geht es darum, eine gute gesamtwirtschaftliche Situation zu erreichen. Dies ist Aufgabe der Wirtschaftspolitik, dies ist Ziel der Volkswirtschaft. Der Ministerpräsident hat heute morgen schon darauf hingewiesen, daß natürlich – dies ist die zwangsläufige Konsequenz daraus – diese guten volkswirtschaftlichen Daten der letzten Jahre auch ein Ergebnis, der Beitrag des Dienstleistungsbereichs zu der volkswirtschaftlichen Gesamtbilanz sind.

Ich will auch hier sagen: Nichts ist so gut, daß es nicht noch besser gemacht werden könnte. Allerdings muß ich wieder darauf hinweisen: Es geht nicht primär um den Anteil des Dienstleistungsbereichs am gesamten produzierenden und primären Sektor. Es geht vielmehr darum, daß jede Branche ihren optimalen Beitrag zum wirtschaftlichen Wohlstand leistet.

Wichtig ist – um auch dies in Erinnerung zu rufen; ich habe es heute früh mit großer Freude vernommen –, daß in diesem Hause offensichtlich Einigkeit darüber besteht, daß die Standortqualität Baden-Württembergs erhalten und ausgebaut und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verbessert werden soll. Ich möchte deshalb Dank sagen für die Zustimmung zu den Bemühungen der Landesregierung, die fraktionsübergreifende Zustimmung, die ich der heutigen Diskussion entnommen habe.

Die Frage ist: Was ist zu tun, und was tut die Landesregierung speziell auf diesem Sektor des Dienstleistungsbereichs? Zunächst geht es einfach darum, daß wir die strukturellen Entwicklungen auch im Sektor des Dienstleistungsbereichs fördern und unterstützen. Das heißt, zunächst müssen die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt werden. Diese möchte ich umschreiben und charakterisieren mit den Deregulierungs Bemühungen, den Bemühungen, möglichst viel dem freien Markt und dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen.

Es geht darum, Verbesserungen im Verkehrsdienstleistungsbereich zu realisieren. Der Ministerpräsident hat dies heute früh angekündigt: Ausbau der Infrastruktur, Ausbau der Kommunikationsstruktur. Dies muß insbesondere deshalb geschehen, weil wir wissen, daß gerade der Transportbereich – der Transport von Informationen und der Transport von Waren – in einem größer werdenden Markt zunehmende Bedeutung hat. Insofern gehen wir auch davon aus, daß die Umstrukturierung der Bundespost einen entscheidenden und wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung und zur Verbesserung der Dienstleistungen auf diesem Sektor leisten wird.

Wir erwarten auch, daß gerade im Zusammenhang mit der Vervollständigung und dem Erreichen des Gemeinsamen Marktes und im Zusammenhang mit der Deregulierung ein weiterer Abbau von Wettbewerbsverzerrungen erfolgt, der gerade auch unsere heimische Industrie und den Dienstleistungsbereich in die Lage versetzt, die eigenen Kräfte wirklich voll zum Durchbruch zu bringen. Wir wissen, daß wir heute gerade auf dem Dienstleistungssektor einige gravierende Wettbewerbsnachteile haben, die ordnungspolitisch nicht in Ordnung sind und sicherlich im Rahmen des Gemeinsamen Marktes abgebaut werden.

(Staatssekretär Dr. Leibing)

Zweitens geht es darum, daß wir die Nachteile, die der Mittelstand aufgrund seiner Betriebsgrößenstruktur hat, auch auf dem Sektor des Dienstleistungsbereichs mildern. In erster Linie geht es darum, dem Mittelstand die Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, die er aufgrund seiner Betriebsgrößenstruktur nicht allein bewältigen kann. Es wäre außerordentlich erfreulich gewesen, wenn schon vor einigen Jahren auch in diesem Raum sehr positive Aussagen zu den Bemühungen der Landesregierung zum Ausbau der Forschungs- und Technologietransferstruktur gemacht worden wären. Damals wurde jedoch in erster Linie gewarnt und kritisiert. Ich sage dies deshalb, weil dieser Bereich vor allem für die mittelständischen Betriebe zunehmend an Bedeutung gewinnt und die Wettbewerbsfähigkeit der nächsten Jahre ganz entscheidend davon abhängen wird. Der mittelständische Betrieb wird nicht in der Lage sein, diese Dienstleistungen selbst zu erbringen.

Erfreulicherweise können wir heute feststellen, daß gerade Baden-Württemberg dank der Bemühungen der Landesregierung die forschungsintensivste Region ist. Wir können heute auch feststellen, daß wir in jedem Kreis mindestens eine Technologietransfereinrichtung – in der Regel mehr als eine – haben. Wir haben zusätzliche Einrichtungen bei unseren Kammern geschaffen, die genau das machen, was die einzelnen mittelständischen Betriebe insbesondere auf diesem Sektor aufgrund ihrer Betriebsgrößenstruktur nicht machen können.

Der dritte Bereich ist die Unterstützung der Auslandsaktivitäten. Heute früh haben wir gehört, daß Baden-Württemberg eine Exportquote von weit über 30 % hat. Auch hier gibt es strukturelle Benachteiligungen der kleinen und mittelständischen Betriebe. Deshalb ist die Landesregierung bemüht, auch im Dienstleistungsbereich Messen und Ausstellungen die kleinen und mittleren Betriebe zu unterstützen. Es gibt ganz exemplarische, überzeugende Beispiele, von denen wir wissen, daß die Betriebe dieses Angebot der Landesregierung dankbar aufnehmen oder, besser gesagt, ohne dieses Angebot der Landesregierung die Chancen auf dem Weltmarkt nicht wahrnehmen könnten. Ich könnte jetzt einige ganz konkrete Beispiele nennen. Es geht darum, daß die Landesregierung Maßnahmen zur Verfügung stellt, die diese Nachteile verringern, die die kleinen und mittelständischen Betriebe haben, damit sie auf dem Weltmarkt tatsächlich ihre Angebote präsentieren und ihre Dienstleistungen und Produkte anbieten können.

Der vierte Bereich ist insbesondere sehr arbeitsintensiv. Im Zusammenhang mit dem Arbeitskräftemangel wurde er bereits angesprochen. Auch hier würde ich gern fragen: Wo sind denn die Arbeitskräfte, die wir zusätzlich in den Dienstleistungsbereich integrieren könnten?

Ich darf hier auch einen großen Dank an die gesamte Wirtschaft sagen, insbesondere an das Handwerk und an alle kleinen und mittelständischen Betriebe. Innerhalb weniger Jahre haben gerade die Betriebe die Zahl der Ausbildungsplätze um über 50 % erhöht, ohne einen persönlichen privatwirtschaftlichen Vorteil davon zu haben. Dies ist ein ganz großes volkswirtschaftliches Entgegenkommen gewesen, und ich glaube, dies darf man nicht unterschätzen. Die Landesregierung hat, Herr Abg. Wettstein, im Laufe der letzten Monate intensiv geworben, gerade auch

auf dem Sektor des Dienstleistungsbereichs eine Berufschance zu sehen.

Ergänzend dazu geht es darum: Wenn wir schon wenig Arbeitskräfte haben – gerade auf diesem Sektor macht sich das besonders schmerzhaft bemerkbar –, dann wird es unsere Aufgabe sein, die wenigen um so intensiver, um so besser, um so qualifizierter auszubilden. Deswegen werden wir auch die hervorragenden Einrichtungen, die im Laufe der letzten Jahre geschaffen wurden – ich denke jetzt nur an die Investitionen im überbetrieblichen Ausbildungsbereich –, im Laufe der nächsten Jahre auch auf dem Sektor des Dienstleistungsbereichs intensiv für den Bereich der Ausbildung, aber auch für den gesamten Bereich der Weiterbildung intensiv nutzen müssen. Es wird auch darum gehen, daß wir den Standard dieser technischen Einrichtungen, dieser Dienstleistungseinrichtungen, auch in den nächsten Jahren halten. Das wird vom Steuerzahler einige größere Beträge erfordern, und ich hoffe, daß das Parlament diese Mittel auch bewilligt, damit wir den jungen Menschen diese Einrichtungen zur Ausbildung und zur Weiterbildung gerade auch auf diesem Sektor bereitstellen können.

Meine Damen und Herren, wir sind uns sicherlich im allgemeinen einig, daß gerade der Dienstleistungssektor unsere große Aufmerksamkeit erfordert. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß auch dann, wenn im Laufe der nächsten Monate und Jahre konkrete Maßnahmen, die möglicherweise nicht populär sind, umgesetzt werden müssen, die Einigkeit des Parlaments gegeben ist und wir diese Aufgaben dann gemeinsam bewältigen können.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor.

Ich darf die CDU fragen, ob sie vom Recht des Schlußwortes Gebrauch machen möchte.

(Abg. Jacobi GRÜNE: O nein! – Abg. Kurz CDU: Wir verzichten!)

– Dies ist nicht der Fall. Ich bedanke mich, Herr Kollege Kurz.

Damit ist die Aussprache über diese Große Anfrage abgeschlossen und Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

*

Erklärung zu Protokoll gemäß § 102 Abs. 3 GeschO

Abg. Dr. Scharf FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedauere, daß das wichtige Thema der Entwicklung auf dem Dienstleistungssektor heute zu so später Stunde behandelt wird, dies um so mehr, als der Dienstleistungssektor als die dritte Säule der Wirtschaftspolitik gilt und deshalb als deren tertiärer Sektor bezeichnet wird.

(Dr. Scharf)

Dieser Dienstleistungssektor hat von den Beschäftigungszahlen her noch erhebliche Wachstumschancen, die ihm auch zukünftig erhalten bleiben. Das Datenmaterial, das die Landesregierung aufgrund der Großen Anfrage zusammengestellt hat, ist sehr aufschlußreich. Wichtig ist für mich als Liberaler, daß auch die Landesregierung erkennt, daß das Heil einer gesunden Wirtschaftsstruktur nicht allein vom tertiären Wirtschaftssektor abhängt und daß deshalb der tertiäre Bereich als solcher noch keine bevorzugte Förderung beanspruchen kann.

Problematisch wird es für Liberale bei der Frage, inwieweit das Land in die Entwicklung auf dem Dienstleistungssektor steuernd und helfend eingreifen soll. Eine Steuerung ist auch nach Auffassung der FDP insoweit notwendig, als der Staat für Rahmenbedingungen sorgen muß, die dem tertiären Sektor die notwendigen Wachstumsimpulse erhalten. Ferner hat für die FDP eine Förderpolitik primär von den Bedürfnissen der Bevölkerung auszugehen, das heißt, die Förderung muß um so intensiver sein, je notwendiger die Bedürfnisse der Bevölkerung sind und je weniger die Bedürfnisse durch Marktmechanismen allein abgedeckt werden können.

Dabei fällt auf, daß aus der Sicht der CDU der Dienstleistungssektor viel zu stark auf den wirtschaftlichen Dienstleistungssektor im engeren Sinn, das heißt auf Handel, Banken, Versicherungen, Unternehmensdienstleistungen etc., zugeschnitten wird. Der Dienstleistungssektor der Kunst spielt bei der CDU keine große Rolle, und auch der soziale Dienstleistungssektor kommt viel zu kurz. Wir meinen, daß diese Dienstleistungssektoren viel umfangreicher hätten abgehandelt werden müssen, zumal sie von ihrer Bedeutung und vom Umsatz her – man denke nur an das Gesundheits- und Pflegewesen mit seinen dreistelligen Milliardenumsätzen – eine Spitzenstellung einnehmen. Aber auch die Teilbereiche der Kunst sind sehr interessant. So spielt zum Beispiel das Musikwesen von der Zahl der Arbeitsplätze und vom Umsatz her eine größere Rolle als das Textilgewerbe. Die Herstellung und der Vertrieb von Musikinstrumenten und Noten sowie der Musikunterricht werden in ihrer Bedeutung oft völlig unterschätzt.

Man darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen, daß auch im Dienstleistungssektor das große Problem die Gewinnung des notwendigen Nachwuchses ist und daß von diesem Umstand die Wachstumszahlen entscheidend abhängen. Dabei wird man feststellen müssen, daß sich die verschiedenen Dienstleistungssektoren untereinander erhebliche Konkurrenz machen und nicht immer die Dienstleistungssektoren, auf die die Bevölkerung am dringendsten angewiesen ist, ausreichend zum Zuge kommen. Was nützt zum Beispiel ein gutes Freizeitangebot, wenn die Patienten im Krankenhaus wegen des Pflegenotstands nicht mehr ausreichend versorgt werden können?

Hier liegen meines Erachtens die Probleme des Dienstleistungssektors, und hier hätte die Landesregierung sagen bzw. hätte die CDU fragen müssen, wie sie ein gesundes Gesamtgefüge erhalten bzw. herstellen will.

Die FDP ist als liberale Partei der Auffassung, daß sich der Dienstleistungssektor direkt über den Markt regulieren

soll, und er tut es auch, wie zum Beispiel die gesunde Abwehr der Banken gegen die Eingriffe des früheren Ministerpräsidenten auf ihren Sektor gezeigt hat. Der Staat ist für uns in erster Linie dort gefragt, wo der Markt nicht funktioniert oder dem Verbraucherschutz nicht genügend Rechnung getragen wird. Lockerungen der EG bei der Banken- und Versicherungsaufsicht sehen wir daher unter Verbraucherschutzaspekten mit Mißbehagen.

Gleiches gilt für Dienstleistungssektoren, in die der Staat oder seine Untergliederungen marktstörend eingreifen und wo Marktmechanismen deshalb nicht mehr funktionieren. So ist zum Beispiel der Pflegenotstand letztendlich ein Ergebnis verfehlter Dienstleistungspolitik der öffentlichen Hand, genauer der Krankenhausträger und Krankenkassen sowie sonstiger öffentlich-rechtlicher Pflegesatzgremien.

Die zunehmende Dienstleistungsorientierung im Wirtschaftsbereich muß sich weitgehend nach marktwirtschaftlichen Regeln ohne gezielte staatliche Eingriffe vollziehen. Der ordnungspolitische Rahmen muß so gesetzt werden, daß private Aktivitäten sich ungehindert entfalten können. Dazu müssen auch in bestimmten Bereichen hemmende Regulierungen abgebaut werden, wie es zum Beispiel von der Deregulierungskommission des Bundestags vorgeschlagen wird. Die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs wird in starkem Maße von der Weiterentwicklung des Dienstleistungsbereichs bestimmt, weshalb auch die Politik diesem Wirtschaftsbereich verstärkte Beachtung und Unterstützung zukommen lassen muß.

*

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Ich rufe **Punkt 9** und damit den letzten Tagesordnungspunkt unserer heutigen Sitzung auf:

Beschlußempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 20. Juni 1991 – Information über die Entwürfe des

- **Rundfunkstaatsvertrags**
- **Rundfunkgebührenstaatsvertrags**
- **ZDF-Staatsvertrags**
- **ARD-Staatsvertrags**
- **Btx-Staatsvertrags**

– **Drucksachen 10/5471, 10/5498**

Berichterstatter: Abg. Dr. Karl Lang

Herr Abg. Dr. Lang, wünschen Sie als Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache über diesen Tagesordnungspunkt eine Redezeit von 5 Minuten je Fraktion festgelegt. Wie mir eben mitgeteilt worden ist, sind die Fraktionen übereingekommen, daß zunächst der Herr Minister für Wissenschaft und Kunst zu dem Thema sprechen soll.

Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Minister.

Minister für Wissenschaft und Kunst von Trotha: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sie sich zu später Stunde noch das Vergnügen machen, sich mit gleich fünf Staatsverträgen zu befassen! Ich denke, nach der deutschen Einigung ist eine Neuordnung der Medienlandschaft in der Bundesrepublik überfällig. Dazu gehört insbesondere zum einen die Überarbeitung des grundlegenden Rundfunkstaatsvertrags der Länder vom April 1987, dem die neuen Länder im Interesse der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik beitreten müssen. Dazu gehört weiter die Regelung der Finanzierung des öffentlichen und des privaten Rundfunks. Und dazu gehört schließlich die Klärung der Zukunft der Bundes-Rundfunkanstalten, deren Aufgabenstellung sich durch die Einheit Deutschlands ja zum Teil gravierend verändert.

Die bestehenden Staatsverträge im Rundfunkbereich müssen unter Berücksichtigung der neueren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, aber auch der technischen Entwicklung teilweise grundlegend überarbeitet und neu strukturiert werden. Beim ARD-Staatsvertrag, beim Rundfunkgebührenstaatsvertrag, der Fragen der Gebührenpflicht und der Gebührenerhebung regelt, sind keine wesentlichen Änderungen vorgesehen. Im Rundfunkgebührenstaatsvertrag wurden vor allem neue Datenschutzregelungen aufgenommen. Der Btx-Staatsvertrag wurde um Jugendschutzvorschriften ergänzt. Ich meine, dies sind sinnvolle und notwendige Änderungen, denen die Landesregierung zustimmt.

Der ZDF-Staatsvertrag wurde inzwischen grundlegend überarbeitet. Um eine Vollregelung für das ZDF zu erreichen, für das – anders als für die Landesrundfunkanstalten der ARD – kein ergänzendes Landesrecht gilt, wurde eine ganze Reihe von Regelungen, zum Beispiel zum Jugendschutz und zur Kurzberichterstattung, wortgleich aus dem Rundfunkstaatsvertrag in den ZDF-Staatsvertrag übernommen.

In den bisherigen Verhandlungen konnte jedoch noch kein Einvernehmen über die künftige Zusammensetzung des Fernsehrats und des Verwaltungsrats des ZDF erzielt werden. Es muß daher sorgfältig geprüft werden, welche gesellschaftlichen Gruppen aufgrund der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in Zukunft in diesen Gremien vertreten sein sollen.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Der Umweltschutz jedenfalls!)

– Keine schlechte Idee.

Das Problem liegt darin, daß es das Bundesverfassungsgericht aus gut erwogenen Gründen vermieden hat, den Terminus „gesellschaftlich relevante Gruppen“ zu definieren. Deshalb wird es über die Frage, wer dazugehört und wer nicht, eine politische, möglicherweise kontroverse Debatte geben. Sie alle kennen die Auseinandersetzung. Wir haben sie in diesem Haus über das Thema Medienbeirat geführt, wir haben sie auch schon bei anderen Fragen, etwa der über die Zusammensetzung der Rundfunkräte der öffentlich-rechtlichen Anstalten, geführt. Es steht nichts dagegen, sie wieder zu führen. Eine angemessene Ausge-

wogenheit zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften gehört jedenfalls zu den politischen Spielregeln, die im Interesse des ZDF von allen Verhandlungspartnern gewährleistet werden sollten.

Von weitreichender medienpolitischer und allgemeinpolitischer Bedeutung ist die Novellierung des Rundfunkstaatsvertrags und des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags. Sie bedürfen nicht nur einer grundlegenden Erörterung und Entscheidung durch die Ministerpräsidenten der Länder. Sie müssen ebenso auch im Landtag beraten werden. Das wird im Herbst geschehen. Da es sich bei Rundfunk und Fernsehen um eine Sache der Länder handelt, ist eine Meinungsäußerung des Landtages auch heute für die Landesregierung bei der Vertretung und Durchsetzung ihrer rundfunkpolitischen Auffassungen hilfreich.

Ich bitte um Nachsicht für die kurzfristige Vorlage des Vertragspakets. Dies ist aber kein Versäumnis der Landesregierung. Angesichts der schwierigen Materie ist das Vertragspaket von den Rundfunkreferenten der beteiligten Länder leider nicht früher fertiggestellt worden.

Heute geht es nun um die grundsätzliche Klärung der Positionen, die wir dem Herrn Ministerpräsidenten für die Konferenz der Ministerpräsidenten am 4. Juli, also morgen, mitgeben wollen, kurzum: um die Haltung des Landtags zu diesen wichtigen rundfunkpolitischen Fragen. Eine ausführliche Diskussion wird folgen, sobald die Zustimmungsgesetze zu den novellierten Rundfunkstaatsverträgen im Landtag beraten werden.

Über viele Neuregelungen besteht Einvernehmen. Ich will einmal aufzählen, was nach meiner Auffassung sicherlich dazugehört. Dazu gehören die Vorschriften über eine angemessene Berücksichtigung europäischer Produktionen in den Programmen. Dazu gehören die Vorschriften über Werbeinhalte, über die Dauer der Werbesendungen, über Schleichwerbung und über Sponsoring. Dazu gehören auch die Vorschriften über die Einfügung der Werbung in das Programm. Dazu gehören schließlich auch die Vorschriften zur Sicherung der Meinungsvielfalt, die eine mehrfache Programmveranstaltung und eine mehrfache Beteiligung an Programmveranstaltungen sehr viel genauer und sehr viel strenger als bisher regeln.

Strittig ist bisher noch die Frage der Finanzierung der Rundfunkanstalten. Dabei geht es nicht nur um die Höhe der Rundfunkgebühren, sondern auch um die Beibehaltung oder Lockerung der derzeit geltenden Werbegrenzen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Um nur die Reizworte zu nennen: 20-Uhr-Grenze, 20-Minuten-Grenze, keine Werbung in den dritten Fernsehprogrammen, Sonntag und Feiertagswerbverbot. Das sind wohl die wichtigsten Stichworte.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Unterbrecherwerbung!)

– Auch Unterbrecherwerbung!

Die Rundfunkanstalten waren um mehr oder weniger überzeugende Argumente für eine Gebührenerhöhung eigentlich noch nie verlegen.

(Minister von Trotha)

(Abg. Jacobi GRÜNE: Das stimmt!)

Die Argumentationsmuster haben sich oft verändert. Wir müssen uns jetzt mit denen auseinandersetzen, die derzeit vorgetragen werden. Gebührenerhöhungen – und hier geht es möglicherweise immerhin um eine Gebührenerhöhung von 26 % – können politisch nur vertreten werden, wenn sie sachlich notwendig und für den Bürger zumutbar sind.

Die Einführung des Europäischen Kulturkanals und der Aufbau der Rundfunkanstalten in den neuen Bundesländern machen eine Verbesserung der Finanzausstattung der Rundfunkanstalten unumgänglich. Wie in anderen politischen Bereichen ist auch im Medienbereich die Einheit Deutschlands nicht zum Nulltarif zu erreichen. Diese besondere Situation sagt aber noch nichts über den Umfang einer Gebührenerhöhung. Dies ist auch eine Frage der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit. In einer Zeit, in der den Bürgern einiges abverlangt wird, müssen auch die Rundfunkanstalten prüfen, ob sie in ihrer Expansionspolitik, die sie teilweise ohne Rücksicht auf ihre langfristige Finanzierung betrieben haben, nicht des Guten zuviel getan haben und ob es nicht an der Zeit ist, statt über die Entwicklung ständig neuer Programme – wir haben inzwischen allein im Hörfunk 40 Programme – mehr über Kooperation und Konzentration in den einzelnen Sparten mit dem Ziel von Einsparungen nachzudenken.

(Beifall des Abg. Göbel CDU – Abg. Göbel CDU:
Das wäre einmal wichtig! – Zuruf des Abg. Ulrich
Lang SPD)

Dem Hörensagen nach kommt möglicherweise von einem Land ein Antrag, zu erwägen, ob man den Europäischen Kulturkanal mit ARD „Eins plus“ und 3-Sat zusammenlegen sollte. Darüber ist nachzudenken. Ich würde allerdings im Verhältnis von Europäischem Kulturkanal und ARD „Eins plus“ gegenüber 3-Sat eine unterschiedliche Bewertung für richtig halten. 3-Sat ist die einzige Möglichkeit des ZDF, über Satellit Programme auszustrahlen. Das ZDF verfügt im übrigen nur über terrestrische Frequenzen. 3-Sat bedeutet auch, daß auf diesem Weg Österreich und die Schweiz durch ihre Rundfunkgesellschaften über einen Satellit senden können, was sie aus eigener Kraft vermutlich aus finanziellen Gründen nicht machen könnten.

Angesichts der politischen Situation kann mit einer angemessenen Erhöhung der Rundfunkgebühren nicht bis zum Ende der Laufzeit der gegenwärtigen Regelung gewartet werden. Die Empfehlungen der KEF in ihrem Sonderbericht stellen dafür eine brauchbare Ausgangsüberlegung dar, auch wenn die KEF selbst darauf hingewiesen hat, daß wegen des erhöhten Zeitdrucks die Ansätze von ARD und ZDF zum Teil nicht gründlich überprüft werden konnten. Im übrigen läßt die öffentliche Diskussion bisher jedenfalls erkennen, daß wohl von weitgehender Unkenntnis des KEF-Berichts auszugehen ist.

Nach den bisherigen Erfahrungen mit den Aufbaukosten in den neuen Bundesländern sollte die Gebührenerhöhung so ausfallen, daß die Unterstützung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten für die Neuordnung der Rundfunklandschaft in den neuen Ländern längerfristig auf eine verlässliche Grundlage gestellt werden kann.

(Abg. Köder SPD: Können Sie einmal eine Marge nennen?)

– Die Ministerpräsidenten werden morgen darüber zu reden haben.

(Abg. Köder SPD: Das wissen wir!)

Es gibt den KEF-Bericht, und der KEF-Bericht macht ja im Grunde die Bandbreite möglicher Erhöhungen deutlich. Ich könnte mir vorstellen, daß der Betrag darüber liegt, ich könnte mir auch vorstellen, daß er darunter liegt. Medienpolitik in der Bundesrepublik ist dadurch gekennzeichnet,

(Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE)

daß nicht eine der großen Fraktionen das Bild bestimmen kann, sondern jeweils ein Kompromiß zwischen A- und B-Ländern zu finden ist.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Die wollen ja noch mehr als die CDU-Länder!)

Diese Findung ergibt sich letztlich bei Kamingesprächen, die man nicht durch Äußerungen zur Unzeit belasten sollte.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: An Kamine setzen wir uns ohnehin nicht! – Abg. Köder SPD: Das war das Orakel von Delphi!)

– Sie haben auch gar keine Chance, eingeladen zu werden, was möglicherweise ganz sachdienlich ist.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich habe also Verständnis dafür, daß sich die Ministerpräsidenten darüber verständigen müssen und daß sich auch die Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer derzeit nicht in der Lage sehen, einer Erhöhung der Rundfunkgebühren zuzustimmen, nachdem sie dort im vergangenen Jahr fast verdoppelt worden sind. Eine gesplante Gebührenerhöhung wird deshalb wohl nicht zu vermeiden sein. Ziel muß es jedoch sein, daß die Gebühren in den neuen Ländern in den nächsten Jahren schrittweise angepaßt werden.

Die Gebührenerhöhung – das wissen wir in diesem Hause alle – steht in engem Zusammenhang mit der von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten geforderten Lockerung der restriktiven Werbebeschränkungen, insbesondere der 20-Uhr-Werbegrenze. Die Frage der Rundfunkfinanzierung berührt auch nach meiner Auffassung den Kern der Aufgabenverteilung zwischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstaltern und privaten Anbietern. Es geht um das Profil und die Aufgaben der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, durch die sie sich von den privaten Anbietern unterscheiden sollen und auch noch unterscheiden. Nur der Auftrag zur Grundversorgung rechtfertigt die Finanzierung durch Gebühren. Eine Veränderung der Werbegrenze würde diese Legitimationsgrundlage gefährden. Bei Öffnung der 20-Uhr-Werbegrenze würden die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Interesse hoher Einschaltquoten ihr Programm vermutlich wei-

(Minister von Trotha)

ter dem der privaten Anbieter angleichen und damit den sicherlich nicht ganz vermeidbaren,

(Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE)

aber dennoch sehr unerfreulichen Trend zur Selbstkommerzialisierung noch verstärken.

(Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE)

Dies kann nicht im Interesse der Bürger liegen, die auf Mehrheits- und Minderheitenprogramme jedenfalls so lange einen Anspruch haben, solange sie durch ihre Gebühren den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mitfinanzieren. Das heißt, an den bestehenden Werbegrenzen muß deshalb grundsätzlich festgehalten werden.

(Abg. Ulrich Lang SPD: „Grundsätzlich“ ist gut!)

Allerdings könnte eine Verstärkung des Sponsoring für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten eine gewisse Entlastung bringen. Gerade im Kunst- und Kulturbereich kann dies Initialfunktion haben und die kulturelle Grundversorgung bereichern.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE:
Oder weniger aufwendige Inszenierungen! Sinnlos aufwendige!)

– Sie meinen jetzt vermutlich den berühmten Samstagabend bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Zum Beispiel!)

– Zum Beispiel. Darüber könnten wir uns ein Stück weit verständigen. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten sagen, sie müßten auch für die große Zahl der Fernsehzuschauer attraktiv sein. Und massenattraktive Programme haben meist auch eine eigene Gestalt.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE unterhält sich mit einem anderen Abgeordneten.)

– Ich versuche Ihnen gerade zu antworten, Frau Kollegin.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Ja!)

Thomas Mann hat einmal gesagt: Es gibt auch so etwas wie Kultur im Amüsement. – Ich bin also nicht gegen das Amüsement,

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Ich auch nicht!)

aber es sollte kulturvoll betrieben werden.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Richtig!)

Und da kann man sich in der Tat wegen der einen oder anderen Samstagabendsendung durchaus anderes vorstellen.

(Zuruf der Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE)

Zunächst zu möglichen Sponsoren. Dafür muß sicherlich Voraussetzung sein, daß sie nicht auf inhaltlichen Vorgaben für die Veranstaltung bestehen und die redaktionelle Unabhängigkeit der Rundfunkanstalten gewahrt bleibt.

Ebenso wichtig scheint mir auch eine Überprüfung des Finanzausgleichs zwischen den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu sein. Er ist kein unabänderlicher Bestandteil des Finanzierungssystems des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Eine Dauerunterstützung von Rundfunkanstalten, die ohne Finanzausgleich nicht existieren können, kann es eigentlich nicht geben. Schauen Sie bitte, wie hoch jetzt noch der Programmanteil aus Bremen oder dem Saarland ist, wenn 20 % aus den neuen Ländern dem ARD-Programm zugeliefert werden. Ich will freilich nicht etwa, daß es diese Sender nicht mehr gibt, aber über ihren Status als eigenständige Sendeanstalten sollte man reden.

Immerhin geht es hier um eine Finanzausgleichsmasse von 222 Millionen DM. Dies ist mittlerweile für die Geberanstalten eine Schmerzgrenze. Der Finanzausgleich darf deshalb unseres Erachtens nicht über 1998 hinaus festgeschrieben werden. Es muß das gemeinsame Ziel sein, wirtschaftlich tragfähige Rundfunkanstalten zu schaffen und damit den Rundfunkfinanzausgleich überflüssig zu machen.

Von daher begrüße ich es, daß die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eine Dreiländeranstalt „Mitteldeutschland“ gegründet haben, die sich auf Dauer aus eigenen Mitteln finanzieren kann. Ungeachtet der Schwierigkeiten und der noch laufenden Gespräche ist zu wünschen, daß sich auch Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern doch noch auf eine stabile Mehrländeranstalt verständigen.

Diese Entscheidungen sollten aber auch Rückwirkungen auf die Rundfunkstruktur in den alten Ländern haben. Die Forderung nach Strukturveränderungen in den neuen Ländern kann doch nur dann überzeugend wirken, wenn auch die alten Länder bereit sind, entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Die Rundfunkstruktur in den alten Ländern darf deshalb nicht tabu sein. Es liegt im Interesse der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, gerade auch im Hinblick auf die europäische Integration ernsthaft darüber nachzudenken, wie leistungsfähige und wirtschaftlich starke Rundfunkanstalten geschaffen werden können. Und dabei gibt es von verstärkter Kooperation bis zur Auflösung eine breite Palette denkbarer Möglichkeiten.

Insgesamt, meine Damen und Herren, glaubt die Landesregierung, daß die vorliegenden Entwürfe der Rundfunkstaatsverträge sowie die Empfehlungen der KEF, wie sie uns jetzt vorliegen, eine gute Grundlage für die Weiterentwicklung der Rundfunklandschaft im geeinten Deutschland darstellen.

Ich freue mich auf die Diskussion mit Ihnen darüber.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: In der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Straub das Wort.

Abg. Straub CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Zeit möchte ich mit freundlicher Genehmigung des Herrn Präsidenten meine Rede zu Protokoll geben.

Für die nachfolgenden Redner möchte ich lediglich unsere Forderungen zum Rundfunkstaatsvertrag kurz darstellen.

Es geht um die Werbegrenzen: bis 20 Uhr im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, maximale Werbezeit 20 Minuten. Wir wollen die Werbung ausschließlich werktags im Programm sehen, und wir wollen keine Werbung im dritten Fernsehprogramm. Allerdings muß auch der Ministerpräsidentenvorbehalt, Herr Minister von Trotha, die Werbegrenzen eigenmächtig zu verändern, wie dies in § 16 vorgesehen ist, zwingend entfallen. Wir sind der Auffassung, daß nach dem Wesentlichkeitsgrundsatz hier ein Parlamentsvorbehalt besteht.

Die Gebührenfrage ist nicht Gegenstand der Verträge. Dennoch möchte ich hier sagen: Wir meinen, daß das, was im KEF-Bericht steht, eine absolute Obergrenze ist. Wir verkennen nicht, daß etwa für den Europäischen Kulturkanal oder den Aufbau der öffentlich-rechtlichen Rundfunkstruktur in den neuen Bundesländern erhebliche Mittel aufgewendet werden müssen. Eine Gebühr von 23,90 DM ist aber die absolute Obergrenze dessen, was den Bürgern noch vermittelbar ist.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der FDP/DVP und der Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Gemäß § 102 Abs. 3 der Geschäftsordnung erteile ich die Zustimmung, daß der Rest der Rede zu Protokoll gegeben wird. (Siehe Erklärung zu Protokoll am Schluß des Tagesordnungspunkts.)

Das Wort hat Frau Abg. Kipfer.

(Abg. Schöttle CDU: Die macht es genauso!)

Abg. Birgit Kipfer SPD: Diese paar Minuten, meine Damen und Herren Kollegen, spielen jetzt auch keine Rolle mehr. Deshalb will ich die 5 Minuten durchaus nutzen. Es ist natürlich jetzt nicht möglich, nach einer ausführlichen Darstellung des Ministers in gleicher Ausführlichkeit zu antworten. Deswegen kann ich nur ein paar wesentliche Punkte ansprechen.

Ich denke, man sollte tatsächlich die Chance zu neuen Staatsverträgen nutzen und alte Zöpfe abschneiden, Bewährtes erhalten, aber auch neue Entwicklungen berücksichtigen. Wir wollen in einem dualen Rundfunksystem die Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht nur normativ, sondern auch praktisch sichern. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muß in die Lage versetzt werden, sich im Wettbewerb mit den privaten Veranstaltern zu behaupten und die Grundversorgung sicherzustellen. Das heißt, daß die öffentlich-rechtlichen Anstalten ihre verfassungsrechtliche Bestandsgarantie

innerhalb ihrer derzeitigen Programmaktivitäten verwirklichen können müssen. Dazu gehört auch die Finanzierung der neuen ostdeutschen Sendeanstalten über die Gebühren. Aber die Leistungsfähigkeit der öffentlich-rechtlichen Anstalten darf nicht durch weitere Externalisierungstendenzen ständig geschwächt werden. Wir halten es für problematisch, wenn durch immer weitere Expansionsaktivitäten der ARD und des ZDF immer mehr personelle und finanzielle Ressourcen gebunden werden,

(Abg. Köder SPD: Sehr gut!)

zum Beispiel durch den deutsch-französischen Kulturkanal, durch ein europäisches Nachrichtenprogramm oder durch Eurosport.

Wir wollen Programminnovation in Richtung auf Themenvielfalt, Qualität und Profil im Hauptprogramm von ARD und ZDF. Wir wollen diese Entwicklung fördern durch eine angemessene finanzielle Ausstattung über Gebühren, wenn die ARD- und ZDF-Anstalten ihrerseits wirtschaftlich und sparsam haushalten. Aber wir wollen keinen Tanz der öffentlich-rechtlichen Anstalten auf allen Hochzeiten, der zwangsläufig die Erwartungen an immer neue Gebührenerhöhungen weiter hochschraubt.

(Beifall der Abg. Köder und Wettstein SPD sowie des Abg. Pfaus CDU)

Ich habe Vorbehalte, Herr Minister, beim Sponsoring. Ich denke, diese Entwicklung ist gefährlich. Man ist versucht, den kleinen Finger zu geben, und irgendwann wird der ganze Arm genommen. Denn Sponsoring ist Werbung. Und wer garantiert, daß nicht irgendwann doch die Einflußnahme auf ein Programm folgen wird, wenn sich das Sponsoring erst etabliert hat? Deswegen habe ich dagegen große Vorbehalte.

Gleichzeitig bejahen wir in diesem dualen System die Existenzberechtigung der privaten Veranstalter. Dabei gilt es, die Entwicklung der privaten Veranstaltungen hin zu mehr Programmqualität und Programmvielfalt ordnungspolitisch zu fördern. Das heißt auch, daß im vereinten Deutschland eine Bestandsaufnahme aller terrestrischen Fernsehfrequenzen vorgenommen werden muß. Doppelt genutzte terrestrische Frequenzen müssen den privaten Veranstaltern zur Verfügung gestellt werden. Zur Zeit, sagt man uns, gibt es kaum Überlebenschancen für private regionale Fernsehveranstaltungen, die auf terrestrische Frequenzen angewiesen sind. Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob dies für Baden-Württemberg speziell zutrifft; aber bundesweit sollte diese Bestandsaufnahme gemacht werden; das sollte auch in die Präambel des neuen Rundfunkstaatsvertrags Eingang finden.

Die Anerkennung der Existenzberechtigung privater Rundfunkveranstalter verlangt auch nach unserer Meinung zunächst ein Festhalten an der 20-Uhr-Werbegrenze. Dies kann aber nur so lange gelten, wie den öffentlich-rechtlichen Anstalten eine angemessene Gebührenerhöhung zuteil wird.

(Abg. Albrecht FDP/DVP: Sehr richtig!)

(Birgit Kipfer)

Andernfalls muß konkret darüber nachgedacht werden, ob nicht auch den öffentlich-rechtlichen Veranstaltern bei Fußballübertragungen nach 20 Uhr Werbung ermöglicht wird

(Abg. Weinmann SPD: Sehr gut!)

und ob das Werbeverbot an Sonn- und Feiertagen aufzuheben ist. Es ist ja eigentlich sehr merkwürdig, daß den privaten Veranstaltern an Sonn- und Feiertagen kein Werbeverbot auferlegt wird, wohl aber den öffentlich-rechtlichen. Da ist bei der CDU eine etwas gespaltene Moral festzustellen.

(Abg. Weinmann SPD: Ja!)

Letztlich muß dann tatsächlich daran gedacht werden, die Werbegrenze von 20 Uhr zur Disposition zu stellen oder eine Fünf-Minuten-Verschiebung anzufügen. Wir sind gespannt, wie diese Diskussion ausgehen wird. Herr Minister, Sie haben sich da eben mit dem Hinweis auf die morgige Ministerpräsidentenkonferenz sehr elegant aus der Affäre gezogen.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Das ist so seine Art!)

– Ja, elegant ist der Herr Minister. Das können Sie ihm nicht absprechen.

(Abg. Straub CDU: Das kann man nicht bestreiten! – Abg. Göbel CDU: Daß Sie das auch anerkennen!)

Als alten Hut in alten Staatsverträgen bezeichnen wir die alleinige Kompetenz der Ministerpräsidenten bei der Änderung der Werbezeiten und bei den Paragraphen – da stimmen wir mit Ihnen überein,

(Abg. Straub CDU: Prima!)

oder Sie haben es von uns übernommen –, nach denen der Parlamentsvorbehalt in diesen Staatsvertrag aufgenommen werden soll.

Auch die Zusammensetzung des Fernsehrats des ZDF ist ein alter Hut. Wir wollen mehr Staatsferne beim ZDF. Wir wollen die Zahl der staatlichen Vertreter verkleinern. Wir wollen, daß die Vertreter und Vertreterinnen der Länder nicht von den Landesregierungen entsandt, sondern von den Landesparlamenten gewählt werden. Es ist schlicht ein Witz, daß in unserer Zeit niemand von den neueren gesellschaftlichen Gruppen im ZDF-Fernsehrat vertreten ist.

Auf die anderen Punkte, die ich im Ständigen Ausschuß angesprochen habe, möchte ich verweisen. Ich hoffe, daß die Landesregierung die neuen Entwicklungen beim Schopf packt und tatsächlich eine moderne Rundfunkordnung schafft.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Jacobi.

(Abg. Dreier CDU: Muß das sein?)

Abg. Jacobi GRÜNE: Verdrehen Sie nicht den Kopf. Es geht schnell, Herr Kollege.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte heute nur zur Gebührenerhöhung Stellung nehmen. Grundsätzlich sind Gebührenerhöhungen normal, und grundsätzlich werden Gebührenerhöhungen auch von uns mitgetragen, wenn sie im Rahmen sind. Das ist kein Wunder, das wird Sie nicht überraschen, denn wir haben diese Position auch in der Vergangenheit hier im Landtag eingenommen.

Um so verwunderlicher ist es, daß die CDU jetzt so einfach mitmacht. Denn vor zwei Jahren war die CDU-Fraktion hier in Baden-Württemberg bundesweit die einzige, die höhere Gebühren verhindert hat, die also durchgesetzt hat, daß die Gebührenerhöhung niedriger ausgefallen ist, als ursprünglich geplant war.

(Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Kollege von Trotha war damals an der Spitze der Bewegung!)

Zum Teil müssen wir deswegen auch heute darüber diskutieren, weil die Laufzeit der damaligen Regelung ganz einfach zu lang war.

Wenn ich mir überlege, warum die CDU Baden-Württembergs das damals gemacht hat, Herr Minister, dann komme ich eigentlich nur auf zwei Gründe: erstens, daß Sie damals bereits die Fusion zwischen Südfunk und Südwestfunk politisch vorbereiten wollten, also den Finanzdruck auf die beiden öffentlich-rechtlichen Anstalten in Baden-Württemberg so ein bißchen erhöhen wollten, und zum zweiten – das ist ja Ihr Lieblingsfeld –, daß Sie die Privaten ein bißchen stärker ins Spiel bringen wollten. Um so bemerkenswerter ist es, daß die Landesregierung und die CDU-Fraktion heute hier so problemlos mitmachen.

Jetzt soll reingehauen werden: 25 oder 26 % Erhöhung. Herr Minister, Sie haben gesagt, eine Gebührenerhöhung müsse sachlich notwendig sein. Im KEF-Bericht sind die Argumente hierzu enthalten.

Ich möchte über das Thema Gebührenerhöhung hinaus ganz kurz vier Punkte benennen, die für meine Begriffe zumindest problematisch sind.

Erstens: die unsägliche Entwicklung mit den Fernsehberichten. Auch ich bin ein ausgesprochener Fan solcher Sendungen. Aber daß sich Öffentlich-Rechtliche und Private gegenseitig auf dreistellige Millionenbeträge immer weiter hochpokern – jetzt werden 600 Millionen DM für die Fußballübertragungsrechte bezahlt –, ist nicht mehr normal. Das ist schlicht und ergreifend absurd. Ich weiß nicht, wie Sie das sehen. Aber ich denke, daß da ein Punkt erreicht ist, an dem wir als Politiker sagen müssen: So geht es nicht weiter. Denn letztlich wird dieses Spiel, dieses Hochpokern auf dem Rücken derjenigen ausgetragen, die nachher gucken oder eben in die Röhre gucken.

Zweiter Punkt: Frühstückfernsehen. Da haben Sie sich sozusagen zur Speerspitze gemacht. Jetzt wird gesagt, das Frühstückfernsehen sei unbedingt notwendig. Wir sind

(Jacobi)

ganz und gar nicht der Meinung, daß das Frühstücksfernsehen Teil der Grundversorgung ist. Hier sollen 60 bis 80 Millionen DM ausgegeben werden. Wie lange sollen die Leute denn noch glotzen? Jetzt auch schon beim Frühstück? Wenn das tatsächlich jemand will, würde ich als Medienpolitiker sagen: Dann müßt ihr eben zu den Privaten gehen. Aber daß jetzt auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten nachziehen müssen, sehe ich nicht ein.

Dritter Punkt: Gebührenbefreiung. Für mich war die Aussage im KEF-Bericht sehr aufschlußreich, daß es teilweise Rundfunkanstalten gibt, bei denen 10 % der Zuschauer von den Gebühren befreit sind. Es gibt eine Reihe von sozialen Gründen. Die will ich nicht antasten; das ist völlig klar. Aber eine Gebührenbefreiung für 10 % – das war, glaube ich, beim WDR – scheint mir doch ein Anlaß zu sein, einmal gründlich darüber nachzudenken, ob die Richtlinien und die Ausnahmeregelungen noch adäquat sind.

Vierter Punkt: Die erwarteten Gebühreneinnahmen sind im KEF-Bericht mit Zahlen fixiert. Da zeigt sich ja auch – das ist Teil der Praxis in der Vergangenheit –, daß die Gebühreneinnahmen jeweils niedriger prognostiziert wurden, als sie nachher tatsächlich gewesen sind. Das heißt, die Herleitung im KEF-Bericht ist doch etwas problematisch, und man kann den Eindruck haben, daß noch einmal ordentlich zugelangt wird. Gegen den Aufbau im Osten hat niemand etwas, aber er wird vielleicht auch ein Stück weit als Begründung herangezogen.

Man kann es auch daran erkennen, daß ursprünglich einmal 3,70 DM in die Diskussion gebracht worden sind. Dann wurde einfach erhöht. Nowotny und ein paar SPD-Ministerpräsidenten haben gesagt, es reiche nicht. Jetzt ist dieser Schritt von 3,70 DM auf 4,90 DM relativ willkürlich in die Diskussion gebracht worden.

Letzter Punkt: Für unsere Begriffe ist es ein absolutes Ärgernis, daß die Diskussion um die Gebührenerhöhung mit der Werbegrenze kombiniert wird. Man versucht, das eine mit dem anderen auszuspielen, und will letztlich vielleicht sogar beides erreichen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Jacobi, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Ulrich Lang?

Abg. Jacobi GRÜNE: Ja.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte schön, Herr Abg. Lang.

Abg. Ulrich Lang SPD: Herr Kollege Jacobi, sind Sie sich darüber im klaren, daß Sie an einer politisch gefährlichen Grenze entlanggehen, wenn Sie Ihr Unbehagen über eine mögliche Gebührenerhöhung in einen Zusammenhang mit einem von Ihnen kritisierten Programm bringen? Denn wir sind nicht dafür zuständig, über das Programm zu entscheiden. Wir haben Konstruktionen, die auch von Ihnen gewollt sind, wonach die gesellschaftlichen Gruppen die Programmverantwortung haben. Deshalb habe ich Sie gefragt, ob Sie die Gefährlichkeit der Argumentation erkennen, obwohl ich Ihnen inhaltlich zum Teil zustimme.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Jacobi.

Abg. Ulrich Lang SPD: Ich war noch nicht fertig. – Es fällt nicht in unsere Zuständigkeit, über die Gebühren auf das Programm Einfluß zu nehmen.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Jacobi.

Abg. Jacobi GRÜNE: Mit „Programm“ meinen Sie jetzt das Frühstücksfernsehen?

Abg. Ulrich Lang SPD: Nein, Sie haben vorhin Ihr Unbehagen über ein bestimmtes Programm und damit auch Ihr Unbehagen über eine mögliche Gebührenerhöhung zum Ausdruck gebracht. Ich frage nur, ob Sie die Gefahr sehen, in die wir geraten, wenn wir über unsere Gebührenzuständigkeit auf das Programm Einfluß nehmen.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Jacobi.

Abg. Jacobi GRÜNE: Herr Kollege Lang, vielleicht haben wir uns da mißverstanden. Ich maße mir nicht an, das Programm im einzelnen zu kritisieren. Aber wenn es zu neuen Entwicklungen kommen soll und dafür letztlich Gebührenerhöhungen notwendig werden – für das Frühstücksfernsehen werden ja 60 Millionen DM etatisiert. Das ist nachher ein nicht unwesentlicher Faktor, der dazu führt, daß die Anstalten sagen: „Wir brauchen mehr Geld.“ Es ist in der Tat ein gefährliches Feld. Das gebe ich gerne zu. Aber da muß man in der Tat die Frage stellen, ob alles, was die wollen, auch gemacht werden soll. Irgendwann ist der Punkt erreicht, an dem die Politik oder die Gesellschaft insgesamt sagen muß: Wenn ihr diese Entwicklung wollt, müßt ihr schauen, wie ihr diese finanziert, aber dafür die Gebühren zu erhöhen ist nicht richtig.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE:
Maßhalten! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Lassen Sie noch eine Zusatzfrage zu?

Abg. Ulrich Lang SPD: Ich habe deshalb gefragt, weil Ihre Kollegin vorhin ihr Unbehagen über das Samstagabendprogramm geäußert hat. Weil diese Bemerkung im Zusammenhang mit der Gebührenerhöhung gemacht wurde, wollte ich sagen, daß wir eine gefährliche Grenze erreichen, wenn wir als Abgeordnete das thematisieren.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Jacobi.

Abg. Jacobi GRÜNE: Herr Kollege Lang, ich bitte Sie, diese Diskussion mit meiner Kollegin zu führen. Ich habe den Zwischenruf nicht gemacht.

Zum Schluß: Ich halte es für ein Ärgernis, daß die Gebührenerhöhung mit den Werbegrenzen kombiniert wird und man letztendlich beides will. Dazu kann ich nur sagen: Die Erhöhung der Rundfunkgebühr tragen wir trotz der grundsätzlichen Bedenken, die ich soeben formuliert habe, mit, aber dann muß jetzt auch Schluß sein mit dem Versuch, die Werbung über die 20-Uhr-Grenze hinaus auszudehnen.

(Zustimmung bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für meine Rede brauche ich kein Glas Wasser, denn je später der Abend --

(Abg. Dr. Karl Lang CDU: Das weiß man nie vorher!)

- Sie brauchen es vielleicht.

Nur ganz wenige Anmerkungen zur Diskussion: Uns liegt die Frage der Werbegrenzen am Herzen. Wir sind in der Tat dafür, daß die Werbegrenzen eingehalten werden, und zwar sowohl was die Gesamtzeit als auch die zeitliche Lage angeht. Wir hoffen sehr, daß sich die Landesregierung mit Nachdruck dafür einsetzt, daß in dieser Hinsicht nichts verändert wird. Wir sehen mit einigen Bedenken, daß auf dem Umweg über die Satellitenprogramme doch zusätzliche Werbezeiten für die öffentlich-rechtlichen Anstalten herauskommen. In dieser Hinsicht können sich die öffentlich-rechtlichen Anstalten wirklich nicht beklagen.

Der zweite Punkt betrifft die Gebührenerhöhung, die erst im Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag kommen wird. Aber nachdem der Betrag von 3,90 DM in der Diskussion ist, wird selbstverständlich darüber geredet. Wir haben uns dazu noch keine abschließende Meinung gebildet. Aber eines muß man schon jetzt sagen: Wir müssen uns als Politiker in dieser Hinsicht ein bißchen an die eigene Brust schlagen. Ich zähle einmal auf: Europäischer Kulturkanal, nationale Hörfunkprogramme. Die FDP/DVP-Landtagsfraktion war dagegen. Es ist bekannt, daß es eine Spannungslage zwischen den Ländern und dem Bund gibt. Das wird in Ihrer Partei ähnlich sein. Ich sage ganz offen: Bei uns sind alle Landesverbände und Landtagsfraktionen gegen die nationalen Hörfunkprogramme, aber der Bund ist dafür. Das ist jedenfalls politisch induziert.

Nehmen wir ein Weiteres: zusätzliche Programme, S 4. Das haben wir - wenn ich großzügig „wir“ sage, meine ich an sich eher die Mehrheit des Hauses -, das hat der Landtag durch die Kooperation mehrheitlich den Anstalten abverlangt. Bestimmt gehen 1,50 DM von diesen 3,90 DM allein auf politische Beschlüsse zurück.

(Zustimmung des Abg. Albrecht FDP/DVP)

Dabei sollten wir uns gar nicht in die Verhältnisse der Anstalten einmischen, außer wenn es um die Sendezeit für die Sendung „Land und Umwelt“ geht.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Auch da nicht!)

Jedenfalls sollten wir bei der Diskussion um die Gebühren Gerechtigkeit walten lassen. Daß die Anstalten selbstverständlich jetzt einen bestimmten Nachholbedarf haben, nachdem die letzte Gebührenerhöhung verschoben worden ist, kann man sich vorstellen. Insofern stehen wir auf dem Standpunkt, die Werbezeiten jedenfalls nicht auszudehnen. Aber über die Gebührenerhöhung verhandeln wir mit freundlicher Tendenz.

(Beifall der Abg. Albrecht FDP/DVP und Christine Muscheler-Frohne GRÜNE)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Die Beschlußempfehlung des Ständigen Ausschusses lautet, von der Mitteilung der Landesregierung vom 20. Juni 1991 Kenntnis zu nehmen. Ich gehe davon aus, daß sich gegen diese Beschlußempfehlung kein Widerspruch erhebt.

(Abg. Köder SPD: Dem kann man sich nicht verschließen!)

- Es ist so beschlossen.

*

Erklärung zu Protokoll gemäß § 102 Abs. 3 GeschO

Abg. Straub CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben einen Tag vor einer wichtigen Ministerpräsidentenkonferenz die Möglichkeit, über die Entwürfe zu verschiedenen Medienstaatsverträgen zu diskutieren. Heute werden der Landesregierung die Auffassungen der Fraktionen zu wichtigen Grundlinien dargelegt.

Da es sich bei den vorgelegten Staatsvertragsentwürfen um Gegenstände von höchst unterschiedlicher Relevanz handelt, und wegen der eingeschränkten Redezeit konzentriere ich mich heute auf Anmerkungen zum Rundfunkstaatsvertrag und zum ZDF-Staatsvertrag. Die drei anderen in Rede stehenden Staatsvertragsentwürfe sind unseres Erachtens unproblematisch; sie dienen der Anpassung an veränderte Rechtsnormen bzw. der Ausfüllung von Lücken.

Lassen Sie mich vorweg einige grundsätzliche Ausführungen machen.

Mit den vorliegenden fünf Medienstaatsverträgen wird die duale Rundfunkordnung in der Bundesrepublik Deutschland gefestigt; die Rahmenbedingungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den privaten Rundfunk werden konkretisiert. Zugleich wird dem Beitritt der fünf neuen Bundesländer Rechnung getragen.

Die CDU-Landtagsfraktion hält an der Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ebenso fest wie an gleichwertigen Chancen für die privaten Rundfunkanbieter. Bis heute - daran kann kein Zweifel bestehen - gibt es eine echte Chancengleichheit noch nicht. Das Bekenntnis zu Ausbau und Fortentwicklung des privaten Rundfunks ist für uns kein Lippenbekenntnis. Es ist uns ernst.

Wir sind auch dafür, daß wichtige Regelungen zum Jugendschutz und zur Kurzberichterstattung sowie zu wichtigen europäischen Rechtsnormen in die Verträge aufgenommen und festgeschrieben wurden.

Nun zu den zwei wichtigen Staatsverträgen im einzelnen.

(Straub)

Erstens zum ZDF-Staatsvertrag: Seine Erweiterung ist durch den Beitritt der Länder der früheren DDR erforderlich geworden. Einige Ergänzungen aus dem Rundfunkstaatsvertrag wurden in ihn auch übernommen, da für den ZDF-Staatsvertrag kein ergänzendes Landesrecht gilt. Wir bitten die Landesregierung, mit den anderen Ländern zielgerichtet auf eine einvernehmliche Lösung über die zukünftige Zusammensetzung der Gremien beim ZDF hinarbeiten. Es wäre schade, wenn dieser Punkt in weiteren Verhandlungen strittig bliebe. Als nationaler Anbieter ist das ZDF in besonderem Maße zu Konsens und Pluralität verpflichtet.

Zweitens zum Rundfunkstaatsvertrag: Wir können im großen und ganzen mit dem vorliegenden Entwurf leben. Wir formulieren als CDU-Landtagsfraktion aber fünf Bedingungen:

Erstens: Wir wollen die bisherige Werbegrenze für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bei 20 Uhr festschreiben. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau hat hierzu unlängst dasselbe gesagt.

Zweitens: Wir wollen die maximale Werbezeit auf 20 Minuten täglich begrenzen. Solange eine echte Gleichwertigkeit zwischen öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk noch nicht besteht, kann die Werbezeitdauer nicht verändert werden.

Drittens: Wir wollen die Werbung ausschließlich werktags im Programm sehen. Wenigstens das Wochenende sollte werbefrei bleiben.

Viertens: Wir wollen keine Werbung in den dritten Fernsehprogrammen.

Fünftens: Der Ministerpräsidentenvorbehalt, die Werbegrenzen eigenmächtig verändern zu können (§ 16), muß zwingend entfallen. Nach dem Wesentlichkeitsgrundsatz gibt es für uns hier einen Parlamentsvorbehalt.

Wir bitten die Landesregierung, entsprechend zu verhandeln.

Lassen Sie mich nun noch kurz zur aktuellen Frage der zukünftigen Festlegung der Rundfunkgebühr Stellung nehmen. Wir erhalten hierüber ja bald einen weiteren Entwurf über einen neuen Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag.

Die Empfehlung der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) stellt für uns eine absolute Obergrenze des Erträglichen dar. Wir sind

sehr froh darüber, daß die horrenden Anmeldungen von der KEF zumindest teilweise abgesenkt wurden. Ungeachtet der Frage, ob eine Aufgliederung der Gebühr in der vorgeschlagenen Form rechtlich möglich ist, ist die Erhöhung um 3,90 DM bzw. 4,90 DM – mit 1 DM Solidarzuschlag für die neuen Bundesländer – auf 23,90 DM eine sehr weitgehende Erhöhung. Wir verkennen nicht, daß etwa für den Europäischen Kulturkanal oder den Aufbau der öffentlich-rechtlichen Rundfunkstruktur in den neuen Bundesländern erhebliche Mittel aufgewendet werden müssen. Ein Betrag von 23,90 DM ist aber an der Obergrenze dessen, was den Bürgern vermittelbar ist.

Wir bitten deshalb die Landesregierung eindringlich, in den nun anstehenden Verhandlungen dafür zu sorgen, daß man möglicherweise doch noch zu Reduzierungen kommt oder aber das Votum der KEF zur absoluten Obergrenze erklärt. Wir geben auch zu bedenken, ob nicht eine Gebührenerhöhung erst zum 1. Juli 1992 möglich ist. Dies sollte eingehend geprüft werden.

Die gespaltene Gebühr läßt sich wohl nicht verhindern, denn die jetzige weitgehende Gebührenerhöhung ist den Bürgern in den neuen Bundesländern nicht zuzumuten.

Wir sollten nach der Sommerpause im Landtag die Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz ausgiebig erörtern. Gelebter Föderalismus verpflichtet dazu, sich auch mit den Fragen im Mediensektor ernsthaft parlamentarisch zu befassen. Heute war es nur Aufgabe, Grundlinien vorzugeben.

*

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, wir sind am Ende unserer heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg findet morgen, den 4. Juli 1991, 9.30 Uhr statt. Die Tagesordnung ist Ihnen bekannt.

Ich möchte mich bei allen, die so lange ausgeharrt haben, herzlich bedanken und Ihnen einen schönen Abend wünschen.

(Abg. Brechtken SPD: Ich bedanke mich beim Präsidenten!)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 20.30 Uhr